

Siedlungsentwicklung
bündeln

Mobilität
organisieren

Ressourcen
sichern

Freiräume
schützen



2/2009



Sichern Ordnen Entwickeln

Regionales Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig 2008

Informationen über
Leitbilder und Ziele für die nachhaltige Raumentwicklung
sind beim Zweckverband Großraum Braunschweig
Frankfurter Straße 2, 38122 Braunschweig
einzusehen

Besser und einfacher geht es per Internet:
www.zgb.de → Regionalplanung



Zweckverband
Großraum
Braunschweig

ZEITSCHRIFT FÜR STADT-, REGIONAL- UND LANDESENTWICKLUNG

Neues Archiv für Niedersachsen

2 | 2009

Renaissance der Städte

- Stadtentwicklungspolitik
- Stadtplanung
- Immobilienentwicklung

ISSN 0342-1511

NEUES ARCHIV FÜR NIEDERSACHSEN



Neues Archiv für Niedersachsen

2 | 2009

Impressum:

Neues Archiv für Niedersachsen Nr. 1/2009
© Wissenschaftliche Gesellschaft
zum Studium Niedersachsens e.V., Hannover
www.wig-niedersachsen.de

- **Herausgeber:**
WIG Wissenschaftliche Gesellschaft
zum Studium Niedersachsens e.V.
- **Verantwortlich für diese Ausgabe:**
Prof. Dr. Axel Priebes,
Prof. Dr. Dietrich Fürst
- **Gestaltung:**
Kerstin Demel, Mann + Maus oHG
- **Druck:**
Druckhaus Pinkvoss, Hannover
- **Bestellungen an:**
Wissenschaftliche Gesellschaft
zum Studium Niedersachsens e.V.
z. Hd. Frau Christa Bartelt
c/o Institut für Entwicklungsplanung
und Strukturforchung GmbH
Bödekerstraße 7, 30161 Hannover
Tel.: 0511/3997-215; Fax: 0511/3997-200
E-Mail: bartelt@ies.uni-hannover.de
- **Bildnachweis Titelmotiv:**
Dr. Arno Brandt

Beirat:

- **Frauke Herritsch-Öchsner (Redaktion)**
c/o Mann + Maus oHG, Große Düwelstraße 28, 30171 Hannover
Tel.: 0511-844 898 25, E-Mail: frauke.herritsch@cybermaus.de
- **Annedörthe Anker**
Am Weidengrund 1, 38112 Braunschweig
Tel.: 0531-321 832, E-Mail: anker-anker@t-online.de
- **Dr. Arno Brandt**
NORD/LB, Friedrichswall 10, 30159 Hannover
Tel.: 0511-361 5104, E-Mail: arno.brandt@nordlb.de
- **Prof. Dr. Dietrich Fürst**
Westermannweg 35, 30419 Hannover
Tel.: 0511-797 662, E-Mail: dietrich.fuerst@t-online.de
- **Prof. Dr. Axel Priebes**
Region Hannover, Höltystraße 17, 30171 Hannover
Tel.: 0511-6162 2565, E-Mail: axel.priebes@region-hannover.de
- **Prof. Dr. Hansjörg Küster**
Universität Hannover, Institut für Geobotanik
Nienburger Str. 17, 30167 Hannover
Telefon: 0511-762 3632
E-Mail: kuester@geobotanik.uni-hannover.de
- **Prof. Dr. Dietmar Scholich**
Akademie für Landesplanung und Raumforschung
Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover
Tel.: 0511-348 4237, E-Mail: scholich@ARL-net.de
- **Alexander Skubowius**
Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung
Königstraße 53, 30175 Hannover
Tel.: 0511-1233 1630, E-Mail: skubowius@niw.de
- **Dr. Jobst Seeber**
Transferstelle dialog
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg | regio GmbH
Tel.: 0441-789 2912, E-Mail: seeber@dialog.uni-oldenburg.de

Liebe Leserinnen und Leser,

Renaissance der Städte - nur „gefühl“ und nicht statistisch erwiesen? Der Begriff wird von einigen Fachleuten kritisiert, weil die Städte nie ihre Bedeutung und Attraktivität verloren haben, andererseits noch vor 20 Jahren vom Bedeutungsverlust der Kernstädte gesprochen wurde. Neu ist, dass erstens die globalisierte Wissensgesellschaft verbunden mit demographischen Alterungsprozessen der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und letztlich auch infrastrukturellen Vielfalt der Städte ein großes Gewicht zuordnet und dass zweitens die Städte sich ihrer härter gewordenen Wettbewerbssituation bewusst werden und sich intensiver um eine attraktivitätssteigernde Stadtentwicklung bemühen. Häufig erschöpft sich der Ansatz allerdings in Großprojekten, Großveranstaltungen und Großer Symbolik (zum Beispiel unter Mitwirkung von Stararchitekten) und wird in der Regel über Formen der Public-Private Partnership organisiert.

Immer weniger kommt es allerdings auf die einzelnen Städte an, sondern auf ihre Einbindung in ein regionales Netzwerk von Kommunen, die zunehmend auch arbeitsteilig zusammenarbeiten. Die „Region ist die Stadt“ war deshalb der Titel einer gemeinsamen Veranstaltung (1998) der beiden raumplanerischen Akademien ARL und DASL.

Heft 2/2009 versucht, zum Stand der Diskussion einen Überblick zu verschaffen. Ilse Helbrecht, Geographieprofessorin an der Humboldt-Universität Berlin, zeigt an Beispielen von Chicago und London, wie Städte in der Wissensgesellschaft einen neuen Typus der Städer ausbilden, die sich „auszugrenzen“ tendieren - entweder einer Ideologie der „Ethik der Autonomie“ folgend oder auf der Suche nach sicheren, übersichtlichen Stadtteilen von hoher Lebensqualität. Helbrecht warnt vor der damit verbundenen Gefahr, Toleranz und Offenheit in den Städten durch Ausgrenzungen zu verlieren. Klaus Habermann-Nieße, Inhaber eines bundesweit agierenden Büros für Stadtplanung (Hannover), geht auf ausgewählte Probleme deutscher Städte ein (Abbau von Segregation, Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung u. ä.) und zeigt, dass für die entsprechenden Stadtentwicklungsstrategien Bürgermitwirkung essentiell ist. Städte müssen dafür den Rahmen schaffen, Planungsbüros können dabei intermediäre Funktion wahrnehmen - eine Renaissance der Städte muss kollektiv gestaltet werden. Vor allem die Großprojekte sind ambivalent zu beurteilen, worauf Susanne Heeg (Geographie-Professorin an der Universität Frankfurt/M.) eingeht. Einerseits verschaffen sie den Städten wichtige Impulse, überregionale Aufmerksamkeit und Attraktivitätsgewinne. Andererseits zwingen sie den Städten stadtplanerische Imperative auf. Es kommt dann auf eine positiv-kooperative Gemeinschaftsleistung von Stadt und Investor an, um städtischen wie privatwirtschaftlichen Interessen gleichermaßen gerecht zu werden. Deutlich wird aber, dass sich daraus neue Handlungsmöglichkeiten für eine langfristig angelegte Stadtentwicklungspolitik ergeben können. Das betrifft nicht nur Großstädte, sondern vermehrt auch Mittelstädte, wie Rolf Junker und Gerd Kühn (Stadtplaner am DIFU/Berlin) am Beispiel der Einzelhandelsgroßprojekte für Osnabrück und Wilhelmshaven zeigen. Denn seit Mitte der 90er Jahre werden solche Projekte verstärkt in den Innenstädten platziert, und

zwar inzwischen auch in Mittelstädten. Welche Potenziale für Stadtentwicklungspolitik sie entfalten, hängt zu einem großen Teil von ihrer Lage ab. In der Nähe von hochwertigen Innenstadt-Einkaufsmöglichkeiten können sie eine Attraktivitätssteigerung für die Städte bedeuten und komplementäre Maßnahmen der alteingesessenen Händler sowie der Stadt auslösen. Sie können aber andererseits kontraproduktiv wirken, wenn sie neue Zentren neben den bestehenden Zentren induzieren. In Reaktion darauf setzt sich das Konzept der Business Improvement Districts in Deutschland durch, bei dem private innerstädtische Unternehmen sich zusammenschließen, um gemeinsam ihre Straße oder ihr Viertel attraktiver zu machen. Robert Pütz, Geographieprofessor in Frankfurt/M., zeigt in seinem Beitrag die Potenziale und Probleme auf, die dieser, aus Kanada und den USA übernommene Ansatz im deutschen Handlungsrahmen bewirken kann. Auch hier ist die Kommune involviert, weil sie meist komplementäre Leistungen im Umfeld beisteuern und eine entsprechende Satzung erlassen muss, damit die relevanten Akteure Entscheidungssicherheit haben und die Koordination ihres Handelns effektiver gestaltet werden kann.

Prozesse der Stadtentwicklung unter überregionalem Wettbewerbsdruck sind schwierig zu gestalten: Sie sind langfristig angelegt, müssen privates Kapital mobilisieren und auf einen breiten Konsens in der kommunalen Gesellschaft gestützt werden, auch wenn dabei Entscheidungen von den heute Lebenden für diejenigen in 10 bis 15 Jahren getroffen werden. Wegen der hohen Bindungen durch bestehende Bauten, fehlende Freiflächen, private Bodenrechte und Finanznot der Kommunen sind solche Prozesse zudem hohen Restriktionen ausgesetzt. Wie man damit umgehen kann, wird von Rolf Wernstedt (früherer Landtagspräsident von Niedersachsen und Moderator im Stadtentwicklungsprozess „Hannover 2020“) aus Insiderperspektive skizziert. Er macht u. a. darauf aufmerksam, dass solche Prozesse nicht nur unter architektonisch-städtebaulichen Aspekten, sondern mit hoher politischer Sensibilität zu führen sind: Sie können Erwartungen wecken, die später nicht zu befriedigen sind; sie können der Steuerungsmacht der Kommune entgleiten und immer mehr unter privatwirtschaftliche Imperative geraten. Der Beitrag zeigt aber auch: Selbst unter den schwierigen Bedingungen moderner deutscher Städte bleibt Spielraum für gestaltende Stadtentwicklungspolitik – wenn man ihn denn wahrnimmt und nutzt.

Außerdem finden Sie in dem Heft einen sehr interessanten Beitrag von Jörg Jerusel von der Universität Hannover über die Leistungskraft niedersächsischer Forschungseinrichtungen in der Einwerbung von Drittmitteln aus der EU-Forschungsförderung – hochinteressante Zahlen, auch in ihrer regionalen Verteilung. Und wie immer bietet dieses Heft einen Überblick über die neueste Literatur zu Themen niedersächsischer Landeskunde, in bewährter Weise von Siegfried Hübner zusammengestellt.

Ihre

Axel Priebs
(Verantwortliche für dieses Heft)

Dietrich Fürst

Dr. Ing. Klaus Habermann-Nieße
 plan zwei Stadtplanung und Architektur
 Morgensternweg 17 A,
 30419 Hannover
 Tel.: 0511-279495 41
 Fax: 0511-279495 59;
 habermann-niesse@plan-zwei.com

Prof. Dr. Susanne Heeg
 Institut für Humangeographie
 JWG-Universität
 Robert-Mayer-Str. 6 – 8
 60325 Frankfurt am Main
 Tel.: 069-798 22278
 Fax: 069-798 28173
 heeg@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Ilse Helbrecht ;
 TU Berlin, Geographisches Institut
 Unter den Linden 6,
 10099 Berlin
 Ilse.helbrecht@geo.hu-berlin.de
 Tel.: 030-2093 6830
 Fax: 030-2093 6853

Jörg Jerusel
 Leibniz Universität Hannover;
 Dezernat für Forschung und EU-Hochschulbüro
 Brühlstraße 27
 30169 Hannover
 joerg.jerusel@zuv.uni-hannover.de

Rolf Junker
 Dipl.-Ing. Rolf Junker
 Büro Junker & Kruse
 Stadtforschung/Planung
 Dortmund

Dr. Gerd Kühn
 Deutsches Institut für Urbanistik
 Straße des 17. Juni 110
 10623 Berlin
 Tel.: 030-39001 255
 Fax: 030-39001 268
 kuehn@difu.de

Prof. Dr. Robert Pütz
 Institut für Humangeographie
 JWG-Universität
 Robert-Mayer-Str. 6 – 8
 60325 Frankfurt am Main
 Tel.: 069-798 28792
 Fax: 069-798 28173
 puetz@uni-frankfurt.de

Prof. Rolf Wernstedt
 Waldstr. 11
 30823 Garbsen
 Tel.: 05137-875373
 rolf.wernstedt@web.de

Inhalt

Themenschwerpunkt: Renaissance der Städte		
Ilse Helbrecht	„Stadt der Enklaven“? Neue Herausforderungen der Städte in der globalen Wissensgesellschaft	2
Klaus Habermann-Nieße	Neuere Tendenzen in der Stadtentwicklungspolitik	18
Susanne Heeg	Immobilienwirtschaft und Stadtplanung - property-led development in der Stadtentwicklung	34
Rolf Junker und Gerd Kühn	Einkaufszentrum und Innenstädte - Trends, Auswirkungen, Handlungsempfehlungen	52
Robert Pütz	Business Improvement Districts als Instrument der Quartiersentwicklung	72
Rolf Wernstedt	Hannover City 2020 - Mehr Demokratie gewagt in einem Stadtentwicklungsprozess Hannover	88
Berichte		
Jörg Jerusel	Niedersachsen im Fokus der EU-Forschung: Die Teilnahme von niedersächsischen Einrichtungen am 6. Forschungsrahmenprogramm der EU	96
Literatur		
Siegfried Hübner	Neue Literatur zu Niedersachsen, Bremen und Hamburg	124



Ilse Helbrecht

„Stadt der Enklaven“?

Neue Herausforderungen der Städte in der globalen Wissensgesellschaft

1. Einleitung

„Jedes Geheimnis, jedes Wissen ist in seiner Gesellschaft geborgen; jede menschliche Gesellschaft ist Wissensgesellschaft, seit Jahrmillionen. Jede hütet ihre Überlieferungen, und seien sie des Teufels, verwaltet oder mehrt ihren Schatz, stellt, was sie weiß, auf Dauer. Jede lebt von ihrem Wissen seit dem Zuhauen handlicher Chopper, der frühesten Domestikation von Tieren, dem allerersten Anbau von Getreide bis hin zu den gigantischsten Unternehmungen zur Erforschung der Erde und des Kosmos. Und eine jede dürstet nach Wissen, das ihr über andere Macht verleiht.“ (Fried 2002, S. 17)

Kann es eine Renaissance der Städte geben ohne eine gravierende Veränderung ihrer urbanen Kultur? Und welcher Art werden der Wandel der Stadtkultur und der Stadtgesellschaft sein, die mit einer „Wiedergeburt“ – denn das bedeutet Renaissance – der Stadt unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft einhergehen?

Die neuen Stadtqualitäten in Zeiten der Wissensgesellschaft werden seit Jahren intensiv diskutiert (vgl. Atkinson/Easthope 2009, Cheshire/Magrini 2009). Während in den frühen Debatten zur „infor-

mational city“ (Castells 2000) zunächst die harten Standortfaktoren der Wissensökonomie im Vordergrund standen, wie etwa das Vorhandensein von Hightech-Infrastrukturen etc., so hat sich jüngst der Fokus der Debatte stark auf die kulturellen und städtebaulichen Erfolgsfaktoren von Städten in der Wissensgesellschaft verschoben. So vertritt Richard Florida (2002, 2005) markant die These, wonach ein Aufschwung kreativer Talente in der Stadt mit einer Zunahme an Diversität und Toleranz innerhalb der Bevölkerung einhergehe. Um das volkswirtschaftlich begehrte Humankapital lokal zu attrahieren, müssten weiche Faktoren wie das „people climate“ in einer Stadt besondere Aufmerksamkeit erfahren. Floridas Thesen haben dabei nicht so sehr globale Verbreitung gefunden, weil die Gemeinde der Wissenschaftler mit großer Überzeugung seiner Argumentation gefolgt wäre. Vielmehr ist der politischen Anwendbarkeit von Floridas Thesen ihre heute große Verbreitung zu „verdanken“. Ich vermute, wohl kaum hat in der Geschichte der Stadt- und Regionalwissenschaften jemals zuvor ein wissenschaftlich generiertes Konzept zur Stadtentwicklung so rasch einen so hohen Wirkungsgrad in der Stadtpolitik erreicht. Die Thesen Floridas sind allgegenwärtig in den



Rathäusern Australiens, der USA, Kanadas wie auch in Europa (vgl. Helbrecht/Meister 2007, Atkinson/Easthope 2009). Der marketingwirksame Dreiklang der Begriffe „Technologie, Talent und Toleranz“ wirbt weltweit politisch effektiv für eine Argumentation, die behauptet, der Aufstieg der kreativen Ökonomie würde nicht nur zu einer Wiederkehr der Städte führen. Vielmehr würden geradezu philanthropische Städte mit positiven soziokulturellen Standortfaktoren wirtschaftlich besonders erfolgreich sein. Gerade jene Städte, die ästhetisch anspruchsvoll gestaltet sind und sich menschenfreundlich geben, indem sie eine offene, tolerante, lebenswerte urbane Kultur entwickelten, würden kreative Köpfe anziehen. Insbesondere der letzt genannten Punkt steht international im Zentrum kritischer Debatten zu Creative City Politics (vgl. Peck 2005, Scott 2006): Gibt es tatsächlich

einen kausalen Zusammenhang, wonach im internationalen Wettbewerb um Talente jene Städte und Regionen Standortvorteile haben, die sich durch eine ethnisch, demographisch und kulturell gemischte Zusammensetzung der Bevölkerung auszeichnen? Braucht Kreativität soziodemographische ebenso wie ethnische Diversität der Bevölkerung und Toleranz als Nährboden (vgl. Florida 2002)?

In den Gegenargumenten zu Richard Florida wird vielfach betont, dass Creative City Politics exklusiv wirken würden, weil sie als neoliberale Wachstumsstrategie und Hightech-Förderung Verdrängungsprozesse induzierten. Ärmere Stadtbewohner würden durch Gentrification aus ihren Quartieren verdrängt, öffentliche Räume einseitig für die Bedürfnisse der Creative Class zugerichtet und damit sozial Schwächere sowie Minderheiten aus

dem Stadtleben ausgeschlossen, seien diese ethnischer, sexueller oder kultureller Natur (vgl. Atkinson/Easthope 2009). Mit anderen Worten, die Wissensgesellschaft würde im Gewande kreativer Stadtpolitiken bestehende Unterschiede sowie Exklusionsmechanismen benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die nicht am Aufschwung der Wissensgesellschaft teilhaben, verstärken.

Die „Stadt der Enklaven“ ist derzeit noch kein feststehender Begriff in der Literatur. Das Wortgespann scheint mir als Leitidee jedoch geeignet zu sein zur Beschreibung einer neuen Herausforderung, die auf Städte in der globalen Wissensgesellschaft zukommt. Denn das Aufkommen der Wissensökonomie hat die Beschäftigungsverhältnisse gewandelt. Dieser wirtschaftliche Wandel hat neue Beschäftigungsgruppen, neue Lebensstile und kulturelle Wertemuster, neue Risikobegriffe, neue Unsicherheiten hervorgerufen, die auch und neu motivierte und neu strukturierte Abgrenzungsbedürfnisse befördern. Mit dem Wortgebilde „Stadt der Enklaven“ versuche ich also, die veränderten Abgrenzungsprozesse vor allem der Wissensarbeiter in einer Stadt, die durch die Wissensökonomie gekennzeichnet ist, zu beschreiben. Gerade weil Städte in Zeiten der Wissensgesellschaft erneut in den Mittelpunkt ökonomischer und kultureller Aufmerksamkeit rücken, finden auch neue Konkurrenzkämpfe – und damit Verdrängungsprozesse – zwischen sozialen Gruppen um städtisches Terrain statt. Stadtteilstrukturen und Stadtteilidentitäten reformieren sich in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Anerkennung, Integration und Reputation. Ebenso bilden sich neue Motive und Formen von Abgrenzungsprozessen heraus, die sich als Phänomene im Stadtteileben deutlich unterscheiden von den Segregationsmustern und Abgrenzungsmotiven der Industriegesellschaft.

Die Stadt- und Regionalwissenschaft ist noch in den Anfängen, diese neuen Phänomene städti-

scher Konkurrenz und Abschottung der neuen sozialen Großgruppen in der Wissensgesellschaft zu beschreiben. In dieser Debatte möchte ich mit dem vorliegenden Text erste Anregungen bieten. Hierzu wird im Folgenden zunächst der Begriff Wissensgesellschaft diskutiert (Kap. 2). Anschließend wird am Beispiel zweier sozialer ebenso wie stadträumlicher Phänomene diskutiert, inwiefern Enklavenbildung zutrifft und welchen Zwecken sie dient (Kap. 3 und 4). Im Fazit wird versucht, zusammenfassend die Herausforderungen für Stadtpolitik und Stadtgesellschaft aus den genannten drei Entwicklungstendenzen heraus zu diskutieren (Kap. 5).

2. Der Begriff der „Wissensgesellschaft“

Daniel Bell (1985) hat in seinem 1973 erschienen Werk „The coming of postindustrial society“ als einer der ersten Sozialwissenschaftler eine prägnante Interpretation des Trends zur Wissensgesellschaft vorgelegt. Er war vor über 35 Jahren mutig genug, eine Prognose aufzustellen zur zukünftigen Entwicklung von Industriegesellschaften. Bell sagte voraus, dass eine nachindustrielle Gesellschaft zwar nicht umfassend zu beschreiben und zu prognostizieren sei. Denn im Gegensatz zu den Naturwissenschaften sei in den Gesellschaftswissenschaften eine soziale Prognose stets mit größerer Unsicherheit behaftet. Dennoch meinte er sicher zu erkennen, was „das bewegende Prinzip“ der nachindustriellen Gesellschaft sei, die zentrale Achse, um die sie sich drehen werde. Diese zentrale Achse sozialen Wandels identifizierte Daniel Bell als theoretisches Wissen (Bell 1985, S. 32). Mit dem Begriff der nachindustriellen Gesellschaft als Wissensgesellschaft ist also ein besonderer Wissensbegriff verbunden, nämlich der des theoretischen

Wissens. Es sei nach Bell vor allem das von den Forscherinnen und Forschern in den Universitäten entwickelte theoretische Wissen, das durch die zunehmende Technologieorientierung der Wirtschaft an Bedeutung gewinnen würde. Wissenschaft und Technologie würden zu treibenden Kräften der Gesellschaft, weil theoretisches Wissen zum Wertschöpfungsfaktor werde. Wissenschaftler, Ingenieure und Technokraten wären „die Oberpriester der neuen Gesellschaft“ (Bell 1985, S. 32).

„Nach der These, die im vorliegenden Buch aufgestellt wird, ist die Hauptursache für den strukturellen Wandel der Gesellschaft – den Wandel der Neuerungsmethoden im Verhältnis von Wissenschaft und Technologie und den Wandel der Politik – ein Wandel in der Art des Wissens: durch das Exponentialwachstum und die Auffächerung des Wissens, das Aufkommen einer neuen intellektuellen Technologie, die systematische Forschung durch entsprechende Gelder und, all dies krönend und zusammenfassend, die Kodifizierung des theoretischen Wissens.“ (Bell 1985, S. 54)

Ginge es nach dem amerikanischen Soziologen, so gäbe es einen Primat theoretischen Wissens, im Rahmen dessen vor allem die Naturwissenschaft mit Technologie verknüpft würde und beide gemeinsam den gesellschaftlichen Fortschritt bestimmten. Dadurch entstünde auch eine neue Konkurrenz zwischen Wissenschaft und Politik in Bezug auf den Führungsanspruch in der Gesellschaft. Wie präzise und tragfähig ist diese Beschreibung der Wissensgesellschaft noch heute? Und gibt es – gerade aus Sicht der Stadt- und Raumforschung – tragfähigere Konzepte, die deutlicher vor Augen stellen, was in Städten geschieht? Die Einschätzungen hierzu sind ambivalent: Auf der einen Seite hat Daniel Bell in großen Zügen recht behalten und zu einem frühen Zeitpunkt eine später zutreffende soziale Prognose gewagt. Heute sind technologischer Fortschritt, Innovationsförde-

rung und die Bedeutung wissenschaftlichen Wissens in aller Munde. Die prominente Rolle des Wissens hat das gesellschaftliche Bewusstsein so weit durchdrungen, dass Medien, Öffentlichkeit und Politik nahezu im Übermaße beständig die Freude der Forschung, die Bedeutung der Innovationskraft für die Wirtschaftsleistung des Landes bis hin zur pädagogischen Förderung des Entdeckergeistes der Kinder als „jungen Forschern“ steigern und verbreiten möchten (vgl. Helbrecht 2009). Auch die Stadtentwicklung in Metropolen wie etwa Hamburg oder München wird von Debatten um die mögliche Campusverlagerung der Universität oder Campuserweiterung geprägt. Durchgreifender, als wir es in Deutschland heute erleben, konnte sich auch der Amerikaner Daniel Bell den Siegeszug seiner eigenen Prognose wohl kaum vorstellen.

Auf der anderen Seite ist die Bellsche Position zur Rolle von theoretischem Wissen in der Wissensgesellschaft zwischenzeitlich entschieden revidiert worden. In den großen Zügen der Argumentation liegt Daniel Bell richtig. Was er jedoch unterschätzt ist die tatsächliche Funktions- und Wirkungsweise von Wissen im Detail – und eben die Details sind entscheidend für das, was in den Städten als Renaissance, als neuer Standortwettbewerb und innere Restrukturierung geschieht.

Der deutsch-kanadische Soziologe Nico Stehr entwickelt, aufbauend auf Daniel Bell, einen modifizierten Wissensbegriff. Er sieht in Anklang an den amerikanischen Soziologen ebenfalls Wissen in das Zentrum von Wirtschaft und Gesellschaft rücken: „In jüngster Zeit wird aus der monetären eine symbolische Ökonomie. Wissen wird zunehmend zum wichtigsten Produktionsfaktor. In der Wissensgesellschaft machen kognitive Faktoren, Kreativität, Wissen und Information in zunehmendem Maße den Großteil des Wohlstands eines Unternehmens aus.“ (Stehr 2001, S. 30) Jedoch meint Stehr mit

„Wissen“ etwas anderes als Bell. Erstgenanntem geht es beim Wissen nicht um theoretisches, kodifiziertes Wissen, sondern er versteht Wissen „als etwas, das der Mensch tut.“ (Stehr 2001, S. 56) Wissen bestimme sich nicht nur über den Wissensinhalt (das, was man weiß). Wissen sei ebenso definiert durch die Art, wie man weiß (Wissensform). Wissen sei ein Prozess (Stehr 2001, S. 56). Und dieser Prozess wäre in seinem gesellschaftlich relevanten Kern vor allem die Handlungskompetenz eines Menschen. Erst dasjenige kodifizierte, theoretische Wissen, das von einer Person, einem Individuum, einer Gruppe intellektuell so angeeignet wurde, dass diese es auch verwenden und souverän anwenden kann, versteht Stehr als sozial relevantes Wissen in der Wissensgesellschaft. Wissen ist somit gesellschaftlich entscheidend als „die Fähigkeit zum sozialen Handeln (Handlungsvermögen)“ (Stehr 2001, S. 62) und ist auch als solches definiert. Damit sind es bei Stehr nicht so sehr die Wissenschaftler, die mit wissenschaftlicher Erkenntnis neues Wissen in die Welt setzen, die in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken, sondern die Fähigkeiten der Anwender von Wissen, dieses tatsächlich produktiv und kompetent in soziales, politisches oder ökonomisches Handeln umzusetzen.

Nico Stehr verweist auf den gewaltigen Unterschied, der zwischen einem theoretisch zugänglichen, kodifizierten Wissen besteht, das oft nur theoretisch verbleibt, und dem in gesellschaftlicher Praxis virulenten Wissen, das als Handlungsvermögen der Akteure gesellschaftlich wirksam wird. Indem sich der Blick auf die Praktiken der Wissensaneignung und Wissensverwendung richtet, wird zugleich betont, wie entscheidend individuelle und soziale Lernprozesse in Gruppen, Firmen oder Stadtregionen sind. Nur dasjenige theoretische Wissen, das auch von einem Individuum vor Ort inkorporiert und verstanden wurde, kann

sein Potenzial für soziales Handeln entfalten.

Die Konstanzer Soziologin Karin Knorr Cetina (2000, 2002) betont in ähnlicher Weise, dass nicht ein allgemeines theoretisches Wissen gegenwärtige Wissensgesellschaften präge. Sie argumentiert für die Betrachtung der sozialen Einbettung des Wissens in Form der Untersuchung von „Wissenskulturen.“ (Knorr Cetina 2002, S. 12)

Die hochkarätige Bedeutung von Wissen als Handlungsvermögen und damit der intellektuellen Aneignungsprozesse von Wissen durch Individuen und Gruppen in der Wissensgesellschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für die neue Rolle von Städten in der Wissensgesellschaft (vgl. Helbrecht 2004, Kunzmann 2004). Ginge es getreu Daniel Bell allein darum, dass Naturwissenschaftler im Verbund mit Technokraten theoretisches Wissen produzierten und die Industrie dieses wirtschaftlich verwertet, so würden vermutlich rein funktionale Orte der Wissensproduktion entstehen. Wissensstädte könnten dann insgesamt die doch oft charakterlos wirkenden Gesichtszüge von Hochtechnologie-Standorten im deutschen Wissenschaftssystem annehmen, wie wir dieses jüngst auf dem Campus der TU München in Garching oder dem Technikcampus der Humboldt-Universität zu Berlin in Adlershof beobachten können: Diese nüchtern von Städtebauem gestalteten, technologisch konstruierten und wenig an einzelnen Menschen, an sozialen Bedürfnissen oder kulturellen Hintergründen orientierten Produktionsstandorte des Wissens wirken wenig urban. Ein solcher Universitätscampus mag – jedoch selbst darüber ließe sich trefflich streiten – für naturwissenschaftliche Hochschulforschung adäquat sein. Den umfassenderen Bedürfnissen der Wissensgesellschaft und Wissensökonomie werden derart für naturwissenschaftlich-theoretisches Wissen konstruierten Standorte nicht vollständig gerecht. Gewinnt Wissen nämlich – wie u. a. Stehr es sieht

– als Handlungsmöglichkeit Bedeutung, so rücken die sozialen Bedingungen der Wissensherstellung, der Wissensaneignung, des Wissenstransfers, der Adaption und Verfügung über Wissen in den Mittelpunkt – also Wissen als Teil eines sozialen Prozesses (vgl. Stehr 2003, S. 32f). Dafür ist die Gestaltung von Standorten notwendig, die den Akteuren in der Wissensökonomie die intensive Steigerung intellektueller Aneignungsprozesse durch Individuen und Gruppen und somit eine erhöhte Bedeutung von nicht-kodifiziertem Wissen erlauben. Gerade das inkorporierte Wissen, das der Einzelne oder die soziale Gruppe sich tatsächlich angeeignet hat und über das er oder sie kompetent verfügt als Handlungspotenzial, macht lebenswerte Städte zu interessanten Orten in der Wissensökonomie. Nico Stehr, der Soziologe, den räumliche Entwicklung per se wenig interessiert, stellt fest, dass in der Wissensgesellschaft „die erhebliche Isolation zwischen Regionen, Städten und Dörfern erhalten“ bleibe (Stehr 2001, S. 120). Richard Florida (2002) überhöht dieses Argument, indem er vermutet, dass gerade in Zeiten globaler Kommunikation die Bedeutung von Orten und besonderen Städten steige: „It's often been said that in this age of high technology ‚geography is dead‘ and place doesn't matter any more. Nothing could be further from the truth: Witness how high-tech firms themselves concentrate in specific places like the San Francisco Bay Area or Austin or Seattle. Place has become the central organizing unit of our time.“ (Florida 2002, 6)

In den folgenden Betrachtungen zur „Stadt der Enklaven“ in der Wissensgesellschaft knüpfe ich an den von Nico Stehr erarbeiteten Begriff des Wissens an. Ich werde in ersten Ansätzen versuchen zu zeigen, welche städtischen Folgen das Heraufziehen eines Wettbewerbes der Individuen und Gruppen um Wissen als Handlungsvermögen hat. Denn wenn Wissen nur als persönlich angeeigne-

tes Wissen gesellschaftlich relevant wird, sind die privaten Haushalte und sozialen Gruppen gezwungen, ihre Aneignungsprozesse ebenso wie die Anwendungsprozesse des Wissens effizient zu gestalten und stetig zu verbessern. Es werden somit nur jene Städte eine Renaissance in der Wissensgesellschaft erleben, die in ihren Ausstattungsmerkmalen den Bedürfnissen der Wissensarbeiter entgegenkommen. Hierfür ist die Stadt sowohl als Produktionsstandort für intellektuelle Aneignungsprozesse von Wissen, also als Lernort wesentlich, ebenso wie als Ort der Reproduktion zur Erholung und zum Erhalt der Arbeitskraft der Wissensarbeiter. Welche räumlichen Strategien helfen Individuen oder sozialen Gruppen bei der Aneignung und Anwendung von Wissen? Welche städtischen Strukturen helfen den Menschen bei ihrer Reproduktion als Wissensarbeiter?

Im Folgenden möchte ich anhand von zwei empirischen Beispielen zeigen, dass den Stadtteilen sowohl in der Produktion wie auch der Reproduktion der Wissensökonomie eine ganz besondere Aufgabe zukommt. Am Beispiel von zwei unterschiedlichen Gruppen der Wissensarbeiter in Chicago und London wird veranschaulicht, wie die Praxis des Wissens als Prozess und soziales Handeln an bestimmte Voraussetzungen im Stadtteil bzw. in Städten gebunden ist.

3. Produktionsstandort Wissensstadt: Neo-Bohemia

Wicker Park, ein Stadtteil im Westen Chicagos, ist seit den 1990er Jahren das Zentrum einer lebendigen Musik-Szene. Er hat in seiner Bedeutung für das Chicagoer Stadtleben große Ähnlichkeit mit dem Distrikt South of Market in San Francisco oder New Yorks Silicon Alley. Hier hat die Arbeits- und Lebenswelt der neuen Medien ein urbanes Zuhause



se gefunden. Aufgrund seiner Vitalität und Anziehungskraft auch für Künstler beschrieb ihn die New York Times in ihrem Reisemagazin im Jahr 2002 als „Chicago's bohemian hub of funkiness and creativity“ (New York Times zitiert nach Lloyd 2006, S. 11). Richard Lloyd beobachtete über zehn Jahre lang den Wandel des Stadtteils und entwickelte eine konzise Beschreibung seiner Arbeits- und Kulturszene als „Neo-Bohemia“. Wicker Park kann in seinen ökonomischen und kulturellen Stadtteilstrukturen als beispielhaft gelten für einen neuen Trend in der Entwicklung von Städten: Das Cluster im Stadtteil wird für einen bestimmten Teil der Wissensökonomie zum entscheidenden Organisationsprinzip von Arbeit und Leben. Wicker Park verfügt über eine hohe Dichte an Firmen aus der Medienwelt. Die Bevölkerung des Stadtteils ist

in dreifacher Hinsicht eine Ressource für die Schaffung von neuem wie auch die Aneignung und Anwendung von bestehendem Wissen.

- A) Inhaltlich ist die im Quartier vorhandene lebendige subkulturelle Szene kreativer Lebenskünstler und schaffender Künstler ein intellektueller Humus für die Produktentwicklung in den Neuen Medien. Die Medienindustrie sucht im Stadtteil bewusst die räumliche Nähe zur Subkultur, um hieraus als Ideenpool kommerziell zu schöpfen.
- B) Formal ist der Stadtteil darüber hinaus Vermittlungsagentur und Drehscheibe für Personen, Produkte und Projekte. Während die meisten Firmen in den Neuen Medien nur wenige fest angestellte Beschäftigte haben, ist der Stadtteil durchsetzt mit einem großen Pool an Freelancern

(Selbstständigen) und Künstlern, die flexibel für Projektarbeit beschäftigt werden. Nach Lloyd schwimmt bei dieser Beschäftigungs- und Aufgabenstruktur die Grenze zwischen artistischer Produktion und kapitalistischer Produktion (Lloyd 2006, S. 220f). Der Stadtteil selbst wird zur Organisationseinheit, die als lokaler Markt Angebot und Nachfrage nach Arbeit vor Ort vermittelt. In den Straßen, Bars und Cafés ist aufgrund der hohen Kontaktdichte der Ansässigen ein Informationsfluss über laufende Projekte gewährt. Die flexible, billige, kreative Arbeitskraft einzelner Freelancer kann schnell zu Projektteams verwoben werden, weil die räumliche Nähe im Stadtteil die soziale und institutionelle Nähe, die für diese flexible Form der Produktion notwendig ist, befördert (vgl. Scott 2006). Ähnliche Phänomene sind in Deutschland am Beispiel von Berlin untersucht worden (vgl. Lange 2005). An der Stadtteilstudie zu Wicker Park wird deutlich, wie sehr eine räumlich an den Stadtteil gebundene Arbeits- und Wohnkultur Voraussetzung und Folge einer bestimmten Form von Wissensökonomie ist. In der flexiblen Ökonomie der Kreativwirtschaft übernimmt somit der Raum auf der Ebene des Stadtteils eine koordinierende Funktion, die bisher die Firma als zentrale Organisationseinheit der Industriegesellschaft inne hatte: „In this environment, it is geographic place rather than the corporation that provides the organizational matrix for matching people and jobs.“ (Florida 2002, 6)

- C) Kulturell befördert die hohe Konzentration im Stadtteil zudem die Herausbildung eines spezifischen Arbeitsethos der flexiblen Ökonomie. Richard Lloyd analysiert in Wicker Park neben den Produktionsstrukturen auch die kulturellen Werte der Beschäftigten und Selbstständigen in den Neuen Medien. Hierbei entdeckt er,

dass der enge räumliche Zusammenschluss im Stadtteil auch die Herausbildung einer bestimmten Arbeitskultur befördert. Es gibt, so Lloyd, einen spezifischen neuen Arbeitsethos der Neo-Bohemia, der sich deutlich unterscheidet von der protestantischen Ethik des Industrie-Kapitalismus. Nach Max Weber sind in der protestantischen Ethik Pflichtbewusstsein und Arbeitsamkeit des Einzelnen auch religiös motiviert, weil beruflicher Erfolg als Indikator für göttliche Gnade galt. Ganz anders geht die Neo-Bohème der flexiblen Ökonomie mit dem Wert der Arbeit und dem Wert des Lebens um. Demnach pflegten Firmen und Freelancer einen Ethos der Non-Konformität, der vor allem auf einem „feeling of autonomy“ basiere (Lloyd 2006, S. 225). Die zu Teilen prekären Beschäftigungsverhältnisse der Freelancer, für die beruflicher Aufstieg kaum möglich ist, weil sie nicht Bestandteil einer Firmenhierarchie sind, werden von den Freelancern gerechtfertigt und heroisiert als positives Element ihrer persönlichen und künstlerischen Freiheit. Es gibt also nahezu einen Verzicht darauf, sich durch viel oder hochwertige Arbeit zu profilieren. Gerade wenig Geld zu verdienen, eben nicht fest angestellt zu sein, keine Renteneinzahlungen zu machen wird stilisiert als bewusste Entscheidung für persönliche Autonomie – und nicht als Konfliktlinie oder gar Ausbeutungsverhältnis einer flexiblen Ökonomie gewertet. Der Verzicht auf höhere Löhne, finanzielle Sicherheit und soziale Mobilität wird ebenso wie die Individualisierung von Risiken von den Beteiligten im Stadtteil verdichtet zu einem sozialkulturellen Wert.

Die Wissensökonomie der neuen Medien ist somit auf die Herausbildung spezifischer, dichter Stadtteilstrukturen angewiesen in mindestens dreierlei Hinsicht: Erstens sucht sie die räumliche Nähe zur

Inspirationsquelle Subkultur. Zweitens in Bezug auf ihre betriebliche Organisationsform, da der Stadtteil – bzw. die Cafés, Partys und öffentlichen Räume in selbigem – als Organisationseinheit frühere Aufgaben von Firmen übernimmt (vgl. Lange 2005). Drittens durch die Herausbildung einer Arbeitskultur und pseudo-autonomen Wertestruktur, die als Arbeitsethos der Neo-Bohème die Wissensökonomie der Neuen Medien kulturell abfedert und die Arbeitsmoral unter Bedingungen flexibler Ökonomie stützt und forciert.

Wicker Park bildet somit innerhalb Chicagos eine multipel motivierte räumliche Enklave der Neuen Medien. Erst durch die räumliche Strategie der Enklavenbildung sind die ökonomischen und kulturellen Praktiken dieses speziellen Teiles der Wissensökonomie realisierbar. Somit sind Verdichtung und Abgrenzung essenzieller Bestandteil dieses neuen Phänomens der urbanen Wissensgesellschaft. In der Stadt der Wissensgesellschaft wird die Welt der Stadtteile zunehmend zu einem eigenen Kosmos (vgl. Keller 2005). Manuel Castells sieht deshalb die Zukunft der Stadtteile als zunehmend sozial differenziert und funktional vernetzt (vgl. Castells 2000, S. 12).

4. Reproduktionsort Wissensstadt: „Education and Location“ - das Beispiel London

Die Neuen Medien sind ein spezifisches Subsegment der Kreativwirtschaft und damit in ihrer räumlichen Organisation nicht verallgemeinerbar für weitere Teile der Wissensökonomie. In einem zweiten empirischen Beispiel sollen deshalb weitere Teile der Mittelschicht in ihrem Verhalten im Stadtraum unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft beobachtet werden. Hierfür ist London ein extremes, aber auch sehr interessantes

und klärendes Beispiel. Nirgendwo sonst in Europa wird so hart um jeden Quadratmeter Wohn- und Bürofläche gekämpft. Nirgends sonst ist die Wissensökonomie sowohl im Bereich des Finanzwesens wie der Medien, der Mode wie der Musik, der Versicherungswirtschaft wie der Wissenschaft so weit entwickelt und konzentriert in Europa wie hier. Zugleich fordert der harte Wettbewerb auf dem städtischen Bodenmarkt von allen Akteuren – beruflich wie privat – ein ausgesprochen effizientes, marktwirtschaftlich tragfähiges Verhalten.

Tim Butler hat zusammen mit Garry Robson (2003) in der Studie „London Calling. The Middle Class and the Re-making of Inner London“ einige neue Logiken sozialräumlicher Segregationsprozesse untersucht. Der Untersuchungsraum London steht dabei aufgrund seiner großen Anziehungskraft auf Hochqualifizierte aller Arten exemplarisch für die weltweite Herausbildung einer urbanen „international service class“ (Butler/Robson 2003, S. 10). In empirischen Befragungen in mehreren Stadtteilen Londons stellen Butler und Robson fest – inspiriert durch die Thesen des Amerikaners Richard Sennett zur „Corrosion of Character“ –, dass die Wohnstandortwahl der Mittelschichten und ihr stadträumliches Verhalten innerhalb Londons wesentlich zu erklären sei als Coping-Strategie. Unter Coping verstehen Psychologen Anpassungsprozesse an Stress und Bewältigungsstrategien schwieriger Situationen oder Ereignisse. Offenbar besteht aus Sicht vieler Mittelschichtangehöriger neuer Anpassungsdruck und vielleicht sogar Leidensdruck in der Arbeitswelt der Wissensgesellschaft. Dieser ist nach den soziologischen Studien innerhalb Londons entscheidend verbunden mit den neuen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsanforderungen der flexiblen Wissensökonomie – eine klare Parallele zum Fall Wicker Park. Während die Gruppe der Kreativen in den Neuen Medien im Chicagoer Beispiel noch vielfach aus

jüngeren Singles besteht, die ihre Flexibilität im Beruf als persönliche Autonomie umzudeuten wählen, fühlen sich viele Londoner Mittelschicht Haushalte in späteren Jahren und abseits der Neuen Medien bedroht in ihrem Familienleben durch die neuen Erfordernisse der Flexibilität am Arbeitsplatz (vgl. Butler/Robson 2003). „Wann ist noch Zeit füreinander?“ fragen sich Paare. Wie viel biographisches Vertrauen können Kinder entwickeln und wie viel Verlässlichkeit erfahren sie, wenn die Eltern flexibel Arbeitgeber und Arbeitsort zu wechseln in der Lage sein müssen? Welche lokalen Identitäten vermitteln den Familienmitgliedern Stabilität, wenn die Berufswelt sich so oft im schwer übersehbaren, internationalen Rahmen abspielt? Diese Fragen müssen individuell von den privaten Haushalten beantwortet werden. Sie werden dabei gesellschaftlich gerahmt durch eine Zunahme der prekären Beschäftigungsverhältnisse auch im öffentlichen Sektor. So haben im Vereinigten Königreich gegenwärtig ca. 20 Prozent aller Beschäftigten Arbeitsverträge, die als prekär zu bezeichnen sind, weil sie kurzfristig und temporär sind, auf Zeitarbeit beruhen oder dem Niedriglohnsektor zugeordnet werden (vgl. McDowell/Batnitzky/Dyer 2009, S. 8).

Offensichtlich reagieren Teile der Mittelschicht auf diese neuen Bedrohungen der Arbeitswelt mit räumlichen Bewältigungsstrategien. Der Stadtteil als Wohnstandort wird zu einem zentralen Element des Coping. Robson und Butler (2003) entwickeln die These, wonach aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse in London eine neue Phase der Gentrification zu beobachten sei. Diese neue Phase sei sowohl durch die gestiegene Quantität in der Verbreitung von Gentrification als auch durch ihre neue Qualität definiert. Insbesondere in qualitativer Hinsicht bei der Untersuchung der Motive der Wohnstandortwahl der neuen Gentrifier wäre die verstärkt zu beobachtende Standortwahl

von Mittelschicht Haushalten in Innenstadtrandquartieren im Letzten auch eine Antwort der Mittelschichtfamilien auf die Verunsicherungen der Arbeitswelt. Gentrification, also die Aufwertung innenstadtnaher Stadtteile, die in London seit den 1960er Jahren bekannt ist, erfährt 40 Jahre später von den nachfolgenden Generationen einen neuen Schub aufgrund einer veränderten Motivlage. Die neue Phase der Gentrification wird zu einer räumlichen Coping-Strategie vieler Hochqualifizierter in der Wissensgesellschaft. Mit dem Wunsch nach überschaubaren Stadtteilstrukturen, dem eigenen Haus, dem sicheren Schulweg wird ein Gegengewicht gegen die zunehmenden internationalen, flexibilisierten und destabilisierend wirkenden Anforderungen der Berufswelt gesetzt. Es finde eher soziale Abschottung als Kompensation denn Offenheit und Toleranzzunahme zur sozialen Integration statt.

Während Gentrification früher in London ebenso wie in Kanada, Australien und den USA oftmals von Politikern und Wissenschaftlern gefeiert wurde als ein Prozess der sozialen Durchmischung von Bevölkerungsgruppen durch den Zuzug von kosmopolitanen Mittelschichtfamilien in innerstädtische Quartiere, so wird in jüngster Zeit zunehmend deutlich, dass die neuen Wellen der Gentrification eher der Abschottung der durch die flexible Ökonomie zu Teilen überforderten Mittelschichten dienen als der Mischung (vgl. Slater 2005, Lees 2008). Obwohl die empirischen Studien in den Londoner Quartieren Barnsbury, Battersea, Brixton, Docklands, London Fields, Telegraph Hill und Wandsworth durchaus unterschiedliche Stadtteilprofile ergeben haben, sind nach Butler/Robson doch alle Gentrifier bemüht, eine sichere Heimat für ihre Familien im zunehmend destabilisierenden London zu finden. Dabei sind soziale Mischung und Andersartigkeit im Stadtteil oftmals kein Wert sondern ein Hindernis.

Vor allem wird deutlich – diesen Sachverhalt sehen wir in Deutschland schon in Anzeichen und werden ihn zukünftig verstärkt zu gewärtigen haben –, in welchem hohem Maße die Wahl der Schulen für die Kinder die Wohnstandortwahl der Eltern prägt. Oftmals wird explizit durch den Hauskauf in einem besonderen Stadtteil Londons versucht, den Kindern Zugang zu einer bestimmten Qualität von Bildung und Erziehung zu gewähren. „Education and Location“ – diese beiden Aspekte werden von britischen Mittelschicht Haushalten zunehmend eng verwoben. Dass sozialer Aufstieg oder Positionserhalt in der Wissensgesellschaft über die Bildung und Ausbildung der Kinder im wesentlichen vonstatten geht, ist tief eingedrungen in das elterliche Bewusstsein (vgl. Butler/Robson 2003, S. 164ff).

Um die neuen Qualitäten im Wohnstandortverhalten der Mittelschichten auf den Begriff zu bringen, bestehen im anglophonen Diskurs zwei Vorschläge. Loretta Lees (2000) entwickelt den Terminus „super-gentrification“, um die besonderen, hochkarätigen Prozesse in London und New York durch die Gruppe der „financier“ zu beschreiben. Butler und Robson (2003, S. 9) schlagen vor, die neue Welle der Gentrification, die sich nicht nur auf die Mitglieder der Finanzwelt beschränke, als „re-gentrification“ zu bezeichnen. „Wieder-Gentrifizierung“ erscheint ihnen angemessen, weil es sich um eine erneute Überformung ehemals gentrifizierter Gebiete handelt durch eine neue Welle von Mittelschicht Haushalten mit zu Teilen neuen Motiven und Handlungszwängen.

Insgesamt zeigt das empirische Beispiel „London Calling“, wie die Wissensökonomie auf Seiten der Mittelschichten zu einer Re-Orientierung auf den Stadtteil führt. Diese ist einerseits zu deuten als kompensatorisches Verhalten und private Coping-Strategie für den (über-)fordernden Stress im beruflichen Alltag. Gerade weil beruflich beständig Fle-

xibilität, Globalität und Kurzfristigkeit eingefordert werden, suchen viele Mittelschicht Haushalte innerhalb Londons einen stabilisierenden Ausgleich in einem überschaubaren, sozial nicht bedrohlichen, sondern harmonischen Umfeld. Dabei sind – anders als dies Richard Florida in seiner Argumentation des Dreiklangs von „Technologie, Talent und Toleranz“ vertritt – sozialkulturell homogene Strukturen durch eine intensive Gentrifizierung des Viertels und damit die räumliche Konzentration von Gleichgesinnten erwünscht. Fast scheint es, als würde die professionell geforderte Offenheit für Neues privat zu einem Wunsch nach Schließung und einer neuen Sehnsucht nach Homogenität durch kulturelle Abgrenzung führen.

5. Fazit

Besondere Städte erleben in der Wissensgesellschaft einen besonderen Aufschwung. An vielen Orten wie den bekannten Metropolen Chicago, London, Berlin, Hamburg oder New York zum Beispiel ergeben sich hieraus Chancen einer urbanen Renaissance. Aber auch kleinere und mittlere Universitätsstädte wie Bonn, Münster, Heidelberg, Erlangen oder Freiburg erleben einen lokalen Boom durch den Aufstieg der Wissensökonomie. Mit den neuen Möglichkeiten urbaner Knotenbildung geht jedoch gleichzeitig eine neue Gefährdung einher, die von der Stadtforschung und Stadtpolitik zurzeit noch weitgehend unerkannt bleibt. Bisher wurde unter der Fragestellung von sozialer Integration und neuer Spaltung in Städten das Augenmerk von Wissenschaft und Stadtpolitik zumeist auf diejenigen sozialen Gruppen gerichtet, die vom Arbeitsmarkt der Wissensökonomie verstärkt ausgeschlossen sind und aufgrund ihrer Bildungsarmut an den Rand der Wissensgesellschaft gedrängt werden (vgl. Atkinson/Easthope

2009). Es stehen also unter neuer Ausgrenzung vor allem die Verlierer der Wissensgesellschaft im Blickpunkt – und dies gewiss zu Recht.

In diesem Text wurde in Ergänzung dazu eine andere, weitere Perspektive gewählt. Es wurden die zukünftigen Gewinner des Trends zur Wissensgesellschaft betrachtet, also Segmente qualifizierter Wissensarbeiter. Während hier die Literatur, unter anderem gestützt durch die Thesen Richard Floridas, bisher eine höhere soziale Integrationsfähigkeit und größeres Vermögen im Umgang mit dem kulturell Fremden vermutet (und erhofft) hat, zeigen die empirischen Beispiele aus Chicago und London (leider) in eine andere Richtung. Auch bei der Gruppe der Wissensarbeiter scheinen sich neuartige Abgrenzungsbedürfnisse aufgrund neuartiger Anforderungen – und zu Teilen Überforderungen – der flexiblen Ökonomie zu entwickeln.

Ausgewählte „Profiteure“ der Wissensgesellschaft wurden am Beispiel von Chicago und London betrachtet: erstens eine Gruppe von Kreativen, die in den Neuen Medien am Aufschwung der Wissensökonomie profitiert, zweitens weitere Teile der innerstädtischen Londoner Mittelschicht, die allgemein im Dienstleistungssektor wie zum Beispiel der Finanz- und Versicherungswelt, in den Schulen und Hochschulen oder im Gesundheitswesen als Wissensarbeiter beschäftigt sind. Beide Gruppen können insofern als „Gewinner“ des sozialen Wandels gelten, als sie aufgrund ihrer Bildung und Ausbildung Lohn, Brot und Reputation in der Wissensgesellschaft finden. Obwohl somit formal eine Arbeitsmarktintegration besteht, zeigen sich dennoch im Verhalten beider Gruppen in der Wohnstandortwahl und dem Stadtleben neue Stressfaktoren.



Die empirischen Studien in Chicago und London deuten an, wie sehr der Wandel in der Arbeitswelt von den Beschäftigten bzw. Freelancern neue Wertesysteme und neue Coping-Strategien fordert. Dabei wird erkennbar, dass entgegen der Annahmen von Richard Florida es keinesfalls einen Automatismus gibt, wonach mehr lokale Wissensökonomie mit mehr Toleranz unter den sozialen Gruppen in der Stadt einhergeht (vgl. Peck 2005, Scott 2006). Vielmehr zeigt sich, dass die neuen Wirtschaftsstrukturen zu Teilen als derart verunsichernd wahrgenommen werden, dass es a) entweder zu der Herausbildung einer kompensatorischen Ethik der Autonomie kommt, oder aber b) durch Gentrification und den Rückbezug auf einen sozialstrukturell homogenen Stadtteil im Privaten die Übersichtlichkeit und Sicherheit versucht wird herzustellen, die beruflich verloren gegangen scheint.

Somit wird die Wissensgesellschaft zu Teilen bestimmte Städte und bestimmte Stadtteile fördern und bevorzugen. Städte können – wie Saskia Sassen (1991) zeigt – zu lokalen Knoten einer globalen Dienstleistungswirtschaft werden. Innerhalb der Städte wiederum können bestimmte Stadtteile wichtige Clusterfunktionen für bestimmte Branchen (wie zum Beispiel die Neuen Medien) übernehmen. Ebenso zutreffend, wie eine Renaissance bestimmter Städte und Stadtteile in der globalen Wissensgesellschaft, könnte auch die Zunahme neuer Abgrenzungsprozesse zwischen den sozialen Gruppen wahrscheinlich werden. Somit könnte sich der Typus der Wissensstadt zu einer „Stadt der Enklaven“ entwickeln. Damit wird eine neue Konfliktlinie zukünftiger städtischer Politik identifiziert. Es entstehen bei den Gewinnern der Wissensökonomie, den qualifizierten Wissensarbeitern, verstärkt Sehnsüchte nach sozialstruktureller Homogenität im privaten Umfeld und somit nach räumlicher Segregation. Diese räumliche Segrega-

tion ist bei weiten Teilen der Londoner Mittelschicht zunächst privat motiviert und Teil der Reproduktionsstrategie der gentrifizierenden Mittelschicht. Bei Freelancern Chicagos innerhalb des engeren Feldes der neuen Medien in Wicker Park scheinen die Konzentration im Stadtteil und damit zunehmende Segregation auch beruflich motiviert zu sein aufgrund der kreativen, organisatorischen und kulturellen Anforderungen der flexiblen Ökonomie. Beide Tendenzen in Bezug auf Reproduktion und Produktion in der Wissensgesellschaft deuten auf eine sich herausbildende veränderte stadträumliche Formation als „Stadt der Enklaven“ hin. Diese Enklavenbildung beruht dabei sowohl auf Kontinuitäten wie auch auf Diskontinuitäten im Vergleich mit den sozialräumlichen Strukturen der traditionellen Industriestadt. Die Kontinuität besteht darin, dass Segregation gewiss ein bekanntes Phänomen der Stadtentwicklung ist. Abschottung und sozialräumliche Abgrenzung finden dabei traditionell in schärferem Maße gerade von statushöheren gegenüber statusniedrigen Gruppen statt. Diese Tradition scheint sich auch in der Wissensgesellschaft fortzusetzen. Flohen die Ober- und Mittelschichten in der Industriegesellschaft nach Suburbia aus Angst vor den Umweltschäden und negativen kulturellen Einflüssen des Industrie-proletariats im Zentrum der Städte, so suchen die Wissensarbeiter nun die Innenstadtrandgebiete auf als kulturell anregende und homogen gesicherte Idyllen aus Angst vor den Folgen der flexiblen Ökonomie. Gemeinsam ist dem Mittel- und Oberschichtverhalten der Industriegesellschaft wie auch der Wissensgesellschaft somit, dass räumliche Strategien verwendet werden, um ökonomische, ökologische oder soziale Bedrohungen zu bewältigen. Was im Industriezeitalter noch die Suburbia als homogene Vorstadtidylle für die bürgerliche Kleinfamilie bedeutete als Hort der Privatheit, des Familienlebens und der Kindererziehung,

wird in der Wissensgesellschaft von den Hochqualifizierten am Innenstadtrand gesucht als kultiviertes Stadtteilleben in der Nähe zum Arbeitsort in gentrifizierten Gebieten. Stets geht es um die Möglichkeit der Entwicklung eines störungsfreien Privatlebens im Alltag – in räumlicher Distanz von den jeweiligen kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Verwerfungen seiner Zeit. So könnte der Innenstadtrand bald eine ehemals gesellschaftliche Funktion der Suburbia übernehmen, nämlich sozialkulturelle Abschottung durch räumliche Enklavenbildung.

Wo Gemeinsamkeiten bestehen, lauern auch Unterschiede. Diskontinuierlich erscheint mir im Vergleich von Wissensgesellschaft und Industriegesellschaft in Bezug auf die Abschottungstendenzen und Enklavenbildungen vor allem eines: die politische Perspektive. Der Einzug der Wissensökonomie gab ursprünglich Anlass zur Hoffnung auf eine tolerantere, offenere Gesellschaft. Diese Hoffnungen nicht aufzugeben, sondern als Potenziale zu bergen, scheint mir ein zentraler politischer Auftrag zu sein.

Die Stadtpolitik ist herausgefordert, mit den neuen stadträumlichen Verhältnissen, den veränderten Abgrenzungsbedürfnissen und neuen Enklaven konstruktiv umzugehen (vgl. Lees 2008). Es bedarf der Entwicklung einer plausiblen stadträumlichen, politischen Strategie zur Erhöhung der sozialen Integration in den Städten der Wissensgesellschaft. Ein gangbarer Lösungsweg im Umgang mit der Gefahr der „Stadt der Enklaven“ könnte sein, den öffentlichen Räumen (noch) mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wenn sich die Wohn- und Arbeitsquartiere zunehmend zu „Enklaven“ entwickeln, kommt den öffentlichen Räumen in der Stadt – und vor allem der Innenstadt – eine noch gewaltigere Bedeutung zu für die soziale Integration in der Stadt, als wir uns das für die Industriegesellschaft je haben vorstellen können.

Literatur

Atkinson, R.; H. Easthope (2009): The Consequences of the Creative Class: the Pursuit of Creativity Strategies in Australia's Cities. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33.1, S. 64 – 79.

Bell, D. (1985): *Die nachindustrielle Gesellschaft*. Frankfurt/M, New York.

Butler, T.; G. Robson (2003): *London Calling. The Middle Class and the Re-Making of Inner London*. Oxford, New York.

Castells, M. (2000): European cities, the Informational Society, and the Global Economy. In: Léon Deben; Willem Heinemeijer; Dick van der Vaart (eds.): *Understanding Amsterdam. Essays on Economic Vitality, City Life and Urban Form*. Amsterdam: Het Spinnuis Publishers, S. 1 – 18.

Cheshire, P.; S. Magrini (2009): Urban Growth Drivers in a Europe of sticky People and implicit Boundaries. In: *Journal of Economic Geography* 9, S. 85 – 115.

Florida, R. (2002): *The Rise of the Creative Class and how it's transforming work, community and everyday work*. New York.

Florida, R. (2005): *The Flight of the Creative Class. The New Global Competition for Talent*. New York.

Fried, J. (2002): *Erfahrung, Wissen und Gesellschaft – Erfahrungen der Wissensgesellschaft*. In: Killius, N.; J. Kluge; L. Reisch (Hrsg.): *Die Zukunft der Bildung*. Frankfurt/M., S. 14 – 44.

Glynn, S. (ed.) (2009): *Where the other half lives*. London, New York.

Helbrecht, I. (2004): *Denkraum Stadt*. In: W. Siebel (Hrsg.): *Die europäische Stadt*. Frankfurt/M., S. 399 – 408.

Helbrecht, I. (2009): *Wissenschaft, Bildung, Öffentlichkeit – Wohin gehen wir?* In: *Geographische Revue*, H. 2, S. 16 – 21.

Helbrecht, I.; V. Meister (2007): *Engpassfaktor Humankapital – Strategien der Bremer Wirtschaftsförderung zur Attraktion von Hochqualifizierten*. Bremen, Forschungsinstitut Stadt und Region (ForStaR).

Kather, G. (2005): *Raum-zeitliche Strukturierung von global citizens. Alltagspraxen indischer Computerexperten in Berlin*. In: Fäber, Alexa (Hrsg.): *Hotel Berlin. Formen urbaner Mobilität und Verortung*. Münster, S. 75 – 87; *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge*, H. 37/2005.

Lange, B. (2005): *Culturepreneurs in Berlin: Orts- und Raumproduzenten von Szenen*. In: Fäber, Alexa (Hrsg.): *Hotel Berlin. Formen urbaner Mobilität und Verortung*. Münster, S. 53 – 64; *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge*, H. 37/2005.

Keller, J. (2005): *Metropolitans and Cosmopolitans. Lebensrealitäten und -strategien privilegierter und marginalisierter Migranten in Berlin*. In: Fäber, Alexa (Hrsg.): *Hotel Berlin. Formen urbaner Mobilität und Verortung*. Münster, S. 66 – 74; *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge*, H. 37/2005.

Knorr Cetina, K. (2002): *Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen*. Frankfurt/M.

Knorr Cetina, K. (2000): *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft*. Frankfurt/M.

Kunzmann, K. R. (2004): *Wissensstädte: Neue Aufgaben für die Stadtpolitik*. In: Matthiesen, Ulf (Hrsg.): *Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik*. Wiesbaden, S. 29 – 41.

Lees, L. (2000): *A reappraisal of gentrification towards a „geography of gentrification“*. In: *Progress in Human Geography* 24, S. 389 – 408.

Lees, L. (2008): *Gentrification and Social Mixing: Towards an Inclusive Urban Renaissance?* In: *Urban Studies* 45, S. 2449 – 2470.

Lloyd, R. (2006): *Neo-Bohemia. Art and Commerce in the Postindustrial City*. New York.

McDowell, L.; A. Batnitzky; S. Dyer (2009): *Precarious work and economic migration: emerging immigrant divisions of labour in Greater London's service sector*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33, S. 3 – 25.

Peck, J. (2005): *Struggling with the Creative Class*. In: *International Journal of Urban and Rural Research* 29, Nr. 4, S. 740 – 770.

Sassen, S. (1991): *The Global City: New York, London, Tokyo*. Princeton.

Scott, A. J. (2006): *Creative Cities: Conceptual Issues and Policy Questions*. In: *Journal of Urban Affairs* 28, 2006, S. 1 – 17.b.

Slater, T. (2005): *Gentrification in Canada's Cities: from Social Mix to „Social Tectonics“*. In: R. Atkinson; G. Bridge (eds.): *Gentrification in Global Context. The New Urban Colonialism*. London, New York, S. 39 – 56.

Stehr, N. (2001): *Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie*. Frankfurt/M.

Stehr, N. (2003): *Wissenspolitik. Die Überwachung des Wissens*. Frankfurt/M.

Wacquant, L. (2008): *Die städtische underclass im sozialen und wissenschaftlichen Imaginären Amerikas*. In: Rolf Lindner; Lutz Musner (Hrsg.): *Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der „Armen“ in Geschichte und Gegenwart*. Freiburg i.Br., Berlin, Wien, S. 59 – 77.

Klaus Habermann-Nieße

Neuere Tendenzen in der Stadtentwicklungspolitik

Der Beitrag geht in kurzen analytischen Skizzen auf die aktuellen Tendenzen der Stadtentwicklung ein. Sie erfüllen nicht den Anspruch einer umfassenden Darstellung, sondern spiegeln bewusst eine persönliche Sichtweise, die gleichwohl im Kontext der aktuellen Planungsdebatte wieder zu finden ist. Im Ausblick wird die Rolle intermediärer Prozesse im Kontext des Wandels der Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik herausgestellt.

Angesichts des demografischen und gesellschaftlichen Wandels steht die Stadtentwicklung in Europa im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen. Als Rahmenbedingung zukünftiger Entwicklung sind die veränderten Grundlagen der Erwerbsarbeit zu thematisieren, wenn mit der Dominanz der Informationstechnologien der Mensch selbst in die Nähe von Maschinen gerückt wird und wenn beschleunigte Innovation erhebliche Anpassungsleistungen im Alltag verlangt. Veränderung der Arbeitswelt und der Arbeitsverhältnisse scheinen Anforderungen an hohe Mobilität und neue Zeitorganisation zu verstärken. Mit der Auflösung von Normalarbeitsverhältnissen geht die Auflösung der Normalfamilie einher. Zunehmende Individualisierung wird durch den demografischen Wandel mit der unabwiesbaren

Alterung der Gesellschaft verstärkt.

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und der Perspektive europaweit sinkender Bevölkerungszahlen sind die Städte und Stadtregionen auf Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit zu überprüfen. Angesichts anhaltender Konzentration der Arbeit und demografischen Wandels scheint sich das Nebeneinander von Wachstumsräumen und absinkenden Regionen zu verstärken. Für die Entwicklung der Städte und Regionen werden damit die Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik unüberschaubarer aber auch vielseitiger.

Im Folgenden möchte ich – daraus abgeleitet – ein Mosaik von Aufgaben der Stadtentwicklung beschreiben. Erst in Addition wird es zu einem Element des politischen Handelns in den Städten und rückt über die Umsetzung eines integrierten Handlungsansatzes immer stärker in den Fokus der Stadtentwicklungspolitik. In den Projekten zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik des Bundes (www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de), den Programmen zur Stadterneuerung in Hamburg (RISE) und in Berlin (Rahmenprogramm zur Stadterneuerung) möchten Politik und Verwaltung zu einem integrierten Handlungsansatz in Stadt- und Stadtteilentwicklung auffordern.

1. Die Stärke der Stadt ist ihre Ökonomische Produktivität - Voraussetzung sind Größe, Dichte, Heterogenität

Durch den Wandel der Erwerbsarbeit und die demografischen Faktoren ergeben sich neue Anforderungen an die städtischen Arbeitsmärkte. Die Industrialisierung hat mit ihrer Arbeitsteilung und Konzentration das Bild der modernen Großstadt maßgebend beeinflusst. Die Arbeit wurde aus den Haushalten herausgelöst und in funktional selbständigen Einheiten zusammengefasst. Die Trennung von Wohnen und Arbeiten ist eine der Folgen dieses Konzentrationsprozesses. In der Konzentration von Produktion und Arbeit liegt aber auch eine der Triebkräfte der Stadtentwicklung. Der mit den Städten geschaffene gesellschaftliche Raum findet seine ökonomische Grundlage in erster Linie in der Produktivität der Stadt. Georg Simmel hat die spezifische Produktivität der Großstadt in seinem Essay „Die Großstädte und das Geistesleben“ mit den Charakteristika Größe, Dichte und Heterogenität bezeichnet (Simmel, 1993). Der entstandene gesellschaftliche Raum hat allerdings im 20. Jahrhundert die engen räumlichen Grenzen der Gründerzeitstadt überschritten. Nicht wenige Stadtforscher haben die Auflösung der Großstadt entlang der Beurteilung der Muster der Entwicklung amerikanischer Großstädte prognostiziert. Wenn auch in Deutschland mit der seit den 1950er Jahren verstärkten Suburbanisierung der Bevölkerung auch die Suburbanisierung von Arbeit verbunden ist und damit ein relativer Bedeutungsverlust der Städte eintritt, so hat dies nicht einen permanenten Prozess der Auszehrung der Städte zur Folge. Immer noch sind die Kernstädte in den Ballungsräumen das größte Arbeitsplatzzentrum. Es kann von einer „Gleichzeitigkeit“ von traditioneller und Aufbau neuer Zentralität gesprochen werden

(Häußermann, 2002: 21; Läßle, 2000: 195). Die traditionelle Zentralität drückt sich aus in einer gewissen Persistenz der alten Strukturen, konkretisiert in den zentralen Konzernsitzen, der Kosten-Nutzen-Analyse einer Produktionsverlagerung und der Repräsentativität von Gebäuden und Anlagen. Ergänzt wird die traditionelle Zentralität durch neue Dienstleistungs- und Produktionsstrukturen. Mit dem sog. „Quartären Sektors“ (Informations- und Wissensverarbeitung) bilden sich neue Dienstleistungskomplexe in der Stadt heraus, die ebenfalls in der Regel zentrale Standorte besetzen. Auch wenn durch die modernen Kommunikationstechniken Standorte in der ganzen Welt vernetzt werden, so bleiben die Metropolen die Netzknoten dieses Kommunikationssystems. „Die Konstruktion von neuen Finanzierungsmodellen, die Verschmelzung von Unternehmen, der Handel mit Wertpapieren, die Produktion von Dienstleistungen – das sind strategische Kompetenzen, die innerhalb der großen Städte realisiert werden. Diese Dienstleistungskomplexe sind stark verflochten, bilden aber eine Insel in der Stadt – eine Ökonomie der Stadt.“ (Häußermann, 2002: 22).

Hinzu kommt die spezifische „Produktivität der Stadtökonomie“, die mit den Begriffen Fühlungsvorteile (Vorteile der räumlichen Nähe und der Vielfalt von Anbietern sowie Wissensträgern) und Netzwerke belegt werden. Sie drückt sich aus in einem Kommunikationsnetz und räumlichen Angeboten für Starterbetriebe, in Unternehmensgründungen ebenso wie in der Konzentration der Beratungskompetenz und der Nähe der dazugehörigen Dienstleistungen. Kooperationsstruktur und Arbeitsteilung sind Merkmale der neuen lokalen Ökonomie. Diese urbane Ökonomie entspricht in hohem Maße den neuen Anforderungen der Erwerbsgesellschaft der hoch industrialisierten Gesellschaften. „In den Großstädten sind wechselnde Existenzen möglich, es gibt keine durch soziale

Herkunft oder Normenvorschriften festgelegten Lebensweisen und Karrieren. In den Informationsnetzen werden die Kooperanten und Arbeitsplätze gefunden, die sich aufgrund ihrer gleichen Lebensstile in den gleichen Milieus bewegen. Anregungen, neue Ideen und Produktionsinnovationen entstehen so eher beiläufig als Nebenprodukte von kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten.“ (Häußermann, 2002: 22). Wenn auch diese Beschreibung des „freien Urbaniten“ das zwiespältige Abbild einer städtischen Lebensweise ohne Kontinuität und materielle Bindungen liefert, so stellt sie eine der Grundlagen der städtischen Produktivität dar.

Ein tolerantes, vielfältiges Klima in dem sich unterschiedlichste kulturelle Impulse gegenseitig bereichern, macht eine Stadt oder eine Region für Wissensarbeiter im weitesten Sinne und damit für wissensintensive Dienstleistungsbereiche attraktiv. Richard Florida hat mit seinen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur so genannten „creative class“ (Florida, 2002; Landry, 2007) erweiterte Grundlagen für Impulse zur Stärkung des Städtischen erarbeitet. Das Bild, das Image oder die Marke, eine kreative Stadt zu sein, führt zu einer höheren Attraktivität und zieht unter der Voraussetzung einer weltoffenen und toleranten Stadtkultur weitere qualifizierte Talente an. Die Betonung kreativer Fähigkeiten geht nach Florida über die reine Wissensakkumulation hinaus: Kreativität wird zu einem neuen Rohstoff der Produktionsentwicklung und gewinnt dementsprechend als Standortfaktor und strategische Ressource an Bedeutung. Florida betont, dass es bei der Etablierung der Wissens- und Kreativwirtschaft vor allem um die Schaffung eines „people climate“ und weniger eines „business climate“ gehe. Dieser Perspektivenwechsel vom Unternehmen hin zum Individuum fordert die Stadtgesellschaft als Ganzes heraus, ihre kreativen Potentiale zu entwickeln.

Nicht zuletzt durch Floridas Untersuchungen wurde ins Bewusstsein gebracht, dass konkrete Orte ökonomisch auch in einer globalisierten Welt eine zentrale Rolle spielen („place matters!“). Die Kreativitätsdebatte hat zu einem Bedeutungszuwachs des konkreten städtischen Raums und seiner innovationsfreudigen Milieus geführt. Städtischer Raum ist damit im Prinzip der Planung zugänglich. Stadtplanung wird zu einem Bestandteil der Ortsbestimmung in der Form der Aktivierung von Planungsprozessen wie auch in der Entwicklung von Orten der Stadt, über die man spricht.

1.1 Praxisbeispiel: Integrative Stadtteilarbeit zum Aufbau lokaler Verantwortungsgemeinschaften

Die Landeshauptstadt Hannover startete im Sommer 2005 ein ambitioniertes Modellprojekt, um das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement auf Stadtteilebene zu stärken und die eigenverantwortliche Mitarbeit der Bürger an relevanten Handlungsfeldern der Stadtteilentwicklung anzuregen: „Moderationsprozess als Modellprojekt: Ziel ist Zusammenhalt in neun ausgewählten Stadtteilen“ so fasste die Landeshauptstadt Hannover ihre Intention zusammen und forderte „das Engagement von Akteuren, die sich eigenverantwortlich für die Belange ‚ihres‘ Stadtteils“ einsetzen. Eine Besonderheit des neuen Verfahrensansatzes lag in dem Aufbau neuer Bürgergremien und aktiver Arbeitsgruppen, die unterhalb der politischen Repräsentanz der Bezirke (Bezirksräte) selbständig handeln.

Mit Hilfe intermediärer Träger sollten diese neuen Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen in den Stadtteilen aufgebaut und soweit möglich gefestigt werden. Der Fokus richtete sich auf neun Stadtteile in Hannover, in denen die sich abzeichnenden Veränderungsprozesse in letzter Konsequenz eine Destabilisierung nach sich ziehen



Aktivierung der Einzelhändler für Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Geschäftswelt in Oberricklingen.

könnten. Der beobachtete Wandel bezog sich auf eine Veränderung der Bewohnerstruktur, auf zunehmende soziale Problematiken und den Rückgang der Bedeutung der lokalen Ökonomie, die sich insbesondere im Wandel und Rückgang des ansässigen Einzelhandels äußert.

Das Projekt verfolgt somit einen präventiven Ansatz, um umfassendere Erneuerungsprogramme wie beispielsweise „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ entbehrlich zu machen. In Abgrenzung zu den Programmen der Stadterneuerung sollte keine langfristige externe Betreuung angestoßen, sondern zunächst das Eigenengagement der Bürger in den Stadtteilen gestärkt werden („peoples climate“). Hierzu ist die Kooperation zwischen Einwohnern, Haus- und Grundeigentümern, den lokalen Wirtschaftskräften und den staatlichen Institutionen zu ver-

bessern bzw. erstmals herzustellen, um Projekte zur Attraktivierung der Stadtteile und des Images insbesondere mit der Unterstützung von privaten Investoren zu entwickeln und umzusetzen. Im Laufe der „Integrativen Stadtteilarbeit“ wurde ein kleines Budget für Stadtteilprojekte zur Verfügung gestellt, um eine zielorientierte Arbeitsweise zu gewährleisten und sichtbare Erfolge der Arbeit zu ermöglichen. Mit den angestoßenen lokalen Projekten haben sich in vielen Fällen neue Vereine im Quartier gegründet oder alte wiederbelebt, die in der Regel viele Geschäftsleute und vereinzelt auch Eigentümer als neue Akteure gewinnen konnten. Es wurden Entwicklungsprozesse angeschoben, die als ein Baustein zur Stärkung des städtischen Marktes dienen und somit Grundlagen zur Stabilisierung der Produktivität der Stadt liefern. (Gernert/Habermann-Nieße:2007)

2. Die Schwäche der Stadt ist ihre soziale Unausgewogenheit - Soziale Abgrenzung, Lärm, Dichte, Isolation

Die spezifischen Merkmal des Städters hat Georg Simmel in seiner Großstadtsoziologie mit Intellektualität, Blasiertheit und Reserviertheit beschrieben. Diese Haltung wird als Reaktion auf die Größe und Dichte der Städte und die durch die Dominanz der Geldwirtschaft bedingte Rationalität hervorgehoben (Simmel: 1993). Walter Siebel hat die daraus resultierende städtische Ambivalenz treffend zusammengefasst: „Die Stadt als Ort der Heterogenität, Größe und Dichte, hoch spezialisierter Arbeitsteilung und Fremdheit treibt zum einen die Individualisierung voran, positiv, indem eine differenzierte Arbeitsteilung und hoch differenzierte Marktangebote den Individuen sehr unterschiedliche berufliche und Konsummöglichkeiten, also individualisierte Lebensweisen eröffnen, negativ, indem sie den einzelnen aus Traditionen herauslösen.“ (Siebel, 2000: 270). Das Bild der Stadt spiegelt also die möglichen Folgen von Heterogenität wider als Orte nicht nur der ausschließlich positiven Chancen von Individualisierung, sondern auch als Orte der Fremdheit, des Verfalls sozialer Bindungen und der Ungleichheit. Sie werden dokumentiert durch das enge Nebeneinander von Einkommensarmut und Wohlstand.

Großstädte bestehen in der Regel aus differenzierten, von einander abgegrenzten Stadtquartieren, die sich baulich-räumlich, funktional und soziokulturell unterscheiden. Die Ursachen für die unterschiedliche Entwicklung der Stadtquartiere liegen primär in der selektiven Wirkung des Bodenmarktes auf Grund der anhaltend hohen Wohnungsnachfrage, unterschiedlicher Einkommen der Wohnungssuchenden und stadträumlich konzentrierten Angeboten bestimmter Wohnungstypen.

Durch die ungleiche Einkommensentwicklung und eine zunehmende soziokulturelle Differenzierung nehmen soziale und kulturelle Disparitäten zu. Soziale Unterschiede und Gegensätze zwischen und auch innerhalb einzelner Stadtteile sind nicht per se Indizien für problematische Entwicklungen oder die Gefährdung des sozialen Zusammenhalts der Stadt insgesamt. Probleme entstehen für die Stadtgesellschaft, wenn sich Stadtteile herausbilden, in denen es auf Grund kumulierter sozialer Problemlagen zu einer zunehmenden Desintegration und Marginalisierung von großen Teilen der Bewohnerchaft kommt. Trotz zum Teil intensiver Bemühungen um eine städtebauliche und soziale Stabilisierung laufen in diesen Gebieten verstärkt soziale Entmischungsprozesse ab. Ursächlich hierfür ist weniger das Fortbestehen städtebaulicher Missstände als vielmehr zunehmende Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und eine wachsende soziale und kulturelle Ungleichheit.

Die Konzentration sozial belasteter Gruppen bewirkt Abwanderungsprozesse, die zusätzlich zur sozialen Entmischung beitragen: Familien, deren Einkommenssituation es erlaubt, ziehen nach und nach aus diesen Quartieren weg. Die Tatsache, dass auch gut integrierte und aufstiegsorientierte Migranten-Familien diese Quartiere aus ähnlichen Gründen wie die deutschen Familien verlassen, macht deutlich, dass es primär um die Konzentration sozialer Problemlagen und ihre negativen Rückwirkungen auf ganze Stadtteile geht. Denn die Herkunft aus diesen Quartieren kann zum Stigma werden und deren Bewohnerinnen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder einer Ausbildungsstelle behindern. Soziale Kontakte der Quartiersbewohner beschränken sich häufig auf Personen, die selbst mit vielen sozialen Problemen behaftet sind. Vor allem Kinder und Jugendliche, für die das Quartier ein wichtiger Sozialisationsraum ist, werden dadurch stark beeinflusst. Für sie kann

die anregungsarme Umgebung in diesen Quartieren zu einer Beeinträchtigung ihrer Entwicklungschancen führen. Bildungserfolge und die Beteiligung an beruflichen Qualifikationsprozessen sind hier oft erheblich geringer als in anderen Quartieren. In allen Großstädten gibt es Stadtteile, in denen überdurchschnittliche Anteile von Menschen leben, bei denen sich soziale Risiken so bündeln, dass sie in der Gefahr stehen, von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Im gesamtstädtischen Vergleich der relevanten Sozialindikatoren weisen diese Stadtteile meist relativ schlechte Werte oder eine negative Dynamik bei der Entwicklung dieser Indikatoren auf. Ihre Sozialstruktur, die Einkommenssituation, das Arbeitsplatzangebot, das Bildungs- und Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und kultureller Infrastruktur sowie der bauliche Zustand von Gebäuden, Straßen und Plätzen, die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt weichen erheblich vom gesamtstädtischen Durchschnitt ab. Die Wahrnehmung der sozialen Disparitäten führt zur Abwendung aus städtischen Lebenszusammenhängen. In den Motiven der Stadtumlandwanderung wird erkennbar, dass die positive Wahrnehmung der Stadt als Kristallisationspunkt begrenzt wird von sozialräumlicher Polarisierung, ethnischen Segregation und sozialen Disparitäten: Während die Kernstädte als kulturelles Zentrum weiterhin Attraktivität und Beliebtheit aufweisen, werden Unzufriedenheit mit dem Wohnumfeld, soziale Disparitäten und Wohnwünsche („das freistehende Einfamilienhaus“) als Wanderungsgründe herangezogen. Dabei ist nicht unerheblich, dass Umzüge im Stadtgebiet zwischen den einzelnen fragmentierten Stadtteilen ebenfalls eine polarisierende Tendenz zwischen Stadtteilen der unterschiedlichen sozialen Lebenswelten, Milieus und Einkommensgruppen aufweisen.

Zwar gilt der Satz: „Urbanität ist geregelte soziale Gleichgültigkeit zwischen einander Fremden auf der Basis einer gesicherten systemischen Integration durch den Arbeitsmarkt“. (Häußermann, 1995). Aber es ist gerade die Heterogenität, die die gesellschaftliche Identifikation mit Stadtteilen mittels Beurteilung unterschiedlicher soziokultureller Lebenszusammenhänge und die darauf basierende städtische Wohnstandortwahl entscheidend prägt. Die freiwillige Wahl einer Stadtwohnung lebt von der Qualität der entwickelten soziokulturellen Lebenswelten und Milieus – von der „richtigen“ Mischung – in den Stadtteilen. Ob Städte als kreativ empfunden werden, hängt davon ab, ob ihnen Integration und soziale Inklusion gelingen. Große soziale Ungleichheit führt zu Exklusion und verhindert Toleranz. Vielfalt ist entscheidendes Merkmal des Städtischen. Kulturelle Differenzierung führt zu Spannungen, die aber nicht desintegrierend wirken müssen. Deshalb hat Stadtentwicklungspolitik Kreativitätsförderung und soziale Integrationspolitik zusammenzuführen. Stadtplanung hat in diesem Kontext nicht nur eine gestaltende baukulturelle Verpflichtung, die sich zum Beispiel in der baulich räumlichen Aufwertung benachteiligender Stadtteile widerspiegelt, sondern auch eine Managementaufgabe, die zum Beispiel in Ressortübergreifenden Handeln bei der Sozialen Stadterneuerung wieder zu finden ist.

2.1 Praxisbeispiel: Raumgestaltung in der sozialen Stadterneuerung Göttingen Grone

1999 sind Teilgebietes des Göttinger Stadtteils Grone in das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Die Erneuerungsgebiete sind in das Alte Dorf Grone eingebettete und an das Dorf arrondierte Siedlungsbereiche aus den 60er und 70er Jahren, die die typischen Strukturen der

Großsiedlungen dieser Bauzeit aufweisen. Als Reaktion auf jahrzehntelange Desinvestition in Wohnung, Wohnumfeld und öffentlichen Raum signalisiert die Förderung der Sozialen Stadterneuerung einen Neuanfang. (Habermann Nieße, 2003) Die Erneuerung der öffentlichen Räume und die Wiederbelebung der Quartierszentren sind zentrale Bausteine der sozialen Stadterneuerung in Göttingen Grone. Reagiert wird damit auch auf die symbolische Beeinträchtigung des Stadtteils, weil der in Teilen verwahrloste öffentliche Raum den Bewohnern ihre eigene Wertlosigkeit signalisiert. Das negative Image des Quartiers wurde in allen Untersuchungen zur Vorbereitung der Stadterneuerung in der Wahrnehmung von innen als auch von außen bestätigt. Die Umgestaltung der zentralen Aufenthaltsbereiche sollte direkt darauf reagieren. Der Weg zur Umgestaltung des Quartiersplatzes Grone-Süd – heute Jona Platz – steht stellvertretend für Schritte der Stadterneuerung in Grone und die damit verbundenen Beteiligungsprozesse. Durch die Gestaltung des Jonaplatzes wurden neue städtebauliche und bauliche Strukturen geschaffen, die die Bildung von Nachbarschaft unterstützen, die funktionale Einbindung verbesserten und die räumlich-ästhetische Wahrnehmung steigern. Darüber hinaus entwickelte die bauliche Gestaltung des öffentlichen Raumes mit zeitgemäßen Strukturelementen eine neue funktionale Qualität, deren Wirkung in engem Zusammenhang zur zukünftigen sozialen Kommunikation steht. Dieses wird allabendlich deutlich wenn auch an Regenabenden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unter der Loggia stehen und sich noch einmal auf dem Weg nach Hause unterhalten. Dabei wird dieser Alltag nicht von denen geprägt, vor denen alle zu Anfang gewarnt haben.

Der Platz hat sich im Stadtteil eingerichtet und der Stadtteil hat den Platz angenommen. Spätestens beim jährlichen Internationalen Straßenfest wird



Jonaplatz in vielfältiger Nutzung nach seiner Umgestaltung.

deutlich, welche Potenziale der neue Raum bietet. Nach vielen Jahren der Distanz zwischen Alt Grone und Grone Süd hat das Sommerfest 2009 die integrative Kraft der Stadterneuerung wiedergegeben, da auch der Verein „Wir sind Grone“ aus dem Altdorf erstmalig einen Stand aufgemacht hat. Die Jugendband aus dem Stadtteil hat nach vielen Jahren auch nicht vorrangig russische Lieder gesungen, sondern eine Mixtur aus europäischer Pop Musik. Es sind also die „Brücken gebaut“, die zu Beginn der Stadterneuerung erwartet wurden. Symbolische Schritte, die sich beobachten lassen, sind aber gewiss keine Antwort auf die vielfältigen Fragen nach der Zukunft der urbanen Lebensweise in Göttingen Grone, die auch akzeptiert, dass die tatsächliche Inanspruchnahme des öffentlichen Raums sehr unterschiedlich sein kann. Sie wird durch die weitere Praxis des Quartierslebens zu beantworten sein. (Habermann-Nieße/Nieße: 2009)

3. Das Städtische zwischen Entwertung und Stärkung - Gibt es einen Reurbanisierungstrend?

Kennzeichen der westdeutschen Großstädte im beginnenden 21. Jahrhundert ist aber auch das Bemühen der Kernstädte, höhere Einkommens-

gruppen an die Stadt zu binden. Denn selbst in stagnierenden Regionen hält die Stadt-Umlandwanderung, wenn auch auf geringerem Niveau, an. Die Beweggründe für die Stadtumlandwanderung sind vielfältig und von den unterschiedlichen Lebensstilen und der persönlichen Werteentscheidung mittlerer und höherer Einkommensgruppen nicht zu trennen. Die von Walter Siebel und Hartmut Häußermann formulierte Polarisierung der Wandernden beschreibt die notwendigen Unterscheidungen. Sie sprechen einerseits von den Stadtbewohnern, für die Wohnungen vor allem praktisch und bequem zu sein haben, weil sie die Hausarbeit minimieren wollen, um Zeit und Energie für den Beruf und für die aufwendigen Freizeitaktivitäten zu haben, und andererseits von den Vorstädtern, die in der Wohnung Geborgenheit und Sicherheit suchen, sich ein Nest 'bauen', das durch eine unsichtbare (häufig auch sichtbare) Mauer gegen die öffentliche Sphäre abgegrenzt ist (Häußermann/Siebel, 1996: S. 309). Diese gegensätzlichen Wohnstiltypen geben Hinweise auf eine Unterscheidung zwischen Stadtbefürwortern und Umlandwanderern.

Die polarisierende Betrachtung eröffnet die Option, dass es Möglichkeiten zu einer Einflussnahme auf die Wanderungsentscheidung gibt, wenn sich wenigstens die Stadtbefürworter, die nicht zuletzt aus Mangel an attraktiven Angeboten die Stadt verlassen haben, sich tatsächlich wieder in der Stadt einrichten könnten. Die Gründe ihrer Wanderung liegen in dem Wunsch nach der Einbettung in das eigene soziale Milieu, in dem Familie geborgen und Kinder aufwachsen sollen, dem Wunsch nach mehr Stadtgrün und einem attraktiven Wohnumfeld und dem Wunsch nach einem repräsentativen selbst gewählten Wohnen auf möglichst preisgünstigen Baugrundstücken. Befördert wurde die Umsetzung des Wunsches jahrzehntelang durch die staatliche Eigenheimförderung, die Gewährung

von Pendlerpauschalen, durch den hohen Motorisierungsgrad, die gute Erreichbarkeit der Kernstädte und das Bodenpreisgefälle zugunsten des Umlandes.

Im gegenwärtigen gesellschaftlichen und demografischen Wandel lassen sich Trends ausmachen, die gegenläufige Tendenzen bewirken können. Traditionelle Lebensmuster wie die „Normalfamilie“ (allein verdienender Vater, Hausfrau und Mutter, zwei Kinder) verlieren an Bedeutung. Heute entsprechen nur noch elf Prozent aller Haushalte dem Typus der Standardfamilie mit zwei Kindern unter 18 Jahren. Die Normalfamilie wird zur statistischen Ausnahme. Darüber hinaus nimmt die Zahl der Familien gründenden Haushalte in der Altersgruppe zwischen 28 und 35, die die Stadtumlandwanderung überwiegend prägten, beständig ab. Die Bedeutung des „Städtischen“ wächst, wenn flexiblere Arbeitszeiten, die Orientierung auf neue Technologien und Dienstleistungen eine Neuorientierung des Wohnen-Arbeiten-Verhältnisses bewirken, in dem die Wohnung tendenziell auch Arbeitsplatz wird und Nähe zu städtischen Netzwerken gefordert wird. Damit wird das Städtische auch Ausdrucksform der Emanzipation im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit, da in den Vorstädten die Integration in Arbeitsmarkt und Stadtkultur erheblich schwieriger zu gestalten ist.

Die Bedeutung des Städtischen wächst aber auch in einer alternden Gesellschaft, wenn im dritten Lebensabschnitt kulturelle Vielfalt, kurze Wege zu attraktiven Infrastrukturen, Nähe zu Gesundheitsdiensten und sozial homogene Nachbarschaften an Wert gewinnen.

Nutzungswandel in den Städten verbessert das Baulandangebot, wenn mit der Aufgabe von Produktionsstätten und der Konversion militärischer Anlagen attraktive innerstädtische Lagen dem Wohnen zugeführt werden können. Und nicht zuletzt kann der prognostizierte Bevölkerungsrück-

gang ein Umdenkens bei den Akteuren der Stadtentwicklung und des Wohnungsmarktes bewirken, um der Gefahr der Perforation der Kernstadt mit Nutzungsbrachen und wenig ausgelasteter Infrastruktur frühzeitig zu begegnen.

Andererseits gibt es einige Befunde, die das „Zuhause in der Stadt“ als selbstverständliche Entwicklungsoption in Frage stellen. Weiterhin sind vor allem die städtischen Räume von hoher Verkehrsbelastung geprägt. Auch in den Städten nehmen die traditionellen Qualitäten des hohen Standards der wohnortnahen Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und sozialer Infrastruktur ab. Weiterhin hat das Wohnen zur Miete oder in der Eigentumswohnung den Ruf noch zu verdienen, familien- und kinderfreundlich zu sein. Auch darf nicht übersehen werden, dass die Stadt sehr viele und unterschiedliche soziale Milieus beherbergt, deren Zusammenleben in Vielfalt und Differenz nicht von der ganzen Stadtgesellschaft als Qualität wahrgenommen wird.

Zusammengefasst heißt das: Die Chancen für eine Aufwertung oder gar Renaissance der Stadt als Arbeits- und Wohnort liegen vor allem im gesellschaftlichen Wandel mit einem verändertem Konsumverhalten, dem Wechsel der Lebensstile und Milieus, der demografisch bedingten Alterung bis zur Neustrukturierung der Arbeitswelt. Voraussetzung für das „Sich einrichten“ in der Stadt ist das Herausarbeiten einer unterscheidbaren Identifikation mit der Stadt und den Stadtquartieren und die Aktivierung lokaler Ressourcen für alle Formen städtischer Lebenswelten. Damit ist die „Renaissance des Städtischen“ kein eindimensionales Handlungsprogramm, sondern ein umfassendes Konzept einer integrierten Stadt- und Stadtteilentwicklung. Die neuen Städer kommen nicht von selbst, die dafür erforderlichen Konzepte und Strategien sind von der ganzen Stadtgesellschaft, der Stadtpolitik, der Stadtplanung und der Immobilien-

und Wohnungswirtschaft gemeinsam auszuarbeiten und umzusetzen.

3.1 Praxisbeispiel: Aufbau von Baugemeinschaften in der Stadt Hannover

Während heute die demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu einer Ausdifferenzierung der Lebensformen und -stile führen und diese eine vielfältige Nachfrage nach „Wohnen“ erzeugen, ist festzustellen, dass ein entsprechend differenziertes Angebot an Miet- wie auch Eigentumswohnungen begrenzt existiert. Als Reaktion auf Individualisierung tritt neben den traditionellen anbieterorientierten Wohnungsmarkt eine Nachfrage nach gemeinschaftlichen und integrativen Wohnformen, die in selbst gewählten Nachbarschaften – sei es, in Eigentümergemeinschaften oder neuen Genossenschaften – realisiert werden. Die neuen Eigentumsformen beinhalten in unterschiedlichen Abstufungen Elemente eigenverantwortlichen Wohnens. Sie weisen nachbarschaftliche Qualitäten, gemeinsame Verfügungsrechte bis zum Gemeinschaftseigentum und besondere Formen des Zusammenlebens auf.

Die Palette dieser Wohnprojekte reicht von dem Studentenwohnen bis zu Gemeinschaftsprojekten gehobener Einkommensgruppen, von sozialen Jugendwohninitiativen bis zu gemeinschaftlichem Wohnen von Jung und Alt. Allen ist gemeinsam, mehr aus dem Wohnen zu machen, als es traditionelle Angebote zulassen. Eine der zentralen Voraussetzungen ist die selbst gewählte Nachbarschaft, d.h. die Bewohner bekommen die Chance zur Mitbestimmung an der Zusammensetzung ihrer Nachbarschaft. Die Organisationsform der einzelnen Projekte ist die der Hausgemeinschaft: Alle wohnen in einem baulichen Zusammenhang, aber doch in einzelnen abgeschlossenen Wohnungen. Ebenso bedeutsam ist die Mitbestimmung bei

der Planung, d.h. das Mitgestalten und Entwerfen der eigenen Wohnung.

Auch nach der Planungs- und Bauphase – wenn die Wohnphase beginnt – möchten viele Bewohner Verantwortung für „ihr“ Projekt, für „ihr“ Haus, für „ihre“ Nachbarschaft übernehmen. Bei Fragen der Nachbelegung von freien Wohnungen, der Instandhaltung und der Verwaltung der gemeinsamen Anlagen (Gärten, Gemeinschaftsräume etc.) werden sie mitbestimmen und mitgestalten und dies nicht einem Eigentümer oder Verwalter außerhalb des Projekts überlassen. Die Übernahme von Verwaltungsaufgaben geht einher mit der Übernahme von Verantwortung für das Objekt und damit auch für das Wohnumfeld, was wiederum die Identifikation mit und die Bindung an das Wohnquartier erhöht.

In Hannover blickt die Bewegung für Wohnprojekte auf eine lange Geschichte zurück, die Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufbau der Genossenschaftsbewegung begann. In Hannover sind die seinerzeit entstandenen Traditionsgenossenschaften mittlerweile gestandene Wohnungsunternehmen. Nach dem Krieg lieferten die Wiederaufbaugenossenschaften die guten Beispiele für einen kooperativen Nachkriegswohnungsbau. In den 1980er Jahren erhielt die Wohnprojektebewegung mit der Gründung von Selbsthilfegenossenschaften und zahlreichen nachbarschaftlich verfassten Eigentumsprojekten eine neue Kraft, die auch auf die Wohnungswirtschaft zurück wirkt. Voraussetzung waren gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, die in Zeiten der Wohnungsnot im 19. Jahrhundert oder in Zeiten der übermäßigen Spekulation mit Wohnraum in den 1980er Jahren den Aufbau von Alternativen beim Wohnen unterstützten. Heute stehen die Förderung von Baugemeinschaften durch das Bürgerbüro Stadtentwicklung und der Aufbau von nachbarschaftlich orientierten Projekten als ein Baustein der Wohnbau-

tätigkeit in der Stadt Hannover auf festen Füßen. Hannover war und ist auf der Basis dieser Tradition immer wieder ein aktiver Katalysator für die Wohnprojektebewegung in der Bundesrepublik gewesen. Wenn in diesem Jahr die Baugemeinschaftsinitiative des Berliner Senats hannoversche Beratung durch das Bürgerbüro anfordert oder eine junge hannoversche Genossenschaft in Veröffentlichungen des Bauministeriums als Katalysator für Quartiersentwicklung herausgestellt wird, zeigt sich, dass Hannover über kreatives Potenzial zur Entwicklung des Wohnprojektegedankens verfügt.

4. Erhalt der lebenswerten Stadt durch Klimaschutz: Stadtklima, Mobilität, Stadtgrün

Das Thema Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel ist für die Städte seit langem sehr bedeutungsvoll. Dies wird aufgrund der ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung angesichts eines noch „mäßigen“ prognostizierten Temperaturanstiegs von zwei Grad Celsius mit allen seinen Folgen in den nächsten Jahrzehnten allerdings noch an Bedeutung zunehmen. In Europa und Deutschland ist aufgrund der erwarteten steigenden Temperaturen, zunehmender Hitzewellen, längerer Trockenperioden, extremerer Niederschläge, saisonaler Stürme und Hochwässer mit neuen Anforderungen an Raum- und Stadtentwicklung sowie Infrastrukturauslegung zu rechnen.

Für die Städte geht es in Zukunft zum einen darum, einen eigenen Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels zu leisten, zum anderen darum, in eigenem Interesse mögliche negative Auswirkungen zu antizipieren und präventiv zu handeln. Der Anpassung an die Folgen des Klimawandels kommt deshalb in der modernen Stadtentwicklungsstrategie größere Bedeutung zu, worauf hier

allerdings aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann.

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, von der mehrere Handlungsfelder und Ressorts betroffen sind. In der Stadtentwicklung ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, die Aufenthaltsqualität in den Städten im Sinne des Klimaschutzes zu beeinflussen und ihre Energieeffizienz zu verbessern, wenn zum Beispiel sowohl Pendlerverkehre aus dem Umland als auch Freizeitverkehre ins Umland reduziert werden. Kompakte Stadtstrukturen, kurze Wege, Funktionsmischung, Verkehrsmanagement, effizienter, energiesparender öffentlicher Nahverkehr, großzügige Freiflächen und insbesondere wohnortnahes Grün sind wichtige Elemente zur Stabilisierung städtischer Lebenswelten. Grün in der Stadt bindet nicht nur Staub- und Schadstoffmengen und verbessert das Stadtklima, sondern stärkt auch das Städtische. Die Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und damit in erheblichem Umfang zur Minderung von CO₂-Emissionen beizutragen, kann als ökonomische Produktivität betrachtet werden. Denn es geht dabei nicht darum, die Mobilität als Bestandteil der individuellen Lebensqualität zu beeinträchtigen oder in Frage zu stellen, sondern um neue Ansätze, gleichzeitig Umweltqualitätsziele zu erreichen.

Allein der Suburbanisierungsprozess bei Wohnen, Gewerbe, Grundstückspreisen, Dienstleistungen, Handel und Freizeiteinrichtungen bewirkt mit seinen absoluten wie relativen Siedlungsflächenzuwachsen im Umland von Agglomerationsräumen eine Entmischung von Funktionen, mit der Folge, dass dafür kaum wirtschaftlich tragfähige Lösungen für den ÖPNV in ausreichender Attraktivität angeboten werden können. Die Folge ist, dass der erhebliche Anstieg des Verkehrsaufkommens und seine räumliche Ausweitung den mobilisierten Individualverkehrs (MIV) und den privaten Wirtschaftsverkehr intensiviert. Angesichts des hohen

Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen im Bereich des Verkehrs kommt deswegen den Raum- und Siedlungsstrukturen, die einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung leisten können, eine besondere Bedeutung zu. Damit erhält Stadtentwicklungspolitik auch eine raumordnerische Komponente. Zukunftsfähige klimaschonende Siedlungsstrukturen haben das komplexe Zusammenspiel von Verkehrs-, Wirtschafts-, Raumordnungs-, Energie-, Stadt-, Boden-, Ordnungs-, Sozial- und Umweltpolitik zu berücksichtigen. Um den komplexen Anforderungen für eine nachhaltige Entwicklung gerecht zu werden, sind integrierte Handlungsansätze erforderlich, die Maßnahmen und Projekte in unterschiedlichen Handlungsfeldern berücksichtigen. Die Einbettung dieser Konzepte in gesamtstädtische Entwicklungsstrategien bis hin zu regionalen Strategien ist eine wichtige Voraussetzung, um der Komplexität des Problems einer „nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung“ gerecht zu werden.

4.1.2 Praxisbeispiel: Planerische Vorbereitung der Nullemissionssiedlung „In der Rehre“ in Hannover

Die politischen Gremien der Landeshauptstadt Hannover haben die Verwaltung beauftragt, die Wohnbaufläche „In der Rehre“ im südwestlichen Quadranten der Stadt als Modellprojekt einer Nullemissionssiedlung zu entwickeln. Es wird das Ziel verfolgt Stadtbürger durch innerstädtische Baulandangebote in der Stadt zu halten und gleichzeitig weit reichende Klimaschutzziele umzusetzen. Ziel der Nullemissionssiedlung ist es, den Energiebedarf und die damit verbundenen CO₂-Emissionen der gesamten Neubebauung für Heizung, Warmwasserbereitung und Haushaltsstrom zu minimieren und die verbleibenden Restemissionen durch regenerative Energieerzeugungsanlagen innerhalb und außerhalb der Siedlung zu kompen-

sieren, so dass ein rechnerischer Ausgleich bei der Betrachtung der jährlichen Energiebilanz erreicht wird.

Dazu wurde ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben, der aufzeigt, welche Möglichkeiten der CO₂-Minderung im Baugebiet zu erreichen sind: Für eine effektive Nutzung der aktiven und passiven Solarenergie kann durch Anordnung der Baukörper die Verschattung der Südfassaden weitestgehend minimiert werden. Darüber hinaus wird eine optimale Anordnung für Hauptwohnräume und für die zur aktiven Solarenergienutzung geeigneten Dachflächen (Neigung von ca. 30–50°) im Süden (+ - 45°) empfohlen wie auch eine kompakte Realisierung der Baukörper. Der bereits genannte geringe Energieverbrauch bei Passivhäusern lässt sich auf wirtschaftlichem Wege nur bei einem günstigen Verhältnis von Außenfläche zu Gebäudevolumen erreichen.

Das Energiekonzept für die Siedlung (Stadt Hannover 2006) zeigt im Einzelnen auf, welche Komponenten für das Erreichen der angestrebten Standards hinsichtlich Wärmeschutz, Heizung und Warmwasser, Haushaltsstrom und Emissionen aus Verkehr anzustreben sind. Die Städtebauliche Planung strukturiert die baulich-räumliche Charakteristik des Baugebietes und die planungsrechtlichen Verfahren werden an die Entwicklungsziele angepasst. (Habermann-Nieße u.a., 2007)

5. Einbindung der Stadtgesellschaft - Aktivierung der Stadtbürger durch Stärkung der Beteiligungskultur als neue Stadtentwicklungspolitik?

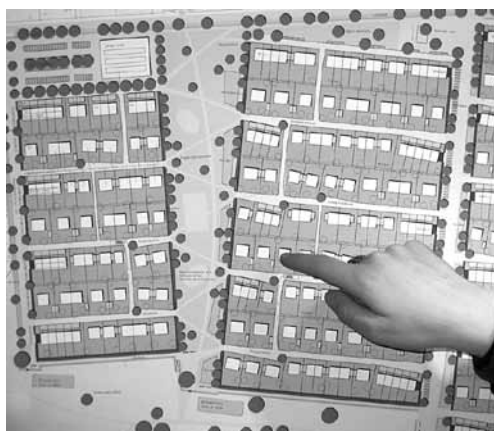
Dem Handlungsbedarf für eine Stadtentwicklungspolitik, die auf sozial selektive Stadtumlandwanderung, Verstärkung sozialen Disparitäten und in Wertsetzung städtischer Produktivität reagiert,

steht ein reduzierter Handlungsspielraum angesichts prekärer Haushaltslagen vieler Kommunen gegenüber. Darüber hinaus geraten die historischen Formen sozialer Bindekraft wie Familie, Arbeitsplatz, kulturelle Identität, Vereinsstruktur und lokaler Einzelhandel im gesellschaftlichen Wandel unter Druck. In den Stadtteilen verringert sich damit die Teilnahmebereitschaft an Aktivitäten zur Qualifizierung und Entwicklung von Stadteilkultur, Stadteilidentität und lokaler Demokratie. Auf diese Weise geht die konkret-örtliche Gemeinschaft als Partner für soziale Stabilisierung, Integration und Kooperation verloren. In der Folge sind Kommunen immer mehr aufgefordert, vor Ort lokale Partnerschaften aufzubauen und in den Stadtteilen Kooperationspartner zu gewinnen, die mit ihnen zusammen die Folgen sozialräumlicher Polarisierung und möglicher Qualitätsverluste aufhalten. Denn viele Handlungsfelder einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind auf die kreative Unterstützung der Stadtgesellschaft und auf bürgerschaftliche Initiative und Aktivität angewiesen. Eine solche Beteiligungskultur setzt die Überwindung der wechselseitigen Sprachlosigkeit sowie vertrauensbildende Maßnahmen der Politik voraus. Sie erfordert folglich nicht nur ein neues Selbstverständnis der kommunalen Verwaltungen, sondern auch Reformen in den vorhandenen bürgerschaftlichen Institutionen und Verbänden sowie eine generelle Öffnung für die Einmischung der Bürger in das kommunale politische Geschehen.

Das Einbeziehen der Bürgerschaft in stadtpolitische Entscheidungen erscheint angesichts der Herausforderungen und Veränderungen, vor denen die Städte stehen, als notwendige Aufgabe. Partizipation in den Städten braucht allerdings den Bezug zum konkreten Ort. Dafür bieten sich die Stadtquartiere als Ort bürgerschaftlicher Aktivierung an. Bürgerengagement im Sinne ehrenamtlicher Betätigung verlangt konkrete Projekte, Hilfe-

stellung und Anerkennung. Für die Städte bleibt die Aufgabe, eine Beteiligungskultur zu unterstützen, die den vielfältigen Realitäten, Lebenswelten und Interessen der Menschen gerecht wird. Beteiligungskultur entfaltet sich dort, wo sich Politik und Verwaltung ernsthaft und in ständigem Ringen um die kreative Mitarbeit der Bürger und Bürgerinnen bemühen und auch diejenigen in die Entscheidungsprozesse einbeziehen, die oft ausgegrenzt werden. (vgl. Sauter 2004; Selle 2001)

Das bedeutet: Kreative Stadtentwicklungspolitik braucht Veränderungen und in den Stadtverwaltungen mehr Motivation zu ungewöhnlichen Lösungen, ressortübergreifendes und unbürokrati-



Bürgerinformation in Hildesheim Drispensstedt

sches Handeln, Ermunterung für nicht ausschließlich ökonomische Lösungen, politische Unterstützung für Innovation, Risikoübernahme oder Risikostrukturfonds. Zu überwinden sind Negativwirkungen von Verwaltungsstrukturen, die aus Hierarchien, strenger Budgetierung, mangelhafter Steuerung, schlechter Bezahlung und Personalmangel resultieren können. Der Planungsberuf steht an der Schnittstelle zwischen kommunalen Verwaltungshandeln und bürgerschaftlichem Engagement für das Gemeinwesen.

Das Akteursszenario, mit dem Stadtplanung beschäftigt ist, ist vielfältig und reicht von Investoren, Grundstückeigentümern, Gewerbetreibenden über lokale Politik bis zu den Haushalten. Stadtplanung wird in diesem Spannungsfeld ein Element von lokaler Demokratie und Planungskultur.

6. Stadtentwicklung als intermediärer Prozess - zwischen klaren Vorgaben und dauerhaften Durchwurschteln

Zeitgleich mit dem Paradigmenwechsel der Planungsaufgaben erreicht die fiskalische Krise die staatlichen und kommunalen Akteure die Stadtentwicklungspolitik. Auch wenn die aktuelle Stadtentwicklung in Deutschland zurzeit noch in großen Teilen von staatlichen Regulierungen dominiert wird, verweisen politische Entscheidungen wie zum Beispiel die Stärkung der Vertragsfreiheit im Mietwohnrecht oder die zunehmende Anwendung von produktorientierten Vorhaben- und Erschließungsplänen auf einen Wandel in der kommunalen Grundhaltung. Stadtentwicklungspolitik setzt immer mehr, nicht zuletzt aus fiskalischen Gründen, darauf, Akteure der Stadtgesellschaft, aber auch investives Kapital zu befähigen, Stadtentwicklung in eigene Hände zu nehmen und kooperativ mit der Stadt zu betreiben, wobei sich das öffentliche Handeln auf die Begleitung und gelegentliche Intervention beschränken kann. Gerd Albers hat 1997 diesen Wandel des Planungsverständnisses als Berufsoption der Stadtplanung benannt: „Der Planer wird zum „Manager of Change“, der als Moderator oder Mediator das Ziel verfolgt, die verschiedenen Akteure für ein Ziel oder einen Plan zu gewinnen und zu motivieren, sie zur wirksamen Kooperation zusammenzuführen und damit Synergieeffekte auszulösen.“

Übermäßige Regulation weicht den modernen Regeln des schlanken Staates und auch der Staat verändert sich in seinem Rollenverständnis. Neue Vorstellungen des Staates sind die des aktivierenden Staates oder des gewährleistenden Staates. Der Unterschied zeigt sich beispielsweise in der Fragestellung, ob Lebenschancen durch Umverteilung oder die Gewährung individueller Rechtsansprüche zu sichern sind. Die Gewährleistung allgemeiner Zugangsvoraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und die Realisierung individueller Lebensentwürfe kommt dann eine entscheidende Rolle zu.

In den Stadtteilen werden die Widersprüche und Konflikte der Stadtentwicklungspolitik ganz besonders deutlich. Wenn die Entwicklung des Marktes die öffentliche Daseinsvorsorge in Frage stellt, ist kommunales Handeln gefordert. In lokalen Zusammenhängen werden allerdings auch die Grenzen des kommunalen Handelns schnell sichtbar. Die Aktivierung lokaler Akteure für das Gemeinwesen setzt voraus, dass sie die Erkenntnis haben, dass ihr Engagement nicht nur kommunalen Aufgaben ergänzt, sondern auch für sie selbst eine soziale und wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringt. In das Wechselverhältnis zwischen den Erwartungshaltung der Privaten gegenüber der Kommune und der Kommune gegenüber den Privaten treten immer häufiger intermediäre Organisationsstrukturen, die einen Interessenaustausch auf Augenhöhe organisieren und im besten Fall einen Interessenausgleich initiieren können (Selle, 1991).

Ein ergebnisorientierter Interessenausgleich stößt allerdings nicht selten an Grenzen der Bereitschaft der demokratisch legitimierten Akteure und der Verwaltung, Verantwortung abzugeben und eine für die Stadtentwicklung verlässliche neue Beteiligungsstruktur einzurichten. Der Sorge um einen potenziellen Kontrollverlust ist durch eine vertrau-

liche Kooperation zu begegnen, die die Chance unterschiedlicher Rollenbestimmungen und unterschiedlicher Rollenwahrnehmungen nutzt. Allerdings führen bereits die zeitintensiven Abstimmungsverfahren zwischen den Verwaltungsressorts in der Regel zu einer geringen Bereitschaft der Verwaltung, sich anschließend noch auf Beteiligungsschritte einzulassen. Voraussetzung für kooperatives Verfahren ist deshalb die auf Partizipation abstellende vorausschauende Beratung von Projekten in der Verwaltung. Abbau von Ressortdenken, Förderung des ressortübergreifenden Handelns und Einbeziehung der Partizipationsverfahren in das Verwaltungshandeln sind Wege für die Verankerung einer aktiven Beteiligungskultur. Vor Ort eingesetzt haben sich intermediäre Organisationsstrukturen mit den „Weiten der Ebene“ zu befassen. Bemühungen um den Aufbau bürgerschaftlichen Engagements stößt allerdings nicht immer auf die Aktivierungsbereitschaft der angesprochenen Bürgerschaft, und andererseits wird entfaltetes bürgerschaftliches Engagement von Verwaltung und Politik nicht gerne gesehen, wenn zusätzliche Arbeit für die Verwaltungsmitarbeiter anfällt oder zwischen den politischen Parteien getroffene Vereinbarungen durch das Engagement in Frage gestellt werden. Für den Aufbau eines kreativen Wechselverhältnisses haben deshalb intermediäre Organisationen die richtige persönliche Ansprache zu finden, die passenden Methoden und Verfahren zu wählen und damit den Austausch unterschiedlicher Interessen zu organisieren. Beteiligung sollte die Erfahrung erlauben, dass Zielformulierungen und Situationsbeschreibungen nicht nur als gegeben, sondern auch als veränderbar begriffen werden können. Die Kontinuität von Projekten, die Stärkung der Stadtteilakteure, der Ausbau von Netzwerken und die permanente Beteiligung an Planungs- und Bauprozessen ist erforderlich, um die Bewohnerinnen und Bewohner zur

Übernahme von Verantwortung für das Quartier zu führen.

Intermediäre Träger – das sind in vielen Fällen Planungsbüros – können im Auftrag der kommunalen Verwaltung die Aufgabe übernehmen, Stadtteilakteure und Bewohner/innen durch umfassende ansprechende Information in moderierten Verfahren mittels wertschätzender Methoden entlang aktivierender Projekte als neue gemeinschaftlich Handelnde für ihren Stadtteil zu gewinnen. Die Chance steckt in dem Aufbau neuer lokaler quartiersbezogener Aktionsräume der Bürgerschaft. Die Risiken aber liegen in dem Wecken neuer Wünsche der Quartiersbewohner, die die ausgehandelte Zuteilung kommunaler Ressourcen in Frage stellt. Wenn die aktivierten Prozesse an Fahrt gewinnen, dann sollte lokale Politik und Verwaltung die neu gewonnenen Akteure in ihre Entscheidungsprozesse einbinden, um ein Verständnis für die vorhandenen unterschiedlichen Logiken und die unterschiedlichen Zeitverläufe kommunalen Handelns zu gewinnen.

Stadtentwicklung ist somit durch intermediäre Prozesse zu strukturieren. Stadtentwicklungspolitik wird aufgefordert, den lokalen Interessenausgleich durch Kooperation und nicht durch Entscheidung auf den Weg zu bringen. Wenn Stadtentwicklung also in Zukunft die Aufgabe hat, die Produktivität des Städtischen zu sichern, soziale Disparitäten zum Ausgleich zu bringen und eine Nachhaltigkeit im Klimawandel zu garantieren, ist Stadtentwicklungspolitik auf Kooperation der Stadtgesellschaft und damit auf die Pflege intermediärer Prozesse zu orientieren.

Literatur

Florida, Richard (2002): *The rise of the creative class*, New York

Gernert, Verena; Habermann-Nieße, Klaus (2007): „Integrierte Stadtteilarbeit - Vernetzende Stadtteilkonferenzen - Ein Modell zur Aktivierung des Bürgerengagements in: SRL eV (Hrsg.), *PlanerIN* Heft 4 2007.

Habermann-Nieße (2007): *Vorbereitende Untersuchungen gem. § 141 BauGB für den Bereich „In der Rehre Süd“* (unveröffentlichtes Manuskript).

Habermann-Nieße (2007): *Akteurskonstellationen in der Stadterneuerung – Am Beispiel der Sozialen Stadterneuerung – Hildesheim Drispensstedt*, in: „Strukturell überfordert? Bürgerinnen und Bürger als neue Hoffnungsträger“ *Lehrstuhl für Planungstheorie – RWTH Aachen*, Aachen 2006.

Habermann-Nieße, Klaus, Nieße, Brigitte (2009): „Umgestaltung öffentlicher Räume in benachteiligten Quartieren – Das Beispiel Quartiersplatz Göttingen Grone“, in: *„Was ist los mit den öffentlichen Räumen“* (Hrsg. Klaus Selle), neue überarbeitete Auflage 2009 (in Vorbereitung).

Habermann-Nieße, Klaus (2003): „Chancen zur sozialen Integration in benachteiligten Quartieren“, in: *Neues Archiv für Niedersachsen* Heft 2/2003.

Häußermann, Hartmut (2002): *Wohnen und Arbeiten – neue Perspektiven für urbane Milieus*, in: Döllmann, Peter; Temel, Robert (Hg.), *Lebenslandschaften*, Frankfurt.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1996): *Soziologie des Wohnens*, München.

Häußermann, Hartmut ; Siebel, Walter (1987): *Neue Urbanität*, Frankfurt am Main.

Läpple, Dieter (1991): *Essay über den Raum*, In: Häußermann Hartmut; Ipsen, Detlev; Krämer-Badoni, Thomas; Läpple, Dieter; Rodenstein, Marianne; Siebel, Walter (Hrsg.): *Stadt und Raum – Soziologische Analysen*, Band 1, Pfaffenweiler, S. 157– 207.

Läpple, Dieter (2000): *Ökonomie der Stadt*. In: Hartmut Häußermann (Hrsg.) *Großstadt*, *Soziologische Stichworte* (2000), Opladen, S. 194 ff.

Landry, Charles (2007): *The art of city making*, London.

Sauter, Matthias (2004): *Die Zukunft der Sozialen Stadt. Integrierte Stadtteilentwicklung von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation*, Münster/Dortmund.

Selle, Klaus (2001): *Stadtentwicklung zwischen Erlebniswelt und Alltagsort, Überlegungen zu Großen Projekten, Quartiersentwicklung und bürgerorientierte Politik*, in: ILS (Hg.): *Stadt macht Zukunft*, *Neue Impulse für eine Nachhaltige Infrastrukturpolitik*, ILS-Schriftenreihe 170, Dortmund.

Selle, Klaus (1991): *Mit den Bewohnern die Stadt erneuern, Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere – Beobachtungen aus sechs Ländern*, Dortmund.

Siebel, Walter (2000): *Urbanität*, in: Hartmut Häußermann (Hrsg.) (2000): *Großstadt*, *Soziologische Stichworte*, Opladen, S. 264 ff.

Siebel, Walter (2001): *Segregation und Integration, Voraussetzungen für die Integration von Zuwanderern*; In: Schader Stiftung (Hrsg.) *wohn.wandel*, *Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens*, Darmstadt, 2001, S. 228 ff.

Sieverts, Thomas (1998): *Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*, Braunschweig/Wiesbaden, 2. Auflage.

Simmel, Georg (1993): *Die Gross-Städte und das Geistesleben*, in: Georg Simmel, *Das Individuum und die Freiheit*, Frankfurt.

Stadt Hannover (2006): *Konzept für eine Klimaschutzsiedlung*, FB Umwelt und Stadtgrün (unveröffentlicht).

Susanne Heeg

Immobilienwirtschaft und Stadtplanung

Property-led development in der Stadtentwicklung

1. Einführung

Großprojekte sind inzwischen ein vertrautes Phänomen in vielen Städten – ob in Europa, Nordamerika oder Asien. Auf innerstädtischen Konversionsflächen (zum Beispiel South Boston Waterfront, Hafencity Hamburg, Victoria & Albert Waterfront/Cape Town, London Docklands etc.) sowie in ehemaligen Arbeiterquartieren (zum Beispiel Pudong/Shanghai, Poble Nou/Barcelona) wurden und werden großangelegte Umbaumaßen realisiert, die auf eine Wiederinwertsetzung und Aufwertung entsprechender Areale zielen. Auch wenn der Erfolg der realisierten Projekte für die unmittelbare Nachbarschaft eher durchwachsen ist, da die Großprojekte häufig kaum einen städtebaulichen Bezug aufweisen und es in sozialstruktureller Hinsicht große Unterschiede zwischen der Bewohnerschaft der neu realisierten Projekte und den alten umgebenden Quartieren gibt, so wird die in Gang gesetzte Aufwertung als ein Gewinn für die Stadt und das Stadtimage betrachtet. Damit ist ein Aspekt der Großprojekte angesprochen, der in diesem Artikel von zentraler Relevanz sein soll: Gegenwärtig zielen Großprojekte weniger darauf, bislang nicht/kaum zugängliche Areale für Nachbar-

schaften neu zu erobern und/oder Wohnraum zu schaffen, der sich in das Stadtbild und die Nachbarschaft einfügt, sondern Großprojekte scheinen eine Chance darzustellen, das städtische Image mit gehobenem Wohnraum und außergewöhnlicher Architektur im internationalen Städtewettbewerb und bei gut verdienenden Haushalten bekannt zu machen. Mit Großprojekten wird gegenwärtig versucht, eine Reurbanisierung zu fördern, die aber nicht auf breite Schichten der Bevölkerung zielt, sondern auf jene mit einem überdurchschnittlichen Einkommen. Großprojekte werden häufig als Motor genutzt, um dem Image der Krisenanfälligkeit und der sozialstrukturellen Problematik als Hinterlassenschaft der fordistischen Stadt ein Aufbruchsszenario entgegenzustellen. Inwieweit dies gelingt, soll hier aber nicht thematisiert werden, sondern es soll der Übergang zu einer neuen Form der Stadtentwicklungspolitik analysiert werden, die insbesondere Bauprojekte als eine neue Form der Wirtschaftsförderung betrachtet. Die Hoffnung, die mit Großprojekten verbunden wird, ist es, Investitionen anzuregen sowie zur Ansiedlung neuer Unternehmen und zusätzlicher Haushalte beizutragen. Das Politikfeld Städtebau/Stadtentwicklung ist damit als eine

Form der modernen Struktur- und Wirtschaftspolitik zu verstehen.¹

Dies muss vor dem Hintergrund abnehmender nationalstaatlicher Unterstützung, umfangreicher städtischer Problemlagen und eines verstärkten Städtewettbewerbs gesehen werden, in dem der Druck zunimmt, urbane Potenziale zu mobilisieren, um Investitionen, Arbeitsplätze und Kaufkraft zu generieren. Daraus ergibt sich eine hohe Wertschätzung der gebauten Umwelt in der Form von architektonischen Landmarks, Flagships bzw. allgemein städtebaulichen (Groß-)Projekten; diese Wertschätzung begünstigt einen stadtplanerischen bzw. -politischen Ansatz, der im Folgenden als „property-led development“ bezeichnet werden soll. Der Begriff „property-led development“ umfasst Strategien, die gebaute Umwelt als Dreh- und Angelpunkt einer proaktiven Stadtentwicklungspolitik zu nutzen (vgl. Heeg 2008). Die Fragen, die den vorliegenden Beitrag strukturieren, sind: Welche Ausdrucksformen nimmt ein solcher Ansatz an, welche Folgen und Ergebnisse lassen sich erkennen und was ist die Rolle des lokalen Staates dabei?

Im Folgenden wird zuerst der Kontext umrissen, in dem property-led development zu einem politischen Maßnahmenfeld wurde. Dieser Abschnitt enthält eine Definition und Charakterisierung von property-led development. Anschließend wird am Beispiel der South Boston Waterfront ein Fallbeispiel für property-led development dargestellt. Im Ausblick wird auf Begründungsmuster eines solchen Ansatzes eingegangen.

2. Neoliberale Stadtpolitik: unternehmerische Stadt und property-led development

Städte und Regionen sind in den letzten beiden Jahrzehnten in verschiedene, sehr tief greifende Umstrukturierungsprozesse eingebunden gewesen, die Neuansätze für die städtische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für die städtische Entwicklungsplanung nach sich gezogen haben. Städte sind mit einem latenten Abwanderungsdruck scheinbar oder tatsächlich standortunabhängiger Unternehmen konfrontiert bei gleichzeitig ansteigender Arbeitslosigkeit und Notwendigkeit zu sozialen Transferzahlungen. Diese neuen Anforderungen werden begleitet von einer Transformation von Städten – je nach ihrer Position in der Städtehierarchie – zu Knotenpunkten in der Organisation, dem Management und der Kontrolle überregionaler bzw. transnationaler Produktions-, Verkehrs- und Handelsbeziehungen (Sassen 1996; Castells 2001; Knox 1995; Taylor 2004).²

Diese Situation zwischen Chance und Herausforderung zusammen mit zunehmenden finanziellen Restriktionen bewirken gegenwärtig einen Zwang zur permanenten Attraktivitätssteigerung der Stadt als Standort. Städte werden inzwischen sowohl von städtischen Akteuren als auch in der Wissenschaft nicht mehr länger als Orte der „kollektiven Konsumtion“ (Castells 1977) gesehen, sondern als „Unternehmen Stadt“ (Harvey 1989; Mayer 1990). Demnach müssen Städte und Regionen, wenn sie den Konsequenzen einer Arbeits-

1 Ein Beispiel hierfür ist die aktuelle Schwerpunktsetzung im Arbeitsprogramm Städtebau des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR 2005). Demnach stellt die Förderung eines verstärkten Engagements von Wirtschaft und Immobilieneigentümern in ihren urbanen Geschäfts- und Lebensräumen eine Möglichkeit dar, die lokale Ökonomie zu stärken.

2 Einerseits sind sie damit wichtige Zentren, möglicherweise sogar die Motoren und Vorreiter der sich herausbildenden globalen Welt(un)ordnung. Städte übernehmen Knotenfunktionen, die gleichermaßen die Bündelung internationaler Finanz-, Handels- und Informationsströme und die transnationale Steuerung und Kontrolle in Konzernzentralen durch unternehmensorientierte Dienstleistungen betreffen. Andererseits nehmen sozioökonomische Disparitäten in den Großstädten, gemessen in Kategorien des verfügbaren Einkommens, der beruflichen Situation und sozialen Stellung der Bewohner, zu.

markt- und Haushaltskrise entkommen wollen, ihre ökonomischen Strategien, Institutionen, Formen der Governance und des Staates ändern. Ein Ansatzpunkt scheint hierbei zu sein, den Städtebau zu nutzen, um ein neues urbanes Image und Sichtbarkeit herzustellen (vgl. Hall/Hubbard 1996: 162; Swyngedouw 1992: S. 58, Zukin 1993, De Frantz 2005, Boyle/Hughes 1994): die gebaute Umwelt wird zum Instrument für lokale Wirtschaftsförderung; sie erhält die Funktion, als Bühne für ein neues Images zu fungieren und das kulturelle Kapital einer Stadt zu spiegeln. Die gebaute Umwelt wird zum Transmissionsriemen einer städtischen Erneuerung. Diesbezügliche Strategien werden im Folgenden als „property-led development“ bezeichnet und zielen auf

- Wirtschaftsförderung,
- Verbesserung des städtischen Images und des Stadtmarketings,
- Stabilisierung des städtischen Haushaltes.

Das erste Ziel umfasst kurz- und langfristige Effekte. Kurzfristig wird erwartet, dass durch Bauaktivitäten Arbeitsplätze im Bausektor geschaffen werden. Langfristig soll neuen sozioökonomischen Aktivitäten Raum geboten werden (zum Beispiel Lowe 2005). Durch neue Wohnungen und attraktive Standorte sollen Unternehmen und Haushalte motiviert werden, sich anzusiedeln bzw. zusätzlichen Raum zu beanspruchen. Möglicherweise bewirkt dies nur eine Verlagerung innerhalb einer Stadt, aber die Hoffnung ist, externe Zuwanderung zu bewirken. In diesem Sinne ist property-led development in Strategien des Städtebewerbs eingeordnet. Jenseits lang- und kurzfristiger Effekte eines property-led development sollen zudem räumliche Wachstumskorridore geschaffen werden. Bestimmte städtische Teilräume können als Entwicklungsgebiete festgelegt werden, in denen mit Sanierungstätigkeiten oder Projektentwicklungen die infrastrukturellen Voraussetzungen für neue

Wachstumsprozesse geschaffen werden sollen. Das Ziel der Wirtschaftsförderung steht in einem engen Zusammenhang mit den anderen Zielen, die oben genannt wurden. Unter einem verschärften Wettbewerbsdruck nutzen politische Entscheidungsträger architektonische Flagships als Symbol und Träger einer wirtschaftlichen Regeneration, einer Stärkung des städtischen Images und des Stadtmarketings (De Frantz 2005; Bianchini et al. 1992). Es sollen spektakuläre Stadtlandschaften mit überregionaler Ausstrahlung gestaltet werden, die u.a. Besucher, Touristen und Unternehmen anziehen (Hubbard 1996). Häufig sind die Konzepte, um die städtische Erscheinung zu ändern, Kopien von „best practices“ anderer Städte. Insbesondere Landmarks, Flagships bzw. allgemein Großprojekte werden häufig als „best practice“ betrachtet. Beispiele wie die spektakuläre Architektur des Guggenheim Museums in Bilbao oder des Sydney Opera House sollen die innovativen Fähigkeiten und die Offenheit der jeweiligen Stadt symbolisieren. Sie sollen zu einem positiven Stadtimage beitragen und ein Ausdruck für den erfolgreichen Übergang von einer industriellen zu einer dienstleistungsorientierten Stadtgesellschaft sein. Physische Regeneration einer Stadt wird in diesem Zusammenhang als Teil eines fundamentalen Restrukturierungsprozesses verstanden. Die Erwartungen sind, dass sich infolge einer Veränderung der gebauten Umwelt und der Bodennutzungsmuster in bestimmten Lagen die Revitalisierungsdynamik auf weitere städtische Gebiete ausdehnt.

Das dritte Ziel im Rahmen von property-led development ist das einer Stabilisierung städtischer Haushalte: Die Errichtung zusätzlichen Wohn- und Gewerberaums wird als Möglichkeit gesehen, höhere Steuereinnahmen zu erzielen. Dieser Effekt hat eine direkte und indirekte Dimension. Die direkte Dimension trifft vor allem auf US-amerikanische Städte zu. In den USA fielen in den letzten

Tab. 1: Ziele von PLD und Verbindung zwischen Immobilienentwicklung und Wirtschaftsentwicklung

Aims of PLD and links between property development and economic regeneration

Bautätigkeit	Endogenes Wachstum	Inward Investment	Urbane und Stadtteil-aufwertung	Lokale Wirtschafts-entwicklung
Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen	Raum/Fläche für expandierende Unternehmen	Anziehung und Ansiedlung externer Unternehmen	Physische Aufwertung erhöht Lebensqualität und steigert Interesse am Investieren & Besuchen	Ausgedehnte Neuentwicklung und wirtschaftliche Diversifikation

Räumliche Wirksamkeit

Ortsspezifisch ←————→ stadtweit

Zeitliche Wirksamkeit

Kurzfristig ←————→ langfristig

(nach Turok 1992, 364)

zehn Jahren die Einnahmen kommunaler Haushalte im Verhältnis zu Privateinkommen um 7,5 Prozent. Diese Abnahme verdeutlicht den Druck, dem städtische Haushalte zur Identifizierung neuer Einnahmequellen ausgesetzt sind (Chapman u. Facer II 2005, S. 6). Einer der wichtigsten Lösungsansätze besteht in einer Erhöhung der Einnahmen aus der Grundsteuer („property-tax“). Tatsächlich ist das Budget US-amerikanischer Städte in hohem Maße auf diese Einnahmequelle angewiesen. In Boston – als dem Fallbeispiel für property-led development im folgenden Kapitel – nahm der Anteil der Grundsteuereinnahmen am städtischen Haushalt von 50,3 Prozent im Jahr 1999 auf ca. 57,2 Prozent 2005 zu (BMRB 2005, 2). Immobilieneigentümer müssen im Bundesstaat Massachusetts jährlich 2,5 Prozent des aktuellen Wertes ihres Grundbesit-

zes als Steuer abführen. In der Folge wird in Boston ähnlich wie in anderen Städten und Kommunen der USA Boden- und Immobilienbesitz als „Goldesel“ genutzt: Je mehr Grundstücke und Projekte entwickelt werden, umso höher werden die Steuereinnahmen sein. Zudem besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Aufwertung eines Standortes/Gebäudes und der sich daraus ergebenden Steuer. Die indirekte Dimension besteht in zusätzlichen Steuereinnahmen, die sich infolge neu in eine Stadt zuziehender Haushalte und Unternehmen ergeben sollen. Dieser Effekt wird sowohl durch das Steuersystem in den USA als auch vieler europäischer Länder getragen. Höhere indirekte Steuereinnahmen (zum Beispiel Mehrwertsteuer, Einkommens-, Unternehmenssteuer etc.) sind auf Ausgaben zusätzlicher Bewohner und

Touristen sowie zusätzliche Erträge von Unternehmen zurückzuführen.³

Ein Versuch der Charakterisierung möglicher Verbindungen zwischen städtischen Immobilienprojekten und wirtschaftlicher Regeneration wird in Tab. 1 unternommen.

Property-led development umfasst in diesem Sinn eine Anpassung der industriellen Stadt an postindustrielle Notwendigkeiten. Jedoch endet diese Aufgabe nicht mit einem tatsächlich oder vermeintlich erfolgreichen Übergang zur postindustriellen Stadt, sondern beinhaltet eine stetige Anpassung an sich ändernde sozioökonomische Dynamiken (Harvey 1985).

Die Herausforderung besteht jedoch darin, die unterschiedlichen Interessen städtischer Planung und privater immobilienwirtschaftlicher Akteure auszubalancieren. Damit die gebaute Umwelt im Rahmen städtischer Vorgaben entwickelt wird, ist es notwendig, die Immobilienakteure von den Vorteilen städtischer Planung zu überzeugen (Adrian 1998). Diese Herausforderung ist drängender geworden, denn Stadtplanung geht seit den 1980er Jahren mit einer Angewiesenheit des lokalen Staates auf privates Kapital einher, um Bauprojekte in die Tat umsetzen zu können. Der lokale Staat ist kaum noch als Bauherr tätig – selbst dann, wenn er Eigentümer der jeweiligen Fläche ist. Grund dafür ist, dass der Planungs- und Entwicklungsprozess sehr kapitalintensiv ist und deshalb externe Bauherren/Investoren gesucht werden. In Reaktion darauf wird der Planungsprozess offen gestaltet, d.h. Planung wird für investitionsbereite Akteure flexibilisiert (Heeg 2003). Aus diesem Kontext ergibt sich eine Spannung zwischen privaten Immobilieninteressen und Stadtplanung.

Die Herausforderung besteht in potenziell diver-

gierenden Interessen zwischen dem lokalen Staat und der Immobilienwirtschaft (d.h. Grundstücksbesitzer, Projektentwickler, Investoren, Finanzierung, Bauindustrie). Tatsächlich wird in Bezug auf Planung und Städtebau in der stadtgeographischen Literatur von einer Zunahme von Konzessionen gegenüber immobilienwirtschaftlichen Interessen berichtet. Die zentrale Feststellung ist, dass ein Übergang zu einer flexibleren bzw. weniger regulierten Planung stattgefunden habe, um Wirtschaftswachstum und Innovationen zu befördern (vgl. Turok 1992, Deakin/Edwards 1993, Solesbury 1990, Healey et al. 1992, McGuirk/MacLaran 2001). Gene Desfor und John Jorgensen (2004, 487) heben bei der Untersuchung der Waterfrontentwicklung in Kopenhagen hervor, dass die Planung zentraler Waterfrontgebiete außerhalb bestehenden Planungsrechts stattgefunden habe. Seitens der zuständigen Projektplanungsgruppe „Vision Group“ wurde argumentiert, dass der umfassende Hafenplan auf dieses Gebiet nicht anwendbar sei, da es einen besonderen Charakter habe, sowie beträchtliche Differenzen zwischen den Waterfrontstandorten und der restlichen Stadt bestehen würden. Es wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, Flexibilität in der Planung sowie einen immobilienfreundlichen Planungsprozess zu realisieren. Swyngedouw et al. (2002, S. 215) stellen ähnliche Entwicklungen fest: „Against the crisis of the comprehensive Plan – the classic policy instrument of the Fordist age – the large, emblematic Project has emerged as a viable alternative, allegedly combining the advantages of flexibility and targeted actions with a tremendous symbolic capacity.“ Dies beinhaltet die Aufgabe einer gesamtstädtischen Planung zugunsten teilträumlicher und projektspezifischer Planungen. Newman

und Thornley (1996) konstatieren weiterhin eine Schwerpunktverschiebung in den Aufgaben der Stadtplanung: von einer Gewährleistung öffentlicher Infrastrukturausstattung zugunsten einer Sicherstellung und Mobilisierung privater Investitionen. Fainstein (2001) bestätigt in ihrer vergleichenden Untersuchung von Immobilienentwicklung in New York und London, dass es die Tendenz gebe, Projektentwickler mit dem Angebot an direkten und indirekten Anreizen/Subventionen dazu zu motivieren, Projektentwicklungen umzusetzen. Der Preis für property-led development scheint in diesem Sinne hoch zu sein: Um Immobilienentwicklungen zu forcieren, wird Planung dereguliert und es werden großzügige Anreize gewährt.

Im nächsten Abschnitt soll property-led development am Beispiel von Boston konkretisiert werden. Der Abschnitt beginnt mit einer Beschreibung des Konversionsprojektes „South Boston Waterfront“. Im Anschluss daran werden die Entwicklung des Projektes und die daran geknüpften Erwartungen dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit erhält die Interessensvermittlung zwischen Akteuren aus Stadtplanung und Immobilienwirtschaft.

3. Property-led development in Boston: South Boston Waterfront

„Continued commercial growth in Boston, then, appears to demand that two paths are pursued. The first is to take advantage of any re-development opportunities inside the downtown core and to re-build on obsolete or under-utilized sites as they become available. The second is to be alert for opportunities for commercial growth outside downtown – whether in the Seaport District (im Jahr 2000 wurde der Seaport District zur South Boston Waterfront umbenannt, S. H.) or elsewhere – when appropriate. Continued efficient commer-



cial land use is crucial to the continued growth of the city, the continued increase in jobs, and the continued interplay between residents, workers, shoppers, and those seeking entertainment that make Boston such a vibrant place to live, work and visit.“ (Perez et al. 2003)

Wie das Zitat aus einer Veröffentlichung der Boston Redevelopment Authority (BRA), der quasi-staatlichen Stadtplanungs- und Wirtschaftsförderungsagentur von Boston, zeigt, sind die Erwartungen, die mit der South Boston Waterfront verbunden werden, eindeutig am Wirtschaftswachstum orientiert. Mit der Entwicklung des Standortes soll ein Angebot an Wohnungen und kommerziell nutzbarer Fläche geschaffen werden, welches als Voraussetzung für neue Wirtschaftsaktivitäten und damit Wirtschaftswachstum verstanden wird. Die Annahme eines positiven Zusammenhangs von

³ Entgegen der steuerrechtlichen Fachsprache werden diese Steuerarten hier deshalb als „indirekte“ Steuern bezeichnet, weil sie indirekt vermittelte Effekte von neuen Gebäuden sein können.

Abb. 2: Teilgebiete der South Boston Waterfront SBW Teilgebiete.pdf



Projektentwicklung und sozioökonomischer Dynamik wurde sowohl in Planungsdokumenten als auch in zahlreichen Interviews betont⁴. Die South Boston Waterfront wird in diesem Sinne als eine Möglichkeit diskutiert, das Image von Boston als Tourismusstandort, als Wirtschaftsmotor der Ostküste und als eine kulturell offene Stadt zu stärken. Die South Boston Waterfront (vgl. Abb. 1) ist ein an die Innenstadt angrenzendes Gebiet, das bereits in den 1980er Jahren seine Funktion als Industriehafen verloren hat. Gegenwärtig wird es in Teilbereichen als Parkplatz für die Beschäftigten im Central Business District (CBD) genutzt. Aufgrund seiner Nähe zum CBD bietet sich das Areal als Erweiterungsfläche für innerstädtische Dienstleistungen, Unterhaltung, Tourismus und Wohnfunktionen an. Das Gebiet von insgesamt 10,3 Hektar befindet sich überwiegend im Privatbesitz. Bei den attraktivsten Entwicklungsflächen in der South Boston Waterfront handelt es sich um Fort Point Waterfront und Inner Harbor (vgl. Abb. 2). Mit nur fünf bis zehn Gehminuten befinden sich diese Gebiete in unmittelbarer Nachbarschaft zum Financial District als Teil des CBD (vgl. Abb. 1).

Umfangreiche öffentliche Investitionen haben in vielfältiger Weise zur Attraktivität der South Boston Waterfront beigetragen. So wurde aus einem vernachlässigten Industrieareal durch die Verbesserung der Wasserqualität im Zuge des „Harbor Cleanup“ ein hochwertiges Wohngebiet. Durch die Untertunnelung der Interstate 93 („Central Artery/Big Dig“) wurde die Trennung zwischen der Waterfront und dem CBD sowie der restlichen Stadt aufgehoben bzw. die Zugänglichkeit verbessert. Im Zuge

der Central Artery-Baumaßnahme entstand auch der Ted Williams Tunnel, der eine direkte Anbindung des Gebietes an das überregionale Autobahnsystem und den Logan Airport herstellt. Der Logan Airport kann dadurch von der South Boston Waterfront aus in fünf Autominuten erreicht werden. Schließlich wurde noch mit der „Silver Line“ eine Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrssystems vorgenommen, welche die Waterfront mit der Stadt und dem Flughafen verbindet. Diese Infrastrukturmaßnahmen und Umweltverbesserungen haben zu einer beträchtlichen Standortaufwertung und zu einer Steigerung des Bodenwerts beigetragen.

Da sich die South Boston Waterfront als Erweiterungsgebiet des Financial District, als hochwertiges Wohngebiet und als Tourismusdestination eignet, bestehen Aussichten auf weitere, nicht unerhebliche Miet- und Bodenpreissteigerungen. Tatsächlich gilt die South Boston Waterfront im Jahr 2005 – in Vorwegnahme und Spekulation auf die zukünftigen Entwicklungen – als einer der attraktivsten und zugleich teuersten Standorte an der Ostküste. Städtische Planungen für das Gebiet sehen vor, eine Kombination aus historischen Lagerhäusern, neuer innovativer Architektur sowie ein gehobenes Einzelhandelsangebot zu realisieren (BRA 1999). Zum einen soll damit ein Standort für gut verdienende Haushalte und Touristen für Wohn-, Freizeit- und Shoppingbedürfnisse geschaffen werden. Zum anderen soll der Standort Büroraum zur Ausdehnung des Financial Districts bieten. Anders als im CBD bestehen in der South Boston Waterfront große untergenutzte Flächen,

⁴ Von Mai bis September 2005 wurden zahlreiche Interviews mit Akteuren rund um die Entwicklung der South Boston Waterfront geführt. Die Akteure umfassen Stadtplaner, Wirtschaftsförderer, Beratungsunternehmen, Investoren, Projektentwickler, Nachbarschaftsorganisationen, Bewohner und nichtstaatliche Organisationen. Darüber hinaus wurde die Presseberichterstattung nationaler und lokaler Zeitungen für den Zeitraum von 1993 bis 2008 verfolgt und graue Literatur ausgewertet.

die als dringend benötigte Erweiterungsflächen für den Financial District zur Verfügung stehen. Die an den CBD angrenzenden nördlichen, westlichen und südlichen Gebiete sind dicht bewohnt; eine Ausdehnung in diese Areale würde Widerstand der Bewohner erzeugen.

Ein zusätzliches Ziel, das weniger in das öffentlich verkündete Ziel der Herstellung einer „vital, mixed-use 24/7-neighborhood“ (BRA 1999, S. 2) passt, ist es, mit den durch die Entwicklung der South Boston Waterfront erzielten Grundsteuereinnahmen den Haushalt der Stadt Boston zu stabilisieren. Wie bereits weiter oben erwähnt, ist der städtische Haushalt in hohem Maße von der Grundsteuer abhängig, was das starke Interesse an Immobilienentwicklungen erklärt. Gewerbliche und Wohnnutzungen anstelle von Parkplätzen im Teilgebiet des Inner Harbor sowie die Aufwertung der gebauten Umwelt in der Fort Point Waterfront würden voraussichtlich einen nicht unerheblichen Beitrag zu den öffentlichen Einnahmen leisten.

Büroraum statt Wohnraum?

Ein starker Impuls zur Entwicklung der South Boston Waterfront wurde durch einen Immobilienboom in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gegeben.⁵ Spekulative Entwicklungen sprangen aufgrund der Knappheit an entwicklungsfähigem Land und einer hohen Büroflächennachfrage im Financial District auf die South Boston Waterfront über. Um die Immobilienentwicklungen zu kontrollieren, formulierten die BRA und der Bürgermeister Thomas Menino Ende der 1990er Jahre erstmals Planungsziele. Wenn diese Ziele jedoch mit dem Stand von 2005 verglichen werden, dann wird deutlich, dass Immobilieninteressen die Entwicklung dominiert haben.

1996/7, als zum ersten Mal Planungsziele für die South Boston Waterfront diskutiert wurden, forderten der Architektenverband („Boston Society of Architects“) und weitere nicht-staatliche Organisationen 10.000 bis 15.000 Wohneinheiten als Mindestgröße für die Ermöglichung einer lebhaften Nachbarschaft. Aufgrund eines Immobilienbooms beinhalteten die zu dieser Zeit von privaten Grundstückseigentümern eingereichten Projektvorschläge jedoch überwiegend Büroentwicklungen. Es wurde bald deutlich, dass das Ziel von 10.000 Einheiten nicht erreicht werden konnte. Im Jahr 1999 reagierte Bürgermeister Menino darauf, indem er 6.000 bis 8.000 Wohneinheiten als wünschenswertes Ziel formulierte. Obwohl sich der Büroimmobilienmarkt schon kurz darauf, nämlich um das Jahr 2000, krisenhaft entwickelte, nahm der Anteil der Wohnimmobilien nicht beträchtlich zu. Anfang 2005 waren nur 2.920 Wohneinheiten realisiert bzw. bewilligt. Die lokale Bewohnerinitiative SAND („Seaport Alliance for a Neighborhood Design“) schätzt, dass auf dem verbliebenen, entwicklungsfähigen Land nur noch rund 1.000 Wohneinheiten realisiert werden können (SAND 2005a). In diesem Sinne blieb die Umsetzung hinter den Planungszielen zurück. Die Differenz zwischen den geplanten und realisierten Zahlen hängt zum Teil damit zusammen, dass die Wohneinheiten durchschnittlich größer geworden sind als geplant. Hintergrund hierfür sind die von Projektentwicklern antizipierten Käufer und Mieter, die als vermögende Dienstleistungsbeschäftigte mit einem hohen Wohnflächenkonsum gesehen werden. Ein weiterer Grund für die niedrige Anzahl von Wohneinheiten ist, dass die Renditen in Büroprojekten in der Regel höher sind als in Wohnimmobilien. Trotz Anzeichen einer abnehmenden Büroflächennach-

frage erwiesen sich Projektentwickler in der South Boston Waterfront als zögerlich in der Beantragung von Wohnprojekten. Anlass ist, dass die South Boston Waterfront die letzte verbliebene Expansionsfläche des CBD ist, bei der Aussichten auf langfristig hohe Renditen im Büromarkt bestehen. Da der Boden also eine begrenzte, endliche Ressource ist, befördert dies eine abwartende Haltung.

Die Situation, dass kaum Wohnprojekte bzw. Wohnungen realisiert wurden, verschärfte sich bis Ende 2008, was sich damit erklären lässt, dass im Zuge eines kurzzeitigen Wiederauflebens des Büroimmobilienmarktes von 2005 bis 2008 Eigentümer und Investoren Druck auf weniger renditestarke Mischnutzungen ausübten. Dies betraf vor allem Künstler, die seit den 1990er Jahren alte Lagerhäuser zu Studios umgewandelt hatten, in denen gearbeitet und gewohnt wurde. Diese langjährigen Aktivitäten hatten dazu beigetragen, dass sich die South Boston Waterfront einen Ruf als Künstlerviertel von Boston erwarb. Allerdings boten sich diese Studios an, um vergleichsweise kurzfristig auf die Büroraumnachfrage reagieren zu können. Während einige Eigentümer Anträge bei der BRA auf Aufstockung der Lagerhäuser und zusätzliche Einbauten in die Innenhöfe stellten, wurde vielen Künstlern bereits gekündigt. Allein im Jahr 2006 wurde das Aufstocken von ein oder zwei Stockwerken auf zehn historischen Lagergebäuden genehmigt. Die Genehmigung bezog sich überwiegend auf Büronutzungen. In der Folge mussten 91 Künstler und zwei Gallerien ausziehen, und das in einem Gebiet, in dem bereits 85 Prozent des bestehenden Raums als Büroraum genutzt wurde (vgl. SAND 2008a, Banker and Tradesman 21. 4. 2008 „Waterfront Project Developer Pledges Housing for Seaport). Im Zeitraum von 2000 bis

2008 wurden insgesamt ca. 300 Künstler bei der Umwandlung von Studios in Büros und einigen Eigentumswohnungen vertrieben (Bleitgen 2009: S. 50f). Alle diese Umwandlungen wurden von der BRA genehmigt, was bei Künstlern, Bewohnern und in vielen lokalen Zeitungsberichten auf Verbitterungen stieß angesichts der Missachtung von gemeinsam erarbeiteten Planungszielen (SAND 2008a, SAND 2008b, The Boston Globe 18. 10. 2007 „Fort Point Channel vision clouding over“).

Büroraum statt Grün- und Freiflächen?

Aber nicht nur in Bezug auf das Verhältnis von Wohn- und Büroraum, sondern auch in Bezug auf Grün- und Freiflächenentwicklung zeigt sich eine Anpassung der Planung an Immobilieninteressen, die sich damit erklären lässt, dass die BRA den Eigentümern versucht entgegenzukommen, um sie zum Bauen zu motivieren. Damit einhergehend erlaubt die Analyse der Verhandlungen rund um die Grünflächenfrage die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten in der South Boston Waterfront zu identifizieren.

Zwischen 1997/98 und 2005 fanden verschiedene Workshops und öffentliche Anhörungen statt, welche u.a. die Entwicklung der Grünfläche im Gebiet von „100 Acres“⁶ zum Thema hatten. Im Verlauf der Verhandlungen entstanden zwei Planungsdokumente mit zentralem Stellenwert. Eines ist der Seaport Public Realm Plan (SPRP) als ein Ausdruck konzentrierter Planungsaktivitäten verschiedener Interessensgruppen: Bewohner, nichtstaatliche Organisationen, Nachbarschaftsorganisation, Grundstückseigentümer, Projektentwickler und BRA (BRA 1999). Der SPRP – mit Geltungsanspruch für die gesamte South Boston Waterfront – wurde als Ergebnis der Planungsdiskussionen, die von einem

⁵ Die erste Büroimmobilie wurde jedoch zehn Jahre früher in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entwickelt. Das „World Trade Center“ war die vorläufig einzige und letzte Entwicklungsmaßnahme bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre hinein.

⁶ „100 Acres“ ist ein Teilgebiet im Süden der Fort Point Waterfront.

renommierten New Yorker Beratungsunternehmen koordiniert wurden, im Jahr 1999 veröffentlicht. Das Planwerk sollte die Grundlage für den „100-Acres-Master-Plan“ sein – als dem zweiten wichtigen Planungsdokument mit Entwicklungsvorgaben für das Teilgebiet 100 Acres.

Im Verlauf der Ausarbeitung des SPRP als auch in anschließenden öffentlichen Planungsgesprächen zum 100-Acres-Master-Plan konnte die Nachbarschaftsorganisation das zentrale Anliegen eines Parks in der Form eines grünen Korridors durchsetzen. Dieser Park, der sich vom Fort Point Channel nach Osten erstrecken soll, wurde sowohl von der Nachbarschaftsorganisation als auch verschiedenen nichtstaatlichen Organisationen als zentral erachtet; es wurde argumentiert, dass er ähnlich wie der „Boston Common“ im historischen Zentrum von Boston identitätsstiftenden Charakter entfalten könne und damit die Attraktivität und Lebensqualität im Quartier beträchtlich erhöhen würde.

Nach Beendigung der öffentlichen Planungsgespräche fanden zwischen August 2004 und Februar 2005 mehrere private Gespräche zwischen der BRA und den Grundstückseigentümern statt, im Zuge derer die Grünflächenvorgaben beträchtlich modifiziert wurden. Als ein Ergebnis dieser Verhandlungen – und als Baustein für den 100-Acres-Master-Plan – präsentierte die BRA im Mai 2005 ein „Memorandum of Understanding“, in dem die Fläche des Nachbarschaftsparks reduziert und durch zwei Bürogebäude unterbrochen wurde. Standpunkt der BRA war, dass die Zustimmung zu den Bürogebäuden unerlässlich sei, um die Kooperation der Grundstückseigentümer im Planungsprozess zu sichern. Die letztendliche Begründung

für diese Übereinkunft, von welcher die Bewohner ausgeschlossen waren, war, dass die Grundstückseigentümer als die zentralen Akteure in der Planung nicht zu umgehen seien.⁷ Nach umfangreichem und dauerhaftem Protest der Bewohner präsentierte die BRA im Januar 2006 einen modifizierten 100-Acres-Master-Plan, der sowohl den Interessen der Bewohner als auch denen der Eigentümer entsprechen sollte. Um die Interessen der Bewohner zu berücksichtigen, erstreckt sich der Parkkorridor wieder durchgehend bis an den Fort Point Channel. Dafür wurden jedoch die Höhe und Dichte der angrenzenden Gebäude erhöht sowie der Park in der Breite verengt, um die Interessen der Grundstückseigentümer zu befriedigen.

Planung als property-led development

Die Frage, warum Planungsziele aufgegeben bzw. reformuliert wurden, macht in diesem Zusammenhang wenig Sinn; vielmehr sollte man die Veränderungen in der Planung als Anlass nehmen, um sich mit den Implikationen eines property-led development auseinanderzusetzen. Dies umfasst die Analyse der spezifischen Interessen und Formen der Mediation zwischen Stadtplanung und Immobilienakteuren. Property-led development geht mit einer Betonung der Ermöglichung von Immobilienprojekten einher, wodurch Grundstückseigentümer und Investoren begünstigt werden. Seitens der Stadtplanung beinhaltet dies das grundsätzliche Ziel, Projektanträge in kurzen, überschaubaren Zeiträumen zu bearbeiten, um eine zeitnahe Realisierung zu ermöglichen. Während einer krisenhaften Entwicklung des Immobilienmarktes werden verschiedene Anreize verwendet, um die Baueinigung von Eigentümern und Immobilieninvestoren

zu erhalten bzw. zu stärken. Dies umfasst Konzessionen hinsichtlich der Bauhöhe, der Nutzungen und der Ausnutzung der Fläche sowie Steuererleichterungen. 2005/06 sind in Boston verschiedene Steuerinstrumente diskutiert worden. Jedes Instrument der Steuererleichterung baute auf der Idee auf, dass reduzierte Steuereinnahmen in der Anfangszeit durch die zukünftigen höheren Steuereinnahmen infolge von neuen Gebäuden und Arbeitsplätzen – und damit zusätzlichen Grund- und Einkommenssteuern – kompensiert werden würden. Auf diese Erwartung zukünftig höherer Einnahmen gibt die Stadt bzw. der Staat Bonds aus, um damit die grundlegende Infrastruktur in der South Boston Waterfront zu finanzieren (The Boston Globe 6.5.2005 „City looks at new tool to speed up growth“; The Boston Globe 17.2.2006 „Mayor: Let state fund Fort Point infrastructure“). Während das Instrument, das Bonds an die Erwartung zusätzlicher Arbeitsplätze bindet, um neue Infrastruktur zu finanzieren, noch in der Diskussion ist, ist das so genannte „District Increment Financing“ bereits im Einsatz. Dieses erlaubt dem lokalen Staat, fiktive zukünftige Grundsteuereinnahmen dazu zu verwenden, Bonds auszugeben. Damit einhergehend werden Steuererleichterungen gewährt, um eine bauliche Aufwertung oder eine Standortverlagerung (wie im Falle von JPMorgan Chase, vgl. The Boston Globe 30.4.2008 „City offers band \$4m tax break to relocate. From downtown, a move to waterfront“) attraktiv zu machen. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie, dass dieses Instrument, das für die Aufwertung sozioökonomisch und städtebaulich problematischer Gebiete („blighted areas“) vorgesehen war, nun in der South Boston Waterfront als einem der attrak-

tivsten und teuersten Standorte an der US-amerikanischen Ostküste zur Anwendung kommen soll. Rachel Weber (2002, S. 187ff.) bemerkt, dass US-Städte District Increment Financing vor allem genutzt hätten „for large-scale downtown redevelopment projects and in gentrifying neighborhoods, bypassing the slow-turnover parts of the cities where there is little hope of generating additional property taxes“. Die Begründung für den Einsatz in aussichtsreichen Gebieten ist, dass eine Win-win-Situation hergestellt wird: Für die öffentliche Hand gehen kurzfristige Steuerausfälle mit hohen, durch Bonds finanzierten Erschließungskosten einher, die durch langfristig höhere Steuereinnahmen ausgeglichen werden sollen; für die privaten Immobilienakteure soll die Steuerersparnis als eine Entscheidungshilfe wirken, da dadurch die Projektkosten reduziert werden können und damit eine schnellere Projektumsetzung begünstigt werden soll. Mit dem Instrument District Increment Financing sind Städte bei öffentlichen Investitionen in hohem Maße auf den Finanzmarkt und in der Immobilienentwicklung auf privates Beteiligungskapital angewiesen. Dies beinhaltet eine stark spekulative Entwicklung.⁸ Ein zusätzliches Problem ist, dass die Bonds ausschließlich im jeweiligen Entwicklungsgebiet eingesetzt werden und damit eine potenziell räumlich umverteilende Funktion von Steuern konterkariert.

Aus der Darstellung sollte jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass im Falle der South Boston Waterfront, wo sich der Boden überwiegend im Privatbesitz befindet, der Stadtplanung die Hände gebunden sind. Die Zustimmung der Grundstückseigentümer zu einer Planung ist keine Voraussetzung, um „Zoning“ anzuwenden bzw. einen

7 Der Chefplaner betonte in einer öffentlichen Anhörung im Juli 2005, dass nicht die Bewohner die entscheidenden Akteure seien, sondern die Grundstückseigentümer. Ob die Bewohner den Master Plan akzeptieren oder ablehnen würden, sei nicht wichtig. Wichtig sei vielmehr, dass es zu einer Übereinkunft zwischen den Grundstückseigentümern und der BRA käme, damit die Projekte realisiert werden könnten.

8 In diesem Sinne impliziert urbane Governance der unternehmerischen Stadt spekulative Risiken: "Despite the bull market, however, several TIF [tax increment financing – ein alternativer Begriff für District Increment Financing, S.H.] bonds defaulted in the 1990s, and for every default, there were a hundred close calls that strained the contract state's capacity for fiscal management." (WEBER 2002, 189)

Masterplan zu entwickeln, der Höhe, Nutzungen und andere Dimensionen wie Infrastrukturausstattung und Freiflächen festlegt. Der BRA obliegt die Kompetenz, Regeln und Vorgehensweisen zu entwickeln und sie Grundstücksbesitzern, Bewohnern und anderen Akteuren aufzuerlegen. Damit besteht allerdings die Gefahr, dass in Phasen von geringer Nachfrage auf dem Immobilienmarkt Grundstücksbesitzer bzw. Investoren ihre Immobilien nicht entwickeln bzw. Projekte nicht umsetzen. Aus der Perspektive der BRA bzw. des lokalen Staates stellt dies den „worst case“ dar: Wenn ein Gebiet nicht entwickelt wird, kann es nicht zur Wachstumsdynamik und zu zusätzlichen Steuereinnahmen beitragen.

Aus dieser Analyse ergibt sich die Frage nach der Rolle der Planung und der Bedeutung des lokalen Staates im Kontext von property-led development und sozialer Reproduktion. Was ist der Vorteil dieser Art und Weise der Stadtplanung?

5. Ausblick: Rolle der Stadtpolitik

Nach Einschätzung wichtiger Akteure in der Entwicklung der South Boston Waterfront – der Nachbarschaftsorganisation SAND, Grundstückseigentümer, Projektentwickler und Stadtplaner – ist die Aufgabe und Rolle der Planung unzweifelhaft: Sie wird in der Vermittlung zwischen verschiedenen mächtigen Akteuren gesehen. Die Einschätzung variiert jedoch dahingehend, inwieweit die Stadtplanung in Boston in der organisatorischen Form der BRA dieser Aufgabe gerecht wird. Projektentwickler betonen die objektive und vermittelnde Rolle, während die Nachbarschaftsorganisation hervorhebt, dass die BRA vor allem den Interessen der Grundstückseigentümer und Immobilienindustrie nachkomme. In der Schlussbetrachtung soll dieser kontrastierenden Einschätzung der

Stadtplanung als ausgleichendem, abhängigem und/oder interessengeleitetem Faktor nachgegangen werden. Wie ist die Rolle der Stadtplanung zu konzeptionalisieren, und was ist die Bedeutung von property-led development in diesem Kontext? David Harvey (1985, S. 165ff.) betont die Autonomie lokaler Politik sowie progressive Traditionslinien in der Stadtplanung; zugleich hebt er die kapitalistische Gesellschaftsordnung als den Rahmen hervor, in dem lokale Politik eingebunden ist und funktionieren muss (vgl. auch MacLaran u. McGuirk 2003). Diese kapitalistische Gesellschaftsordnung begrenzt nach Ansicht von Harvey die potenzielle Autonomie und Progressivität der Stadtplanung. Seine Analyse ermöglicht einen Einblick in die Rolle der Planung.

Harvey argumentiert, dass jede Stadt(region) die Autonomie besitzt, einen eigenen Entwicklungsweg einzuschlagen. Jedoch muss sich dieser Weg als kontingent erweisen zum Prozess kapitalistischer Akkumulation und zur Zirkulation von Profiten in Raum und Zeit (Harvey 1985, S. 158). Lokale Politik steht in diesem Sinne vor der Herausforderung, Investitionen und gebaute Umwelt so zu gestalten, dass eine Reproduktion wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten in einer Stadt gewährleistet ist. Die Aufgabe der Stadtplanung besteht demzufolge darin, die notwendige physische Infrastruktur für Produktion, Reproduktion, Zirkulation, Austausch und Konsumption zu sichern.

In diesem Sinne kann Planung sowohl progressiv als auch konservativ, sowohl ermöglichend als auch einschränkend wirken – die konkrete Ausprägung und Wirkung einer Planung hängt von zeit- und raumspezifischen Dynamiken des Akkumulationsprozesses ab. In Zeiten wirtschaftlicher Prosperität kann Planung zu einem sozialräumlichen Ausgleich beitragen, indem infrastrukturelle Bedingungen bzw. die gebaute Umwelt in benachteiligten Stadtteilen verbessert werden. In Zeiten

der Krise würden Planer jedoch eine Ökonomisierung der Planung vorantreiben (Harvey 1985, S. 180f.) In diesem Sinne gibt es keinen Raum jenseits der kapitalistischen Ordnung. Stadtplanung muss in einem begrenzten Korridor von Möglichkeiten funktionieren, der durch die kapitalistische Akkumulation gesetzt wird und sowohl ermöglichend als auch einschränkend wirkt. Ähnliche Ergebnisse und Einblicke bietet die urbane Regimetheorie, allerdings von einem anderen Ausgangspunkt aus: Der Schwerpunkt liegt hier auf politischen Aushandlungen anstelle von wirtschaftlichen Bedingungen als wichtigen Koordinaten der Stadtplanung. In der Regimetheorie steht die Autonomie lokaler Politik in einem engen Bedingungsverhältnis zu politischen Prozessen. Es wird angenommen, „that the effectiveness of local government depends greatly on the cooperation of nongovernmental actors and on the combination of state capacity with nongovernmental resources.“ (Stone 1993, S. 6) In diesem Sinne ist die Autonomie des lokalen Staates bzw. der lokalen Regierung relativ, da Stadtentwicklung die Zusammenarbeit städtischer Eliten aus dem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereich voraussetzt. Ohne deren erfolgreiche Kombination von Ressourcen kann Stadtentwicklung – insbesondere spezifische Immobilienprojekte – kaum kohärent gestaltet werden, da einzelne Akteure zentrale Besitzstände kontrollieren. Akteure wie Grundstückseigentümer oder Investoren verfügen über essentielle Ressourcen – in diesem Fall Boden und Kapital, und nur wenn städtische Verantwortliche eine Übereinkunft mit ihnen erzielen können, kann ein Projekt bzw. Programm umgesetzt werden. Nach Feinstein (1990, S. 123) genießen politische Kräfte einer Stadt eine beträchtliche Autonomie, jedoch sei die

politische Agenda und damit der städtische Entwicklungsprozess eng an die Ökonomie bzw. Unternehmen gebunden. Es sind Unternehmen, die Arbeitsplätze, Werte und Einkommen schaffen; als solche sind sie von höchster Wichtigkeit für die politische Agenda. Obwohl Stadtpolitik keinen vorgegebenen Mustern folgt, muss sie sich in eine wirtschaftliche Logik fügen.

In diesem Verständnis kann der lokale Staat und Stadtplanung nicht als eine Vermittlung zwischen gegensätzlichen Interessen begriffen werden. Vielmehr stellt der lokale Staat eine beteiligte Partei mit einem Set an kontingenten Interessen dar. Wie die Debatte über unternehmerische Stadtpolitik hervorgehoben hat, geht Stadtpolitik in der Ära von Städtewettbewerb mit einer diskursiven Betonung einer Aktivierung und Mobilisierung privater Akteure und privaten Kapitals einher. Es wird davon ausgegangen, dass lokale Wirtschaftsentwicklung und Großprojekte auf property-led development, d.h. eine Form der quasi-privaten Stadtplanung in der Form von PPPs angewiesen sind. In der Außendarstellung, aber auch in der Selbstwahrnehmung von Beschäftigten, ist die BRA die am stärksten wirtschaftsnahe Unternehmung der Stadt Boston. Verhandlungen sollen auf Augenhöhe mit den immobilienwirtschaftlichen Akteuren laufen; hierzu sollen die für einzelne Projekte zuständigen Beschäftigten der BRA die gleiche (Immobilien-)Sprache sprechen wie die Projektentwickler. Damit soll ein günstiges Wirtschafts- und Verhandlungsklima geschaffen werden. Die Direktoren der BRA stammen überwiegend aus der Immobilienwirtschaft: Sie waren vorher als Projektentwickler, Immobilienberater, in der Bauindustrie etc. tätig⁹. Damit wird erwartet, dass sie über ein immobilienwirtschaftliches Wissen verfügen und

9 Nachdem sie ihre Tätigkeit in der BRA aufgegeben haben, sind sie in der Regel wieder auf Positionen in der Immobilienwirtschaft zurückgekehrt.

als gleichberechtigte Akteure akzeptiert werden. In diesem Sinne wird in der Stadtplanung die Logik der privaten immobilienwirtschaftlichen Akteure akzeptiert.

Einzelne umkämpfte Planungsaspekte in der South Boston Waterfront haben gezeigt, dass im Rahmen von property-led development eine kleine Gruppe von Grundstückseigentümern die Macht erhält, weitgehend darüber zu entscheiden, ob, was und wie gebaut wird. Grundstückseigentümer und Projektentwickler haben die Macht, die Planung entsprechend ihren Interessen zu beeinflussen. Die jüngsten Entwicklungen im 100-Acres-Gebiet haben gezeigt, dass Bemühungen, Bewohnerinteressen in die Planung einzubeziehen, so gestaltet werden, dass sie nicht die wirtschaftlichen Interessen der Projektentwickler beeinträchtigen (vgl. auch Jacobs 2004 für ein britisches Beispiel). Stadtplanung beinhaltet die Macht, verschiedene Akteure zu koordinieren, aber dies baut auf der Voraussetzung auf, dass die Präferenzen der wichtigsten Akteure, nämlich der Grundstückseigentümer, nicht beeinträchtigt werden.

Wenn aber die Strategie des property-led development von Marktzyklen und Interessen der Immobilienakteure abhängig und aus diesen Gründen schwierig umzusetzen ist, was sind dann die Vorteile bzw. warum wird diese Strategie angewendet? Turok (1992) argumentiert, dass positive Effekte schwierig zu evaluieren sind. Seiner Meinung nach ist nicht nachweisbar, dass sich aus property-led development stadtweite sozioökonomische Vorteile ergeben. Die potenziellen Vorteile haben vielmehr einen anderen Charakter: Property-led development birgt die Möglichkeit, die Kooperation privater Akteure zu befördern und gestalterisch tätig zu werden. Die Qualitäten bestehen in der Materialität, Praktikabilität und Machbarkeit dieser Strategie. Dies beinhaltet, dass diese Strategie sich in die Logik des lokalpolitischen Prozesses einfügt.

Materialität bedeutet, dass mit Immobilienprojekten – insbesondere in der Form von Großprojekten – Wahrzeichen geschaffen werden können. Innovative Architektur schafft materielle Ergebnisse, die als städtische Landmarks wirken können. Wenn diese Landmarks mit politischen Persönlichkeiten verbunden werden, dann können sie dazu eingesetzt werden, den Einfluss des Politikers oder der Politikerin zu stärken. In diesem Sinne kann property-led development mit sichtbaren Ergebnissen für die Wähler, emotional besetzten Repräsentationen für Bewohner und einem international ausgeprägten Profil einhergehen. Darüber hinaus ermöglichen städtische Entwicklungsprojekte Praktikabilität: Grundsätzlich eröffnen Immobilienprojekte die Möglichkeit, praktisch sichtbare Resultate zu schaffen und lokale Präferenzen zu gestalten. Mit Stadtplanung verfügen lokale Staaten über eine Werkzeugkiste, um den städtischen Standort für zukünftige Projekte zu gestalten. Property-led development erlaubt also Machbarkeit. Städtische Entwicklungsprojekte sind ein Ausdruck für tatkräftige Politik, d.h. damit kann belegt werden, dass auf lokaler Ebene etwas bewegt und Resultate geschaffen werden. Technologie-, Arbeitsmarkt- oder Geldpolitik werden überwiegend auf anderen politischen Maßstabsebenen gestaltet. Um eine Technologiepolitik formulieren und umsetzen zu können, sind große Kapitalsummen notwendig, über die Städte in der Regel nicht verfügen. Auf der lokalen Ebene ist es jedoch möglich, über Flächennutzungs-, Bau- und andere Planwerke auf die gebaute Umwelt Einfluss zu nehmen. In diesem Sinne bietet property-led development den Vorteil, auf der lokalen Ebene anwendbar zu sein und mit Ressourcen – zum Beispiel Boden – zu agieren, die eine lokale Qualität haben. Entwicklungsprojekte sind sehr „lokal“ in dem Sinne, dass projekt-/standortbezogene Übereinkünfte zwischen Stadtplanern und Immobilienakteuren lokal

zustande kommen. Im Unterschied zu vielen Politikfeldern ist Stadtplanungs- und Baupolitik ein genuin lokales Politikfeld und somit ein strategischer Hebel städtischer Wirtschaftspolitik. In dem Maße, in dem andere Gestaltungsmöglichkeiten verloren gehen bzw. nicht bestehen, aber gleichzeitig drängende Problemlagen zunehmen, scheint property-led development einen Ausweg anzubieten.

Unabhängig davon, dass property-led development aber im Rahmen einer kapitalistisch vermittelten Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung die Position der Eigentümer stärkt, ist noch ein weiteres Problem damit verbunden, das weiterer Untersuchungen bedarf. Property-led development scheint ein Politikansatz zu sein, der überwiegend in innerstädtischen Standorten Wirkung zeigt. Dort greift eine starke Nachfrage aufgrund des Wandels von Lebensstilen sowie einer veränderten Wertschätzung von Wohnstandorten. Insofern ist property-led development mit dem Makel räumlicher Restriktionen belegt: Dieser Ansatz zur Wirtschaftsförderung wird überwiegend in innerstädtischen Standorten greifen, wo gut verdienende Haushalte und Dienstleistungsunternehmen eine starke Nachfrage entfalten. Peripherere Standorte – in Bezug auf die räumliche Lage sowie soziale Situation – als jene Stadtteile, die besondere Unterstützung benötigen, drohen damit, aus der planerischen Aufmerksamkeit zu geraten.

Literatur

Adrian, H. (1998): Wer gestaltet die Stadt? In: Sauberzweig, D.; Laitenberger, W. (Hg.): Stadt der Zukunft – Zukunft der Stadt. Baden-Baden, S. 251 – 266.

BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2005): Neue Impulse für die Forschung. In: Informationen aus der Forschung des BBR 6, 1.

Bianchini, F.; Dawson, J.; Evans, R.; Healey, P.; Davoudi, S.; O'toole, M. (1992): Flagship projects in urban regeneration. In: Healey, P.; Davoudi, S.; O'toole, M.; Tavsanoglu, S.; Usher, D. (HG.): Rebuilding the city. London.

Bleitgen, C. (2009): Stadtmarketing und Gentrification am Beispiel von drei Nachbarschaften in Boston (USA). Diplomarbeit am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt. Frankfurt: Goethe-University, 2009.

BMRB (Boston Municipal Research Bureau) (2005): Special Report 04-4. Boston.

Boyle, M.; Hughes, G. (1994): The politics of urban entrepreneurialism in Glasgow. In: Geoforum 25, S. 453 – 470.

BRA (Boston Redevelopment Authority) (1999): The seaport public realm plan. Boston.

Castells, M. (1977): The urban question: a marxist approach. London. – (2001): Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen.

Chapman, J.; Facer, R. L. (2005): Connection between economic development and land taxation. In: *Land Lines*. Newsletter of the Lincoln Institute of Land Policy 4, S. 6–8.

De Frantz, M. (2005): From cultural regeneration to discursive governance: constructing the flagship of the „Museumsquartier Vienna“ as a plural symbol of change. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29 (1), S. 50–66.

Deakin, N.; Edwards, J. (1993): *The enterprise culture and the inner city*. London.

Desfor, G.; Jorgensen, J. (2004): Flexible urban governance. The case of Copenhagen's recent waterfront development. In: *European Planning Studies* 12 (4), S. 479–496.

Fainstein, S. (1990): Economics, politics, and development policy. In: Logan, J. R.; Swanstrom, T. (Hg.): *Beyond the city limits*. Philadelphia. – (2001): *The city builders*. Property development in New York and London, 1980–2000. Oxford.

Hall, T.; Hubbard, P. (1996): The entrepreneurial city: new urban politics, new urban geographies? In: *Progress in Human Geography* 20 (2), S. 153–174.

Harvey, D. (1985): *Urbanization of capital*. Oxford. – (1989): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. In: *Geografiska Annaler B* 71 (1), S. 3–18.

Healey, P.; Davoudi, S.; O'toole, M.; Tavsanoğlu, S.; Usher, D. (Hg.) (1992): *Rebuilding the city: property-led urban regeneration*. London.

Heeg, S. (2003): Städtische Flächenentwicklung vor dem Hintergrund von Veränderungen in der Immobilienwirtschaft. In: *Raumforschung und Raumordnung* 5, S. 334–344.

Heeg, S. (2008): Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld: transcript

Hubbard, P. (1996): Urban design and city regeneration: social representations of entrepreneurial landscapes. In: *Urban Studies* 33 (8), S. 1441–1461.

Jacobs, K. (2004): Waterfront redevelopment: a critical discourse analysis of the policy-making process within the Chatham Maritime Project. In: *Urban Studies* 41 (4), S. 817–832.

Jessop, B. (1997b): Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, S. u. Sablowski, T. (Hg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*. Hamburg, S. 50–95.

Knox, P. (1995): World cities and the organization of global space. In: Johnston, R. J.; Taylor, P. J.; Watts, M. J. (Hg.): *Geographies of global change. Remapping the world in the late twentieth Century*. Cambridge, Oxford, S. 232–247.

Lowe, M. (2005): The regional shopping centre in the inner city: a study of retail-led urban regeneration. In: *Urban Studies* 42 (3), S. 449–470.

Maclaran, A.; McGuirk, P. (2003): Planning the city. In: Maclaran, A. (Hg.): *Making space. Property development and urban planning*. London, S. 63–94.

Mayer, M. (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst, R.; Krätke, S.; Mayer, M.; Roth, R.; Schmoll, F. (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte*. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel, S. 190–208.

McGuirk, P.; Maclaran, A. (2001): Changing approaches to urban planning in an 'entrepreneurial city': the case of Dublin. In: *European Planning Studies* 9 (4), S. 437–457.

Newman, P.; Thomley, A. (1996): *Urban planning in Europe*. London.

Perez, Y.; Avault, J.; Vrabel, J. (2003): Commercial land use in Boston. In: BRA (Hg.): *Report 590*. Boston.

SAND (Seaport Alliance For A Neighborhood Design) (2005a):

www.bostonseaport.com/SAND/Archive/050128housing.html (September 2005).

– (2008a): Update: 3/13/08: SAND Commentary. www.seaportalliance.org/SAND/Archive/071023comment.html (Oktober 2008)

– (2008b): Letter to BRA, April 10, 2008. www.seaportalliance.org/SAND/Archive/080411archon-PNF.html (Oktober 2008)

Sassen, S. (1996): *Metropolen des Weltmarktes: Die neue Rolle der Global Cities*. Frankfurt a.M., New York.

Solesbury, W. (1990): Property development and urban regeneration. In: Healey, P.; Nabarro, R. (Hg.): *Land and property-development*. Aldershot, S. 186–195.

Stone, C. N. (1993): Urban regimes and the capacity to govern. In: *Journal of urban affairs* 15 (1), S. 1–28.

Swyngedouw, E. (1992): The mammon quest: 'glocalisation', interspatial competition and the monetary order: the construction of new scales. In: Dunford, M.; Kafkalas, G. (Hg.): *Cities and regions in the New Europe. The global-local interplay and spatial development strategies*. London.

Swyngedouw, E.; Mouleart, F.; Rodriguez, A. (2002): Neoliberal urbanization in Europe. In: Brenner, N.; Theodore, N. (Hg.): *Spaces of neoliberalism*. Malden, S. 195–229.

Taylor, P. (2004): *World city network: a global urban analysis*. London.

Turok, I. (1992): Property-led regeneration: panacea or placebo? In: *Environment and Planning A* 24, S. 361–379.

Weber, R. (2002): Extracting value from the city: neoliberalism and urban redevelopment. In: Brenner, N.; Theodore, N. (Hg.): *Spaces of neoliberalism*. Urban restructuring in North America and Western Europe. Malden, S. 172–193.

Zukin, S. (1993): *Landscapes of power: from Detroit to Disney World*. Berkeley.

Rolf Junker und Gerd Kühn

Einkaufszentrum und Innenstädte - Trends, Auswirkungen, Handlungsempfehlungen

Die Aktivitäten im Einzelhandel sind für die Stadtentwicklung seit langer Zeit von herausragender Bedeutung. Aktuell werden zentrale Stadträume – Innenstädte und Stadtteilzentren – wieder zum Austragungsort neuer Ansiedlungsbegehren des Einzelhandels. Aber über die Wirkungszusammenhänge zwischen innerstädtischen Einkaufszentren und Stadtentwicklung gibt es trotz guter statistischer Daten wenig verlässliche Information. Deshalb soll das im Jahr 2008 abgeschlossene Projekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“¹ einen Beitrag zur Klärung liefern. Im Folgenden wird über die Ergebnisse des Projekts berichtet.

1. Entwicklungsprozesse beim Einzelhandel und die Folgen für die Städte

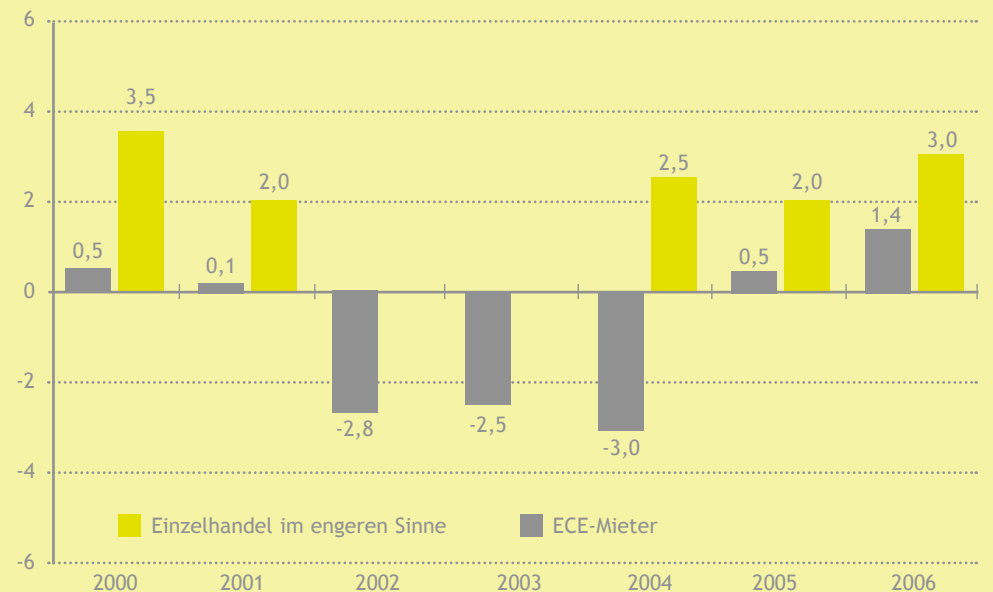
Der Einzelhandel unterliegt einer Reihe von Veränderungszwängen, die auch unmittelbare Folgen für

die Innenstadtentwicklung haben. Die nachstehend kurz skizzierten Prozesse geben die wichtigsten Einflüsse dieser Entwicklung wider:

- Der Wandel in den Betriebsformen geht weiter. Besonders auffallend dabei ist, dass ehemals das Geschehen dominierende Betriebsformen mit in Teilen kaum lösbaren Schwierigkeiten zu tun haben, während andere sich erfolgreich am Markt behaupten können: Derzeit unübersehbar die katastrophale Situation bei den Warenhäusern – sie kämpfen vielerorts um ihr Überleben. Gleichzeitig geben nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe im Einzelhandel (BAG) Jahr für Jahr ungefähr 10.000 kleinere Fachhändler ihren Laden auf. Im scharfen Kontrast zu diesen Trends stehen Entwicklungsverläufe bei den Einkaufszentren oder – wie sie auch häufig bezeichnet werden – Shopping-Centern². Spätestens seit den 1990er Jahren sind die Erfolge dieser Betriebsform geradezu sprichwörtlich.

Abb. 1: Umsatzentwicklung im gesamten Einzelhandel und in der ECE-Gruppe 2000 - 2006

(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)



Quelle: <http://www.ece.de/shopping/einzelhandelskompetenz/sonderkonjunktur>, Abruf am 16.2.2008.

- Das Wachstum der einzelnen Verkaufseinheiten hat zumindest in den Innenstädten noch keine Obergrenze erreicht. Die Anforderungen an Breite und Tiefe des Sortiments sowie an die Qualität der Präsentation sind in den vergangenen Jahren ständig gestiegen. Letztlich führen diese Trends zu wachsenden Flächenansprüchen der Betreiber, denen die Gebäudegrößen und -strukturen in den langfristig gewachsenen alten Stadträumen kaum noch entsprechen.
- Bei der Standortwahl von Betrieben, der dritten „Triebfeder“ für Veränderungen, ist Folgendes zu beobachten: Dominierten Ansiedlungen auf der „Grünen Wiese“ jahrzehntelang das Ge-

schehen, weil dezentrale, verkehrlich bestens erschlossene Lagen sowohl bei Entwicklern und Betreibern als auch bei der autoorientierten mobilen Kundschaft besonders begehrt waren, hat sich die Ansiedlungswelle – auch aus genehmigungsrechtlichen Gründen – seit einiger Zeit dort abgeschwächt. Seit etwa einer Dekade wird wieder verstärkt in Innenstädte und in die Stadtteilzentren von Großstädten investiert. Dabei ist wiederum die Vorreiterrolle der Einkaufszentren nicht zu übersehen.

Vor diesem Hintergrund stehen Einkaufszentren beziehungsweise Shopping-Center und deren Auswirkungen in den Städten wegen ihres seit

¹ Unter demselben Titel erschienen als Band 7 der Difu-Schriftenreihe Edition Difu. Stadt Forschung Praxis, Berlin 2008. Das Projekt entstand als „Gemeinschaftsproduktion“ des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin, des Planungsbüros Junker und Kruse Stadtforschung/Planung, Dortmund sowie des Braunschweiger Architekten und Bauhistorikers Dr. Holger Pump-Uhlmann.
² „Shopping-Center sind aufgrund zentraler Planung errichtete großflächige Versorgungseinrichtungen, die kurz-, mittel- und langfristigen Bedarf decken ... Sie verfügen über eine Mietfläche inklusive Nebenfläche von mindestens 10.000 m².“ (EHI Retail Institute GmbH [Hrsg.] [2006]: Shopping-Center-Report 2006, Köln, S. V.4)

Jahren anhaltenden starken Vordringens in Deutschland gegenwärtig im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Dabei gehen die Meinungen über die Chancen und Risiken einer Centeransiedlung je nach Blickwinkel und Zielrichtung sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Fachwelt weit auseinander. Dabei ist die Auseinandersetzung mit dem Thema „Center in the City“ aus stadtplanerischer Sicht deshalb so bedeutungsvoll, weil die Ausbreitung der Einkaufszentren nicht nur die Einzelhandelslandschaft verändert, sondern – wegen ihrer Stärke – auch die Struktur der Innenstädte insgesamt.

Wie Abbildung 1 zeigt, sind Einkaufszentren offensichtlich erfolgreicher als der traditionelle Handel: Während zum Beispiel die ECE-Gruppe, der Marktführer im deutschen Centergeschäft, in den letzten Jahren relativ hohe Umsatzsteigerungen meldet, schneidet der traditionelle Einzelhandel im gleichen Zeitraum deutlich schlechter ab.

Die Situation bei den Einkaufszentren insgesamt lässt sich kurz so beschreiben: Anfang 2009 gab es in Deutschland 414 großflächige Einkaufszentren mit einer Gesamtmietfläche von ungefähr 13 Mio. m². Darüber hinaus ist bekannt, dass in den nächsten drei Jahren etwa 50 Center hinzukommen werden. Die Größe der in jüngster Zeit fertig gestellten innerstädtischen Einkaufszentren (gemessen an den Mietflächen) bewegt sich auf einer beträchtlichen Bandbreite. An der unteren Grenze, also im Bereich von 10.000 m² Mietfläche, liegt zum Beispiel das Haerder-Center in Lübeck. Das Forum Duisburg hingegen ist mit 50.000 m² Gesamtmietfläche die größte im Jahr 2008 eröffnete Handelsimmobilie³.

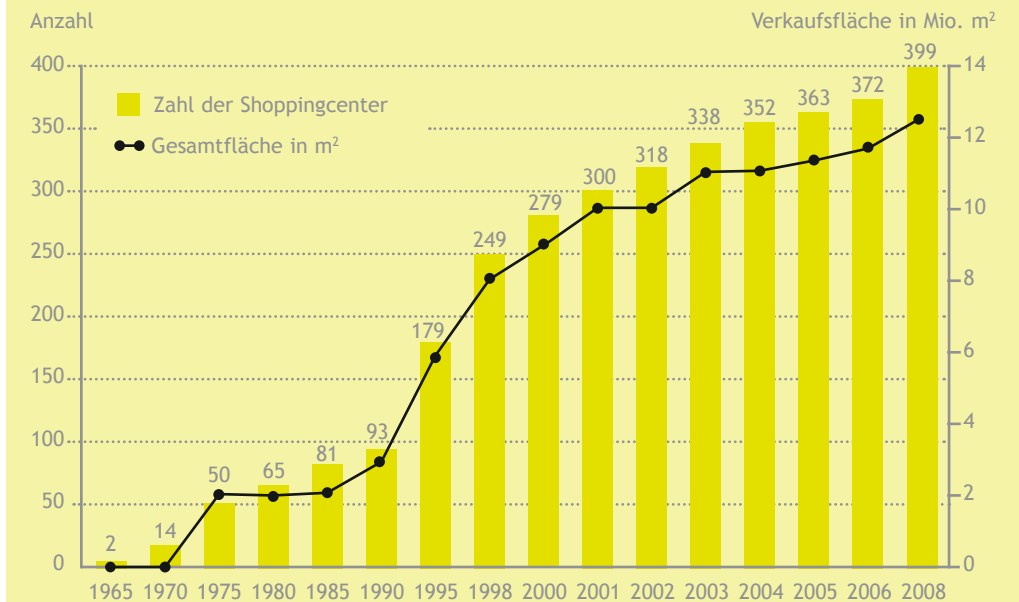
Seit Mitte der 1990er Jahre wird zudem verstärkt der Standort Innenstadt gesucht, weil, wie schon angesprochen, die Genehmigungsvorbehalte bei

„Grüne-Wiese-Standorten“ größer sind und weil zudem auch ein innerstädtischer Centertypus geschaffen wird, der die „natürliche Frequenz“ der Innenstadt gerne nutzt. Inzwischen gibt es fast 200 Shopping-Center in den Innenstädten. Die Mieterstrukturen in den Anlagen unterscheiden sich – gliedert man nach Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen – kaum voneinander. Der Einzelhandel ist mit einem Mietflächenanteil von generell über 80 Prozent, zum Teil sogar über 90 Prozent, der die Center dominierende Nutzer. Die Wettbewerbsvorteile großer Center liegen auf der Hand: Durch ihre Größe und durch ihre Möglichkeiten, über ein einheitliches Management Miethöhen, Branchenmix und Marketing ausgerichtet an einem gemeinsamen Unternehmensziel zu steuern, sind sie vielen Einzelkonkurrenten überlegen.

Die in Abbildung 2 abzulesenden Verkaufszuwächse bei den Einkaufszentren sind trotz der allgemein ungünstigen ökonomischen Rahmenbedingungen entstanden – die Umsätze im Einzelhandel stagnieren und die Kaufkraft, insbesondere als Folge der negativen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, sinkt. Zudem ist die Verkaufszuwächsausstattung insgesamt heute in Deutschland als Folge einer rasanten Aufwärtsentwicklung bei verschiedenen Betriebsformen in der jüngeren Vergangenheit sehr hoch (vgl. Abbildung 3).

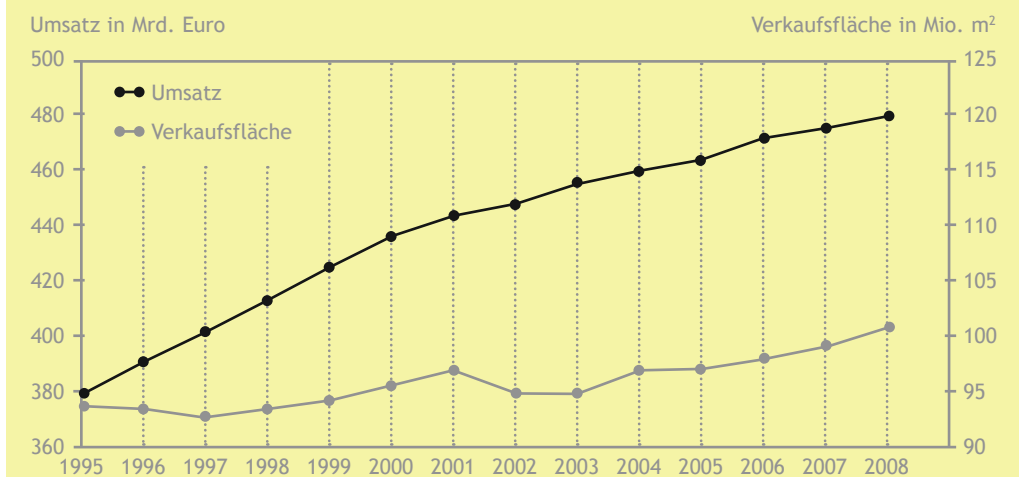
All dies muss zumindest mittel- bis langfristig zwangsläufig zu einem massiven Verdrängungswettbewerb führen. Wegen der in Centern angebotenen innenstadtrelevanten Sortimente werden von dieser Verdrängung unmittelbar der Einzelhandel in den Innenstädten und Stadtteilzentren betroffen sein. Die Hoffnung, mehr Kaufkraftzufluss aus dem Umland der Städte zu gewinnen, könnte sich vor dem Hintergrund der zunehmenden räum-

Abb. 2: Entwicklung der Zahl der Einkaufszentren und deren Verkaufsflächen in Deutschland 1965 bis 2008



Quelle: Eigene Darstellung nach EHI Retail Institute GmbH (Hrsg.) (2008): Shopping-Center-Report 2009, Köln.

Abb. 3: Entwicklung von Verkaufsflächen und Umsätzen des Einzelhandels in Deutschland 1995 bis 2008



Quelle: Eigene Darstellung nach Eurohandelsinstitut: Handel aktuell 2008/2009, Köln 2008, S. 184 f.

3 EHI Retail Institute GmbH [Hrsg.] [2008]: Shopping-Center-Report 2009, Köln, S. 36.

lichen Centerdichte als sehr trügerisch erweisen. Für die Kommunen sind diese Entwicklungen hin zu immer mehr Einkaufszentren also ambivalent: Auf der einen Seite waren Veränderungen stets das Markenzeichen prosperierender Innenstädte und natürlich werden durch Investitionen die Kraft und die ökonomische Leistungsfähigkeit des Standortes Innenstadt grundsätzlich gestärkt. Auch haben viele Innenstädte sicherlich einen Impuls nötig. Andererseits können die neuen Einzelhandelsstrukturen nicht ohne Weiteres in die bestehenden innerstädtischen Einzelhandels- und Baustrukturen eingefügt werden. Oft sind gravierende bauliche Eingriffe notwendig, um sie zu realisieren, und räumliche und ökonomische Brüche deren Folge. An dieser Stelle ist als Zwischenfazit festzuhalten: Einkaufszentren sind aus Sicht der Entwickler und Betreiber zu einem Erfolgsmodell der Immobilien- und Einzelhandelsentwicklung geworden. Die meisten dieser großen Verkaufseinrichtungen sorgen für gute Renditen, denn sie arbeiten nicht zuletzt aufgrund eines straffen Centermanagements wesentlich professioneller als die Einzelbetreiber, bei denen Grundeigentümer und Einzelhändler unterschiedliche Ziele verfolgen und die es meist nicht schaffen, einen schlagkräftigen Standortverbund aufzubauen. Für die Ansiedlungskommunen besteht deshalb die Chance, die Anziehungskraft und damit die Kaufkraftbindung im Einzelhandel zu erhöhen und den Kunden aus Stadt und Region ein besseres Angebot zu bieten; dies nützt zunächst einmal auch den bestehenden Einkaufszentren.

Allerdings – so ist gerade in den vergangenen Jahren deutlich geworden – treten diese positiven Wirkungen nicht immer, nicht in allen Standortlagen und schon gar nicht von selbst ein. Bei

einem Blick in die Städte deutet einiges darauf hin, dass den Innenstädten und Stadtteilzentren durch ein zu massives und vorbehaltlos hingenommenes Vordringen zu großer, stereotyp angelegter und suboptimal verorteter Einkaufszentren nachhaltig geschadet werden kann. Dadurch wird die Stellung der Innenstädte als ideale Mitte europäischer Städte gefährdet, des Weiteren werden möglicherweise die Bemühungen des Bundes und der Länder konterkariert, die Innenstädte durch den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln und die Entwicklung neuer Programme⁴ zu stärken und attraktiver zu machen. All das bedeutet letztlich, die Zukunft vieler Innenstädte kann auf dem Spiel stehen.

Für Städte, die sich mit dem Themen- bzw. Aufgabenfeld „Ansiedlung eines großen Einkaufszentrums“ auseinandersetzen, ist es deshalb bedauerlich und darüber hinaus mit Blick auf ein allgemeines Erkenntnisinteresse bemerkenswert, dass es bisher nur wenige gesicherte Ex-post-Betrachtungen zu den Wirkungen solcher Verkaufsanlagen auf die Städte gibt. Die Planungspraxis befindet sich in einer paradoxen Situation: Zwar liegen mannigfaltige Daten und Fakten vor, indes kann mit ihnen die entscheidende Frage, welche Größe, Lage und Form und welche Branchenzusammensetzung eines Centers der Stadt dient und wodurch eher nachteilige Wirkungen zu erwarten sind, heute nicht schlüssig beantwortet werden; Ansiedlungsentscheidungen müssen auf der Basis von häufig stark umstrittenen, meist nur absatzwirtschaftliche Aspekte berücksichtigenden Verträglichkeitsprognosen getroffen werden. Deshalb besteht angesichts der bisherigen Erfahrungen, aber gerade auch in Erwartung weiterer Centeransiedlungen in Innenstädten und Stadtteilzentren Klärungsbedarf

4 Aktuell von besonderer Bedeutung ist das Projekt Nationale Stadtentwicklungspolitik, initiiert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

hinsichtlich der entscheidenden Frage, welche Wirkungen im Hinblick auf ökonomische, räumlich-funktionale und städtebauliche Aspekte von solch großen neuen Handelsimmobilien auf die zentralen Stadträume ausgehen können.

2. Forschungsprojekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“ - Vorgehen, Ergebnisse aus beteiligten niedersächsischen Städten

Angesichts der hier vorgestellten stadtentwicklungspolitischen „Gemengelage“ wird deutlich, dass Städte, die sich mit der Ansiedlung eines großen innerstädtischen Einkaufszentrums beschäftigen, vor außerordentlich schwierigen Entscheidungsprozessen stehen. Unterstützung bei der Entscheidungsfindung erhalten die Rathäuser durch das im Jahr 2008 abgeschlossene Projekt „Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufszentren“⁵.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen mehrere Fragen:

1. Welche Wirkungen gehen von großen Einkaufszentren auf den innerstädtischen Einzelhandel aus?
2. Wie fügen sich diese Handelsimmobilien in die gewachsenen Stadtstrukturen ein?
3. Welche Entwicklungen sind in Innenstädten ohne große Einkaufszentren zu beobachten?

Auf dem Weg einer klassischen Vorher-Nachher-Untersuchung wurden die Auswirkungen in zwölf Kommunen untersucht: Als Auswahlkriterien wurden die großräumliche Lage, die Stadtgröße⁶ und das Einzugsgebiet herangezogen. Ausschlaggebende Merkmale waren bei allen Städten mit einem Einkaufszentrum neben diesen Kriterien die mikroräumliche Lage des Centers in der Innenstadt bzw. in deren Nähe und die Größe des Einkaufszentrums. Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, wurden auch Kommunen ohne Einkaufszentrum in ihrer Innenstadt einbezogen. Um zusätzlich die Integration der Einkaufszentren in die städtebaulichen Strukturen, insbesondere bei historisch gewachsenen Innenstädten, zu prüfen, wurden für vier ausgewählte Städte auch städtebauliche und das Stadtbild prägende Aspekte untersucht⁷. Eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme in die Untersuchung war, dass die Center mindestens zwei Jahre in Betrieb waren. Die nach diesen Kriterien ausgewählten Städte stellen, wie Tabelle 1 zeigt, einen breiten Querschnitt der bundesdeutschen Städtelandschaft dar.

Analysiert wurden zwar hauptsächlich die Auswirkungen auf die Innenstädte, aber der Blick richtet sich auch auf gesamtstädtische Entwicklungen und Folgen für das regionale Umfeld. Grundlagen für die Gewinnung von Ergebnissen waren Primärerhebungen, die Auswertung von Sekundärdaten und Gutachten sowie die Resultate zahlreicher Gespräche in zuständigen Institutionen im Rah-

5 Unter demselben Titel erschienen als Band 7 der Difu-Schriftenreihe Edition Difu. Stadt Forschung Praxis, Berlin 2008. Das Projekt entstand als „Gemeinschaftsproduktion“ des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin, des Planungsbüros Junker und Kruse Stadtforschung/Planung, Dortmund, sowie des Braunschweiger Architekten und Bauhistorikers Dr. Holger Pump-Uhlmann.

6 Berücksichtigt wurden vorrangig kleine Großstädte und Mittelstädte. Kommunen dieser Größenordnung befinden sich gegenwärtig und sicherlich auch künftig im Fokus der Projektentwickler, weil hauptsächlich dort noch Handlungspotenziale für entsprechende Großvorhaben vermutet werden. Bei großen Großstädten mit nicht selten mehreren Einkaufszentren in zentralen Stadtlagen ist es zudem noch schwieriger, eine klare Zuordnung der Wirkungen vorzunehmen.

7 Es handelt sich um die Städte Erfurt, Minden, Schwerin und Siegen.

Tab. 1: In die Untersuchung einbezogene Fallstudienstädte

Lage des Einkaufszentrums in der Stadt			Vergleichsstädte
im Haupt-geschäftsbereich	am Rand des Hauptgeschäftsbereiches	abgesetzter Standort	ohne großes innerstädtisches Einkaufszentrum
Düren	Bocholt	Regensburg	Bremen
Erfurt	Kempten	Schwedt	Mannheim
Hagen	Schwerin		Minden
Osnabrück	Siegen		Potsdam
	Wetzlar		
	Wilhelmshaven		

men der Bereisungen aller beteiligten Kommunen. Die Ergebnisse der Analysen der 16 Fallstudienstädte, darunter mit Osnabrück und Wilhelmshaven auch zwei niedersächsische Kommunen, wurden im Rahmen von Städteprofilen vorgestellt. Den jeweiligen Mittelpunkt der Profile bildet eine Darstellung der städtischen Einzelhandelsstrukturen und des Einkaufszentrums mit den Basisdaten und seiner Entstehungsgeschichte. Durch einen Vorher-Nachher-Vergleich wurden die Auswirkungen des jeweiligen Einkaufszentrums auf den Einzelhandel analysiert.

Im Folgenden werden die Analyseergebnisse der beiden Städte Osnabrück und Wilhelmshaven exemplarisch vorgestellt und eingeordnet⁸. Dabei wird auch der Analysepfad in weiten Teilen ersichtlich.

Osnabrück

Osnabrück liegt im Südwesten von Niedersachsen in der Nähe des Teutoburger Waldes. Als Oberzentrum mit rund 163.000 Einwohnern übernimmt Osnabrück überregionale Versorgungsfunktionen. Die erweiterte Stadtregion verfügt über ein Einwohnerpotenzial von rund 272.000 Personen. In den vergangenen Jahren hatte Osnabrück einen leichten Einwohnerrückgang zu verzeichnen. Die Prognosen bis zum Jahr 2016 sehen einen weiteren Rückgang der Bevölkerung bis auf 150.000 Einwohner voraus⁹. Durch verstärkte Baulandausweisungen und ein aktives Baulückenprogramm will die Stadt Osnabrück dem Abwanderungsprozess ins Umland entgegenwirken.

Einzelhandelsstruktur in Osnabrück

Die Osnabrücker Innenstadt zeichnete sich bereits in der Vergangenheit durch einen attraktiven und vielseitigen Einzelhandelsbesatz aus, gleichzeitig haben jedoch auch Standorte in nicht integrierten Lagen mit großflächigem Einzelhandel an Gewicht gewonnen. Diese Entwicklungen waren für die Stadt Osnabrück Anlass, über zukünftige Einzelhandelsstrukturen und konkrete Entwicklungspotenziale in der Innenstadt, den Stadtteilen und Nahversorgungszentren nachzudenken. Fragen zu den gesamtstädtischen Einzelhandelsstrukturen wurde im Jahr 2001 durch ein Märkte- und Zentrenkonzept nachgegangen. Neben diesem Konzept gab es 2004 Überlegungen zum Stadtentwicklungsprozess in Osnabrück. Ziel des entwickelten Konzeptes war und ist es, gezielt Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine hohe Wohn-, Arbeits- und Lebensqualität in der Stadt Osnabrück sicherstellen.

Die Entwicklung des Einzelhandels in der Osnabrücker Innenstadt stagnierte in den 1990er-Jahren. Die rückläufige Zentralität, die Flächenausweisungen in nicht integrierten Lagen und die starken Konkurrenzstädte Bielefeld und Münster haben diese Problematik weiter verstärkt. Zudem konnte die steigende Nachfrage nach adäquaten Einzelhandelsflächen für expandierende Einzelhandelsbetriebe, insbesondere Filialisten, in Osnabrück nicht befriedigt werden. Eine Stärkung der oberzentralen Funktion stand im Fokus der Innenstadtentwicklung. Zur Realisierung wurde eine Arbeitsgemeinschaft „Einzelhandelssteuerung“ gegründet, die sich aus Vertretern innerstädtischer Akteure (Verwaltung, Politik, Verbände usw.) zusammensetzte. Gemeinsame Abwägungsprozesse führten letztendlich zu Zielvorstellungen und Projekten, die von allen Beteiligten getragen wurden. Vor allem sollten gezielte Entwicklungen in den Sortimentsbereichen Unterhaltungselektronik und

„junge Mode“ bestehende Lücken schließen, schon deshalb, um Betriebsschließungen der Anbieter Brinkmann, Wöhrl sowie eines ortsansässigen Herrenausstatters zu kompensieren.

Einkaufszentrum „Kamp Promenade“

Die gezielte Entwicklung der Fläche am Kamp (ehemaliger Parkplatz) bot das Potenzial zur Stärkung des Einzelhandels in der Osnabrücker Innenstadt. Ein Investorenwettbewerb schaffte die planerische Voraussetzung zur Entwicklung eines Einzelhandelsstandortes mit direkter Anbindung an die 1a-Lage Große Straße. Durch die Entwicklung sollte neben dem oben formulierten Ziel eine Konzentration des Einzelhandels innerhalb des Hauptgeschäftsbereichs erreicht werden. Weiterhin war es das erklärte Ziel, einen neuen Rundlauf zu ermöglichen. In dem Wettbewerb setzte sich der Projektentwickler Multi Development GmbH aus Duisburg (damals noch Düsseldorf) durch. Die Umsetzung der Planung wurde durch einen Beirat aus Vertretern der Politik, der Verwaltung, der Kammern, der Verbände und des Einzelhandels begleitet.

Im Jahr 2004 wurde am Standort Kamp/Große Hamkenstraße die „Kamp Promenade“, ein offenes Einkaufszentrum mit rund 12.000 m² Einzelhandelsmietfläche, eröffnet. Ankermieter sind der Elektrofachmarkt Saturn und Karstadt Sport. Durch das offene städtebauliche Konzept wurde ein Raum geschaffen, der die typische Stadtstruktur aufnimmt. Vier Gebäude mit unterschiedlich farbigen Fassaden gruppieren sich um einen zentralen Platz mit Cafés, Sitzmöglichkeiten und Bäumen. Neben den Einzelhandelsflächen wurden rund 3.200 m² Büroflächen und eine Tiefgarage mit 245 Stellplätzen realisiert.

⁸ Die Analyseergebnisse geben den Sachstand bis zum Jahr 2008 wieder.

⁹ Stadt Osnabrück, Amt für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung (2004): Stadtentwicklungskonzept Osnabrück „Wachsende Stadt in einer starken Region“, Osnabrück.

Tab. 2: Vergleich von Nutzungsstrukturen und absatzwirtschaftlichen Entwicklungen

Lage und Nutzungsstrukturen	1999	2007
Gesamtverkaufsfläche	299.700 m ²	353.930 m ²
Verkaufsfläche Innenstadt	103.100 m ²	108.890 m ²
Verkaufsfläche Center		10.800 m ²
Geschäfte Innenstadt	508	580
davon Geschäfte im Center		18
Filialisierungsgrad 1a-Lage	68,8 %*	69,1 %**
Anteil der Leitbranchen 1a-Lage	49,4 %*	51,9 %**
Leerstand 1a-Lage	1,2 %*	0 %**
Passantenfrequenz Große Straße	7.810	8.205
Mietpreise 1a-Lage	77 Euro/m ²	115 Euro/m ² **
Absatzwirtschaftliche Grundlagen		
Zentralität	143,0	138,4**
Kaufkraftkennziffer	98,8	100,5**
Umsatzkennziffer	149,8	141,4

Angaben aus: *2000, **2006.

Quelle: Angaben der zuständigen Dienststellen, Auswertung vorliegender Gutachten und statistischer Unterlagen, eigene Erhebungen.

Wirkungsanalyse

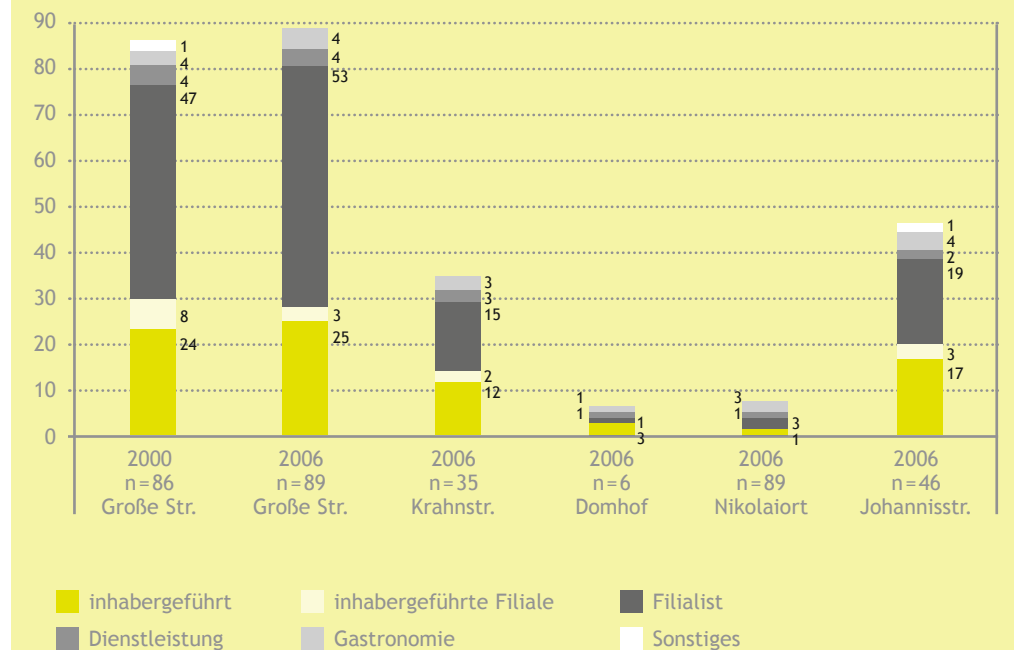
Die Entwicklung der „Kamp Promenade“ mit zusätzlicher Einzelhandels- und Gastronomiefläche bedeutet einen Verkaufsflächenzuwachs von zehn Prozent in der Innenstadt von Osnabrück. Weiterhin wurde die Fußgängerzone durch die Promenade um 200 Meter erweitert, was einem prozentualen Zuwachs von vier Prozent entspricht. In Richtung Promenade ist es nur zu wenigen, kleinflächigen Einzelhandelsverlagerungen gekommen.

Wie Tabelle 2 zeigt, haben der Filialisierungsgrad und der Anteil der Leitbranchen in der 1a-Lage keine nennenswerten Änderungen erfahren. Eine Steigerung der Frequenz in der Großen Straße lässt den Schluss einer Erhöhung der Attraktivität in

diesem Bereich zu. Lageveränderungen sind in erster Linie in den 1b-Lagen bzw. Nebenlagen zu beobachten. Besonders die Johannisstraße südlich des Neumarktes hat an Attraktivität verloren. Gleiches gilt für den Neumarkt, der insbesondere durch den Leerstand des Textilkaufhauses Wöhl an Anziehungskraft in der Osnabrücker Innenstadt verloren hat.

Insgesamt betrachtet hat die Realisierung der „Kamp Promenade“ zu einer Konzentration des Einzelhandels und einer Stärkung der 1a-Lage Große Straße im Hauptgeschäftsbereich von Osnabrück geführt. Ein gutes Indiz dafür ist auch das gesteigerte Interesse von Filialisten am Standort Osnabrück. Diese Entwicklungen haben zu einer deutlichen Steigerung der Mieten in der 1a-Lage

Abb. 4: Einzelhandels- und Betreiberstruktur in der 1a-Lage



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von „Kempers CityScout“.

geführt. Ebenso investieren die ansässigen großen Unternehmen in den Standort. Beispielsweise hat das Warenhaus L+T (Lengermann + Trieschmann) eine Markthalle eröffnet, und C&A wird von der Möserstraße in die Große Straße umziehen.

Folgen der Einkaufszentrumsansiedlung

Die Entwicklungen im Einzelhandel in den vergangenen Jahren haben sich auf die Stellung der Stadt Osnabrück in der Region positiv ausgewirkt. Die konzentrierte Innenstadtentwicklung, insbesondere die Ausweisung von Einzelhandelsflächen ausschließlich an integrierten Standorten, hat dazu beigetragen, die Zentralität der Stadt Osnabrück auf einem konstant hohen Niveau zu halten. Zudem haben sich die Situation und die Investitions-

bereitschaft des Einzelhandels positiv entwickelt, nicht zuletzt weil auch die Kaufkraft gestiegen ist. Durch die Realisierung der „Kamp Promenade“ ist es mit einem relativ kleinen Investment offensichtlich gelungen, dem Hauptgeschäftsbereich mehr Tiefe zu verleihen und die Frequenz in der 1a-Lage zu erhöhen. Gleichzeitig haben sich aber auch Veränderungen im vorhandenen Standortgefüge ergeben. Insbesondere die bereits etwas abgesetzt liegende Johannisstraße hat in den vergangenen Jahren weiter an Attraktivität verloren.

Ein wichtiger Indikator für die Lageveränderungen im Hauptgeschäftsbereich ist die Mietpreisentwicklung. In Städten, die vergleichbare Bevölkerungszahlen aufweisen wie die Stadt Osnabrück, lassen sich sinkende Mietpreise in den verschiede-

nen Einzelhandelslagen ablesen. In Osnabrück ist durch die „Kamp Promenade“ die gestiegene Nachfrage nach adäquaten Einzelhandelsflächen nur zum Teil gestillt werden. Die Mieten sind infolgedessen in der Großen Straße (1a-Lage) weiter angestiegen. Darüber hinaus sind bisher in der Großen Straße ansässige Einzelhändler in preisgünstigere Lagen verdrängt worden.

Als Reaktionen auf die Lageveränderungen und die Mietentwicklungen gerade auch abseits der 1a-Lagen sind Initiativen von Einzelhändlern und Dienstleistern zu beobachten. Die Krahnstraße hat sich zu einem speziellen Facheinzelhandelsstand-

ort mit größtenteils hochwertigen Sortimenten entwickelt. Die Altstadt hat das Entwicklungspotenzial im gastronomischen Bereich genutzt und ein eigenständiges Gastronomieviertel zum Leben erweckt.

An einigen Leerständen in den Randlagen des Osnabrücker Hauptgeschäftsbereichs werden Probleme im Einzelhandelssektor deutlich. Diese können, wegen ihrer mangelnden Lagequalität nicht zwingend auf die Realisierung der „Kamp Promenade“ zurückgeführt werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die mit der Realisierung der „Kamp Promenade“ verfolgten

Ziele (Stabilisierung der Zentralität, Verbesserung der Angebotssituation in der Innenstadt und Stärkung des Einzelhandelsstandortes und seiner räumlichen Struktur) zum großen Teil erreicht werden konnten. Allerdings wurde die mit der Projektentwicklung angestrebte hochwertige Sortimentsstruktur in der „Kamp Promenade“ nicht vollständig erreicht. Zudem bestehen weiterhin Entwicklungspotenziale im Bereich der Woolworth-Immobilie.

Wilhelmshaven

Die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven liegt im Nordwesten Niedersachsens. Wilhelmshaven versorgt als Oberzentrum den umliegenden ländlichen Raum Frieslands. Insgesamt setzt sich die Stadt aus 27 Stadtteilen zusammen. Wilhelmshaven ist geprägt durch die Lage an der Nordsee und zahlreiche Häfen. Die Stadt wurde im Zweiten Weltkrieg, wegen ihrer Bedeutung als Kriegshafen, bis zu 60 Prozent zerstört. Durch Zerstörung und Wiederaufbau entstanden städtebauliche Defizite, die jedoch durch große Sanierungsgebiete weitestgehend behoben worden sind. Die Innenstadt gliedert sich in die Bereiche City, Innenstadt-Nord, Hansaviertel und Innenstadt-West. Wilhelmshaven hat in hohem Maße Bevölkerungsverluste zu beklagen. Lag die Bevölkerungszahl in den 1970er-Jahren noch bei über 100.000, sind es heute nur 82.797¹⁰ Einwohner. Seit 2000 ist ein Bevölkerungsrückgang von über drei Prozent festzustellen. Die Prognosen bis zum Jahr 2020 sehen eine weiterhin negative Bevölkerungsentwicklung: Bis 2020 soll die Einwohnerzahl auf rund 78.000 Einwohner¹¹ sinken.

Einzelhandelsstruktur in Wilhelmshaven

In der polyzentrisch aufgebauten Stadt hat sich mit der Marktstraße erst nach dem Krieg ein Einzelhandelschwerpunkt in der Wilhelmshavener Innenstadt herauskristallisiert¹². Sie wurde in den 1960er- bzw. 1970er-Jahren als Fußgängerzone umgestaltet. Um die Innenstadt weiter zu stärken und den öffentlichen Raum und private Immobilien aufzuwerten, wurden zwischen 1985 und 2003 umfangreiche Stadterneuerungsmaßnahmen in vier Innenstadtsanierungsgebieten umgesetzt. Bis 2006 war Wilhelmshaven Pilotstadt im ExWoSt-Forschungsvorhaben „Stadtumbau West“. In diesem Projekt wurden Leitbilder und Entwicklungsziele erarbeitet sowie Projekte umgesetzt. Im Jahr 2006 wurde zudem ein Einzelhandelsentwicklungskonzept für die Stadt Wilhelmshaven erstellt, um Entwicklungsperspektiven und Handlungsleitlinien für den Einzelhandel in der Stadt zu definieren.

Die Einkaufsinnenstadt Wilhelmshavens ist im Wesentlichen als lang gestrecktes Band an der Marktstraße, hauptsächlich zwischen Mitscherlichstraße und Virchowstraße, organisiert. Nur im parallel verlaufenden Straßenzug Börsenplatz und Grenzstraße sind noch innenstadtrelevante Nutzungen anzutreffen. Der Versuch, die Grenzstraße auch als Einzelhandelsstandort zu etablieren (u.a. durch die Ansiedlung eines Verbrauchemarktes), gelang nicht.

Mit dem seit Anfang der 1990er-Jahre verfolgten Bau der „Nordseepassage“ sollte verloren gegangene Kaufkraft zurückgewonnen und damit die Zentralität gesteigert werden. Zudem galt es, den desolaten Bahnhof und sein Umfeld aufzuwerten.

10 Stadt Wilhelmshaven, Abteilung Statistik und Wahlen, 2007.

11 Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2004): Bevölkerungsvorausschätzung für Wilhelmshaven.

12 Neben der Auswertung relevanter Gutachten und Statistiken, die im Folgenden dargestellt sind, basieren die Ergebnisse auf Expertengesprächen mit der Stadt Wilhelmshaven, der Industrie- und Handelskammer Oldenburg, sowie des zuständigen Einzelhandelsverbandes.

Abb. 5: Lagestrukturen in der Osnabrücker Innenstadt im Vergleich



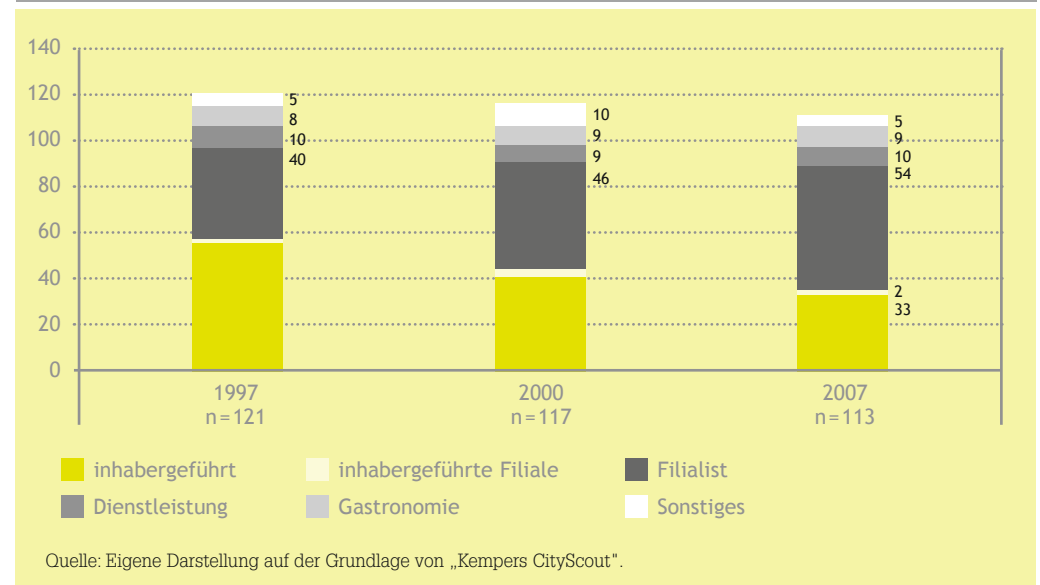
Das Vorhaben wurde in der Stadt nicht strittig diskutiert. Planerischer Einfluss konnte über die Lage des Vorhabens im Sanierungsgebiet ausgeübt werden. Eine unmittelbar mit der Projektentwicklung in Verbindung stehende Verträglichkeitsanalyse bezüglich der Einzelhandelsentwicklung wurde nicht durchgeführt. Anfang der 1980er-Jahre war allerdings im Rahmen einer Markt- und Tragfähigkeitsanalyse bereits eine Mindestgröße von 12.000 m² ermittelt worden. Als Projektentwickler und Investor trat die STOBAU (Stoffel-Bau) auf.

Einkaufszentrum „Nordseepassage“

1997 schließlich wurde die „Nordseepassage“ mit rund 19.000 m² Einzelhandelsmietfläche am Bahn-

hof eröffnet; zusätzlich wurden rund 1.000 m² Gastronomieflächen geschaffen; das Parkplatzangebot liegt bei 600 Stellplätzen. Ankermieter sind ein C&A-Textilkaufhaus, ein Elektro-Markt sowie ein Lebensmittelmarkt. Im Center stehen einige Flächen leer und einige sind untergenutzt. Der Centerstandort liegt etwa einen Baublock, knapp 100 Meter, entfernt von der Fußgängerzone Marktstraße und bildet eine Einheit mit dem Hauptbahnhof Wilhelmshaven. Das Center ist auf den Flächen des alten Bahnhofs sowie auf angrenzenden Bahnhöfen errichtet. Städtebaulich optimiert das Center seine Verbindung zum Bahnhof, die Bezüge zur Stadt sind durch das konsequente Ausrichten nach innen eher unzureichend ausgebildet.

Abb. 6: Einzelhandels- und Betreiberstruktur in der 1a-Lage



Tab. 3: Vergleich von Nutzungsstrukturen und absatzwirtschaftlichen Entwicklungen

Lage und Nutzungsstrukturen	1997	2007
Gesamtverkaufsfläche	137.396 m ^{2*}	174.665 m ²
Verkaufsfläche Innenstadt	k. A.	45.660 m ²
Verkaufsfläche Center		17.190 m ²
Geschäfte Innenstadt	k. A.	171
davon Geschäfte im Center		36
Filialisierungsgrad 1a-Lage	42,9 %	62,9 %****
Anteil der Leitbranchen 1a-Lage	34,7 %	31,5 %****
Leerstand 1a-Lage	4,1 %	4,4 %
Passantenfrequenz Marktstraße	3.960	3.000
Mietpreise 1a-Lage	56 Euro/m ^{2***}	30 Euro/m ²
Absatzwirtschaftliche Grundlagen		
Zentralität	110,78	117
Kaufkraftkennziffer	99,2**	96,7
Umsatzkennziffer	k. A.	118,5

Angaben aus: *1993, **1995, ***1991, ****2006.

Quellen: Angaben der zuständigen Dienststellen, Auswertung vorliegender Gutachten und statistischer Unterlagen, eigene Erhebungen.

Wirkungsanalyse

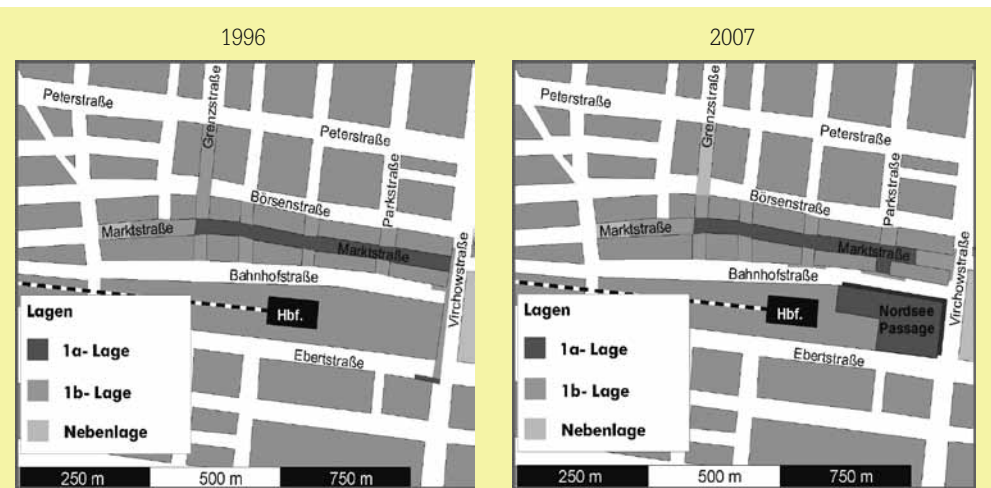
Die ursprüngliche Verkaufsfläche der Innenstadt ist durch die Realisierung des Centers um 17.190 m² gestiegen, die Länge der Fußgängerzone wuchs von 1.650 auf 2.150 Meter, also um rund 30 Prozent. Die in Abbildung 7 dargestellten Lageklassifizierungen zeigen die Veränderungen im Wilhelmshavener Hauptgeschäftsbereich: Durch den Bau des Centers ist es zu einer Verkürzung der Geschäftslagen in Richtung Center gekommen. Verlierer der Entwicklung sind nach Meinung der befragten Experten die Randlagen des Hauptgeschäftszentrums und vor allem die Nebenzentren der Stadt. Größte Standortverlagerung von Einzelhandelsbetrieben zum Zeitpunkt der Centereröffnung war der Umzug des C&A-Kaufhauses von der Virchowstraße ins Center. Daneben haben auch eine ganze Reihe kleinerer Betriebe ihren Standort ins Center verlagert.

Es ist Folgendes zu beobachten: Im Zeitraum von 1997 bis 2007 hat sich der Anteil der inhabergeführten Geschäfte in der Marktstraße um rund 40 Prozent reduziert, um den annähernd gleichen Anteil erhöhte sich der Anteil der Filialbetriebe. Der durch die Verlagerung des C&A in die „Nordseepassage“ entstandene Leerstand wird seit einigen Jahren vollständig von einem Sonderpostenwarenmärkte genutzt. Eine Nutzungsverschiebung vom Einzelhandel in Richtung Dienstleistungen hat es in der Marktstraße nicht gegeben. Die einzelhandelsrelevante Kaufkraftkennziffer ist seit 1995 von 99,2 gesunken und liegt für das Jahr 2006 bei 96,7¹³. Für die Wilhelmshavener Bevölkerung ergibt sich somit ein einzelhandelsrelevantes Kaufkraftpotenzial von rund 4.879 Euro pro Kopf. Dagegen hat sich die Zentralität von 110 auf 117 erhöht. Laut Kempers¹⁴ ist die Passantenfrequenz in der 1a-Lage Marktstraße in etwa gleich geblieben.

13 Cima GmbH Lübeck (2007): Einzelhandelsentwicklungskonzept für das Oberzentrum Wilhelmshaven.

14 Kempers (1997 und 2000): City-Scout.

Abb. 7: Lagestrukturen in der Wilhelmshavener Innenstadt im Vergleich



Quelle: Eigene Darstellung nach Kartenmaterial und Auskünften der Stadt Wilhelmshaven.

Die Mietpreise sind laut Angaben des RDM sowohl in der 1a-Lage als auch in den 1b-Lagen im Zeitraum von 1995 bis 2000 zurückgegangen. Das bestätigen auch die Expertengespräche. Hier wird die Auffassung geäußert, dass die Mietpreise seit der Eröffnung des Centers um 30 bis 50 Prozent zurückgegangen sind. Nach Angaben der Stadt Wilhelmshaven konnte jedoch im Jahr 2004 das Mietniveau von 1995 annähernd wieder erreicht werden.

Größter Leerstand ist der ehemalige WalMart-Verbrauchermarkt in der Grenzstraße mit ca. 10.000 m² Verkaufsfläche. Zuzüglich der nicht exakt zu beziffernden kleineren Leerstände steht dadurch in etwa die Fläche leer, die durch den Centerbau entstanden ist. Dabei ist anzumerken, dass zum Zeitpunkt der Erhebung auch im Center Flächen leer standen bzw. extensiv genutzt wurden.

Folgen der Einkaufszentrumsansiedlung

Mit dem Bau der „Nordseepassage“, am Bahnhof Wilhelmshaven in Randlage zur bisherigen Fuß-

gängerzone gelegen, verfolgte die Stadt Wilhelmshaven zum einen das Ziel, die Kaufkraftbindung und -anziehungskraft der Stadt zu stärken, zum anderen galt es, den Bahnhof und das Bahnhofsumfeld neu zu gestalten bzw. neu zu nutzen. Beide Ziele sind, so belegen es die Zahlen und die Expertenmeinungen, erreicht worden. Dennoch sind auch in Wilhelmshaven Leerstände in Randlagen des Hauptgeschäftsbereichs vorzufinden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich der Einwohnerrückgang in den letzten zehn Jahren (ein Verlust von rund 6.000 Einwohnern) nachteilig auf die vorhandene Kaufkraft ausgewirkt. Die Stadt gibt den Kaufkraftrückgang für die betrachteten zehn Jahre mit rund 29 Mio. Euro an.

Die „Nordseepassage“ hat also offensichtlich die Anziehungskraft der Innenstadt verbessert. Eine Schwächung der 1a-Lage ist nicht erkennbar. Die Verlagerung bzw. Aufgabe von inhabergeführten Geschäften und die Ansiedlung von Filialbetrieben hat in den letzten zehn Jahren dort zu keinem Niveauverlust des Einzelhandelsbestandes ge-

Abb. 8: Gesamtbilanz der Eckdaten der Centerentwicklung

Bilanz	Flächenzuwachs	Lage in der Innenstadt ¹	Baustruktur	Längenzuwachs der Fußgängerzone	Anzahl der Stellplätze	Verkaufsfläche je Stellplatz
Düren	25 %	integriert	geschlossen	23 %	700	20
Erfurt	17 %	integriert	geschlossen	15 %	750	26
Hagen	12 % ²	integriert	geschlossen	16 %	867	26
Osnabrück	10 %	integriert	offen	4 %	245	44
Bocholt	61 %	Rand	beides	52 %	1.170	27
Kempten	25 %	Rand	geschlossen	32 %	1.070	18
Schwerin	62 %	Rand	geschlossen	58 %	1.000	17
Siegen	33 %	Rand	geschlossen	44 %	1.200	17
Wetzlar	32 %	Rand	geschlossen	42 %	1.700	11
Wilhelmshaven	27 % ²	Rand	geschlossen	30 %	600	29
Regensburg	23 %	extern	geschlossen	16 %	1.500	14
Schwedt	130 %	extern	geschlossen	50 %	1.500	10

1 integriert = in 1a-Lage, Rand = am Rand des Hauptgeschäftsbereichs, extern = abgesetzt vom Hauptgeschäftsbereich.
2 Wert geschätzt.

führt. Neue Filialbetriebe, die den inhabergeführten Einzelhandel in Teilen abgelöst haben, konnten zu einer gleich bleibenden Qualität beitragen und diese sogar in Teilen erhöhen. Insgesamt hat sich jedoch die Ausdehnung des Einzelhandelsbestandes verringert. Unabhängig davon machen indes die Analysen deutlich, dass das Center selbst nicht optimal funktioniert, der Wegzug wichtiger Ankermieter sowie einige Leerstände und Unternutzungen sind dafür Indiz.

Einordnung der Ergebnisse aus den niedersächsischen Fallstudienstädten

Wie Abbildung 8 zeigt, ist in die Untersuchung ein breites Spektrum von Centern eingegangen. Die niedersächsischen Städte gehören dabei, mit Blick

auf das von städtischer Seite gemeinhin verfolgte Ziel der Zentralitätssteigerung, bei gleichzeitiger Stabilisierung der räumlich-funktionalen Struktur des Hauptgeschäftsbereichs, zu den positiveren Beispielen. Osnabrück konnte den Zentralitätsindex sichern und gleichzeitig die Attraktivität der Innenstadt steigern. In Wilhelmshaven stieg die Zentralität und es wurde ein Modernisierungsschub erreicht, der offensichtlich mithalf, die Stellung der Innenstadt zu sichern. Allerdings sind dort zum Teil deutliche Lageverschiebungen zu beobachten.

Insgesamt reicht bei den untersuchten Fällen das Spektrum des innerstädtischen Verkaufsflächenzuwachses durch die Einkaufszentren von moderaten Zuwächsen über ein starkes Wachstum bis hin zu

Abb. 9: Gesamtbilanz der Auswirkungen des Centerbetriebs

Bilanz	Entwicklung der 1a-Lage	Zentralität	Veränderung der Lagestrukturen	Umgang mit Baubestand/Denkmal-schutz	Stadtbild-Maßstäblichkeit u. Einbindung in Stadtstruktur
Düren	+	+	0		
Erfurt	+	+	+	0	+
Hagen	0	-	0		
Osnabrück	+	-	0		
Bocholt	+	+	-		
Kempten	+	-	+		
Schwerin	-	+	--	-	-
Siegen	--	+	--	0	-
Wetzlar	-	+	-		
Wilhelms-haven	-	+	-		
Regensburg	+	+	+		
Schwedt		+			

++ sehr positive Entwicklung,
 - negative Entwicklung,

+ positive Entwicklung,
 -- sehr negative Entwicklung

0 Stagnation

massiven Größensprüngen. Osnabrück weist mit einer Flächenzunahme von lediglich zehn Prozent den geringsten Zuwachswert aller untersuchten zwölf Innenstädte mit einem Center aus, Wilhelmshaven dagegen verzeichnet mit einer geschätzten Flächenzunahme von 27 Prozent ein starkes Wachstum, ist aber noch weit von den „Spitzenreitern“ Schwedt/Oder, Schwerin und Bocholt entfernt. Während Osnabrücks „Kamp Promenade“ direkt in der 1a-Lage vorbildhaft in offener Bauweise errichtet wurde, positioniert die „Nordseepassage“ am Rand des Hauptgeschäftsbereichs und wurde – wie die ganz überwiegende Zahl der untersuchten Shopping-Center – als geschlossene Anlage in introvertierter Form gebaut.

Ein Blick auf die Stellplatzsituation macht deutlich, dass ein Teil der analysierten Center über ausgesprochen großzügig dimensionierte Stellplatzanlagen verfügt. Das „Forum Wetzlar“ steht mit seiner Stellplatzzahl an der Spitze, dicht gefolgt von den Center-Stellplatzanlagen in Schwedt und Regensburg. Die „Kamp Promenade“ in Osnabrück ist das Einkaufszentrum mit den wenigsten Stellplätzen – dort stehen nur 245 Stellplätze in einer Tiefgarage zur Verfügung. Die Verkaufsfläche je Stellplatz ist in Osnabrück mit 44 m² am höchsten; ganz am anderen Ende der Skala Schwedt mit zehn Quadratmetern und Wetzlar mit elf. Wilhelmshavens „Nordseepassage“ belegt hinsichtlich des sparsamen Umgangs mit Flächen für den ruhenden Verkehr

hinter Osnabrück den zweiten Platz unter den zwölf untersuchten Centerstandorten.

Die Auswirkungen der untersuchten zwölf Einkaufszentren auf die lokale Einzelhandelsentwicklung werden festgemacht an den Veränderungen innerhalb der 1a-Lagen, der Zentralität und bei den Lagestrukturen (vergleiche Abbildung 9). Dabei setzt sich das Kriterium „Veränderungen der 1a-Lage“ zusammen aus den Veränderungen beim jeweiligen Filialisierungsgrad, der Leitbranchenanteile, der Passantenfrequenzen sowie der Mieten für Einzelhandelsflächen. Bei den Lagestrukturen werden die Entwicklungen in der Wertigkeit der Lagen (untergliedert in 1a-Lagen, 1b-Lagen, Neben- und Randlagen) in den Blick genommen. Vergleicht man die jeweiligen Veränderungen, fällt auf, dass gerade die gesamtstädtischen Zentralitätsgewinne in Schwerin und in Wetzlar mit sehr negativen Veränderungen der innerstädtischen Lagestrukturen erkauft wurden. Die Folgen einer die Innenstadt dominierenden Centeransiedlung in beiden Städten springen insofern besonders ins Auge, als dort die alten 1a-Lagen zu 1b-Lagen abgesackt sind; als heutige 1a-Lagen können nur die Malls der beiden Einkaufszentren eingestuft werden. Der ganz leichte Rückgang der Einzelhandelszentralität in Osnabrück ist – vergleichbar mit der Entwicklung im westfälischen Hagen – zum einen auf eine starke Konkurrenz im Umland zurückzuführen. Zum anderen sind als Folge der sehr moderaten Verkaufsflächenenerweiterungen durch die „Kamp Promenade“ die „anschiebenden“ Wirkungen auf die Zentralität eben ausgesprochen begrenzt. Indes zählt Osnabrück zu den untersuchten sechs Kommunen mit einer positiven Entwicklung der 1a-Lage. Der leichten Zunahme der Zentralität von Wilhelmshaven stehen minimale negative Veränderungen in der 1a-Lage und bei den Lagestrukturen gegenüber. Allerdings hat sich zum Beispiel der zeitweilige starke Rückgang der

Einzelhandelsmieten in der 1a-Lage und in den angrenzenden 1b-Lagen als Auswirkung der „Nordseepassage“ mittlerweile deutlich abgeschwächt.

3. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Insgesamt führen die Recherchen im Rahmen des Forschungsprojektes zu folgenden grundlegenden Ergebnissen:

- Zwischen den beiden zentralen Zielen „Erhöhung der Zentralität“ sowie „Weitgehender Erhalt und behutsame Weiterentwicklung bestehender Einzelhandels- bzw. Innenstadtstrukturen“ besteht ein erheblicher Zielkonflikt: Eine starke Ausweitung des innerstädtischen Verkaufsflächenangebotes führt zwar in der Regel zu Zentralitätsgewinnen, gleichzeitig jedoch auch zu einer deutlichen Veränderung der Lagestrukturen im Hauptgeschäftsbereich und der Baustrukturen der Innenstadt.
- Für die funktionale Struktur des bestehenden Hauptgeschäftszentrums sind dann die geringsten negativen Entwicklungen zu erwarten, wenn das Center in seiner Mitte liegt und es den Flächenbestand moderat erweitert.
- Ein positiver Schub für 1a-Lagen wird in der Regel durch kleinere, integrierte Einkaufszentren ausgelöst.
- Baulich introvertiert angelegte Center haben negative Auswirkungen auf das Stadtbild zur Folge und erschweren ihre innerstädtische Integration.
- Große Einkaufszentren in Innenstadtrandlagen sind von allen Lagekategorien am ehesten mit der Gefahr verbunden, die bestehenden Strukturen des Hauptgeschäftsbereichs ungünstig zu beeinflussen.
- Und: Innenstädte können sich auch ohne ein

Einkaufscenter weiter positiv entwickeln und an Attraktivität sowie Zentralität zulegen. Unabdingbare Voraussetzung für „centerlose“ Entwicklungserfolge ist jedoch ein möglichst komplettes Einzelhandelsangebot mit modernen Einzelhandelsformaten in einem möglichst kompakten Innenstadtraum.

Aus den angestellten Analysen lassen sich für den Umgang mit künftig ins Auge gefassten Ansiedlungen von Einkaufscentern in Innenstädten die folgenden Handlungsempfehlungen ableiten:

- 1) Ziele, die mit einer Centeransiedlung erreicht werden sollen, und mögliche unerwünschte Wirkungen müssen im Vorfeld dargestellt und diskutiert werden. Zudem ist es sinnvoll, um isolierte Zielaussagen zu vermeiden, die formulierten Ziele in einen Rahmen- oder Masterplan für die Innenstadt einzubetten. Hier ist darzustellen, welches Zukunftsbild für die Innenstadt in den nächsten zehn bis 20 Jahren angestrebt wird. Die Einbindung in regionale Konzepte ist dabei genauso selbstverständlich wie die in die Stadtentwicklungsplanung.
- 2) Der Zuschlag für eine Centerentwicklung an einen Investor/Entwickler darf wegen der Stärke der Intervention und der damit verbundenen Bedeutung für die Stadt nur im Rahmen eines formalisierten, nachvollziehbaren Auswahlverfahrens erfolgen. Erforderlich sind deshalb zwingend die Ansprache mehrerer Projektentwickler und die Einleitung eines fairen und transparenten Verfahrens. Dadurch werden der Wettbewerb untereinander und damit auch die Qualität des Projektes erhöht.
- 3) Für die Lokalisation eines neuen Einkaufscenters in der Innenstadt kommen nur zwei Standorttypen in Frage:
 - unmittelbar in der 1a-Lage oder
 - an einem neuen Pol der Innenstadt. Dieser muss jedoch unmittelbar an einen vorhan-

denen Geschäftsbereich angrenzen und gleichzeitig einen in etwa gleich großen Gegenpol haben.

- 4) Wenn größere Umwälzungen in der Struktur des bestehenden Geschäftsbereichs vermieden werden sollen, sind die Flächenerweiterungen durch ein Einkaufscenter im moderaten Rahmen zu halten. Das bedeutet konkret, dass bei einer durchschnittlich ausgestatteten Innenstadt eine Verkaufsflächenerweiterung um 15 Prozent, bezogen auf die innerstädtische Verkaufsfläche, nicht überschritten werden sollte. Gleichzeitig sollten bei Städten bis 200.000 Einwohner die innerstädtischen Verkaufsflächen im Regelfall um nicht mehr als 15.000 m² ausgeweitet werden, um einer Autarkie des Einkaufscenters vorzubeugen. Die Flächenerweiterung kann größer ausfallen, wenn in einer Innenstadt Unterausstattungen bzw. eklatante Angebotslücken zu beseitigen sind oder auch, wenn die Größenstruktur der innerstädtischen Läden nicht mehr modernen Ansprüchen genügt. Gleiches gilt für den Fall einer dringend erforderlichen Stärkung der kurzfristigen Bedarfsstufe. Ein Überschreiten der als „Regelgröße“ zu verstehenden Flächenerweiterung um 15 Prozent setzt jedoch eine besonders intensive und kritische Prüfung voraus.
- 5) Der Branchenmix eines Einkaufscenters muss mit dem Projektentwickler so definiert werden, dass das Angebot eine Ergänzung zum bereits vorhandenen Angebot des innerstädtischen Einzelhandels darstellt.
- 6) Monostrukturierte Einkaufscenter sind zu vermeiden, stattdessen sind auch kulturelle Einrichtungen oder Wohnungen zu integrieren, um urbanes Leben nicht nur bis zum Ladenschluss zu ermöglichen.
- 7) Die räumliche Innenstadtverträglichkeit eines

Centers ist durch ein Grundrisskonzept sicherzustellen, welches sich mit dem vorhandenen öffentlichen Raum verzahnt. Der Grundriss darf nicht ausschließlich zur inneren Mall ausgerichtet sein, sondern muss sich ebenso zu den öffentlichen Räumen (Straßen, Plätzen) orientieren.

- 8) Aus Gründen der stadträumlichen Integration ist die Geschossigkeit des Centers der örtlichen Situation anzupassen. Das bedeutet, die Verkaufsflächen sollten möglichst intensiv gestapelt werden. Zudem eignen sich die oberen Geschosse für andere innenstadtrelevante Nutzungen, wie zum Beispiel Wohnen, Büros, öffentliche Dienstleistungen.
- 9) Um eine Integration des Centers in die Innenstadt zu ermöglichen, ist die Zahl der Stellplätze im Center wie folgt zu begrenzen: Das Stellplatzangebot im Center darf nicht das größte der Innenstadt sein, und die Stellplatzzahl ist nicht über den vorhandenen Schlüssel Verkaufsfläche/Stellplatz hinaus auszudehnen.

Für diese Empfehlungen zum Umgang mit Einkaufscentern gilt: Sie sind als Prüfschema für die kommunale Praxis heranzuziehen. Es soll zur Beurteilung der relevanten Eckpunkte im zeitlichen Vorfeld einer Ansiedlung anhand klarer Kriterien und unter der Zielsetzung bestmöglicher Integration dienen. Bei der Anwendung dieses Prüfschemas ist die spezifische Situation vor Ort – insbesondere Stadtgröße und deren Struktur sowie die regionale Struktur – stets zu berücksichtigen. Die Empfehlungen verstehen sich nicht als Dogma, jedoch als Maßstab und Anleitung für kommunales Handeln. In ihrer inhaltlichen Zielrichtung stellen sie den Erhalt gesunder und zukunftsfähiger Stadtstrukturen über das Ziel der Zentralitätserhöhung.

4. Fazit

Die Projektergebnisse sind letztlich ein Plädoyer dafür, das Thema innerstädtische Einkaufscenter in seiner ganzen Komplexität zu betrachten: Ökonomische Aspekte spielen genauso eine Rolle wie städtebauliche oder baukulturelle. Die Städte müssen daher ein solches Investment nicht nur als Projektentwicklung, sondern als Stadtentwicklung verstehen, bei dem es gilt, alle relevanten Aspekte zu berücksichtigen. Hierzu gehört bereits zu Beginn des Vorhabens die Diskussion eines Zielsystems, das die stets vorhandenen Zielkonflikte nicht ausklammert. Erst wenn unter diesem Blickwinkel alle Chancen und Risiken abgewogen worden sind, können stadtverträgliche Lösungen gefunden werden. Hierzu leisten die Ergebnisse der vorgelegten Studie sicherlich einen ersten Beitrag. Künftig wird es von besonderer Bedeutung sein, dass im Sinne von Best-practice-Lösungen Vorgehensweisen und Fallbeispiele benannt werden, die die Städte noch besser in die Lage versetzen, ihre Anforderungen an ein Center bzw. an andere geeignete Betriebsformen zu formulieren und damit in die Verhandlungen mit Investoren und Entwicklern zu gehen. Die Betriebsform Center – auch das ist deutlich geworden – hat weitere Innovationen im Hinblick auf stadtverträglichere Formen und Größen dringend nötig.

Robert Pütz

Business Improvement Districts als Instrument der Quartiersentwicklung

In der Diskussion um Instrumente zur Revitalisierung von Innenstädten und Stadtteilzentren sind in jüngerer Zeit Business Improvement Districts (BID) in den Fokus von Politik und Planung gerückt. Sie seien in der Lage, privates Kapital und Engagement für die Quartiersentwicklung zu gewinnen und würden die innerstädtischen Zentren dadurch im Wettbewerb mit peripheren Lagen und geplanten Shopping Centern nachhaltig stärken. Als Beleg für den Erfolg von BID wird dabei häufig auf die USA verwiesen, insbesondere New York, wo BID in den 1990er Jahren einen Boom erlebten. Im nachfolgenden Beitrag sollen Business Improvement Districts zunächst in die allgemeine Debatte um Stadtpolitiken im neoliberalen Zeitalter eingeordnet werden. Anschließend wird skizziert, unter welchen Bedingungen sich die Idee ausgehend von Kanada nahezu weltweit als neues Governance-Modell ausgebreitet hat. Abschließend sollen mit Blick auf die Entwicklungen in Deutschland die Hauptproblemfelder vorgestellt werden, die im Zusammenhang mit BID diskutiert werden.

1. BID als neues Modell subkommunaler Steuerung

Als Business Improvement Districts (BID) werden allgemein Gebiete bezeichnet, die auf Antrag eines bestimmten Anteils der dort ansässigen Grundbesitzer räumlich definiert und eingerichtet werden. In BIDs sind alle Grundeigentümer oder Geschäftsinhaber anschließend gesetzlich verpflichtet, eine Abgabe für eine private Organisation (BID-Aufgabenträger) zu leisten, die Programme zur Attraktivitätssteigerung des Gebiets durchführt. Die Gründung und Finanzierung eines BID bedarf anfänglich der Zustimmung eines Mindestteils der Betroffenen und ist gesetzlich legitimiert.

Durch die gesetzlich legitimierte Übertragung von Verantwortung für die Quartiersentwicklung von kommunalen auf private Akteure können BID als paradigmatisch für Veränderungen angesehen werden, die seit dem Ende der 1990er Jahre v.a. in der angloamerikanischen Stadtforschung unter dem Stichwort neoliberale Stadtpolitiken zusammengefasst werden. Diese werden verstanden als ein Set von neuen Regulationen, Programmen und Politiken, die – gemäß des Leitbildes der „unternehmerischen Stadt“ – primär darauf ausgerichtet

sind, die Stadt auf ökonomische Inwertsetzung und Effizienz auszurichten (Ward 2000; Wilson 2004). Sie gehen einher mit spezifischen Problemwahrnehmungen sowie stadtpolitischen Zielen und Problemlösungsstrategien, die weitreichende Auswirkungen auf die Gestaltung und Nutzung urbaner Räume sowie das Selbstverständnis und die Ausfüllung kommunaler Aufgaben haben. BID können dabei stellvertretend für eine Reihe neuer stadtpolitischer Instrumente bzw. Problemlösungsstrategien angesehen werden.

Als zentrale Bestandteile der unternehmerischen Stadtpolitik (Harvey 1989, Jessop 1997; Peck/Tickell 2002) gelten neue Akteurskonstellationen mit einer Stärkung privatwirtschaftlicher Akteure, ein Bedeutungsgewinn der sublokalen Ebene sowie eine zunehmende Privatisierung in unterschiedlichen Kontexten. Diese Elemente der „unternehmerischen Stadt“ kommen sowohl in institutioneller als auch in inhaltlicher Perspektive paradigmatisch in Business Improvement Districts als neuer subkommunaler Steuerungsform zum Ausdruck:

- BID sind als eine spezielle Form des Public-Private-Partnership typisch für neue Akteurskonstellationen und allgemein für neue Formen der Interaktion zwischen öffentlichen, privaten und semi-privaten Akteuren in der „unternehmerischen Stadt“ (Hall/Hubbard 1998). Damit gewinnen netzwerkförmige Regierungsformen sowie informelle Herangehensweisen und Projektorientierung gegenüber traditioneller Steuerung der öffentlichen Hand an Bedeutung (Benz/Einig u.a. 2005; Fürst 2003, Pütz 2004). Die neuen städtischen Regime fokussieren dabei vornehmlich auf ökonomische Zielsetzungen der regionalen Wettbewerbsfähigkeit von Städten. In der ambivalenten Natur von BID kommen die neuen Akteurskonstellationen, in denen sich die traditionellen Grenzen

zwischen hoheitlich-öffentlicher und privater Sphäre verflüssigen, beispielhaft zum Ausdruck: Sie sind quasi-öffentlich, weil sie gesetzlich legitimiert sind und der Staat die Abgaben von den Grundeigentümern erhebt und an den BID-Träger weiterleitet. Sie sind zugleich privater Natur, weil Grundbesitzer und Gewerbetreibende die maßgeblichen Akteure in BID-Träger-Organisationen stellen und entsprechend ihrer zumeist wirtschaftlichen Interessen die Handlungsfelder von BID ausrichten. Solchermaßen gewinnen BID derzeit weltweit als machtvoller Akteur der Stadtentwicklung an Bedeutung, dem zunehmend auch über das eigene Quartier hinaus Verantwortung übertragen wird. So sind BID in Hamburg jüngst als Träger öffentlicher Belange akzeptiert worden und können durch diese formelle Einbindung in Planungsverfahren zukünftig eine noch stärker gestalterische Rolle bei Stadtentwicklungsplanungen einnehmen.

- Die Stärkung privater Akteure geht zunächst einher mit einem Bedeutungsgewinn der lokalpolitischen Ebene, der in der Literatur unter dem Begriff re-scaling diskutiert wird (Brenner 1997a; 1997b). BID stehen als subkommunale Governance-Form darüber hinaus für eine Re-Territorialisierung, bei der fixierte politisch-administrative Territorialisierungen wie kommunale Grenzen an Bedeutung verlieren und sich zunehmend zu verflüchtigen scheinen. Dies wird dadurch befördert, dass räumlich gekammerte „Zugriffe“ auf gesellschaftliche oder ökonomische Prozesse leichter möglich scheinen, wenn sie eben nicht an tradierten Planungsebenen und den damit verbundenen Institutionen- und Machtgefügen ansetzen, sondern sie durch neue und flexible Regionalisierungen umgehen. BID, die in ihren Grenzbeziehungen quer zu existierenden Gemeinde-



oder Bezirksgrenzen verlaufen, verkörpern daher idealtypisch die „Politics of Scale“ (Ossenbrügge 2003: S. 164), in deren Rahmen überkommene politisch-administrative Gliederungen umso stärker an Bedeutung verlieren, je mehr neue Territorialisierungen wie Business Improvement Districts auf subkommunaler Ebene entstehen.

- Letztlich stehen BID paradigmatisch für zunehmende Tendenzen einer Privatisierung in der Stadtentwicklungspolitik. Privatisierung meint in diesem Zusammenhang nicht nur eine eigentumsrechtliche Überführung von zum Beispiel Wohnungsunternehmen von

kommunalem in privates Eigentum. Privatisierung steht darüber hinaus vor allem für die zunehmende Verbreitung markt- bzw. wettbewerbsorientierter Ansätze in der Organisation öffentlicher Aufgaben, die bis zur Übertragung vormals öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister reichen kann (Naschold u. a. 1998; Naschold 1993; Glasze 2001), sowie für eine zunehmende Verlagerung von klassischen städtischen Funktionen wie die Marktfunktion von öffentlichen Räumen in zunehmend privat regulierte Bereiche wie Shopping Center. BID stehen stellvertretend für diese Formen der Privatisierung, zum einen durch die Übertra-

gung einer Marktlogik auf vormals öffentlich „geschützte“ Bereiche der Stadt- und Quartiersentwicklung und der Wahrnehmung von Kontroll- und Sicherheitsaufgaben im öffentlichen Raum, zum anderen durch die Regulierung öffentlichen (Straßen-)Raums durch private Organisationen.

Peck und Tickell verstehen die Durchsetzung neoliberaler Politikmuster wie die oben aufgezeigten nicht als einfachen Abbruch bisheriger Regulationsmodi, sondern konzeptualisieren zwei Etappen eines „roll back and roll out neoliberalism“ (Peck/Tickell 2002). Die Vermarktlichung der Stadtpolitik, die mit einer Abkehr von einer wohlfahrtsstaatlichen Grundorientierung einhergeht, sowie die Liberalisierung, die vor allem die Privatisierung öffentlicher Unternehmen bedeutet, können dabei als Merkmale der „roll back“-Phase aufgefasst werden. Business Improvement Districts stehen dagegen paradigmatisch für die „roll out“-Phase, die durch die Entwicklung und Durchsetzung neuer Regulationsmodi zur Krisenregulierung gekennzeichnet ist.

2. Internationale Ausbreitung von BID

Die geschilderten Prozesse des „roll back and roll out neoliberalism“ wie auch die damit einhergehende Durchsetzung neuer Steuerungsmodelle und Stadtpolitiken vollziehen sich scheinbar zeitgleich in vielen Ländern. Am Beispiel von Business Improvement Districts als einem neuen und zugleich klar definierten Instrument der Stadtentwicklung kann dabei exemplarisch deutlich gemacht werden, wie sich Problemwahrnehmungen und Problemlösungsstrategien durch konkrete Stadtentwicklungsmodelle im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen derzeit weltweit verbreiten (Ward 2006, Mccann 2008).

So steht die Einführung von BID in Deutschland in einer langen Reihe von Ländern, die BID als neues Instrument der Quartiersentwicklung eingeführt haben. Nach übereinstimmender Literaturlage wurde das BID-Konzept in den 1960er Jahren in Kanada entwickelt, und zwar in Bloor West Village, einem seinerzeit unter Abwertungsdruck stehenden Stadtteil im Zentrum von Toronto. Lokale Geschäftsleute forderten seinerzeit von der Stadt die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Erhebung einer Abgabe für Immobilieneigentümer ermöglicht, um damit Aufwertungsmaßnahmen des Geschäftsviertels finanzieren zu können (Wiezorek 2004: S. 23). Die Bloor West Village Business Improvement Area wurde 1971 gegründet und bezeichnet sich als weltweit ersten Business Improvement District. In den folgenden Jahrzehnten breitete sich das BID-Konzept zunächst in Toronto und der Provinz Ontario, schließlich über ganz Kanada und die Vereinigten Staaten aus.

1975 entstand mit dem „Downtown Development District“ in New Orleans der erste BID in den USA (vgl. Houstoun 2003; Hoyt 2003c: S. 2). In den Vereinigten Staaten gab es jedoch bereits in den 1960er Jahren eigene Innenstadtkonzepte wie den „special purpose district“ und den „special assessment district“, die als Vorbilder gedient haben, so dass US-amerikanische BID mit Hoyt (2003c: S. 9) als „hybrid of these two concepts“ aufgefasst werden können. In den 1990er Jahren kam es dann zu einem regelrechten Boom an BID-Gründungen in den USA. Etwa zwei Drittel aller gegenwärtigen BID, deren Zahl auf mehrere tausend geschätzt wird, wurden nach 1990 gegründet (Briffault 2004: S. 1; Ward 2007: S. 660). Mehr als 60 Prozent aller amerikanischen BID befinden sich dabei in den fünf Bundesstaaten New York, Kalifornien, New Jersey, North Carolina und Wisconsin (Mitchell 1999; 2001). BID in den USA konzentrieren sich mehrheitlich auf Geschäftszentren, entsprechend

dominieren Politikfelder, welche die Attraktivitätssteigerung eines Viertels aus Sicht der Grundeigentümer und Gewerbetreibenden beinhalten: Marketing (Corporate Design) sowie „Sicherheit und Sauberkeit“. Allerdings arbeiten nicht alle BID bis ins Detail nach einem einheitlichen Schema. Vielmehr gibt es Variationen zwischen den Bundesstaaten, die sich von den Anforderungen an den Gründungsablauf und die dabei notwendigen Zustimmungsquoren, über den Kreis der Abgabepflichtigen und Modelle der Kostenverteilung bis hin zu Zielsetzungen und Bestimmungen über die Form und Besetzung der Lenkungsorgane erstrecken (Houstoun 2003: S. 16; Vollmer 2008: S. 39f.). In den 1990er Jahren haben sich die USA zum weltweiten Vorbild bei der Expansion der BID entwickelt. In den meisten Ländern, die gegenwärtig über das BID-Modell verfügen, galten für die Initiatoren einige wenige Business Improvement Districts aus New York City, das alleine derzeit 59 BID beherbergt, und Philadelphia als empirischer Beleg für den Erfolg des Modells und die Übertragbarkeit auf eigene Städte. Zu diesen wenigen Vorbildern gehören in New York die Bryant Park Restoration Corporation, die Grand Central Partnership, die Downtown Alliance sowie die Times Square Alliance und in Philadelphia der Center City District BID (WARD 2007: S. 662).

BID sind derzeit weltweit in mindestens 16 Ländern etabliert (WARD 2007), in weiteren Staaten werden entsprechende Gesetzesinitiativen vorbereitet (zum Überblick vgl. Pütz 2008: S. 9ff.). Es lassen sich drei Gründe dafür identifizieren, dass das BID-Konzept sich so erfolgreich verbreiten konnte:

- So gibt es erstens zahlreiche Anzeichen dafür, dass sich das Leitbild der unternehmerischen Stadt international als ein hegemonialer Diskurs etabliert hat, der Stadtpolitiken auf Ziele der interkommunalen Wettbewerbsfähigkeit,

ökonomischen Effizienz etc. einschwört. Solche Diskurse, deren Untersuchung in einem internationalen Maßstab noch aussteht, sind deshalb so machtvoll, weil sie die Wahrnehmung bzw. Definition gleicher Problemstrukturen bewirken, die dann wiederum ähnliche Konzepte der Problemlösung nahe legen (zum Beispiel die Wahrnehmung eines Bedeutungsverlustes der Innenstädte bzw. gewachsener Geschäftslagen im Wettbewerb mit nicht-integrierten Standorten, die Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung erfordern). Die Folge ist auf lokaler Ebene Anpassungshandeln in Form der Übernahme neuer Institutionen (wie BID) und die Ausrichtung auf spezifische Politikfelder (zum Beispiel „Sicherheit und Sauberkeit“ als ein international zu beobachtender Fokus von BID) oder Bauprojekte (zum Beispiel Wohnen am Wasser oder Revitalisierungsprojekte, die auf die Wohnwünsche „globaler Eliten“ zielen, von denen man sich vermehrte Investitionen etc. erhofft), was insgesamt Prozesse der internationalen Politikkonvergenz stark befördert.

- Konzepte wie BID verbreiten sich zweitens über internationale Imitations- und Lernprozesse. In Ländern, die die Durchsetzung neoliberaler Steuerungsmodelle in den vergangenen Jahren bewusst forciert haben, vollzog sich die Implementierung des BID-Konzeptes dabei vor allem im Rahmen eines Top-down-Prozesses. So wurde die Einführung von BID in Großbritannien durch den Politikwechsel durch Tony Blairs New Labor maßgeblich vorangetrieben. Das nordamerikanische BID-Modell, speziell BID in New York und Philadelphia, diente dabei explizit als Vorbild, wobei – im Unterschied zu den USA, wo die Etablierung von BID vornehmlich auf private Initiativen zurückzuführen ist – die britische Regie-

rung BID top-down einführte: Sie initiierte einen landesweiten Wettbewerb für Kommunen und wählte aus 80 Bewerbungen insgesamt 22 Pilotprojekte aus, in denen BID später implementiert wurden. Blair erklärte: „These will be similar to the successful US examples where local businesses help pay for projects that improve their local area“ (DETR 2001: S. 1). Britische Regierungsvertreter proklamierten BID weiterhin als „New-York-style schemes“. Auch in Neuseeland, das mit zahlreichen radikalen Reformen seit den 1980er Jahren international als Musterstaat für neoliberal geprägte Politikmodelle gilt, werden BID, von denen es mittlerweile rund 140 gibt, durch die lokalen Regierungen initiiert, etabliert und genehmigt, konkrete Maßnahmen dann von einem Aufsichtsrat, bestehend aus Grundbesitzern und Geschäftsinhabern, umgesetzt (Town Center Development Group 2005: S. 9). In anderen Ländern vollzog sich die Einführung von BID daher eher als Bottom-up-Prozess, wobei ebenfalls internationale Lernprozesse bedeutsam waren – allerdings eher auf Initiative lokaler Akteure zurückgingen. Auch hierbei spielen die „Referenz-BID“ in Philadelphia und New York eine zentrale Rolle, nämlich als Ziel von Informationsreisen lokaler Repräsentanten, die in ihren Kommunen BID gründen wollen, was sich zum Beispiel für Südafrika (Hoyt 2006: S. 232, Peyroux 2008) oder Deutschland (zum Beispiel Fuchs u. a. 2004) zeigen lässt.

- Einen erheblichen Einfluss auf die internationale Verbreitung von BID besitzen drittens internationale Organisationen. Hierzu zählen zum einen Vereinigungen wie die International Downtown Association (IDA, vgl. www.idadowntown.org), ein Netzwerk von mehr als weltweit 650 Institutionen und Gebietskörper-

schaften, die von thematisch orientierten Fachkongressen für ihre Mitglieder über die Publikation einschlägiger Ratgeberliteratur bis zur Veranstaltung von Fortbildungsseminaren maßgeblich zur Erstellung und globalen Zirkulation von Blaupausen-Konzepten der Innentadtrevitalisierung durch BID beitragen. Zum anderen sind es internationale Organisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, die als „Globalisierungsbeschleuniger“ von BID wirken. Dies lässt sich vor allem in Osteuropa beobachten, wo BID im Zuge der Unterstützung der Verwaltungsmodernisierung implementiert werden. So wurde das BID-Modell in Serbien durch das Serbia Local Government Reform Program (SLGRP), das im Juni 2002 vorgestellt wurde, finanziell unterstützt durch die US Agency for International Development (USAID 2007). Das Programm sah zunächst vier BID vor, die nach nordamerikanischem Vorbild von einer international arbeitenden Unternehmensberatung etabliert worden sind. Mitglieder der BID-Präsiden haben darüber hinaus Informationsreisen nach New York City unternommen, um sich dort über das BID-Modell zu informieren. Entsprechend ähneln die Organisationsstruktur sowie die Politikfelder dem New Yorker Vorbild (Ward 2007: S. 664). Auch bei der Initiative in Albanien, einen BID in Tirana umzusetzen, kommt ausländischen Beratern und international tätigen Institutionen eine entscheidende Rolle zu. Im Falle Albanien ist es die GTZ, die Projekte der Politikberatung finanziert, bei denen Fachleute aus unterschiedlichen Aufgabefeldern den Umbau und die Modernisierung der Kommunalverwaltung und Stadtplanung in Tirana unterstützen sollen. Im Zuge dessen wird auch ein privates Beratungsunternehmen aus Frankfurt finanziert, das auch in Deutschland Kom-

munen zur Implementierung von BID berät, um in Tirana unter den Geschäftsleuten der Hauptgeschäftsstraßen Überlegungen zu einer BID-Initiative anzustoßen.

Wie der kursorische Überblick zeigt, sind BID mittlerweile in nennenswertem Umfang global verbreitet bzw. im Prozess der Verbreitung begriffen. Ausgewählte BID aus den USA – insbesondere New York – dienen dabei weltweit als Vorbilder und „Blaupause“. Dies kann beinhalten, dass BID hinsichtlich der Organisationsstruktur oder/und der inhaltlichen Ausrichtung nachgebildet werden, aber auch, dass auf „erfolgreiche“ Beispiele verwiesen wird, um die Etablierung eines BID zu legitimieren. Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Rolle internationaler Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit oder anderer internationaler Institutionen für die grenzüberschreitende Verbreitung von Governance-Mustern.

Empirisch noch nicht hinreichend geklärt ist die Frage, ob sich durch die internationale Verbreitung von BID auch grenzüberschreitend dominierende Tätigkeitsfelder von BID herausbilden, die für eine internationale Homogenisierung von Politikfeldern bzw. zunehmende Politikkonvergenz sprechen. Erste Anzeichen sprechen dafür, dass die Neuverteilung von Kompetenzen in der Quartiersentwicklung mit einer stärkeren Gewichtung von kommerziellen, den Grundstückswert steigernden Interessen bei der Entwicklung von Stadträumen einhergeht, das heißt, dass die vielschichtigen Privatisierungsprozesse zu einer Kommodifizierung der BID-Bereiche in den Innenstädten bzw. Subzentren führen. Ob hiermit eine Homogenisierung von Angebotsstrukturen einhergeht, welche sich zum Beispiel am Mainstream-Shopping und an Managementstrukturen ökonomisch erfolgreicher Einkaufszentren orientiert, oder ob lokale Besonderheiten von Stadtquartieren als Wettbewerbsvorteil aufgefasst werden und durch BID eher stärker kon-

turiert denn nivelliert werden, kann auf Grundlage der bislang vorliegenden Untersuchungen noch nicht hinreichend beantwortet werden.

Was ein Blick auf die inhaltliche Fokussierung der BID im internationalen Vergleich jedoch nahe legt, ist, dass die Gestaltung öffentlicher Räume nach kommerziellen Interessen prinzipiell das Risiko birgt, eine Politik zu befördern, die auf Ausschlussprinzipien setzt. Zahlreiche Selbstdarstellungen von BID-Initiativen bestärken diese Befürchtung der sozialwissenschaftlichen BID-Forschung. Exemplarisch hierfür mag der BID in Dublin gelten, der – zahlreiche nordamerikanische Vorbilder imitierend – vor allem auf Sicherheit, Sauberkeit und den Ausschluss „störender“ Bevölkerungsgruppen setzt, um die Innenstadt als Einkaufs- und Aufenthaltsort zu stärken: „Imagine a Dublin city with landscaped streets, without chewing gum, without graffiti, with no overflowing rubbish bins, with no broken paths, with no drunken revellers on our streets, no dilapidated buildings, a city with a welcoming and embracing environment, with hospitality wardens helping people [...]. Business Improvement Districts (BID) will transform our Capital City to reach its full potential“ (Dublin BID 2008). Wie Gentrifizierung als eine ökonomische Strategie der Wohnungswirtschaft beschrieben werden kann, so sind Homogenisierungen von Besuchern einer Einkaufsstraße Bestandteil des ökonomischen Kalküls der Betreiber. Um einen exklusiven Charakter zu erzeugen oder zu stärken, setzen vor allem BID in Großbritannien und in den USA auf Kontroll- und Überwachungsstrategien – zum Beispiel eine höhere Präsenz privater Sicherheitskräfte –, was dazu führen kann, dass „Sicherheit und Sauberkeit“ als Feld der Stadtentwicklungspolitik immer mehr in den Vordergrund rückt. Die Frage, ob diese kritisch zu betrachtende Fokussierung auch in Deutschland dominant werden wird, kann angesichts der erst jungen und teilweise



durchaus heterogenen Entwicklungen noch nicht abschließend beantwortet werden.

3. BID in Deutschland

Deutschland zählt zu den Vorreitern des BID-Modells in Europa. Seit Ende der 1990er Jahre wird hier in unterschiedlichen Kontexten – angestoßen durch Interessenverbände wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) oder die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschlands (BCSD)

sowie Institutionen wie das Deutsche Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) – vor allem aus praxisorientierter Perspektive über Möglichkeiten und Übertragbarkeiten des Modells auf deutsche Verhältnisse diskutiert (Wiezorek 2004: S. 121). Auch in Deutschland spielten die USA, insbesondere New York, eine wichtige Vorbildfunktion bei der Übertragung des BID, wie Informationsreisen zahlreicher deutscher Delegationen nach New York vermuten lassen. Das erste deutsche BID-Gesetz wurde Ende 2004 in Hamburg verabschiedet und trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Es folgten Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein (alle

2006) sowie das Saarland (2007) und Nordrhein-Westfalen (2008). Andere Bundesländer gehen allerdings bewusst den gegensätzlichen Weg der freiwilligen Mitwirkung an Initiativen zur Aufwertung von innerstädtischen Quartieren (in Bayern zum Beispiel mit der Initiative „Leben findet Innenstadt“).

Angesichts der steigenden Zahl an Bundesländern mit entsprechenden Gesetzesinitiativen scheint sich der Ansatz der verpflichtenden Anliegereinbeziehung in die Mitfinanzierung von Projekten zur Quartiersentwicklung in der deutschen Stadtentwicklung zu etablieren (Heinze/Tschentscher 2008: S. 21). Dies gilt umso mehr, als bislang freiwillige Modelle in verpflichtende Modelle transformiert werden, wie es in NRW 2008 mit Inkrafttreten des „Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)“ zu beobachten war. Darüber hinaus ist Deutschland noch in einer anderen Dimension Antreiber einer Ausbreitung des BID-Modells, allerdings weniger in räumlicher als vielmehr in funktionaler Dimension, indem das BID-Modell von Geschäftsvierteln auf andere Stadträume übertragen wird. Hier hat Hamburg mit dem „Gesetz zur Stärkung von Wohnquartieren“, das am 1.1.2008 in Kraft trat, auch auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle eingenommen. Es wird interessant sein zu beobachten, wie die hier geschaffenen „Housing Improvement Districts (HID)“, die weitgehend die BID-Funktionsweise adaptieren, sich in die globale Zirkulation von Ideen und Konzepten einspeisen.

4. BID - Leitlinien der wissenschaftlichen Auseinandersetzung

Die Literaturlage zu BID ist mittlerweile umfangreich. Insgesamt lassen sich in der internationalen Debatte um BID vier zentrale Diskussionsstränge

identifizieren, die mit absteigender Intensität die Debatten dominieren:

- Fallstudien mit nationalem oder lokalem Fokus dominieren: Publikationen oder Forschungsprojekte zu Business Improvement Districts bleiben meist auf nationale oder kommunale Fallstudien beschränkt, liefern lediglich eine Beschreibung des BID-Modells in unterschiedlichen Kontexten oder der lokalen Unterschiede bei der Implementierung innerhalb eines Landes. Briffault 1999 und Mitchell 2001 untersuchten die Entwicklung von BID in den USA, Ward dokumentierte die Übertragung des BID-Konzepts nach Großbritannien, Hoyt legte Fallstudien zur Implementierung von BID in den USA, in Kanada, Südafrika und Neuseeland vor (2003a, 2003b, 2005). Die Ansätze sind dabei in ihrer Mehrzahl anwendungsbezogen. Es fehlt eine Studie, die sich mit dem Vergleich internationaler Implementierungsansätze befasst und nicht nur die jeweiligen Unterschiede beschreibt, sondern die Hintergründe der unterschiedlichen Ansätze und ihre globale Verbreitung und „Übersetzung“ (Implementierungsstrategien, Transfermodi, mächtige Akteure) beleuchtet. Das Potenzial, am Beispiel von BID Erkenntnisse über die Mechanismen der Globalisierung von Governance-Modi der unternehmerischen Stadt zu gewinnen, bleibt damit bislang ungenutzt.
- Praxisbezug vorherrschend: Eine zentrale Frage in der Diskussion um BID ist deren Eignung als Werkzeug zur Steigerung der lokalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Revitalisierung von Stadtteilzentren, die durch die Konkurrenz von suburbanen Einkaufszentren an Attraktivität verloren haben (Mitchell 2001; Rothenberg Pack 1992). Diesem Tenor folgend besteht die Mehrzahl der Literatur zu BID aus Handbüchern, die sich mit der Umsetzung von BID-

Projekten vor dem Hintergrund von Stadtplanung, Citymarketing und Quartiersmanagement befassen. Der größte Vorteil von BID wird dabei übereinstimmend in der Überwindung des sog. Trittbrettfahrerproblems gesehen, an dem freiwillige Lösungen regelmäßig scheiterten (aus transaktionskostentheoretischer Sicht¹ dazu zum Beispiel Heinze 2007). Best-Practice-Lösungen, optimale Finanzierungsmodelle, Empfehlungen zum Vorgehen bei der Etablierung eines BID, Überlegungen hinsichtlich effektiver BID-Gebietsgrößen etc. dominieren die Literatur. Gründungsmodalitäten, Strukturen, Finanzierung, Funktionen und Maßnahmen vor allem der nordamerikanischen BID sind dabei aufgrund ihres Vorbildcharakters ausführlich erforscht (vgl. u.a. Briffault 1999; Houstoun 2003; Gross 2005). In Deutschland wurden verschiedene Arbeiten zur Klärung der Übertragbarkeit des Modells verfasst, die sich teilweise auch mit juristischen Fragestellungen befassen (vgl. Bloem/Bock 2001; Mswks 2001), darüber hinaus existieren bereits Ratgeber zur Implementierung von BID, die zum einen allgemeine Informationen enthalten und den legislativen Prozess beschreiben, zum anderen einen Leitfaden zur konkreten Umsetzung anbieten (vgl. HDE 2004; DIHK 2006 u. a.).

- Soziale Ausgrenzung als zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsfeld: Der Schwerpunkt der sozialwissenschaftlichen Forschung liegt in den sozialen Auswirkungen von BID. Vermeintlich positive Entwicklungen in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit, Immobilienpreise und Leerstandsdaten werden kritisch zu betrachtende Tendenzen gegenübergestellt.

Hierbei zielt die Kritik v.a. auf die Ausgrenzung sozioökonomisch benachteiligter Gruppen durch oftmals primär auf Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit zielende Maßnahmenpakete und die Verdrängung alteingesessener Händler durch finanzstarke Unternehmen, gleichzeitig werden vermeintliche positive Effekte wie beispielsweise die Kriminalitätsreduzierung kritisch hinterfragt (vgl. Hoyt 2005; Wiezorek 2004; Marquardt und Füller 2008). Sehr häufig wird die umstrittene Frage der demokratischen Legitimierung aufgegriffen und ein Verlust an Partizipationsmöglichkeiten konstatiert, die sich aus der Übertragung von Kompetenzen der Stadtentwicklung von öffentlichen auf private Akteure ergibt (Briffault 1999).

- Privatisierung des öffentlichen Raumes als prominentes Thema: Ein vierter Strang der Diskussion rankt sich um BID als neue Form von Governance im Kontext neoliberaler Stadtentwicklungsprozesse: Über die Macht- und Kompetenzverlagerung von staatlichen an private Akteure werden bestehende Hierarchien im Bereich der räumlichen Planung (die bislang weitgehend demokratisch legitimiert sind) rekonfiguriert, wobei private Akteure nicht gleichberechtigt an Teilhabechancen gewinnen, sondern spezifische Akteurskonstellationen mit – so die Befürchtung – partikulär kommerziellen Interessen an Bedeutung gewinnen (zum Beispiel weil sie traditionell besser organisiert sind als beispielsweise Anwohner und damit leichter ansprechbar). Diese Rekonfiguration von Akteuren geht einher mit einer Neuverteilung von Kompetenzen und

¹ „Transaktionstheorie“ ist eine wirtschaftswissenschaftlich fundierte Theorie, die sich primär auf Organisationen bezieht („Institutionenökonomik“), aber auch generell zur Erklärung von Verhaltensänderungen und institutionelle Änderungen verwendet wird. „Transaktionen“ wurden ursprünglich als vertragliche Regelungen begriffen, die um so schwieriger zu gestalten sind, je höher die damit verbundenen Veränderungskosten sind.



Verfügungsrechten. Der Staat setzt Anreize zur privaten Steuerung und setzt diese in entsprechenden Regelsystemen (v.a. Gesetze) um. Besonderes Augenmerk gilt hier den neuen Managementpraktiken im Rahmen von Public-Private-Partnership und der Verschiebung von Grenzen zwischen öffentlichen und privaten Sphären, die mit der außergewöhnlichen Stellung von BID einhergeht: Sie sind quasi-öffentlich, weil sie durch legislative Akte begründet werden und der (lokale) Staat die Finanzierung organisiert; sie sind privater Natur, weil sie außerhalb politisch-administrativer Hierarchien stehen (Morcöl/Zimmermann 2006: S. 22). BID werden interpretiert als Teil eines Trends zu „private cities“ (Glasze/Webster/Frantz 2006), in denen „pseudo-public spaces of consumption and distraction“ (Light/Smith 1998: S. 17) zunehmend den städtischen Raum prägen. Begünstigt durch die zentrale Rolle, die Grundeigentümer bei der Finanzierung und Steuerung von BID spielen, ist die Vermutung einer größeren Rolle von kommerziellen, den Grundstückswert steigernden Interessen bei der Entwicklung von Stadträumen naheliegend. Die Frage ist also, ob es über die vielschichtigen Privatisierungsprozesse zu einer Kommodifizierung der BID-Bereiche in den Innenstädten bzw. Subzentren kommt. Zudem wird diskutiert, ob der Umstand, dass auch Flächen im öffentlichen Eigentum zunehmend privatwirtschaftlichen Interessen unterliegen, mit Exklusionspraktiken einhergeht (Kilian 1998) und infolgedessen das Politikfeld „Sicherheit und Sauberkeit“ an Raum gewinnt. Hier stehen vor allem die sicherheitspolitische Orientierung von BID und die damit einhergehende Zunahme von Videoüberwachung und anderen Kontrollstrategien im Blickpunkt (Eick 2006, Töpfer/Eick/Sambale 2007). Graham

sieht BID darüber hinaus als paradigmatisches Beispiel für ein „splintered street management“ und eine Privatisierung, die auf „steuerlicher Exklusivität“ beruht, die die Grundprinzipien freier und demokratisch legitimer Zugänglichkeit und Gestaltung bedrohe (2001: S. 365).

In Deutschland ist die kritische Auseinandersetzung ähnlich strukturiert wie auf internationaler Ebene. Hier nimmt jedoch die Debatte um die demokratische Legitimierung von BID einen deutlich prominenteren Platz ein. Die meisten Publikationen, die über reine Ratgeberliteratur hinausgehen, stellen diesen Aspekt in den Vordergrund (zum Beispiel Vollmer 2008). Der Zwangscharakter von BID wird in der Literatur weitgehend akzeptiert, da der Trittbrettfahrerproblematik anders nicht beizukommen sei. Dass in Deutschland die Frage nach einer freiwilligen oder erzwungenen Mitwirkung dominiert, dürfte vor allem damit zusammenhängen, dass zeitgleich mit dem Aufkommen des BID-Modells auch andere Organisationsformen gegründet wurden, welche die Attraktivitätssteigerung von innerstädtischen Zentrenlagen zum Ziel haben und die sich vor allem dadurch unterscheiden, dass die Abgaben von den Grundeigentümern bzw. Gewerbetreibenden freiwillig erfolgen. Hierzu zählten insbesondere die Initiative „Leben findet Innenstadt“ in Bayern. Die freiwillige Mitwirkung wurde hier insbesondere gewählt, um auch andere gesellschaftliche Akteure (Anwohner, Soziale Institutionen) stärker mit beteiligen zu können.

Literatur

- ATCM (Association of Town Centre Management) (1997): Town Improvement Zones Discussion Report. Markt- und Absatzforschung (GMA). Info-Dienst February, S. 1 – 2.
- BCSD (Bundesvereinigung für City- und Stadtmarketing Deutschland e.V.) (Hg., 2003): Business Improvement Districts (BID) – Ein Modell (auch) für Deutschland?! Ingolstadt.
- Benz, Arthur; Fürst, Dietrich (2003): Region, Regional Governance, Regionalentwicklung. In: Adamschek, Bernd; Pröhl, Marga (Hg.), Regionen erfolgreich steuern. Regional Governance – von der kommunale zur regionalen Strategie, S. 11 – 66. Gütersloh.
- Bloem, Mario; Bock, Stefan (2001): Business Improvement Districts (BID). Untersuchung von Business Improvement Districts (BID) in Bezug auf Möglichkeiten und Grenzen einer Übertragbarkeit auf Innerstädtische Geschäftsquartiere in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Brenner, Neil (1997a): Die Restrukturierung staatlichen Raums: Stadt- und Regionalplanung 1960–1990. In: PROKLA 109: S. 545 – 566.
- Brenner, Neil (1997b): Global, fragmented, hierarchical: Henri Lefebvre's geographies of globalization. In: Public Culture (10): S. 135 – 167
- Briffault, Richard (1999): A Government for Our Time? Business Improvement Districts and Urban Governance. Columbia Law Review 99, S. 365 – 477.
- Briffault, Richard (2004): May 14, 2004 Draft. The Business Improvement District and American Cities, S. 1 – 10.
- DETR (Department Of The Environment, Transport And The Regions) (2001): Blair unveils BID – A Scheme to Improve Local Quality Life. Pressemitteilung vom 24. 4. 2001. www.gnn.gov.uk.
- DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) (2006): Zum Thema: BID – eine neue Form von Public Private Partnership zur Zentrenentwicklung! Positionspapier 19.2.2006.
- Dublin BID (2008): Welcome to Dublinbids. Internet: www.dublinbid.com. 28.4.2008
- Eick, Volker (2006): Raumgreifender Neoliberalismus. Kriminalpolitik und Privatisierung öffentlicher Räume. In: Hans-Jürgen Lange (Hg.), Kriminalpolitik. Wiesbaden. i. Dr.
- Einig, Klaus; Grabher, Gernot; Ibert, Oliver; Strubelt, Wendelin (2005): Urban Governance. Informationen zur Raumentwicklung 09/10.2005, S. I – IX.
- Fuchs, Tine u. a. (2004): Business Improvement Districts in New York City. Ergebnisse einer Studienreise im Dezember 2003. www.dihk.de/inhalt/download/Bericht_BDIs_NYC.pdf (2.3.2008).
- Glasze, Georg (2001): Privatisierung öffentlicher Räume? Einkaufszentren, Business Improvement Districts und geschlossene Wohnkomplexe. Berichte zur deutschen Landeskunde 75 (2–3), S. 160 – 177.
- Glasze, Georg; Webster, Chris; Frantz, Klaus (Hg., 2006): Private Cities – Global and Local Perspectives. London.
- Graham, Stephen (2001): The spectre of the splintering metropolis. Guest Editorial. Cities 18, S. 365 – 368.
- Gross, Jill Simone (2005): BID in New York City's low-income and high income neighbourhoods. Economic Development Quarterly 19 (2), S. 174 – 189.
- Hall, Tim; Hubbard Phil (Hg., 1998): The entrepreneurial city: geographies of politics, regime and representation. Chichester.
- Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism: The transformation of urban governance in late capitalism. Geografiska Annaler 71B, S. 3 – 17.
- HDE (Hauptverband des Deutschen Einzelhandels) (2004): Business Improvement Districts. Leitlinien zur Verwirklichung von BID-Projekten in Deutschland. Berlin.
- Heinze, Frank (2007): BID in der Quartiersentwicklung. Einsatzmöglichkeiten und -bedingungen aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie. RaumPlanung 130, S. 17 – 22.
- Heinze, Frank; Tschentscher, Christine (2008): BID in Deutschland. Ein Überblick. In: Robert Pütz (Hg.), Business Improvement Districts. Passau: S. 21 – 33.
- Houstoun, Lawrence O. Jr. (2003): Business Improvement Districts. Washington.
- Hoyt, Lorraine M. (2003a): The Emergence, success and implications of Business Improvement District Organisations. web.mit.edu/course/11/11.204/www/webportfolio/inquiry/Hoyt_2003a.pdf. (15.3.2006).
- Hoyt, Lorraine M. (2003b): Using a Policy Network Lens to Examine the Emergence, Success and Implications of Business Improvement District Organisations. Draft. www.urbanrevitalization.net. (15.3.2006).
- Hoyt, Lorraine M. (2003c): The Business Improvement District: An Internationally Diffused Approach to Revitalization. Washington.
- Hoyt, Lorraine M. (2005): Planning through compulsory commercial clubs: Business Improvement Districts. Economic Affairs 25 (4), S. 24 – 27.
- Hoyt, Lorraine M. (2006): Importing Ideas: The Transnational Transfer of Urban Revitalization Policy. International Journal of Public Administration 29, S. 221 – 243.
- Hoyt, Lorraine M.; Gopalagge, Devika (2007): The Business Improvement District Model. A Balanced Review of Contemporary Debates. Geography Compass 1 (4), S. 946 – 958.
- Kilian, Ted (1998): Public and private, power and space. In: Jonathan Light; Andrew Smith (Hg.), Philosophy and Geography II. The production of public space: S. 115 – 134. Lanham u. a.
- Kobayashi, Toshiki (2002): The Actual Situation of Citizen Participation for Town Management in City Core. Analysis of Inquiry for the Town Management Organization. Papers on City Planning 37, S. 319 – 324.
- Jessop, Bob (1997): The entrepreneurial city: re-imagining localities, redesigning economic governance, or restructuring capital? In: Nick Jewson; Susanne Macgregor Susanne (Hrsg.): Transforming cities: contested governance and new spatial divisions. London: Routledge: S. 28 – 41.

Light, Jonathan; Smith, Andrew (Hg., 1998): *Philosophy and Geography II. The production of public space*. Lanham u. a.

Marquardt, Nadine; Füller, Henning (2008): Die Sicherstellung von Urbanität. Ambivalente Effekte von BID auf soziale Kontrolle in Los Angeles. In: Robert Pütz (Hg.), *Business Improvement Districts*, Passau: S. 119–138.

Mitchell, Jerry (1999): *Business Improvement Districts and Innovative Service Delivery*. The Pricewaterhouse Coopers Endowment for the Business of Government. New York City. www.endowment.pwcglobal.com/pdfs/mitchell.pdf. (12.01.2005)

Mitchell, Jerry (2001): *Business Improvement Districts and the "New" Revitalization of Downtown*. *Economic Development Quarterly* 15, S. 115–123.

Morcöl, Göktug; Zimmermann, Ulf (2006): *Metro-politan Governance and Business Improvement Districts*. *International Journal of Public Administration* 29 (1–3), S. 5–29.

MSWKS (Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen) (2001): *Business Improvement Districts (BID). Untersuchung von Business Improvement Districts (BID) in Bezug auf Möglichkeiten und Grenzen einer Übertragbarkeit auf innerstädtische Geschäftsquartiere in Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf.

Naschold, Frieder (1993): *Modernisierung des Staates: zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors*. Berlin.

Naschold, Frieder; Oppen, Maria; Wegener, Alexander (1998): *Kommunale Spitzeninnovationen. Konzepte, Umsetzung, Wirkungen in internationaler Perspektive*. Berlin.

Ossenbrügge, Jürgen (2003): *Wirtschaftsgeographie und Governance. Die (regional-)politische Einbettung entgrenzter wirtschaftlicher Prozesse*. *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 47 (3–4), S. 159–176.

Peck, Jamie; Tickell, Adam (2002): *Neoliberalizing space*. In: Neil Brenner; Nik Theodore (Hrsg.): *Spaces of Neo-liberalism: Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Oxford: S. 33–57.

Peyroux, Elisabeth (2006): *City Improvement Districts in Johannesburg: Assessing the political and socio-spatial implications of private-led urban regeneration*. *Dialog* 89, S. 9–14.

Peyroux, Elisabeth (2008): *City Improvement Districts in Johannesburg. An examination of the local variations of the BID model*. In: Robert Pütz (Hg.), *Business Improvement Districts*. Passau: S. 139–162.

Pütz, Marco (2004): *Regional Governance. Theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und eine Analyse nachhaltiger Siedlungsentwicklung in der Metropolregion München*. München.

Pütz, Robert (2008): *Business Improvement Districts als neues Modell subkommunaler Governance: Internationalisierungsprozesse und Forschungsfragen*. In: Robert Pütz (Hg.), *Business Improvement Districts*. Passau: S. 7–20.

Rothenberg Pack, Janet (1992): *BID, DIDs, SIDs, SADs: Private Governments in Urban America*. *Brookings Review* 10 (4), S. 18–21.

Schote, Heiner (2008): *BID – privates Engagement und private Investitionen für gewachsene innerstädtische Lagen. Überblick über die Anwendung des BID-Instrumentariums in Deutschland und Erfahrungen aus Hamburg*. In: Robert Pütz (Hg.): *Business Improvement Districts*. Passau: S. 61–77.

Töpfer, Eric; Eick, Volker; Sambale, Jens (2007): *Business Improvement Districts. Neues Instrument für Containment und Ausgrenzung? Erfahrungen aus Nordamerika und Großbritannien*, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 37 (149) 4, S. 511–528.

Town Center Development Group (2005): *Business Improvement District: International model/New Zealand implementation*. EDANZ Conference Workshop 2005. www.towncentredevelopment.co.nz/downloads/edanzcof_2005.pdf (12.01.2008).

Travers, Tony; Weimar, Jeroen (1996): *Business Improvement Districts New York and London. The Greater London Group At The London School Of Economics and Political Science*. London.

USAID (2007): *Divac Teams Up To Promote Town's Investment Potential*. www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/press/success/2007-11-26.html (12.01.2008).

Vollmer, Annette (2008): *Öffentliche und private Interessen in Business Improvement Districts – Zur Frage der demokratischen Einbindung von BID in den USA und Deutschland*. In: Robert Pütz (Hg.), *Business Improvement Districts*. Passau: S. 35–60.

Ward, Kevin (2000): *A critique in search of a corpus: re-visiting governance and re-interpreting urban politics*. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 25 (2): S. 169–185

Ward, Kevin (2006): *„Policies in Motion“, Urban Management and State Restructuring: The Trans-Local Expansion of Business Improvement Districts*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 30 (1): S. 54–75.

Ward, Kevin (2007): *Business Improvement District: Policy Origins, Mobile Policies and Urban Liveability*. *Geography Compass* 1 (3), S. 657–672.

Wiezorek, Elena (2004): *Business Improvement Districts – Revitalisierung von Geschäftszentren durch Anwendung des nordamerikanischen Modells*. Berlin.

Wilson, David (2004): *Toward a Contingent Urban Neoliberalism*. In: *Urban Geography* 25 (8): S. 771–783.

Wiezorek, Elena (2005): *Business Improvement Districts. Aktuelles aus dem internationalen BID-UMFELD*. In: Landesbüro Stadtmarketing NRW (Hg.), *Business Improvement Districts – Penicillin, Placebo oder Pragmatismus*. 1. Nationaler Kongress zur Erfahrung mit neuen innerstädtischen Kooperationen. S. 31–41.

Yasui, Miki (2003): *Issues around Introducing Business Improvement District to Japan*. *City Planning Review* 242, S. 47–50.

Rolf Wernstedt¹

Hannover City 2020 - Mehr Demokratie gewagt in einem Stadtentwicklungsprozess Hannover

Die Stadt Hannover führt zur Zeit einen öffentlichen Diskurs zur Entwicklung der City bis zum Jahr 2020. Prof. Rolf Wernstedt, früherer Landtagspräsident Niedersachsens, hat an diesem Prozess als „Mentor“ mitgewirkt. Im Folgenden trägt er seine Überlegungen zu Schwierigkeiten solcher Prozesse in einer repräsentativen Demokratie vor und berichtet über die bisherigen Erfahrungen mit „Hannover City 2020“.

Stadt-Diskurse sind inzwischen in vielen Städten üblich geworden – nicht nur die Träger öffentlicher Belange interessieren sich dafür, sondern die Bürgerschaft engagiert sich in diesen Überlegungen. Gleichwohl sind solche Diskurse nicht frei von Problemen. Am Beispiel des laufenden Diskurses zum zukünftigen City-Konzept der Stadt Hannover werden im Folgenden vier Aspekte herausgestellt:

- das Verhältnis zur repräsentativen Demokratie
- die materielle Stoßrichtung des Prozesses
- das Verhältnis zur kommunalen Gesamtverwaltung und
- die Identifikation und der Einbezug relevanter Akteure.

1. Hannover City 2020

Für die Innenstadtentwicklung Hannovers hat sich die rot-grüne Mehrheit des Rates im Jahre 2007 eine Besonderheit einfallen lassen:

Sie möchte im Jahre 2010 einen internationalen Wettbewerb ausloben, um Gesichtspunkte für die städtebauliche Entwicklung der Innenstadt Hannovers bis zum Jahre 2020 und darüber hinaus zu finden. Dieses Projekt, „Hannover City 2020“ (HC 2020) genannt, verbindet traditionelle und neue Beteiligungssegmente.

Der Ausschreibung sind Diskussions- und Arbeitsschritte vorgeschaltet, die sich von bisher bekannten Arbeitsformen unterscheiden.

Von politischer Seite sind in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister Repräsentanten der Stadtgesellschaft benannt worden, die sich freiwillig und ehrenamtlich bereit erklärt haben, mit Unterstützung des Baudezernats diesen Prozess unabhängig zu begleiten.

Die Auswahlkriterien für die Personalauswahl waren:

- Zeitabkömmlichkeit
- Verbundenheit mit und Kenntnis der Innenstadt
- persönliche und institutionelle Unabhängigkeit,
- Interessenfreiheit
- Erfahrung mit öffentlichen Belangen

Man hat sich auf die im Ruhestand befindlichen ehemaligen EXPO-Planer Jürgen Eppinger, den ehemaligen Stadtsuperintendenten Hans-Werner Dannowski und des ehemaligen niedersächsischen Kultusminister und Landtagspräsidenten Prof. Rolf Wernstedt verständigt.

Die drei wurden im Fortgang des Prozesses Mentoren des Stadtentwicklungsprozesses Hannover City 2020 genannt.

Man näherte sich in drei Phasen dem Problem, wobei zu jeder Zeit die sachliche Zuarbeit und Federführung des Projektes beim Baudezernat und dem Baudezernenten lag.

Phase 1: Mitte 2007 bis Mitte 2008

Intensive Innenstadtbegehungen sowie Gespräche mit Experten verschiedener Interessengruppen (Wohnungswirtschaft, Geschäftsleute, Kulturschaffende, Medienvertreter usw.) und Formulierung eines Papiers, in dem Stärken und Schwächen des gegenwärtigen Zustands der Innenstadt nach Beurteilung der Mentoren beschrieben werden: „Hannover City 2020, Erste Leitvorstellungen“, September 2008“.

Phase 2: Sept. bis Dez. 2008

Vier öffentliche Foren, auf denen von Experten, die nicht aus Hannover kamen, spezifische Probleme von Stadtentwicklung referierten und diskutierten (historische, ökonomische, wohnungspolitische, architektonische stadträumliche Probleme und Fragen der Urbanität)

Foren wurden von jeweils etwa 600 bis 700 Interessierten der Stadtöffentlichkeit besucht. Von ih-

nen vorgetragene Anregungen wurden in den folgenden Planungsskizzen berücksichtigt.

Die Foren wurden vollständig aufgezeichnet und mehrmals im örtlichen Fernsehkanal gesendet. Die Presseberichterstattung war überaus ausführlich. Alle Papiere und Veranstaltungen sind auf der Homepage (www.hannovercity-2020.de) abrufbar. Ein eigens eingerichteter Chatroom ermöglicht direkte Kommunikation mit den Beamten des Baudezernats und den Mentoren.

Phase 3: Herbst 2008

Beauftragung eines Architektenbüros, das die aufgezeigten Probleme und Anregungen versucht, zeichnerisch umzusetzen.

Phase 4: März bis Sept. 2009

Drei öffentliche Foren, ebenfalls von Hunderten Interessierter besucht und von jeweils einem Mentor eingeleitet, die unter den Themen standen:

- Die lebendige Stadt (Eppinger)
- Die schöne Stadt (Dannowski)
- Die aktive Stadt (Wernstedt)

Diese Foren dienten der präziseren Identifizierung von städtebaulichen Interventionsräumen, die von dem beauftragten Architekturbüro zeichnerisch und grafisch dargestellt und immer wieder zur Diskussion gestellt wurden. Auch diese Foren wurden vom örtlichen Fernsehen übertragen.

2. Verhältnis zur repräsentativen Demokratie

Wie demokratisch ist unsere repräsentative Demokratie? Man muss sich dieser Frage ernsthaft stellen, wenn man das weit verbreitete Urteil (selbst, wenn es ein Vorurteil sein mag) wahrnimmt, dass die repräsentative Demokratie die Mitwirkungsmöglichkeiten auf den alle vier oder fünf Jahre

¹ Mentor im Stadtentwicklungsprozess Hannover City 2020

² Die folgenden Ausführungen basieren zu einem großen Teil auf dem „Impulsreferat“, das der Autor im Rahmen des Projektes Hannover City 2020 am 9. September 2009 im Sprengelmuseum in Hannover vortrug

stattfindenden Wahlakt reduziere.

Sowohl die populäre als auch die seriöse Demokratiekritik macht seit Jahrzehnten darauf aufmerksam, dass wir in Deutschland zu wenige Möglichkeiten direkter Entscheidungsteilnahme haben: Volksbegehren und Volksentscheide in den Kommunen und Ländern scheinen zu gering, fachkundige Einwände gegen geplante Vorhaben sind zu betont auf die dem korporatistischen Modell geschuldete einflussreicher Lobbygruppen zugeschnitten; das Petitionsrecht wird durch die formalisierte Behandlung von Eingaben und Einsprüchen in ihrer Wirkung eingeschränkt; die Klagemöglichkeiten erscheinen häufig zu schwerfällig und kompliziert.

Der klassische Einwand der politischen Parteien und Repräsentanten gegen diese Kritik lautet, dass jede Einzelentscheidung sich in die rechtliche und finanzielle Gesamtsituation einordnen muss (Haushalt und Verfassungsgrundsätze). Obwohl dieses Argument richtig ist, bleibt ein Unbehagen bei komplexen Entscheidungsvorgängen.

Stadtentwicklung ist seit jeher ein solch komplexer Vorgang. Die gewöhnliche Form der Entscheidungsfindung findet über Rahmenvorgaben in Form von Wettbewerben statt, die wiederum nach stark formalisierten Verfahren verlaufen, weil das eventuell. hinter den Plänen stehende große Finanzvolumen rechtssichere Verfahren erfordert.

Wie man aber in großflächigen Stadtentwicklungsplanungen in Großstädten verfahren soll, um die ökonomischen Interessen, Funktionszusammenhänge, Leistungsfähigkeit, Zielvorstellungen, ästhetische Bedürfnisse und erwartete Lebensqualität unterschiedlicher Nutzergruppen beteiligungsgerecht zur Geltung bringen kann, ist ein durchaus ungelöstes Problem.

3. Die materielle Stoßrichtung des Konzepts

Im Rahmen des Projektes Hannover City 2020 (HC 2020) können Überlegungen zu einer aktiven Stadt nur bedeuten, die bisher in den Foren und Vorbereitungsgesprächen erarbeiteten und diskutierten Zielvorstellungen für die weitere Stadtentwicklung Hannovers zu benennen und diese zur Grundlage für weitere Diskussionen und Entscheidungsprozesse für alle Akteure zu machen. Das betrifft sowohl die Akteure der „Hardware“ (Immobilienwirtschaft, Eigentümer, Planungsbevollmächtigte usw.) als auch der „Software“ (Kulturaspekte, Eventplanungen und -organisationen, Bespielung öffentlicher Räume usw.).

Diese Zielaspekte müssen in einem regelmäßigen Verständigungsprozess gesichert, überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Berücksichtigung der Zielaspekte bedeutet, dass jede Einzelmaßnahme im Horizont der Gesamtvorstellungen als integrierte Perspektive bewusst sein sollte und gesehen werden muss. Dies ist keine lästige Begleitmusik, sondern eine demokratische Denk- und Handlungsweise, deren Nutzen mehr umfasst als kurzfristige Kosten-Nutzen-Berechnungen.

Bisher im Prozess HC 2020 erkennbar gewordene Ansprüche, die Bestandteil von Leitvorstellungen sein können und sollen:

1. Ökonomische Prosperität und ihre städtebaulichen Gesichtspunkte sind unverzichtbare Stadtentwicklungs-Faktoren. Immobilienwirtschaft und Liegenschaftsverwaltung, Einzelhandel oder andere Gewerbe müssen daran interessiert werden und bleiben, dass ihre ökonomischen Interessen eine auf die Allgemeinheit bezogene Komponente hat, die sich auch im Zusammenspiel von Funktionalität und sichtbarer Gestalt des Stadtbildes wieder fin-



Neue Architektur prägt das Stadtbild am Aegi.

- den sollte. Wirtschaftliche und baukulturelle Interessen gehören zusammen.
2. Ermöglichung von mehr Wohnvielfalt und ihre Einbindung in die Stadtquartiere war in allen Diskussionen Konsens
3. Wie ein cantus firmus zog sich durch alle Begegnungen der Wunsch, dass der architektonische Reiz einer Stadt nicht vernachlässigt werden darf. Anspruchsvolle und gefällige Architektur müssen sich nicht ausschließen. Einheitsarchitektur von Wladiwostok bis Paris gibt es genug. Die Schönheit einer Stadt kann ohne diesen Punkt nicht erblühen (ein misslungenes Beispiel ist offenbar der vorgesehene Umbau des Kröpke)
4. Keine moderne Stadt kann sich ohne Balance zwischen Verkehrsgünstigkeit und -belästigung entwickeln
5. Auch unausgesprochen besteht Einigkeit in dem Wunsch, dass künstlerische Anregungsvielfalt und kulturell-sportliche Dynamik sichtbar und erlebbar sein sollen. (Zusammenarbeit der Museen, Open-Air-Veranstaltungen auf verschiedenen Plätzen, Hannovers Kunst im öffentlichen Raum hat Vorbildcharakter mit Entwicklungspotenzial, Perspektivwechsel der Museen usw.)
6. Es gehört zum Selbstverständnis einer europäischen Stadt, dass die Bewahrung, Sichtbarmachung und eventuelle Rekonstruktion historischer Gebäude und Orte beachtet wird (In Hannover sind es zum Beispiel Nikolaikapelle, Lavesachsen, Wasser, Innenstadtfriedhöfe)
7. Eine Stadt sollte ein gewisses Maß von Repräsentations- und Inszenierungsfähigkeit besitzen (Platzdenomination, Blick auf die Stadt von

- den Freiflächen aus usw.)
8. Gerade Hannover hat immer viel Wert auf seine Umweltgerechtigkeit und landschaftsräumliche Gestaltung gelegt (Die Diskussion um die „Stadt der Gärten“ oder „Stadt als Garten“ ist noch nicht zu Ende. Muss das Verständnis von Natur und Urbanität als Kulturlandschaft neu gedacht werden? Entstehen dadurch eventuell neue Interventionsräume?)
 9. In Hannover ist die Präsentation und Integrationskraft unterschiedlicher kultureller und ethnischer Einflüsse in der Innenstadt noch unzureichend, wie man am Steintorviertel sehen kann.
 10. Die Stadt sollte ihre Fähigkeit zur Interaktivität verstärken (Wie aktiviert man verschiedene Ethnien? Wer kann sich realistischer Weise längerfristig oder bei Projekten aktivieren lassen?)
 11. Über das Nachtleben ist kaum gesprochen worden. Aber was ist eine lebendige und aktive Stadt nachts über das Geschehen im Rotlichtviertel hinaus? (Zinnober, Nacht der Museen und Theater, Breslau, Rom,)
 12. Ein Dauerthema war und wird immer das angemessene Verhältnis von öffentlichen und privaten Räumen sein. (Gestaltung von Straßen und Plätzen wie Lange Laube, Bahnhofsvorplatz, Platz der EXPO 2000, Raschplatz, Opernplatz)
 13. Hannover im Jahre 2020 und darüber hinaus sollte sich durch den Respekt verschiedener Nutzer der Innenstadt zu unterschiedlichen Tages- und Jahreszeiten auszeichnen. Man muss wissen, dass eine Innenstadt nie ein völlig konfliktfreier Raum sein kann. Dazu sind die sozialen und kulturellen Spannungen zu groß. Aber das Wissen um die Verschiedenartigkeit der Erwartungen und der Nutzung der Innenstadt fördert Friedfertigkeit (Einkäu-

fer, Touristen, Kinder, Behinderte, Flaneure, Wohnbevölkerung, Ältere, Arbeitende und Dienstleistende usw.). Ein paradigmatischer Konflikt zwischen Schönheit und Lebensgefühl ist nach Fertigstellung des Areals südlich der Oper zwischen den jugendlichen Skatern und den anderen Nutzern zu besichtigen.

Wohlfühlqualität hat vielgestaltige und manchmal auch flüchtige Anlässe. Die Stadt ist der Ort des Sehens und Gesehenwerdens, der materiellen und der lebendigen Seiten. In einer Stadt muss man das Geschenk des Ansehens anbieten und auch genießen können. Die Wahrnehmung des Glücks des Augenblicks ist in der Stadt intensiver als irgendwo. Die Innenstadt ist die Repräsentanz der Gesamtstadt.

4. Verhältnis zur kommunalen Gesamtverwaltung

Es ist davon auszugehen, dass die Prozesse der Stadtentwicklung vielfältiger geworden sind. Die verantwortliche Kommunalpolitik mit ihrer politischen Repräsentanz (Rat und Oberbürgermeister) und ihrer Fach- und Planungskompetenz (Dezernate, Baudezernat und nachgeordnete Behörden wie Denkmalschutz usw.) bleibt im Rahmen der Landes- und Bundesgesetze die erste, weil einzige demokratisch legitimierte Instanz jeder Stadtentwicklung.

Sie muss sich aber darauf einstellen, dass sich jeweils lokal spezifische Akteurskonstellationen und Kooperationsstrukturen etablieren. Insofern wird sie je nach Konstellation verschiedene Rollen einnehmen, mal als Ermöglicherin, mal als Reguliererin, mal als Impulsgeberin, mal als Investorin, mal als Unternehmerin, mal als Mediatorin, mal als Kommunikatorin oder als Vorschriftengeberin.

Eine aktive Stadt ist eine interaktive und lebendige

Stadt. Alle möglichen Akteure haben die Aufgabe, die Entwicklung der Innenstadt insgesamt im Blick zu haben. Es reicht für eine aktive Stadt nicht aus, wenn die Akteure nur die eigenen spezifischen und möglicherweise legitimen Interessen vertreten. Eine aktive Stadt nimmt die Interdependenzen von Einzelentwicklungen in ihren Bezügen wahr (Beispiel: ECE hat den Einzelhandel motiviert, aktiv zu werden). Eine aktive Stadt ist insofern eine kommunizierende Stadt, die in vernetzten Strukturen lebt und ihr Aktivierungspotenzial immer neu bestimmt.

5. Identifikation der relevanten Akteure und deren Einbezug

In unserem Prozess HC 2020 haben sehr viele organisierte und unorganisierte Akteure mitdiskutiert, Vorschläge eingebracht und Anregungen gegeben. Alle diejenigen, die sich eingebracht haben, werden weiter gebraucht. Darüber hinaus muss man wissen, dass es in einer Großstadt auch informelle Strukturen gibt, die sich nur zeitweise oder örtlich begrenzt zu Wort melden. Die Jugend- und die Kulturszenen sind ein solches nicht geformtes Potenzial, das zu einer Stadtgesellschaft dazugehört. Manchmal stellt sich erst später heraus, dass in ihnen viel Zukünftiges steckt. Bei Betrachtung der Kulturszenen, die sich um den Pavillon herum formieren oder in Linden lebendig ist, kann man dies sehen. Ob es da Chancen gibt, davon in der Innenstadt zu profitieren, muss man sehen. Aber auch feine Strukturen, wie sie bei der Modernisierung der Luisenstraße und -passage oder bei der Etablierung der Quartiersinitiativen zum Ausdruck kommen, sind hier zu erwähnen. Es kommt darauf an,

- ihre Interessen zu verstehen,
- ihr Engagement zu stimulieren,

- die Interdependenzen zu beschreiben und bewusst zu machen,
- ihr Interesse an der Weiterentwicklung zu verstetigen,
- ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit glaubwürdig zu organisieren,
- Ermutigungen zu öffentlichen Meinungsäußerungen, Vorschlägen und Interventionen zu leisten,
- Formen zu entwickeln, in denen von der Diskussion, der Interessenbekundung, der Informationsverarbeitung und der Akzeptanz von gefundenen Lösungen die Realisierung von Projekten betrieben werden kann.

Die Organisation eines solchen Prozesses ist nicht einfach. Man muss auch die Demokratie nicht neu erfinden. Ob für komplexe Strukturen und Anforderungen aber schon alle Möglichkeiten bedacht worden sind, ist eine immer wieder neu zu stellende Frage.

6. Offene Fragen

HC 2020 hat mit seinen mehrgestaltigen Akzenten (Benennung von Mentoren und Stadtrundgänge zur Identifizierung von Schwachstellen und Interventionsorten, Mentorenauftritt, Bauverwaltung, öffentliche Foren, Beauftragung von Architekten- und Stadtplanungskompetenz, Beteiligungsgespräche, Öffentliche Präsentation, Wettbewerbsvorbereitung und -durchführung etc.) einige neue Elemente eingeführt und zu einem respektablen Zwischenstand geführt. Gleichwohl bleiben einige offene Fragen:

- Die Mitarbeit des gesamten Dezernententeams ist verbesserungswürdig. Ein solcher Prozess muss Sache aller Dezernate sein und werden, nicht nur der tüchtigen unteren Referate. Denn alle Diskussionen haben gezeigt, dass Wirt-



Das Rathaus von Hannover ist ein Magnet für tausende von Besuchern.

schaftsbelange, Umweltgesichtspunkte, soziale Fragen, kulturelle Entwicklung unmittelbar tangiert sind. Diese Gesichtspunkte frühzeitig einzubeziehen, würde im Übrigen auch mögliche spätere Konflikte vermindern (aktuell Ballhof).

- Außerdem ist ein solch aufwändiger Prozess nur dann nachhaltig erfolgreich, wie es die zeitliche Perspektive 2020 anzeigt, wenn die Stadt dies mit einer gewissen finanziellen Stetigkeit begleitet. Ob dies eine feste Etatsumme oder ein Liegenschaftsfonds oder andere Formen revolvingender Finanzgenerierung ist, der hier eingebracht wird, mag noch diskutiert werden.
- Für eine Landeshauptstadt, die sich in ihren Gebäuden wesentlich in oder am Rande der

Innenstadt zeigt, wäre eine kontinuierliche und auch aktive Rolle des Landes wünschenswert. Die Debatte um den Neu- oder Umbau des Landtages macht das ebenso deutlich wie die zögerliche Handhabung der weiteren Perspektive von Staatskanzlei und Waterlooplatz.

- Im Kern geht es um die Frage, ob es im Interesse der Weiterentwicklung der Stadt erweiterte demokratische Beratungsrechte geben kann und wie man ein solches Mitwirkungsrecht so gestaltet und ermutigt, dass nicht nur geredet, sondern auch qualitativ gedacht und gehandelt werden kann.

Überzeugende städtebauliche Pläne erleichtern schon aufgrund ihrer Qualität die Realisierung der mit ihnen verbundenen Ziele. Ihre Verankerung in den Köpfen möglichst vieler Akteure ist daher ein

wichtiges Ziel der weiteren Stadtentwicklung. Dieser Ansatz wird umso wichtiger, wenn die Leitfunktion öffentlicher Investitionen immer seltener eingesetzt werden kann (Finanzkrise). Sichere Rahmenbedingungen sind deshalb gerade für die privaten Akteure wichtig, um die öffentliche Verantwortung der Stadtentwicklung durchzusetzen und sichtbar zu machen. Dies setzt voraus, dass sich die verschiedenen Dezernate der Stadtverwaltung in diesen Prozess einbringen. Die Zuständigkeit ist fachlich begründet, die Verantwortung allgemein.

7. Einschätzung

Zum Charakter des bisherigen Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist, lässt sich Folgendes sagen:

1. Die Installierung von Mentoren ist ein neuer Ansatz einer zusätzlichen Reflexions- und Berücksichtigungsebene in den sonst so streng an Zuständigkeiten orientierten Stadtexekutive und Rat darstellt. Die Mentoren können mehr Zeit und Konzentration auf das „Ganze“ aufwenden als es die Ratsmitglieder in der Regel können.
Aber die Installierung von Mentoren ist nur dann sinnvoll, wenn sie selbst unabhängig, mit ausreichender persönlicher Autorität ausgestattet und kooperativ sind. Kooperationsbereitschaft muss untereinander, zur Bauverwaltung und zum Rat bestehen.
2. Die Arbeit in dieser Konstellation kann nur erfolgreich sein, wenn die Stadtverwaltung (hier: der Baudezernent und sein Verwaltung) ohne Zögern und vertrauensvoll mit den Mentoren zusammenarbeitet. Es hat sich gezeigt, dass der in der Fachverwaltung versammelte Sachverstand unerlässlich für das Vorscheiten

des Prozesses ist. Das schließt selbstverständlich die Initiativrolle der Bauverwaltung mit ein, denn der Prozess bleibt in der Gesamtverantwortung der Stadt.

3. Die hohe Beteiligung an den Foren und die große Resonanz in der örtlichen Öffentlichkeit zeigt, dass es interessierte, formulierungsstarke und mitwirkungsbereite Teile der Stadtgesellschaft gibt, die im Vorfeld von Entscheidungen ansprechbar sind und bei den normalen Verfahren nicht einbezogen werden. Die große Offenheit des Prozesses garantiert auch die öffentliche Wahrnehmbarkeit vorgebrachter Argumente.

Es handelt sich bei diesem Prozess um einen bisher gelungenen Versuch, bürgerschaftliche Beteiligung zu verbreitern und damit die Kraft demokratischer Legitimität zu erhöhen. Ob ein solches Vorgehen auch auf andere Städte übertragbar ist, ist ohne genaue Kenntnis örtlicher Verhältnisse nicht einzuschätzen.

Bericht

Niedersachsen im Fokus der EU-Forschung

Die Teilnahme von niedersächsischen Einrichtungen am 6. Forschungsrahmenprogramm der EU

Ein Beitrag von Jörg Jerusel

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit der niedersächsischen Teilnahme an den Forschungsrahmenprogrammen (FRP) der EU seit 1984, insbesondere am 6. FRP, und stellt einen forschungsbezogenen Leistungsindikator vor. Des Weiteren wird die Beteiligung des niedersächsischen Forschungsstandorts innerhalb von ausgewählten Förderlinien, u. a. der Lebensmittelwissenschaften, erfasst und bewertet. Abschließend werden die Ergebnisse in knapper Form resümiert.¹

1. Einleitung

Die Forschungsrahmenprogramme der EU haben sich mittlerweile zum weltweit größten Forschungsförderinstrument entwickelt und weisen auch für die niedersächsische Forschungslandschaft eine stetig wachsende Bedeutung auf (vgl. BMBF, 2007, S. 6f).

Im 6. FRP (2002 – 2006) der EU fand das Bestreben der EU-Kommission (KOM), einen gemeinsamen Europäischen Forschungsraum (EFR) zu konstituieren, erstmals seinen Niederschlag. Basierend auf dieser neuen Ausrichtung wurden nun weniger, aber größere Projektkonsortien gefördert, neue Förderinstrumente (Exzellenznetzwerke; Integrierte Projekte) sollten eine stärkere strukturelle Wirkung auf die Forschung in Europa erreichen. Neue Förderprogramme sollten helfen, einzelstaatliche Förderprogramme auf europäischer Ebene zu vernetzen. Nicht zuletzt wurde im 6. FRP die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen, wobei die Bedürfnisse von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) eine herausragende Rolle spielen sollten, stärker betont (vgl. BMBF, 2002: S. 7f; 90f).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in-

wieweit sich die niedersächsische Forschungslandschaft an die sich geänderten Bedingungen des letzten Rahmenprogramms angepasst hat. Demgemäß ist es das Ziel des vorliegenden Aufsatzes, die niedersächsische Teilnahme am 6. FRP statistisch-quantitativ zu erfassen und für etwaige forschungspolitische Steuerungsprozesse auf Landesebene Basisinformationen anzubieten.

Während diverse Erhebungen, die sich mit der EU-Forschungsförderung und ihren regionalen Auswirkungen beschäftigen, an einer unsicheren Datenbasis krankten, stellt der vorliegende Aufsatz für den niedersächsischen Raum durch das Erhebungsinstrument der Befragung für die Einrichtungstypen Hochschule (HES) und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (REC) eine Totalerhebung dar. Durch diese Vorgehensweise kann für den privaten Einrichtungstyp (IND) von einer ausreichenden Annäherung an die Grundgesamtheit ausgegangen werden (vgl. Jerusel, 2008a, S. 4f).

2. Die Partizipation niedersächsischer Einrichtungen am 6. FRP im Vergleich zu früheren Rahmenprogrammen

Um sich einen Überblick der niedersächsischen Einrichtungen in den verschiedenen Forschungsrahmenprogrammen der EU zu verschaffen, betrachtet man zwei Merkmale: die Beteiligungszahl und die Mittelakquise. Bezüglich beider Kriterien ist bis einschließlich dem 4. FRP ein positiver Trendverlauf in Niedersachsen sichtbar.

Während die Beteiligungen ab dem 5. FRP rückläufig sind, ist der Mittelrückfluss aus Brüssel auch im 5. FRP weiter angestiegen. Insgesamt entspricht diese Entwicklung der Konzeption seitens

der EU-Kommission: weniger und finanzstärkere Forschungskonsortien

Bezüglich des 6. FRP wird in obiger Abbildung deutlich, dass dieser Trend weiter anhält. Während die Beteiligungszahlen für den niedersächsischen Forschungsstandort im 6. FRP auf 767 zurückgegangen sind, ist jedoch die Mittelakquise vom 5. (173,2 Mio. Euro) auf das 6. FRP (219,6 Mio. Euro) um 26,7 Prozent angestiegen.

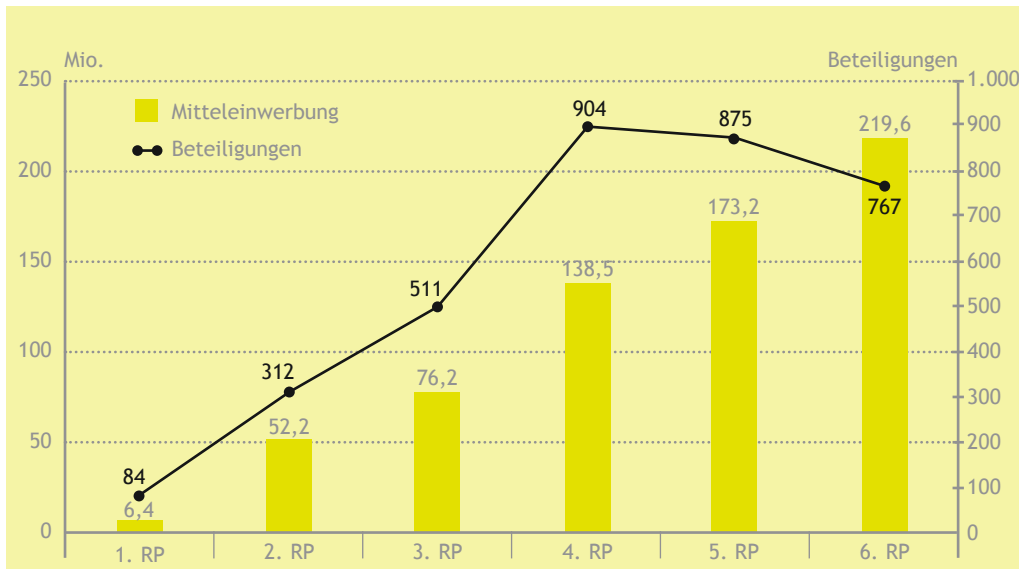
Während also die Beteiligungszahlen rückläufig sind, ist der monetäre „Kuchen“ der europäischen Forschungsförderung für die niedersächsischen Einrichtungen über die Rahmenprogramme hinweg in absoluter Betrachtung kontinuierlich größer geworden. Im nächsten Abschnitt wird deshalb untersucht, wie sich die Partizipationsstruktur der Einrichtungstypen an den Rahmenprogrammen entwickelt hat.

Betrachtet man die Beteiligungsentwicklung über die letzten drei Rahmenprogramme hinweg zunächst nach Einrichtungstyp, so fällt auf, dass bei den niedersächsischen HES und REC ein positiver Beteiligungstrend sichtbar wird. Hingegen geht die prozentuale Beteiligung der IND bzw. Forschungsabteilungen weiter zurück. Für den Einrichtungstyp „Sonstige“ (OTH) lässt sich eine stabile Beteiligung auf niedrigem Niveau konstatieren. Bei einem Vergleich nach Rahmenprogrammen wird sichtbar, dass im 4. FRP die privaten Forschungseinrichtungen dominierten (rund 37 Prozent). Während sich im 5. FRP bezüglich der Beteiligungsstruktur eher eine „Drittellösung“ abzeichnete, scheint sich im 6. FRP eine Dominanz der Hochschulbeteiligungen am EU-Programm herauszukristallisieren. Der Beteiligungsanteil der privaten Einrichtungen ist hier auf rund 28 Prozent abgesunken.

Eine Betrachtung der EU-Zuwendungen aus Brüssel zeigt ein ähnliches Bild: Während die niedersächsischen außeruniversitären Forschungsein-

¹ Die diesem Aufsatz zugrundeliegende Studie (Jerusel 2008, 2008a) ist abrufbar unter <http://www.eu.uni-hannover.de/index.php?id=333>. Im vorliegenden Aufsatz wird sich auf das Bundesland Niedersachsen konzentriert. Darüber hinaus möchte ich mich bei Christian Scholz für seine engagierte Mitarbeit bedanken.

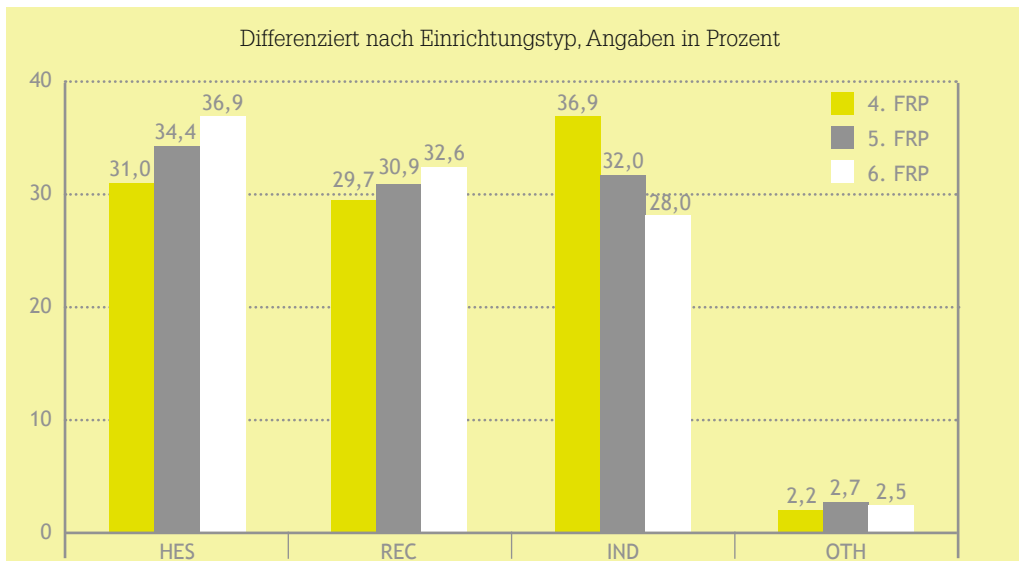
Abb. 1: Beteiligung und Drittmittelwerbung nds. Einrichtungen den FRP der EU



1. RP: 1984 – 1987; 2. RP: 1987 – 1991; 3. RP: 1990 – 1994; 4. RP: 1994 – 1998; 5. RP: 1998 – 2002; 6. RP: 2002 – 2006.

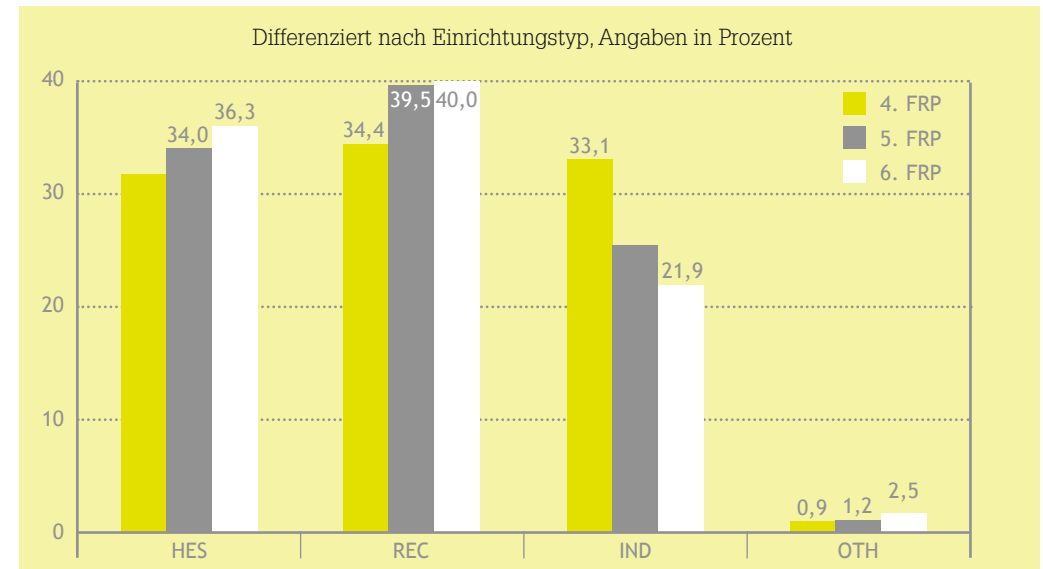
Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim

Abb. 2: Partizipationsstruktur (Beteiligungen) nds. Einrichtungen am 4., 5. u. 6. FRP d. EU



Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim

Abb. 3: Partizipationsstruktur (Mittelakquise) nds. Einrichtungen am 4., 5. u. 6. FRP d. EU



Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim

richtungen und Hochschulen jeweils positive Einwerbetrends verzeichnen, sind die Ergebnisse bezüglich der privaten Forschungseinrichtungen und -abteilungen auch hier rückläufig. Die prozentuale Verschiebung zugunsten der beiden erstgenannten Einrichtungstypen geht demnach auf „Kosten“ der privaten Einrichtungen. Für den Einrichtungstyp „Sonstige“ lässt sich ein positiver Trend auf niedrigem Niveau festhalten.

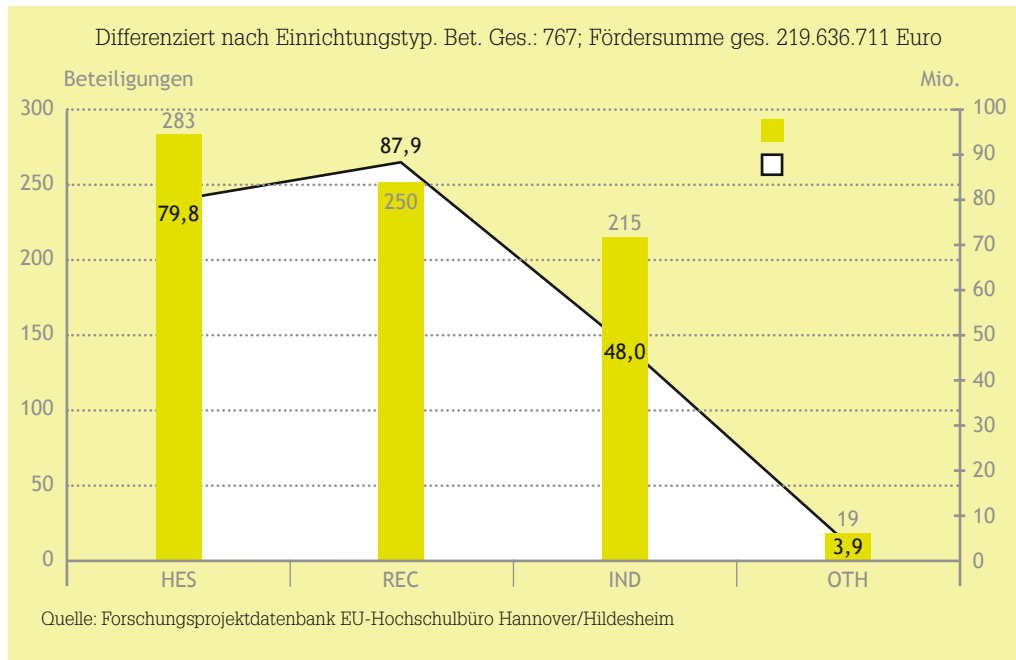
Gleichzeitig wird in Abb. 3 deutlich, dass es bei der Mittelinwerbung im 4. FRP annähernd eine „Drittellösung“ gab. Bezüglich der nachfolgenden RP scheint sich jedoch eher eine „Einwerbehierarchie“ abzuzeichnen: Am einwerbestärksten sind hier die niedersächsischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und diese Entwicklung macht die Bedeutung dieser Einrichtungen für den niedersächsischen Forschungsstandort nochmals deutlich. An zweiter Position folgen die niedersächsi-

schen Hochschulen, deren Akquiseanteil (mit 79,7 Mio. Euro im 6. FRP) von 31,7 Prozent auf 36,3 Prozent angestiegen ist. Die prozentuale EU-Drittmittelinwerbung der privaten Einrichtungen ist vom 4. auf das 6. FRP kontinuierlich gesunken, vom zweiten auf den dritten Platz. Zwar wird dieser Trend durch die Entwicklung bei der absoluten Mittelakquise relativiert, bewegt sich jedoch auf niedrigem Niveau. Es gilt, diese Entwicklung weiter zu beobachten.

3. Die Beteiligung der niedersächsischen Forschungseinrichtungen im 6. FRP

Mit Abschluss des 6. FRP der EU konnten die niedersächsischen Einrichtungen mittels 767 Projektbeteiligungen insgesamt 219,6 Mio. Euro EU-Dritt-

Abb. 4: Beteiligung und Mitteleinwerbung der niedersächsischen Einrichtungen im 6. FRP



mittel einwerben. Die durchschnittliche Fördersumme je Projekt beträgt somit 286.358 Euro. Bis zum Programmende waren 195 niedersächsische Einrichtungen am 6. FRP der EU beteiligt, wobei die Beteiligungsspanne von 63 Beteiligungen, durchgeführt von der Leibniz Universität Hannover, bis zu 126 Mal einer Beteiligung reicht.

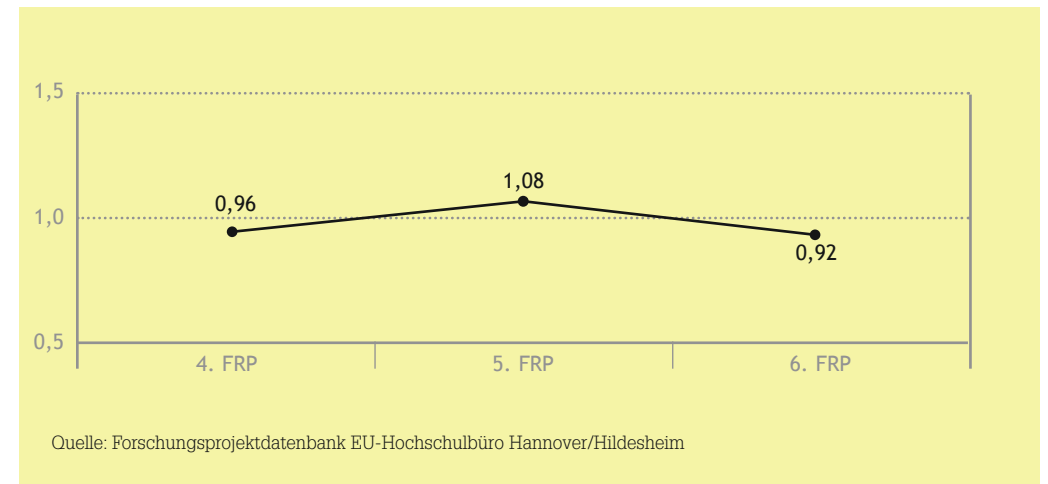
Die Abb. 4² zeigt, dass die niedersächsischen Hochschulen an 283 EU-Projekten beteiligt sind und mittels dieser Beteiligung abschließend rund 79,8 Mio. Euro akquirieren konnten.

Während die außeruniversitären Forschungseinrichtungen an 250 EU-Projekten beteiligt sind und hierdurch rund 87,9 Mio. Euro für den niedersächsischen Forschungsstandort einwerben konnten, waren die privaten Forschungseinrichtungen und

-abteilungen in 215 EU-Projekten eingebunden und konnten so 48,0 Mio. Euro EU-Drittmittel akquirieren.

Die 19 Beteiligungen bzw. rund 3,9 Mio. Euro EU-Mittel des Einrichtungstyps „Sonstige“ spielen innerhalb der EU-Förderung nur eine marginale Rolle. Gleichzeitig wird in Abb. 4 deutlich, dass die niedersächsischen Hochschulen mit 36,9 Prozent die meisten Beteiligungen (283) für sich verbuchen können, bei der EU-Drittmiteleinwerbung waren wiederum die außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit 40,0 Prozent (87,9 Mio. Euro) am erfolgreichsten. Die privaten Einrichtungen waren bis zum Abschluss des 6. FRP an 28,0 Prozent EU-Projekten beteiligt und konnten 21,9 Prozent der EU-Fördermittel, die nach Niedersachsen flossen,

Abb. 5: Akquisequoten der nds. Einrichtungen im Vergleich der letzten drei EU-Forschungsrahmenprogramme



einwerben. Ähnlich wie bei den universitären und privaten Einrichtungen ist bei der prozentualen Betrachtung auch bei den sonstigen Einrichtungen der Beteiligungswert (2,5 Prozent) oberhalb der Mittelakquise von 1,8 Prozent.

3.1 Die Akquisequote der niedersächsischen Einrichtungen im Rahmenprogrammvergleich - ein wichtiger Leistungsindikator

Der niedersächsische Anteil an den bundesweit eingeworbenen EU-Fördergeldern beträgt insgesamt 7,2 Prozent (219,6 Mio. Euro von 3.030,7 Mio. Euro). In Abb. 5 wird dieser Wert zum Anteil des Landes an den FuE-Beschäftigten des gesamten Bundesgebiets, der im Jahr 2004 7,8 Prozent betrug (vgl. BMBF, 2008, S. 560), in Beziehung gesetzt. So lässt sich die niedersächsische Mitteleinwerbung als leicht unterproportional einstufen – während die eingeworbenen Mittel zumindest im Vorläuferprogramm in etwa der Bedeutung entsprachen, die

Niedersachsen personell in der bundesdeutschen Forschungslandschaft innehatte.³

Nach Einrichtungstypen spezifiziert konnte zumindest für die niedersächsischen Hochschulen ein Akquisewert von 1,0 ermittelt werden – das heißt, die Mittelakquise verhält sich proportional zum Anteil der Hochschulprofessoren im Bundesgebiet (vgl. Jerusel, 2008, Bd. 1). Entsprechend bedeutet eine Akquisequote von 0,92 trotz der absolut gestiegenen EU-Zuwendungen einen leicht unterproportionalen Zuwachs. Wenn auch diese leicht unterproportionale Zunahme keinem Einrichtungstyp zugeordnet werden kann, so kann doch zumindest bezüglich des Hochschulsektors auf die moderate Akquisequote von 1,0 verwiesen werden.

Auch für das Bundesland Nordrhein-Westfalen liegen zwei Akquisequoten vor: Während die Akquisequote für den Hochschulsektor des Bundeslandes NRW mit 0,91 unterhalb des Einsenwerts liegt,

2 Das Kombinationsdiagramm beinhaltet die zwei Größenachsen „Beteiligung“ und „EU-Drittmiteleinwerbung in Mio. Euro“. Die Beteiligungen werden in Form der Säulen dargestellt (Vordergrund), die Mitteleinwerbung mittels eines Flächendiagramms (Hintergrund).

3 Werte für Niedersachsen im 4. FRP: Eingeworbene Mittel an Bund in Prozent: 7,0; FuE-Personal an Bund in Prozent: 7,3; Werte für Niedersachsen im 5. FRP: Eingeworbene Mittel an Bund in Prozent: 8,2; FuE-Personal an Bund in Prozent: 7,6. Vgl. Elspaß, 2000, S. 23f, sowie Jerusel, 2004, S. 36f.

Tab. 1: Regionale Beteiligung am 6. FRP der EU, differenziert nach Einrichtungstypen

Region	Beteiligungen	EU-Mittel	EU-Mittel je Einrichtungstyp			
			HES	REC	IND	OTH
Braunschweig	239	64.190.028	12.857.118	33.939.152	17.374.480	19.278
Bremen-Umland	11	959.542			846.769	112.773
Bremerhaven*	12	1.131.512			1.104.230	27.282
Emsland	9	5.094.565			4.949.222	145.343
Göttingen	146	51.552.705	17.069.369	30.665.277	3.818.059	
Hamburg-Umland	8	911.945		157.315	754.630	
Hannover	213	64.132.606	34.840.221	12.167.368	13.781.451	3.343.566
Hildesheim	13	2.595.073	638.584	488.035	1.338.454	130.000
Lüneburg	6	827.580	710.850		116.730	
Oldenburg	72	19.589.493	6.453.486	10.175.955	2.960.052	
Osnabrück	26	7.333.886	6.860.260		473.626	
Ost-Friesland	9	1.093.898	340.000	319.698	283.150	151.050
Südheide	3	223.878			223.878	
Gesamt	767	219.636.711	79.769.888	87.912.800	48.024.731	3.929.292

* Nicht Stadt Bremerhaven, zur ROR Bremerhaven zählen hier Cuxhaven und die Wesermarsch

Quelle: Raumordnungsregionen 1998; Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim

kann die Akquisequote des gesamten Forschungsstandorts mit 1,08 leicht oberhalb des Einserwerts verortet werden. Während sich also im Bundesland Niedersachsen der Hochschulsektor leicht stärker engagiert als die anderen Einrichtungstypen bzw. als ein anderer Einrichtungstyp, verhält es sich für das Bundesland Nordrhein-Westfalen genau spiegelbildlich: Hier sind die anderen Einrichtungstypen bzw. ist ein anderer Einrichtungstyp auf der

EU-Ebene leicht stärker engagiert als der Hochschulsektor des Landes.⁴

3.2 Regionale Beteiligung nach Einrichtungstyp

Im Folgenden soll einerseits die regionale Verteilung der EU-Forschung für Niedersachsen dargestellt werden und andererseits sollen die Träger der

EU-Forschung innerhalb der einzelnen Regionen sichtbar gemacht werden. Denn Forschungspotential, nicht nur auf EU-Ebene, wird längst als Standortfaktor und Wettbewerbsvorteil verstanden. Für eine regionale Darstellung wurden die EU-Mitteleinwerbungen der einzelnen Einrichtungen mit Hilfe der Raumordnungsregionen (ROR)⁵ gruppiert und somit dreizehn Regionen gebildet, die die EU-Forschungsaktivität abbilden. Diese Ausdifferenzierung ermöglicht somit die Darstellung von EU-Forschungszentren und forschungsschwachen Räumen in Niedersachsen. Neben der Darstellung der EU-Forschungsleistung je Region ist es hierdurch auch möglich, die spezifische Beteiligungsstruktur der Einrichtungstypen je Region detailliert aufzuzeigen.⁶

Zwei Regionen in Niedersachsen sind in der EU-Forschung besonders aktiv, zusammen akquirieren sie rund zwei Drittel aller eingeworbenen Drittmittel. Tab. 1 zeigt, dass die Regionen Braunschweig mit 239 Beteiligungen (31,2 Prozent) bzw. 64,2 Mio. Euro (29,2 Prozent) und Hannover mit 213 Beteiligungen (27,8 Prozent) bzw. 64,1 Mio. Euro (29,2 Prozent) die aktivsten Regionen in Niedersachsen sind.

Neben der regional unterschiedlichen quantitativen Forschungsaktivität in Niedersachsen ist darüber hinaus die Forschungsaktivität der Einrichtungstypen innerhalb der einzelnen Regionen für den jeweiligen Standort von Bedeutung.

So weist die Region Hannover, bedingt durch die hohe Konzentration von Hochschulen in dieser Region, landesweit die höchste Forschungsaktivität innerhalb dieses Einrichtungstyps auf.⁷ Hingegen

zeigen die Regionen Braunschweig und Göttingen mit 33,9 Mio. Euro und 30,7 Mio. Euro im wesentlich stärkeren Maße Forschungsaktivitäten durch die außeruniversitären Einrichtungen.

Während bei den zwei aktivsten Regionen Hannover und Braunschweig eine relativ ausgewogene Mischung der verschiedenen Einrichtungstypen bezüglich der Mitteleinwerbung sichtbar ist, offenbart sich in der Region Göttingen ein starkes Gefälle zwischen den außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen einerseits und den Unternehmen in der Region andererseits. In dieser geringen Forschungsaktivität der privaten Unternehmen auf EU-Ebene drückt sich allerdings auch ein Strukturproblem der südniedersächsischen Forschungsregion aus, da auch der Anteil des FuE-Personals in Unternehmen in der Region Göttingen mit 8,9 Prozent ausnehmend gering ist. Hier kann vermutet werden, dass die Ausstrahleffekte der öffentlichen Grundlagenforschung in die angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung der Wirtschaft nicht sehr ausgeprägt sind (vgl. NIW, 2004, S. 22).

Primär aktiv in der Region Braunschweig sind auf Seiten der elf teilnehmenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen die Institute des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI) sowie die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA). Neben den Technischen Universitäten in Braunschweig und Clausthal-Zellerfeld sind 28 private Einrichtungen der Region im 6. FRP der EU tätig, im Vergleich zum Zwischenbericht mehr als das

4 Zur genaueren Erläuterung der Akquisequote im Allgemeinen und für die Bundesländer NI und NRW im Speziellen vgl. Jerusel, 2008, Bd. 1. Neben Niedersachsen ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das die Beteiligungen an den Rahmenprogrammen erfasst. Die Zahlen werden in regelmäßigen Abständen von der Zenit GmbH in Mülheim an der Ruhr erhoben und sind von der Homepage der Landesregierung Nordrhein-Westfalen abrufbar. Vgl. Homepage der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (<http://www.frp.nrw.de/frp2/de/lib/fp6/sum/>). Zugriff: September 2008.

5 Die Raumordnungsregionen werden seit 1981 als räumliche Bezugsseinheit für bundesweite Analysen zum Stand und zur Entwicklung der regionalen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen. Sie stellen ein räumliches Raster für bundesweit vergleichende Analysen dar, das in der empirischen Regionalforschung breite Verwendung gefunden hat. Vgl. NIW, 2004, S. 22, sowie die Homepage des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung: <http://www.bbr.bund.de>.

6 Eine direkte Vergleichbarkeit bzgl. der regionalen Aktivitäten zur Vorgängerstudie zum 6. FRP ist somit nicht mehr gegeben.

7 Dieser Befund deckt sich mit dem Anteil der Region Hannover beim FuE-Personal nach Sektoren (Hochschulen, Wiss. Einrichtungen, Unternehmen) in Niedersachsen: Auch hier liegt die Region Hannover mit 36,0 Prozent an erster Stelle. Vgl. Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2004, S. 22.

Doppelte. Hierbei überrascht es nicht, dass die Volkswagen AG zum wichtigsten privaten Forschungsakteur in der Region Braunschweig zählt. In der Region Hannover sind es die Universität Hannover, die Medizinische Hochschule sowie die Tierärztliche Hochschule, die das EU-Forschungsfeld von Seiten der Hochschulen dominieren. Von den acht außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind vor allem das Laser Zentrum Hannover, die Max-Planck-Gesellschaft, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und die Fraunhofer-Gesellschaft zu nennen. Als private Einrichtungen sind die Hacon Ingenieurgesellschaft mbH, die Digital Video Systems GmbH sowie die Varta Microbattery GmbH in Hannover aktiv. In der Region Hannover beteiligen sich 34 Unternehmen an der EU-Forschung.

In Göttingen sind neben der Universität Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft, das DLR sowie das Deutsche Primatenzentrum auf Seiten der außeruniversitären Einrichtungen aktiv. In der Region Göttingen sind 13 Unternehmen an EU-Projekten beteiligt, mit zwei Ausnahmen alle in der Stadt Göttingen angesiedelt. Schwerpunktmäßig sind dies die Gesellschaft für Entwicklung und Realisation Adaptiver Systeme mbH (ERAS), die Satorius AG sowie die Develogen AG.

Neben der Universität Oldenburg, dem OFFIS-Institut, einem An-Institut der Universität Oldenburg, und der Hörtech GmbH sind in der Oldenburger Region im privaten Bereich primär folgende Unternehmen aktiv: Planet – Planungsgruppe Energie und Technik GBR, Chip Vision Design Systems AG, Energy & Meteo Systems GmbH, Overspeed GmbH & Co. Kg sowie das Hörzentrum Oldenburg GmbH.

In der Region Osnabrück sind neben den Hoch-

schulen die Brügggen GmbH, die Seecon GmbH und die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturfor-schung mbH im privaten Forschungssektor aktiv. In der Region Osnabrück kann sich keine außeruniversitäre Forschungseinrichtung am 6. FRP der EU beteiligen.

Im Bundesland Niedersachsen gibt es seit einigen Jahren auch geografische Räume, die unter dem Dach der (europäischen) Metropolregionen zusammengefasst werden. Diese Regionen, die stark verdichtete Großstadregionen mit besonderen Gateway-Funktionen (vgl. IKM, 2006)⁸ darstellen, setzen insbesondere auch auf das Wissenschaft- und Forschungspotential ihrer Mitglieder. Für die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg (H-BR-GÖ-WOB) ist dies sogar ein Alleinstellungsmerkmal, „als wichtigste metropolitane Funktion der Metropolregion wird [hier] der hohe Besatz an Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen genannt.“ (s. Haude, 2007, S. 119).

Neben der genannten Metropolregion H-BR-GÖ-WOB gibt es in Niedersachsen noch die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V., die jedoch auch den hansestädtischen Raum mit einschließt und somit als bundeslandübergreifendes Raumordnungskonzept zu betrachten ist. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg sieht sich als Wissens- und Innovationsregion, die insbesondere „Schnittstellen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Innovationsfeldern [...] unterstützen will“ (s. ebd.). Die dritte Metropolregion, die Niedersachsen tangiert, ist die Metropolregion Hamburg. Diese hat ebenfalls Partner im Flächenland Niedersachsen, insbesondere im südlichen Hamburger Umland.

Fasst man die EU-Fördermittel der beteiligten Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen

und der privaten Einrichtungen für die Metropolregionen zusammen, ergibt sich ein deutliches Bild: Die Metropolregion H-BR-GÖ-WOB wirbt mit 83 Prozent (182,5 Mio. Euro; 611 Beteiligungen) der in Niedersachsen akquirierten Mittel eindeutig die meisten Fördergelder ein. Ein Vergleich der beiden Metropolregionen H-BR-GÖ-WOB und Bremen-Oldenburg gestaltet sich schwierig, da hier Ländergrenzen überschritten werden. Rechnet man zur letztgenannten Metropolregion das Zwei-Städte-Bundesland Bremen, die Raumordnungsregionen Bremen-Umland und Oldenburg sowie die Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch, ergeben sich ca. 339 Projektbeteiligungen für diese Metropolregion, 272 weniger als in H-BR-GÖ-WOB.⁹ Aus Sichtweise des vorliegenden Erhebungsdesigns kein überraschender Befund, der jedoch andersorts als strukturelle Schwäche der Metropolregion Bremen-Oldenburg ausgelegt wird. (vgl. BAW, 2007, S. 101).

Deutlich wird aus diesem Blickwinkel erneut eine besonders hohe Beteiligung von Ballungsräumen. Ländlich geprägte Gebiete weisen eher geringe Beteiligungsstrukturen auf. Ob die Metropolregion als Konzept letztendlich zu einer erhöhten Drittmittelinwerbung durch forschende Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen führen kann, muss durch weitere, grundlegende (Folge-)Studien belegt werden.

3.3 Koordinatorfunktion im EU-Projekt

Eine besondere Rolle beim Aufbau eines Konsortiums, bei der Antragstellung und der Durchführung von Projekten spielen die Koordinatoren. Diese Rolle stellt auch erhöhte Anforderungen an das

Wissenschaftsmanagement und bedarf somit entsprechender Forschungserfahrung. Koordinatoren haben nicht nur projektintern den größten Einfluss, sie geben aufgrund ihrer exponierten Position innerhalb der Scientific Community oft auch die Richtung innerhalb eines Forschungsbereichs an. Der erhöhte Arbeitsaufwand drückt sich in einer höheren durchschnittlichen Fördersumme von 570.723 Euro je Projekt aus. In Projekten mit dem Teilnehmerstatus Partner beträgt die durchschnittliche Fördersumme 241.255 Euro. Gleichzeitig hat ein Koordinator größeren Einfluss auf die Ausrichtung des Themas sowie auf die Partnerwahl. Darüber hinaus wird die „Sichtbarkeit“ der koordinierenden Einrichtung in Europa stark erhöht. Mag der Arbeitsaufwand für die Projektkoordination aufgrund der größeren Konsortien und der neuen Instrumente IP und NoE größer geworden sein: Im Vergleich zum 5. FRP hat der durchschnittliche Zuschuss für Koordinatoren um rund 127 Tsd. Euro zugenommen.¹⁰ Hingegen ist in den Projekten mit Teilnahme-status „Partner“ im Vergleich zum vorherigen Rahmenprogramm die Fördersumme lediglich um rund 12,3 Tsd. Euro gestiegen.¹¹

Niedersächsische Forschende sind nicht allein als Partner, sondern auch als hauptverantwortliche Koordinatoren in Projekten aktiv. Insgesamt treten bei den 767 niedersächsischen Projektbeteiligungen im 6. FRP 83 Projektteilnehmer als Koordinatoren eines Forschungsprojekts auf. Dies entspricht 10,8 Prozent aller Forschungsprojekte.¹² Die meisten EU-Projekte werden im LSH-Programm koordiniert (15), gefolgt vom SUSTDEV-Programm (13) und vom AEROSPACE-Programm (11). In Abb. 6 ist zu erkennen, dass die Hochschulen 27-mal als Ko-

⁹ Fördersummen können an dieser Stelle nicht genannt werden bzw. sind nicht für alle Einrichtungstypen bekannt.

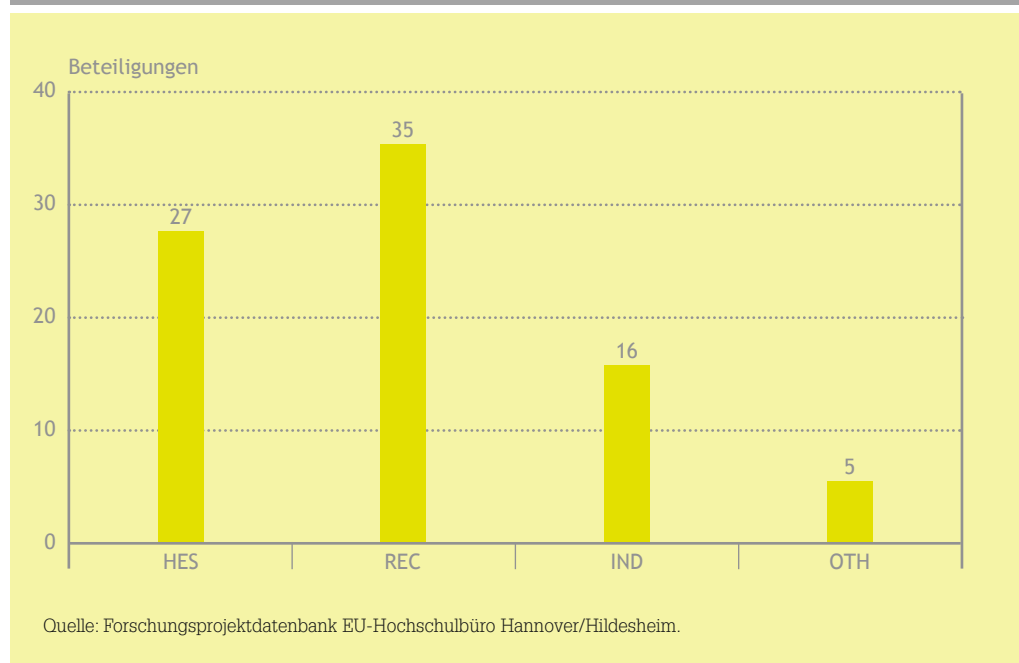
¹⁰ Im 5. FRP betrug die durchschnittliche Fördersumme für einen Koordinator noch 443.000 Euro. Vgl. Jerusel, 2004, S. 42.

¹¹ Im 5. FRP betrug die durchschnittliche Fördersumme für ein Projekt mit dem Teilnehmerstatus „Partner“ rd. 229.000 Euro.

¹² Um eine bessere Vergleichbarkeit zu gewähren, wird hier das HRM-Programm ausgeklammert. Berücksichtigt man alle Programme, werden bis zum jetzigen Zeitpunkt 105 bzw. 13,7 Prozent der 767 Projekte als Koordinatorprojekte durchgeführt. Hier nicht tabellarisch ausgewiesen.

⁸ Neben der Gatewayfunktion sind für die Metropolregion auch die Entscheidungs- und Kontrollfunktion sowie die Innovations- und Wettbewerbsfunktion ausschlaggebend.

Abb. 6: Koordinatoren je Einrichtungstyp



ordinator in einem EU-Forschungsprojekt fungieren. Hiervon werden neun der Forschungsprojekte an der Leibniz Universität Hannover koordiniert.¹³ Dies ist jedoch als negativer Trend zu bewerten, wie Abb. 7 deutlich macht.

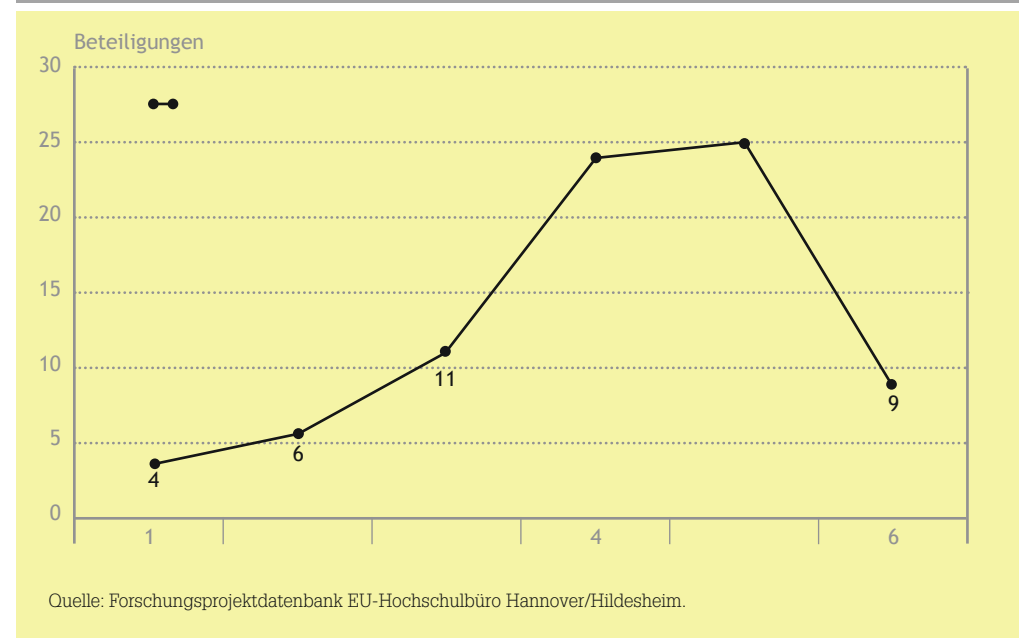
Zwar konnte die LUH im Vergleich vom 5. zum 6. FRP rund 22 Prozent mehr EU-Zuwendungen aufweisen (von 16,1 Mio. Euro auf 19,7 Mio. Euro), jedoch sank zeitgleich die Anzahl der koordinierten Projekte um zwei Drittel. Während im 5. FRP noch rund ein Drittel der EU-Projekte als Koordinator durchgeführt wurden, sind es im 6. FRP nur noch rund 14 Prozent.

3.4 Die Partizipation niedersächsischer Hochschuleinrichtungen am 6. FRP

Bei einem Blick auf die beiden letzten Rahmenprogramme wird deutlich, dass die niedersächsischen Hochschulen und ihre medizinischen Einrichtungen im 6. FRP insgesamt 38 Prozent mehr Mittel einwerben konnten als noch im 5. FRP, eine deutliche Steigerung. Die Träger dieses Erfolges sind in erster Linie die großen Hochschulen des Landes, so die Leibniz Universität Hannover mit einer Mittelsteigerung von 22,5 Prozent sowie die beiden medizinischen Einrichtungen. Die Universitätsmedizin Göttingen (UMG) und die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) haben es jeweils geschafft, ihre Mittelakquise zu verdoppeln,

¹³ Weitere Hochschulen mit Koordinatorfunktion: Universität Göttingen: 14-mal; Medizinische Hochschule fünfmal; Universität Oldenburg dreimal; Technische Universität Braunschweig, TU Clausthal, Tierärztliche Hochschule und Universität Osnabrück, jeweils zweimal; Die Hochschule für Musik und Theater und die FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven treten jeweils einmal als Koordinator in Erscheinung.

Abb. 7: Häufigkeit der Koordinatorfunktion (CO) der Leibniz Universität Hannover (LUH) im Rahmenprogrammvergleich



was im Wesentlichen zur Steigerung beiträgt.

Insgesamt kann also ein Zuwachs festgestellt werden, trotzdem muss auch aufgezeigt werden, dass dieser ganz unterschiedlich getragen wird. Es gibt auch Hochschulen, deren Mittelakquise im Vergleich zum Vorgängerprogramm stagnierten oder gar einen (deutlichen) Einbruch verzeichnen mussten. Die TU Clausthal (-14 Prozent) und die Universität Göttingen (-10 Prozent) gehören zu diesen Einrichtungen.

Bemerkenswert ist die Aktivität der Hochschule für Musik und Theater Hannover (HMT), da es ihr als Kunsthochschule gelingt, sowohl im 5. als auch im 6. FRP forschungsaktiv zu sein. Nach Hochschulart betrachtet, können bundesweit insgesamt nur drei Kunsthochschulen Beteiligungen am 6. FRP der EU vorweisen. Bezüglich der HMT Hannover ein Indiz für die exzellente Forschungsaktivität auf EU-Ebene.

3.5 Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Niedersachsen sind für die bundeslandinterne Forschungslandschaft bezüglich der EU-Forschung ein bedeutender Faktor. Immerhin entfallen 40 Prozent der erwirtschafteten Fördergelder im Rahmen des 6. FRP auf diesen Einrichtungstyp, insgesamt fast 90 Mio. Euro. Getragen wird diese hohe Einwerbesumme von 33 Einrichtungen, die insgesamt an 250 Projekten beteiligt sind (32,6 Prozent). Davon können elf Einrichtungen 42-mal als Koordinator auftreten und somit federführend auf die jeweiligen Forschungsprojekte einwirken.

Wie Tabelle 2 zeigt, ist die erfolgreichste Einrichtung in Niedersachsen nach wie vor das DLR mit seinen Standorten in Braunschweig und Göttingen. Mit insgesamt 56 Projektbeteiligungen (davon zehnmal als Koordinator) und einer Mittelakquise

Tab. 2: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Niedersachsen, die ersten fünf

Einrichtung	Projektbeteiligungen	Fördersumme
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)	56	26.203.658
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.	29	14.639.124
Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI)	23	8.008.343
Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme e. V. (OFFIS)	20	9.303.868
Laser Zentrum Hannover e. V. (LZH)	16	5.375.788

Quelle: Raumordnungsregionen 1998; Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

von 26,2 Mio. Euro setzt sich das DLR deutlich von den folgenden Einrichtungen ab. Eine Dreier-Gruppe, bestehend aus den niedersächsischen Max-Planck-Instituten (29 Bet.; 14,6 Mio. Euro), dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (23 Bet.; 8,0 Mio. Euro) und OFFIS (20 Bet.; 9,3 Mio. Euro), findet sich auf den Plätzen zwei bis vier. Rang fünf belegt das LZH mit insgesamt 16 Projektbeteiligungen und einer Einwerbesumme von 5,4 Mio. Euro. Dabei ist zu betonen, dass auch die Max-Planck-Institute zehnmal Projektkoordinator ist, OFFIS und das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung je sechsmal als Koordinatoren auftreten.

Die meisten Projekte werden im AEROSPACE-Programm abgewickelt (56), erst dann folgen die beiden Programme LSH und IST (34 und 27 Projektbeteiligungen). Die hohe Anzahl der Beteiligungen im AEROSPACE-Programm spiegelt jedoch nicht die breite Forschungslandkarte des Bundeslandes wider, denn 49 der insgesamt 56 Projektbeteiligungen werden vom DLR durchgeführt. Im SUSTDEV-Programm werden 24 Projekte durchgeführt und im HRM-Programm 18, hier wer-

den ca. sieben Mio. Euro EU-Drittmittel eingeworben. Forschung, die sich im weitesten Sinne mit Atomkraft auseinandersetzt, ist in Niedersachsen beim außerhochschulischen Einrichtungstyp stark vertreten, vier Einrichtungen platzieren so insgesamt 16 Projektbeteiligungen im 6. FRP. Aber auch in Programmen, die eher an Universitäten durchgeführt werden, können niedersächsische Forschungseinrichtungen Projektbeteiligungen vorweisen, so etwa im CITIZENS-Programm. Hier ist das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen e. V. (SOFI) mit einem Projekt vertreten.

Zieht man einmal mehr den geografischen Blickwinkel in die Analyse des Forschungsstandorts Niedersachsen mit ein, lassen sich auch für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen klare Aussagen treffen. Die Raumordnungsregion (ROR) Braunschweig führt hier das Feld an, insgesamt werden hier 115 der 250 niedersächsischen Projektbeteiligungen des Einrichtungstyps REC durchgeführt, 33,93 Mio. Euro fließen somit in die Region Braunschweig. In der ROR Göttingen werden 60 Projektbeteiligungen (30,67 Mio. Euro)

Tab. 3: Programmstruktur der außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sortiert nach Beteiligungen¹⁴

Programm-Akronym	Beteiligungen	Fördersumme in Euro
AEROSPACE	56	26.618.404
LSH	34	15.312.390
IST	27	10.435.186
SUSTDEV	24	4.133.874
HRM	18	6.949.987
SSP	17	2.037.537
EURATOM	16	3.368.016
SME	14	3.462.907
NMP	14	5.081.117
FOOD	11	2.506.950
INFRAS	7	4.178.800
NEST	6	2.187.835
ERA-NET	3	851.550
CITIZENS	1	168.942
INNOV	1	119.305
INCO	1	500.000
Gesamt	250	87.912.800

Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

durchgeführt, in der ROR Hannover immerhin 45 (12,17 Mio. Euro), in der ROR Oldenburg 24 (10,18 Mio. Euro). In den ROR Hildesheim, Ost-Friesland und Hamburg-Umland-Süd wird ebenfalls an außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf EU-Ebene geforscht.

3.6 Die privaten Forschungseinrichtungen

Neben den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen beteiligen sich auch private Unternehmen am 6. FRP der EU. Diese

privatwirtschaftlich geführten Unternehmen beteiligen sich mit 28 Prozent (insg. 215 Projekte) an den niedersächsischen Projektbeteiligungen. Bei der akquirierten Fördersumme schaffen sie es dagegen „nur“ auf 21,9 Prozent oder 48 Mio. Euro.

Die wichtigsten Unternehmen, die sich im Feld der EU-Forschung platzieren, sind zum Beispiel die Volkswagen AG, die Jos L. Meyer Werft, die Hacon Ingenieurgesellschaft aus Hannover oder die Neonman Bus GmbH, ein Tochterunternehmen der M.A.N.

¹⁴ Die Erläuterung zu den Abkürzungen findet sich im Anhang.

Tab. 4: Programmstruktur der privaten Unternehmen, sortiert nach Beteiligungen, 6. FRP

Programm-Akronym	Beteiligungen	Fördersumme in Euro
SUSTDEV	65	19.863.648
IST	43	9.789.950
SME	31	2.482.249
LSH	22	5.701.223
NMP	17	5.054.532
FOOD	13	1.683.149
AEROSPACE	9	1.304.473
EURATOM	6	1.332.355
SSP	4	270.120
HRM	2	300.052
INNOV	1	146.620
ERA-NET	1	51.960
CITIZENS	1	44.400
Gesamt	215	48.024.731

Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

Elf Unternehmen treten in insgesamt 17 Projekten als Koordinatoren auf, dabei hat kein Unternehmen mehr als drei koordinierend durchgeführte Projekte. Ein Anzeichen dafür, dass private Unternehmen mit der Durchführung von wenigen Projekten voll ausgelastet sind. Tatsächlich haben die meisten beteiligten Unternehmen zwei oder weniger Projekte, die durch die EU gefördert werden. Die Fördersummen, die bei privaten Einrichtungen eingeworben werden, reichen von fast acht Mio. Euro bis zu einer Fördersumme von null Euro. Ein Schwerpunkt der EU-Forschung lässt sich bei den privat geführten Unternehmen im SUSTDEV-Programm erkennen, das sich mit nachhaltigen Energiesystemen, nachhaltigem Land- und Seeverkehr sowie mit den globalen Veränderungen und der Ökosysteme auseinandersetzt. Hier wer-

den 65 der 215 Projekte durchgeführt (18 davon alleine durch ein Unternehmen). Im IST-Programm liegt ein weiterer Schwerpunkt der niedersächsischen privaten Unternehmen, 43 Projekte werden hier durchgeführt. Im SME-Programm, das auf den Wissen und Technologietransfer zwischen Hochschulen und privaten Unternehmen abzielt, werden 31 Projekte in Einrichtungen des IND-Sektors durchgeführt.

Ähnlich wie bei den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen führt auch bei den privaten Unternehmen die ROR Braunschweig mit 68 Beteiligungen und einer Mittelakquise von 17,3 Mio. Euro das Feld aus geografischer Betrachtungsweise an. Dabei sind alleine 23 Beteiligungen (7,3 Mio. Euro) dem Programm SUSTDEV zuzuordnen und 14 Beteiligungen (4,1 Mio. Euro) dem Programm IST.

Mit 50 Beteiligungen und 13,8 Mio. Euro Einwerbesumme folgt die ROR Hannover. Auch hier sind die zwei stärksten Programme SUSTDEV (16 Bet.; 5,2 Mio. Euro) und IST (12 Bet.; 2,8 Mio. Euro). Den dritten Platz belegen je nach Betrachtungsweise entweder das Emsland (FS: 4,9 Mio. Euro; 8 Bet.) oder die ROR Oldenburg (FS: 2,9 Mio. Euro; 23 Bet.).

4. Die niedersächsische Partizipation an den Forschungsrahmenprogrammen der EU - untersucht nach Förderlinien

Da sich die jeweiligen Rahmenprogramme der EU bezüglich der einzelnen Förderprogramme bzw. deren Programminhalte zum Teil erheblich unterscheiden – so lassen sich die lebenswissenschaftlichen Programme QoL (5. FRP) und LSH (6. FRP) oder die Mobilitätsprogramme IHP (5. FRP) und HRM (6. FRP) nur bedingt miteinander vergleichen¹⁵ – ist ein Rahmenprogrammvergleich wie in den vorherigen Kapiteln nur auf allgemeiner Ebene möglich.

Um hier eine tiefergehende Analyse unterhalb der einzelnen Rahmenprogramme und gar unterhalb der einzelnen Programmebenen zu ermöglichen, werden in diesem Abschnitt rahmenprogrammübergreifend sogenannte Förderlinien (FL) gebildet. Einerseits kann mittels dieser einzelnen FL, die jeweils eine Art thematische Klammer bilden, der Trendverlauf der Beteiligungen bzw. der Mittelakquise unabhängig von den Rahmenprogrammen sichtbar gemacht werden.¹⁶ Andererseits kann mittels der FL erfasst werden, inwieweit sich nie-

dersächsische Forschungs- und Technologie-schwerpunkte auf der EU-Ebene wiederfinden lassen bzw. wie sich der Trendverlauf bezüglich der Beteiligungen und der Mittelakquise im Rahmenprogrammvergleich darstellt.

4.1 Die Förderlinie „Agrar- und Ernährungswissenschaften“ (NUTRI)

Niedersachsen ist zum einen mit einem Anteil von 16,4 Prozent an der deutschen Bruttowertschöpfung der deutschen Landwirtschaft nach Bayern (19,9 Prozent) das bedeutendste Agrarland in Deutschland und somit ist die Landwirtschaft in Niedersachsen von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung (vgl. Windhorst, 2008, S. 1). Zum anderen ist die Agrar- und Ernährungswirtschaft nach der Automobilindustrie der zweitwichtigste Wirtschaftszweig Niedersachsens, mit einer engen Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft (vgl. MWK Niedersachsen, 2005, S. 2).

Der Forschungsstandort Niedersachsen verfügt mit dem Deutschen Institut für Lebensmitteltechnik (DIL) in Quakenbrück, der Bundesanstalt für Landwirtschaft (FAL), der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA), der Tierärztlichen Hochschule Hannover sowie den Agrarwissenschaften an der Universität Göttingen und dem Fach Gartenbau bzw. Lebensmittelwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover sowie diverser weiterer, kleinerer oder größerer, privater Einrichtungen über international renommierte Forschungseinrichtungen und -institute. Darüber hinaus sind die Hochschulen in Hannover (TIHO), Göttingen, Vechta und Oldenburg im Forschungsverbund Agrar- und Ernährungswissen-

¹⁵ Ein Beispiel: So beinhaltet das lebenswissenschaftliche Programm QoL des 5. FRP sowohl die medizinische als auch die lebensmittelwissenschaftliche Forschungsförderung. Im 6. FRP wurden diese Themen in den beiden Programmen LSH und FOOD separat ausgeschrieben und gefördert.

¹⁶ Ähnlich wie bei den Fünfjahresbewertungen ist somit für den nds. Forschungsstandort eine rahmenprogrammunabhängige oder -übergreifende Betrachtung möglich. Vgl. Five-Year Assessment of the European Union Research Framework Programmes, 2005, S. 27.

Tab. 5: Förderlinie Agrar- und Ernährungswissenschaften (NUTRI), Mittel in Mio. Euro

	5. FRP	6. FRP
Programme	Relevante Key-Actions des QoL-Programms. Titel- und Abstraktanalyse relevanter IHP-Projekte; SME-Projekte mittels des QoL-Programms	FOOD-Programm, relevante Unterprogramme des SSP-Programms; Titel- und Abstraktrecherche relevanter HRM- und SME-Projekte
Mittelakquise NI:	11,0	9,2
Entwicklung NI:	Rückgang von 16 Prozent	Rückgang von 16 Prozent

Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

schaften (FAEN) organisiert. Diese Rahmenbedingungen lassen die Frage interessant erscheinen, wie die niedersächsische Agrar- und Ernährungswissenschaft auf internationalem Niveau positioniert ist.

In Tab. 5 ist die Zusammenführung der relevanten Förderbereiche aus den beiden letzten Rahmenprogrammen zur Förderlinie „Agrar- und Ernährungswissenschaft“ (NUTRI) nachvollziehbar. Da hierbei auch Unterprogramme und einzelne Projekte diverser Programme der Förderlinie zugeordnet wurden, ist eine Angabe bezüglich der Entwicklung der Mittelausstattung über die Rahmenprogramme hinweg nicht möglich.

In obestehender Tab. 5 wird deutlich, dass die Mittelakquise im agrar- und ernährungswissenschaftlichen Forschungsbereich für den niedersächsischen Standort leicht rückläufig ist: Wurden im 5. FRP von den niedersächsischen Einrichtungen in dieser Förderlinie noch 11,0 Mio. Euro EU-Zuwendungen akquiriert, so waren es zum Ende des 6. FRP mit 9,2 Mio. Euro rund 1,8 Mio. Euro

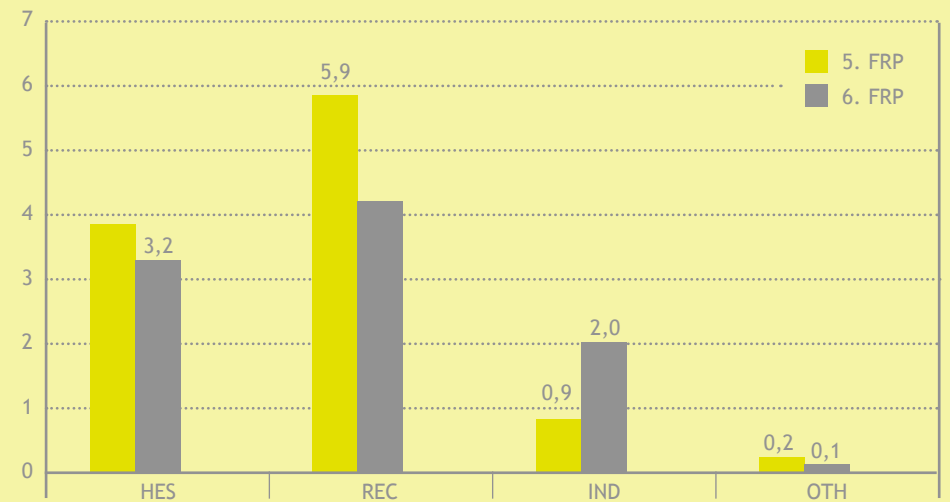
bzw. 16 Prozent weniger als noch im Vorgängerprogramm.

Abb. 8 gibt einen Einblick dahingehend, welche Einrichtungstypen die primären Träger der ernährungswissenschaftlichen Förderlinie sind und wie sich die Mittelakquise im RP-Vergleich entwickelt hat.

So ist zunächst zu sehen, dass die außerhochschulischen Forschungseinrichtungen sowohl im 5. als auch im 6. FRP die primären Träger dieser Förderlinie sind. Gleichzeitig ist bei diesem Einrichtungstyp ein deutlicher Rückgang in der Mittelakquise zu verzeichnen: Während im 5. FRP noch knapp sechs Mio. Euro von den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen eingeworben wurden, waren es mit Ablauf des 6. FRP „nur“ noch vier Mio. Euro – ein typeninterner Rückgang um rund 33 Prozent.

Auch die Hochschulforschung ist innerhalb der agrar- und ernährungswissenschaftlichen Forschung rückläufig, wenn auch in deutlich geringem Maße: Während die niedersächsischen Hoch-

Abb. 8: Agrar- und Ernährungswissenschaften (NUTRI) im FRP-Vergleich, Mittelakquise nach E-Typen, in Mio. Euro



Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

schulen im 5. FRP rund 3,9 Mio. Euro innerhalb dieser Förderlinie eingeworben haben, waren es im 6. FRP immerhin noch 3,2 Mio. Euro – typenintern betrachtet ein Rückgang von 0,7 Mio. Euro bzw. um rund 18 Prozent.

Die privaten Einrichtungen hingegen konnten die Mittelakquise mehr als verdoppeln, wenn auch nur auf geringem Niveau. Wurden von diesem Einrichtungstyp im 5. FRP noch knapp eine Mio. Euro eingeworben, waren es im 6. FRP rund zwei Mio. Euro. Dieser Positivtrend ist demnach dafür verantwortlich, dass in der Gesamtbetrachtung „lediglich“ ein Rückgang von 16 Prozent zu verzeichnen ist.

Die Beteiligungen des Einrichtungstyps OTH werden in dieser Betrachtung nicht weiter thematisiert.

Die Tab. 6 wiederum macht drei Hauptaspekte sichtbar. So sind die Beteiligungen und EU-

Zuwendungen der Universität Göttingen stark zurückgegangen. Während im 5. FRP mittels neun Projektbeteiligungen rund zwei Mio. Euro eingeworben wurden, beläuft sich die Mittelakquise im 6. FRP in der agrar- und ernährungswissenschaftlichen Förderlinie lediglich auf rund 0,2 Mio. Euro. Weiter ist in der Tabelle sichtbar, dass die Tierärztliche Hochschule bei den Beteiligungen zwar unwesentlich zugelegt hat, jedoch bei der Mittelakquise mit 2,1 Mio. Euro der Hauptträger dieser Förderlinie geworden ist. Jedoch kann dieser deutliche Mittelzuwachs den Gesamttrend innerhalb dieser Förderlinie bzw. den Negativtrend des Einrichtungstyps Hochschule nicht kompensieren.

Die Leibniz Universität Hannover weist im Rahmenprogrammvergleich auf niedrigem Niveau eine konstante Partizipation an der Förderlinie NUTRI auf – jeweils drei Beteiligungen bei einer leicht fallenden Mittelakquise, vertreten durch die natur-

Tab. 6: Beteiligung und Mittelakquise innerhalb der Förderlinie NUTRI im FRP-Vergleich, nur Einrichtungstyp REC; Mittelakquise in Mio. Euro

Hochschule	5. FRP		6. FRP	
	Beteiligung	Mittelakquise	Beteiligung	Mittelakquise
U Göttingen	9	2.030.859	2	267.394
UMG	0	0	1	277.423
TiHo	7	895.555	8	2.142.000
LUH	3	481.262	3	258.749
MHH	2	577.632	0	0
TU Braunschweig	1	6.000	1	59.346
HS Vechta	0	0	1	229.878
Gesamt	22	3.991.308	16	3.234.790

Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

wissenschaftliche Fakultät bzw. durch die gartenbauwissenschaftlichen Institute.

Auch eine genauere Betrachtung der Beteiligungen bzw. der EU-Mittelakquise der außerhochschulischen Forschungseinrichtungen zeigt ein interessantes Bild: Neben dem schon bekannten Befund des monetären Rückgangs von 5,9 auf 4,0 Mio. Euro ist in Tab. 21 zunächst zu sehen, dass im 5. FRP neun außerhochschulische Einrichtungen mittels 22 Projekten an der Förderlinie beteiligt waren. Im 6. FRP sind dies nunmehr nur noch sechs Einrichtungen, die sich mittels 24 Beteiligungen innerhalb dieser Förderlinie engagieren.

Darüber hinaus ist hierbei auffällig, dass im 6. FRP jeweils zehn Projekte von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) sowie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) durchgeführt werden. Typenintern betrachtet erweisen sich diese beiden Einrichtungen mit einer Mittelakquise von rund zwei Mio.

Euro (BBA) bzw. rund 1 Mio. Euro (FAL) als die Hauptakteure in der agrar- und ernährungswissenschaftlichen Förderlinie.

Auch ist in Tab. 7 sichtbar, dass das Deutsche Primatenzentrum innerhalb der agrar- und ernährungswissenschaftlichen Förderlinie an den Erfolg im 5. FRP nicht anknüpfen konnte: Warb das Deutsche Primatenzentrum mittels einer Projektbeteiligung im vorletzten RP noch 1,3 Mio. Euro ein und war es darüber hinaus in diesem Projekt als Koordinator aktiv, so ist diese renommierte Göttinger Forschungseinrichtung im 6. FRP zumindest innerhalb dieser Förderlinie nicht mehr aktiv.

Bezüglich einer anderen außeruniversitären Forschungseinrichtung zeigt sich nicht nur bei der EU-geförderten agrar- und ernährungswissenschaftlichen Forschung ein deutlich rückläufiger Trend: War das Deutsche Institut für Lebensmitteltechnik (DIL) im 5. FRP noch mit einer Beteiligung vertreten, ist in Tab. 7 zu sehen, dass das

Tab. 7: Beteiligung und Mittelakquise innerhalb der Förderlinie NUTRI im FRP-Vergleich, nur Einrichtungstyp REC; Mittelakquise in Mio. Euro

Teilnehmer	5. FRP		6. FRP	
	Beteiligung	Mittelakquise	Beteiligung	Mittelakquise
Beratung und Forschung für den Tierschutz in der Nutztierhaltung (BFN)	1	180.061	0	0
Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA)	10	2.798.288	10	2.020.498
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)	0	0	1	63.014
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)	4	567.700	10	1.091.579
Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC)	0	0	1	85.500
Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)	2	462.725	1	15.840
Deutsches Institut für Lebensmitteltechnik e.V. (DIL)	1	149.520	0	0
Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH	0	0	1	726.000
Obstbau-Versuchs- und Beratungszentrum	0	0	1	157.315
Deutsches Primatenzentrum GmbH	1	1.332.646	0	0
INTOX Institut für angewandte Toxikologie und Umwelthygiene GmbH an der Universität Oldenburg	1	22.500	0	0
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung d. Wissenschaften e.V.	1	163.500	0	0
Niedersächsische Forstliche Versuchsanstalt	1	273.400	0	0
Gesamt	22	5.950.340	25	4.159.746

Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

DIL im 6. FRP keine agrar- und ernährungswissenschaftlichen EU-Forschungsprojekte durchführt.¹⁷ Für die privaten Einrichtungen zeigt sich, dass es innerhalb der agrar- und ernährungswissenschaftlichen Forschung auf EU-Ebene keinen Hauptakteur gibt. Dies deuten schon die Beteiligungszahlen an, da im 5. FRP 18 Einrichtungen 21-mal und im 6. FRP 17 Einrichtungen 19-mal innerhalb der Förderlinie NUTRI aktiv waren. Auch lässt sich hier festhalten, dass es keine rahmenprogrammübergreifende Beteiligungskontinuität gibt – Ausnahmen bilden hier lediglich die Lohmann Animal Health GmbH bzw. die Lohmann Tierzucht GmbH jeweils mit Sitz in Cuxhaven. Beide Einrichtungen sind sowohl im 5. als auch im 6. FRP tätig. Zusammenfassend stellt die gestiegene Mittelakquise seitens der privaten Einrichtungen sicherlich einen positiven Befund dar. Der oben festgehaltene Rückgang bei der Mittelakquise bezüglich der Einrichtungstypen HES und REC kann zum Teil auch als ein positiv zu bewertender Mitnahmeeffekt seitens der Hochschul- und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen innerhalb des 5. FRP interpretiert werden: So haben beispielsweise die Tierärztliche Hochschule und das Deutsche Primatenzentrum bedingt durch die BSE-Krise, die zumindest für den deutschen Raum ihren (medialen) Höhepunkt um die Jahrtausendwende hatte, verstärkt lebensmittelrelevante Forschung betrieben und somit flexibel und schnell auf das zusätzliche Forschungsförderangebot innerhalb des 5. FRP reagiert. Da das DIL als ein zentraler Akteur innerhalb der niedersächsischen agrar- und lebensmittelwissenschaftlich relevanten Forschung angesehen werden kann, ist der abnehmende Beteiligungstrend

bzw. die Abstinenz auf der EU-Ebene sicherlich kritisch zu bewerten. So zeigt eine Analyse der Beteiligungen, dass das DIL auch auf EU-Ebene ein wichtiger Forschungsdienstleister für KMU war, auch für niedersächsische KMU – somit eine wichtige Funktion im Innovationsprozess bzw. im Wettbewerb wahrgenommen hat. Das Einstellen des „europäischen Engagements“ seitens des DIL ist sicherlich auch auf die prekäre Personalsituation innerhalb des Instituts zurückzuführen.

4.2 Die Förderlinie „Humanmobilität“ (HM)

Unabhängig von den Programmen besteht seitens der EU-Kommission (KOM) für den Bereich der personellen Mobilität das Ziel, eine breite Basis und Unterstützung für die Mobilität von Forschenden zu schaffen. Die Maßnahmen innerhalb dieser Programme sollen helfen, „die grenzüberschreitende und intersektorale Mobilität und Ausbildung europäischer Forschender weiter zu fördern, um so einem bereits länger bekannten Defizit an mobilem und hochqualifiziertem Forschungspersonal in Europa im Vergleich zu anderen Regionen Abhilfe zu leisten und die Schaffung eines Europäischen Forschungsraumes zu unterstützen.“ (s. BMBF, 2002, S. 70)

In diesem Unterkapitel ist von Interesse, wie sich der niedersächsische Forschungsstandort im FRP-Vergleich an den Mobilitätsmaßnahmen der EU beteiligt hat und welche Einrichtungstypen die Träger dieser Maßnahmen waren.

Für einen rahmenprogrammübergreifenden Vergleich bzw. für eine Zusammenführung zu einer Förderlinie wurden relevante Unterprogramme des Mobilitätsprogramms IHP sowie mobilitätsspezifische Instrumente innerhalb der Thematischen Pri-

Tab. 8: Förderlinie Humanmobilität (HM), Mittel in Mio. Euro

	5. FRP	6. FRP
Programme	Unterprogramme des IHP-Programms: Netze, Stipendien, Konferenzen; mobilitätsspezifische Instrumente in anderen Programmen	HRM-Programm
Mittelausstattung RP (nur Unterprogramme IHP)	898,0	1.580,0
Entwicklung RP	Steigerung um 75,9 Prozent	Steigerung um 75,9 Prozent
Mittelakquise NI	8,8	14,8
Entwicklung NI	Steigerung um 68,1 Prozent	Steigerung um 68,1 Prozent

Quelle: Forschungsprojektdatenbank EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim.

oritäten (TP) des 5. FRP dem kompletten Mobilitätsprogramm (HRM) des 6. FRP gegenübergestellt (vgl. Tab. 8).

Während bei der Mittelausstattung im FRP-Vergleich ein Zuwachs um 75,9 Prozent zu verzeichnen ist, zeigt sich für den niedersächsischen Forschungsstandort für den Vergleichszeitraum eine Steigerung um 68,1 Prozent. Somit kann der Zuwachs für die hiesigen Einrichtungen als leicht unterproportional bezeichnet werden.

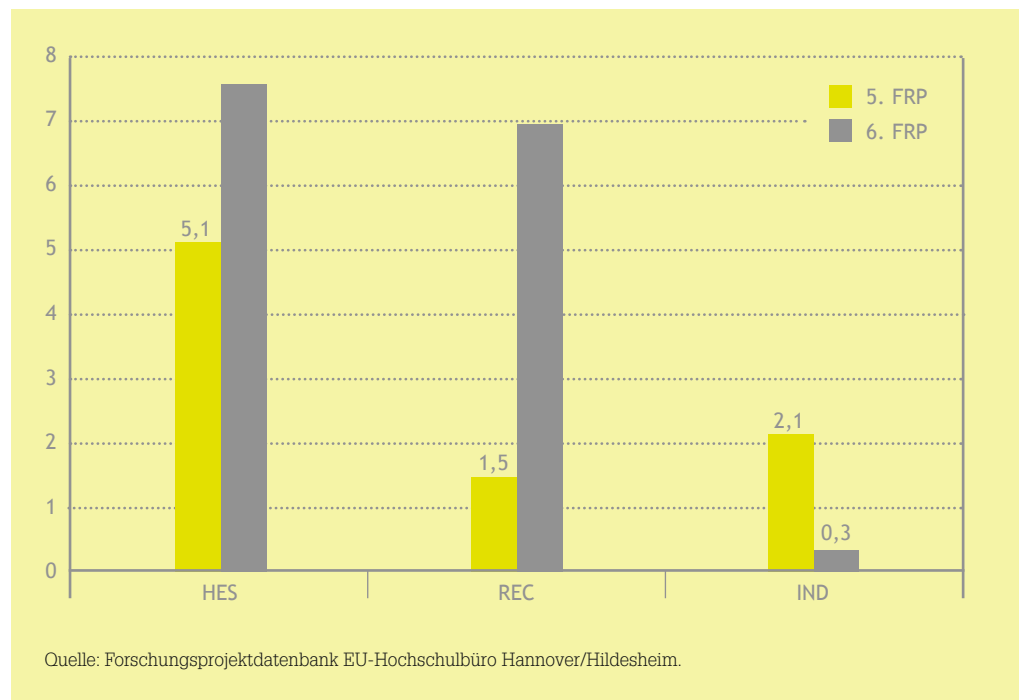
An der Förderlinie Humanmobilität (HM) haben am 5. FRP acht Hochschulen mit 37 Beteiligungen und am 6. FRP neun Hochschulen mit 39 Beteiligungen teilgenommen. Wie in Abb. 9 zu sehen ist, beläuft sich die Steigerung der Mittelakquise von 5,1 Mio. (5. FRP) zu 7,6 Mio. Euro (6. FRP) auf rund 50 Prozent. Primär verantwortlich für diese positive

Entwicklung sind die Universität Göttingen, die Universitätsmedizin Göttingen sowie die Tierärztliche Hochschule Hannover. Erstmals partizipiert auch die Universität Osnabrück mit zwei Beteiligungen an dieser Förderlinie. Trotz dieser positiven Entwicklung ist auffällig, dass die TU Braunschweig (TU BS), die im 5. FRP mit fünf Beteiligungen im Mobilitätsprogramm der EU aktiv war, im 6. FRP nicht an dieser Förderlinie beteiligt ist. Ähnliches gilt für die Medizinische Hochschule Hannover: Während Letztere im 5. FRP noch rund 400 Tsd. Euro im Mobilitätsprogramm akquirierte, waren es im 6. FRP mit 40 Tsd. Euro bedeutend weniger EU-Zuwendungen.

Ein ähnlich positiver Befund zeichnet sich in Abb. 9 für die außerhochschulischen Einrichtungen ab: Während sich im 5. FRP fünf Einrichtungen

¹⁷ Eine rahmenprogrammübergreifende Analyse zeigt, dass das DIL im 3. und 4. FRP jeweils viermal und im 5. FRP einmal auf EU-Ebene aktiv war – somit ein deutlicher Negativtrend zu erkennen ist. Hierbei zeigt u. a. eine Instrumentenanalyse, dass das DIL in sechs der neun Projektbeteiligungen als Forschungsdienstleister auftritt. Somit erfüllt das DIL eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Auch für nds. KMU, wie einige Projektbeteiligungen zeigen.

Abb. 9: Humanmobilität (HM) im FRP-Vergleich, Mittelakquise nach E-Typen, in Mio. Euro



mit zehn Beteiligungen und im 6. FRP acht Einrichtungen mit 18 Beteiligungen engagieren – also eine leicht gestiegene Anzahl von außeruniversitären Einrichtungen von dieser Förderquelle profitiert –, ist die Mittelakquise für den angegebenen Zeitraum um das Fünffache angestiegen. Hier sind die primären Träger der positiven Entwicklung die Max-Planck-Institute sowie das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung.

Für die niedersächsischen Unternehmen muss hingegen gesagt werden, dass sie sich im FRP-Vergleich fast komplett von den Fördermöglichkeiten im Mobilitätsbereich verabschiedet haben – und somit auch von dem positiven Effekt, den der Wissenstransfer über Köpfe im wahrsten Sinne des Wortes mit sich bringen kann: Während sich im 5. FRP der EU immerhin noch sieben Einrichtungen an der Förderlinie Humanmobilität mit elf Pro-

jekten beteiligten und somit rund 2,1 Mio. Euro für den niedersächsischen Forschungsstandort erworben haben, beteiligen sich im 6. FRP noch gerade mal zwei Einrichtungen an dieser Förderlinie mit jeweils einem Projekt – die BIOBASE GmbH sowie die IPF PharmaCeuticals GmbH.

Abschließend wird die oben dargelegte positive Entwicklung in dieser Untersuchung als nachholendes Engagement verstanden. Die Abschlusserhebung zum 5. FRP (s.a. Jerusel, 2008) hatte noch (deutlich) unterproportionale Aktivitäten in diesem Programm konstatiert: So lässt sich für die niedersächsischen Hochschulen sagen, dass diese im 5. sowie 6. FRP in der Gesamtschau jeweils den 4. Rang behaupten konnten, während sie bei dem Mobilitätsprogramm den 7. (5. FRP) sowie 6. (6. FRP) Platz innehatten, jeweils also unterdurchschnittliche Positionen – wenn auch mit

einem positiven Trend (vgl. hierzu Jerusel, 2004, S. 49 sowie Jerusel, 2008, S. 189). Auch bezüglich der weiteren Einrichtungstypen lässt sich der Trend als ein nachholender interpretieren: So beläuft sich die Mittelausstattung des HRM-Programms innerhalb des 6. FRP mit 1,5 Mrd. Euro auf rund zehn Prozent an Gesamt. Während die Mobilitätsmaßnahmen vom deutschen Forschungsstandort mit 8,1 Prozent schon leicht unterproportional nachgefragt wurden, war die Nachfrage seitens des niedersächsischen Forschungsstandorts mit 6,8 Prozent an Gesamt sogar noch geringer (vgl. Jerusel, 2008, Bd. 2, S. 24 ff.).

Neben dieser Bewertung als nachholende Entwicklung wird in Abb. 9 jedoch auch deutlich, dass es im 5. FRP nach Einrichtungstypen betrachtet nur einen Hauptträger dieser Förderlinie gab, nämlich die niedersächsischen Hochschulen. Für das 6. FRP lässt sich mit der deutlich angestiegenen Mittelakquise seitens der außerhochschulischen Einrichtungen ein zweiter Träger identifizieren – auch diese Einrichtungen haben sich nun verstärkt das Mobilitätsprogramm der EU als Förderquelle und als Transfermöglichkeit von Wissen erschlossen.

5. Ergebnisse auf einen Blick

Während die Projektbeteiligungen der niedersächsischen Einrichtungen seit dem 5. FRP rückläufig sind, ist der Mittelrückfluss im Rahmenprogrammvergleich kontinuierlich gestiegen – im Vergleich der beiden letzten Programme um 26,7 Prozent.

Die niedersächsische Akquisequote von 0,92 für das 6. FRP deutet im Rahmenprogrammvergleich jedoch darauf hin, dass die niedersächsischen Forschenden – gemessen an ihrer Anzahl – unter ihren Möglichkeiten geblieben sind.

In der prozentualen Betrachtung ist die Beteiligung der privaten Einrichtungen auf Niedersachsebene im Rahmenprogrammvergleich rückläufig.

Die niedersächsischen Hochschulen beteiligen sich am häufigsten am 6. FRP der EU (283 Mal). Bedingt durch die häufige Koordinatorfunktion der außeruniversitären Forschungseinrichtungen werben diese mit 87,9 Mio. Euro am meisten EU-Fördermittel ein.

In einer regionalen Perspektive zeigt sich, dass die Raumordnungsregionen Braunschweig und Hannover am stärksten von der EU-Forschungsförderung profitieren. Interessant ist bei der regionalen Betrachtung, dass auch periphere Regionen wie beispielsweise Cuxhaven oder die Wesermarsch erstaunlich häufig am 6. FRP partizipieren. Ein Effekt, der sicherlich auf die Nähe zu den Oberzentren oder Metropolen wie Bremerhaven, Bremen oder Hamburg zurückzuführen ist.

Nach Einrichtungstyp betrachtet wird deutlich, dass die Hochschulen mitverantwortlich sind für den Mittelzuwachs im Rahmenprogrammvergleich. Jedoch profitieren nicht alle Hochschulen gleichermaßen von der EU-Forschungsförderung, wie es das Beispiel der TU Clausthal zeigte.

Bezogen auf die außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist festzuhalten, dass die Forschungsinstitute des DLR auch auf EU-Ebene eine herausragende Rolle in der niedersächsischen Forschungslandschaft einnehmen. Bedingt durch deren Engagement, überrascht es nicht, dass der Luft- und Raumfahrtforschungsbereich das am stärksten nachgefragte Förderprogramm ist.

Bedingt durch die hohe Partizipation der Volkswagen AG liegen die Forschungsschwerpunkte der privaten Einrichtungen bei den nachhaltigen Energiesystemen sowie dem nachhaltigem See- und Landverkehr innerhalb des SUSTDEV-Programms.

Betrachtet man das niedersächsische Forschungsengagement nach Förderlinien, ist für den lebensmittelwissenschaftlichen Forschungsbereich im Rahmenprogrammvergleich ein leichter Rückgang von rund 16 Prozent festzuhalten. Auch ein gestiegenes Forschungsengagement seitens der privaten Einrichtungen kann den Rückgang der anderen Einrichtungstypen innerhalb dieser Förderlinie nicht kompensieren.

Für die Förderlinie „Humanmobilität“ ist im Rahmenprogrammvergleich eine Steigerung von rund 68 Prozent erfasst. Dieser positive Befund wird trotzdem als eine unterproportionale Entwicklung gewertet, da sie unterhalb des Anstiegs der Mittelausstattung von 76 Prozent liegt.

Literatur

BAW Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH (Hrsg.): Innovationsleistung und Innovationspotential. Die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten im Vergleich der Verdichtungsräume in Deutschland. Regionalwirtschaftliche Studien 24. Bremen, 2007.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung: Das 6. Forschungsrahmenprogramm. Chancen für Deutschland und Europa. Bonn, 2002.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung: BioRegionen in Deutschland. Starke Impulse für die nationale Technologieentwicklung. Berlin, 2005.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung: Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm. Berlin, 2007.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung und Innovation 2008. Berlin, 2008.

Elspaß, Peter A.: Niedersächsische Beteiligung an EU-geförderten Forschungs- und Bildungsprojekten. Entwicklung 1987–1998 und Analyse der Kooperation Hochschule – Wirtschaft. EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim. Hannover, 2000.

Haude, Jan: Regional Governance mit organisatorischem Kern am Beispiel der deutschen Metropolregionen. Magisterarbeit. Philosophische Fakultät der Leibniz Universität Hannover. Hannover, 2007.

Initiativkreis Europäische Metropolregionen in Deutschland IKM (Hrsg.): Europäische Metropolregionen in Deutschland. Ansatz – Akteure – Aktivitäten. Stuttgart, 2006.

Jerusel, Jörg.: Niedersächsische Beteiligung an EU-geförderten Forschungs- und Bildungsprojekten sowie die Bedeutung des EU-Mobilitätsprogramms für die Hochschulforschung in Niedersachsen (Eine Analyse des Marie Curie Stipendienprogramms der EU). Entwicklung von 1987–2003. EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim. Hannover, 2004.

Jerusel, Jörg.: Die Beteiligung der deutschen Hochschulen am 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union – unter besonderer Berücksichtigung der EU-Beteiligungen des niedersächsischen Forschungsstandorts. Die Entwicklung von 1987–2006. EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim. Hannover, 2006.

Jerusel, Jörg.: Die Beteiligung der deutschen Hochschulen am 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union. Abschlussbericht. Studie 7. Bd. 1. Hannover. EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim. Hannover, 2008.

Jerusel, Jörg.: Die Beteiligung des niedersächsischen Forschungsstandorts am 6. Forschungsrahmenprogramm (FRP) der Europäischen Union. Abschlussbericht. Studie 7. Bd. 2. Hannover. EU-Hochschulbüro Hannover/Hildesheim. Hannover, 2008a.

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW): Forschung, Technologie, Innovationen und Wirtschaftsstruktur. Herausforderungen für die niedersächsische Technologie- und Innovationspolitik. Hannover, 2004.

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur: Ernährungswissenschaft in Niedersachsen. Innovationen für die Lebensmittelwirtschaft. Hannover, 2005.

Windhorst, H.-W.; Grabkowsky, B.: Die Bedeutung der Ernährungswirtschaft in Niedersachsen. Hochschule Vechta. Vechta, 2008.

Abkürzungsverzeichnis

AEROSPACE = Luft- und Raumfahrt (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

Bet. = Beteiligung(en)

BMBF = Bundesministerium für Bildung und Forschung

CITIZENS = Bürger und Staat in der Wissensgesellschaft (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

ERA-NET = Koordinierung regionaler, nationaler und europäischer Forschungsinitiativen und -politiken (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

EURATOM = Europäische Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Kernenergie (Förderprogramm im 5. und 6. Forschungsrahmenprogramm)

FOOD = Lebensmittelqualität und -sicherheit (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

HES = Hochschuleinrichtungen

HRM = Humanressourcen und Mobilität (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

IHP = Ausbau des Potentials an Humanressourcen in der Forschung und Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage Entwicklung (Förderprogramm im 5. Forschungsrahmenprogramm)

IND = Private Forschungseinrichtungen

INFRAS = Forschungsinfrastrukturen (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

INNOV = Forschung und Innovation (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

IP = Integriertes Projekt; Instrument im 6. FRP

IST = Benutzerfreundliche Informationsgesellschaft (Förderprogramm im 5. Forschungsrahmenprogramm); Technologien für die Informationsgesellschaft (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

LSH = Biowissenschaften, Genomik und Biotechnologie im Dienste der Gesundheit (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

NEST = Künftiger Wissenschafts- und Technologiebedarf (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

NI = Niedersachsen

NMP = Nanowissenschaften und Nanotechnologien, wissensbasierte multifunktionale Werkstoffe, neue Produktionsverfahren und -anlagen (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

NoE = Exzellenznetzwerk oder Netzwerke; Instrument im 6. FRP

QoL = Lebensqualität und Management lebender Ressourcen Entwicklung (Quality of Life), (Förderprogramm im 5. Forschungsrahmenprogramm)

REC = Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

SME = Klein- und mittelständische Unternehmen im 6. Rahmenprogramm (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

SSP = Politikorientierte Forschung (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

SUSTDEV = Nachhaltige Entwicklung, globale Veränderung und Ökosysteme (Förderprogramm im 6. Forschungsrahmenprogramm)

Siegfried Hübner

Neue Literatur über Niedersachsen, Bremen und Hamburg

1. Naturraum

Geologie

3. Workshop „Harzgeologie“: Vortrags- und Exkursionstagung, Halle (Saale), 8. – 9. Mai 2009/C.-H. Friedel ... (eds.). – Duderstadt: Mecke, 2009. – 57 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Exkursionsführer und Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften; 239); ISBN 978-3-86944-001-9

Geo-Touren in Hamburg/Hrsg.: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Geologisches Landesamt. V.i.S.d.P.: Jürgen Ehlers. – Erw. Neuaufl. – Hamburg, 2008. – 168 S.: 1 mehrfarb. Kt. 1: 60.000

Flora und Fauna

Artensteckbriefe von See- und Wasservögeln der deutschen Nord- und Ostsee: Verbreitung, Ökologie und Empfindlichkeiten gegenüber Eingriffen in ihren marinen Lebensraum/Bettina Mendel ... – Bonn-Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz, 2008. – 437 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Naturschutz und biologische Vielfalt; 59);

ISBN 978-3-7843-3959-7

Siano, Ralf:

Überleben, Raum- und Habitatnutzung sowie Ernährung ausgewildeter Auerhühner (*Tetrao urogallus* L.) im Nationalpark Harz. – Göttingen: Cuvillier, 2008. – V, 205 S.: Ill., zahlr. graph. Darst., Kt.; Zugl.: Dresden, Techn. Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-86727-855-3

Büscher, Dietrich:

Beiträge zur Flora der Nordseeinsel Borkum: mit Anmerkungen zu Pflanzenarten, die in den Jahren 2004 bis 2006 gefunden wurden, und einer Auswertung von Literaturangaben. – Münster i.W., 2009. – 96 S.: Ill., Kt. (Abhandlungen aus dem Westfälischen Museum für Naturkunde; 71,2)

Wundram, Andrea:

Beziehungen von Bodenpflanzen und Vegetationseinheiten frühlingsgeophytenreicher Laubmischwälder der Region Hannover zum pH-Wert und zur Stickstoff-Nettomineralisation des Bodens (Befunde aus den Jahren 1997 und 1998); 65 Tabellen im Text und als Anhang sowie auf einer CD. – Berlin [u.a.]: Cramer, 2008. – 182 S.: Kt. + 1 CD-ROM (Dissertationes botanicae; 409); Teilw. zugl.: Hannover, Univ., Diss., 2005; ISBN 978-3-443-64322-5

2. Umwelt

Freifläche

Gut Grün!: Von Lust und Nutzen der Kleingärten in Hannover/[wiss. Ausstellungs- und Katalogkonzeption, Objektrecherche, Texte: Indre Döpcke]. – Hannover, 2009. – 80 S.: zahlr. Ill., Kt. (Schriften des Historischen Museums Hannover; 35); ISBN 978-3-910073-35-7

Naturschutz und Landschaftspflege

Hellmann, Karina:

Nachhaltiges Biosphärenreservatsmanagement mit Hilfe von Managementansätzen einer Unternehmensführung: Herleitung eines Handlungskonzepts. – Marburg: Tectum-Verl., 2009. – XI, 292 S.: graph. Darst., Kt.; Zugl.: Lüneburg, Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-8288-9876-9

[Als Fallbeispiel u.a. der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer]

Naturschutz in der Elbtalaue/Hrsg.: Naturschutzbund Deutschland, Landesverband Hamburg. [Gesamtred.: Uwe Westphal]. – Hamburg, 2007. – 176 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt.

Wahrnehmung und Akzeptanz von Großschutzgebieten/Ingo Mose (Hrsg.). – Oldenburg: BIS-Verl. der Carl-von-Ossietzky-Univ., 2009. – 215 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Wahrnehmungsgeographische Studien; 25); ISBN 978-3-8142-2147-2

[Darin S. 109–128: I. Mose, N. Mehnen: Zwischen ländlicher Idylle und Freizeitattraktion: Eigen- und Fremdimage als Voraussetzungen für die touristische Entwicklung des Naturparks Wildeshauser Geest]

Kulturlandschaftliche Informationssysteme in Deutschland: erfassen, erhalten, vermitteln/Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU), Bundesverband für Natur- und Denkmalschutz, Landschafts- und Brauchtumsschutz e.V., Bonn. Fachliche Begleitung und Red.: Klaus-Dieter Kleefeld ... – Bonn, 2008. – 220 S.: Ill., graph. Darst., Kt.; ISBN 3-925374-80-9

[S. 149–153: A. Hoppe: Erfassung von historischen Kulturlandschaftselementen in Niedersachsen]

Landschaft – Natur – Geschichte: Wie kann Natur bewahrt und Erinnerung gestaltet werden? / hrsg. von Dietrich Hagen ... – Oldenburg: Isensee, 2009. – 155 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt. (Schriftenreihe des Landesmuseums Natur und Mensch; 66); ISBN 978-3-89995-588-0

[U-Boot-Bunker in Bremen als Erinnerungsort und Biotop]

Schauplätze der Umweltgeschichte: Werkstattbericht/Graduiertenkolleg 1024, Interdisziplinäre Umweltgeschichte, naturale Umwelt und gesellschaftliches Handeln in Mitteleuropa, Univ. Göttingen. Bernd Herrmann ... (Hrsg.). – Göttingen, 2008. – 207 S.: Ill.; ISBN 978-3-940344-65-6 [zahlr. Beispiele aus Niedersachsen]

Küste

Von der Geoarchäologie über die Küstendynamik zum Küstenzonenmanagement: Beiträge der 25. Jahrestagung des Arbeitskreises „Geographie der Meere und Küsten“ 26.–28.4.2007 in Hamburg/Hrsg.: Gabriele Gönner ... – Hamburg: Hamburg Port Authority, 2007. – 221 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Coastline report ; 9); ISBN 978-3-9811839-1-7

Klima

Klimawandel – globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts: Vorträge anlässlich der wissenschaftlichen Tagung in Osnabrück vom 29. und 30.5.2008 sowie der Tagung von und für Kinder und Jugendliche in Oldenburg vom 4. und 5.7.2008/hrsg. von Mamoun Fansa ... – Darmstadt: Primus-Verl., 2009. – 199 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Schriftenreihe des Landesmuseums Natur und Mensch; 67); ISBN 978-3-89678-988-4

Wasser im Gartenbau: Tagungsband zum Statusseminar am 9. und 10. Februar 2009 im Forum des vTI in Braunschweig/Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut (vTI). Walter Dirksmeyer ... (Hrsg.). – Braunschweig, 2009. – 92 S.: Ill., graph. Darst. (Landbauforschung: Sonderheft; 328); ISBN 978-3-86576-053-1

[Darin S. 11 – 20: F. Wendland (u.a.): Area differentiated analysis of impacts of climate change scenarios on groundwater resources in NW Germany]

Rau, Sönke:

Klimaänderungen und Tourismus in Norddeutschland. – Geesthacht: GKSS-Forschungszentrum, 2008. – 22 S.: graph. Darst. (GKSS; 2008,10)

Umweltverschmutzung

Lange, Beate:

Ökologische Auswirkungen des Schwerölgerechts als Schiffsbrennstoff: [Hintergrundpapier der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste]. – Varel, 2009. – 76 S.: Ill., Kt., zahlr. graph. Darst.

Geodäsie

Abdelhafiz, Ahmed:

Integrating digital photogrammetry and terrestrial laser scanning. – Braunschweig, 2009. – VII, 137 S.: Ill., graph. Darst. (Geodätische Schriftenreihe der Technischen Universität Braunschweig; 23); Zugl.: Braunschweig, Techn. Univ., Diss., 2009; ISBN 3-926146-18-4

[Darin S. 101–121: Practical work (S. 101–108: Lion status, Braunschweig)]

3. Siedlung

Gestaltungsraum europäische Stadt/Region/Renate Bornberg ... (Hrsg.). – Frankfurt am Main [u.a.]: Lang, 2009. – 235 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Stadt und Region als Handlungsfeld; 7); ISBN 978-3-631-57908-4

[Darin S. 111–126: K. Habermann-Neiße: Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Durchmischung in der europäischen Stadt (Beispiel Bremen und Hannover); S. 127–152: H. Geiling: Stadt als sozialer und politischer Raum, Theorie und Methode einer Sozialraumanalyse (Beispiel Hannover)]

Fokus Mittelstadt: Urbanes Leben in Göttingen – ein Studienprojekt/Hrsg. von Brigitta Schmidt-Lauber ... – Göttingen: Schmerse, 2009. – 222 S.: Ill., graph. Darst. (Göttinger kulturwissenschaftliche Studien; 3); ISBN 978-3-926920-43-0

Leben im Weltkulturerbe: ethnographische Skizzen zum alltagskulturellen Umgang mit dem Prädikat „UNESCO-Welterbe“/hrsg. von Dorothee Hemme ... – Göttingen: Schmerse, 2008. – 172 S.: Ill. (Göttinger kulturwissenschaftliche Studien; 2); ISBN 978-3-926920-42-3

[Betr. Kulturerbestätten Hildesheim und Goslar]

IBA-Labor Hafen – Logistik – Stadt: internationale Erfahrungen für Hamburg nutzbar machen; Dokumentation der Fachtagung am 23. und 24. November 2007/Internationale Bauausstellung Hamburg. – Hamburg, 2008. – 154 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt.

4. Bevölkerung

Michaels, Sonja:

Leben auf einem Adelssitz im Niederstift Münster: Bauen, Wohnen, Arbeiten und Haushalten auf Burg Dinklage zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert. – Cloppenburg: Museumsdorf, 2008. – 494 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Quellen und Studien zur Regionalgeschichte Niedersachsens; 11); Zugl.: Münster i.W., Univ., Diss., 2006; ISBN 978-3-938061-16-9

Garten, Klaus auf dem; Peter Kuckuk:

Bürgerliche Jugendbewegung in Bremen: vom Wandervogel zur Bündischen Nachkriegsjugend (1907 bis 1960). – Bremen: Ed. Temmen, 2009. – 395 S.: zahlr. Ill.; (Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens; 25/26); ISBN 978-3-86108-973-5

Integrationen: Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945/Hrsg. von Marita Krauss. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008. – 223 S.; ISBN 978-3-525-36757-5

[Darin S. 93–119: Bernhard Parisius: „Dass man natürlich in der Stadt mehr Möglichkeiten hat, das zu verwirklichen, was man will, ist klar“: Integrationen in Niedersachsen und Hamburg]

Farwick, Andreas:

Segregation und Eingliederung: zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess. – Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., 2009. – 338 S.: graph. Darst., Kt. (Stadt, Raum und Gesellschaft)

Zugl.: Habil.-Schr., Bremen, Univ.; ISBN 3-531-15714-0
[Türkische Migranten in Bremen]

5. Kultur

Museen

Gretzschel, Matthias; Michael Zapf:

Schiffahrtsgeschichte ist Menschheitsgeschichte: Peter Tamm und das Haus an der Elbchaussee. – Hamburg: Internationales Maritimes Museum, 2008. – 124 S.: zahlr. Ill.; ISBN 978-3-9812348-0-0

Kunst und Literatur

Reiz der Antike: die Braunschweiger Herzöge und die Schönheiten des Altertums im 18. Jahrhundert; Ausstellung im Herzog-Anton-Ulrich-Museum Braunschweig, 21. August – 16. November 2008, Herzog-Anton-Ulrich-Museum Braunschweig, Kunstmuseum des Landes Niedersachsen ... Hrsg. von Gisela Bungarten ... – Petersberg: Imhof, 2008. – 255 S.: zahlr. Ill.; ISBN 978-3-86568-396-0

Scholl, Lars U.:

Alexander Calvelli: Werften – Schiffe – Häfen [hrsg. in Zusammenarb. mit dem Deutschen Schiffahrtsmuseum, Bremerhaven]. – Bremen: Hauschild, 2008. – 64 S.: überw. Ill.; ISBN 978-3-89757-433-5

Häusser, Robert:

Das Moortagebuch: Fotografien und Notizen/Mit einem Essay von Claude W. Sui. Hrsg. Alfred Wiczorek ... – Regensburg: Schnell & Steiner, 2008. – 72 S.: zahlr. Ill.; (Publikationen der Reiss-Engelhorn-Museen; 27); ISBN 3-7954-2069-5
[Moorlandschaft im Emsland]

Poesie und Stille: Schriftstellerinnen schreiben in Klöstern/hrsg. von der Klosterkammer Hannover. – Göttingen: Wallstein, 2009. – 256 S.; ISBN 978-3-8353-0460-4

Sprache

Bieberstedt, Andreas; Ruge, Jürgen; Schröder, Ingrid: Hamburgisch – Sprachkontakt und Sprachvariation im städtischen Raum: eine Projektskizze. In: Jahrbuch des Vereins für Niederdeutsche Sprachforschung. Bd. 131 (2008) S. 159 – 183

Museen

Schlutow, Martin:

Das Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven: Abenteuer und Erlebnis als geschichtskulturelles Programm. – Münster i.W.: LIT-Verl., 2008. – 107 S.: Ill., graph. Darst. (Zeitgeschichte - Zeitverständnis; 19); ISBN 978-3-8258-1775-6

6. Bildung und Soziales

Schule

100 Jahre Landschulheim am Solling 1909 – 2009: Festschrift [hrsg. von der Stiftung Landschulheim am Solling. Red.-Leitung: Martin Wortmann]. – Holzwinden: Mitzkat, 2009. – 279 S.: überw. Ill.; ISBN 978-3-940751-14-0

Weiterbildung

Regionale Beschäftigungschancen gering Qualifizierter: eine Frage der Weiterbildung?; NIW-Workshop 2008/2009/Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung. Hrsg. von Alexander Cordes ... – Hannover, 2009. – IV, 105 S.: Ill., graph. Darst.

Gesundheitswesen

Interkulturelle Öffnung des Gesundheitssystems; Christiane Falge ... (Hrsg.). – Baden-Baden: Nomos, 2009. – 192 S.: graph. Darst. (Schriftenreihe des Zentrums für Europäische Rechtspolitik; 51); ISBN 978-3-8329-4079-9, [S. 85 – 111: C. Falge: Deutschland ein Einwanderungsland? Die interkulturelle Öffnung der Bremer Krankenhäuser als kritischer Testfall]

Sozialarbeit

Frieling, Hans-Dieter von:

Armut und Agenda 2010 in Göttingen: ein kritischer Armuts- und Reichtumsbericht. – Göttingen: Geographisches Institut der Georg-August-Universität, Abteilung Humangeographie; Göttingen: GOEDOC, Dokumenten- und Publikationsserver der Georg-August-Universität, 2009. – Online-Resource (PDF-Datei: 142 S., 3,2 MB): graph. Darst., Kt.; Systemvoraussetzungen: Acrobat reader; [Volltext/Image:] <http://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl/?webdoc-2098>

7. Technische Infrastruktur

Energieversorgung

Pestke, Silvia:

Offshore-Windfarmen in der ausschließlichen Wirtschaftszone: im Zielkonflikt zwischen Klima- und Umweltschutz. – Baden-Baden: Nomos, 2008. –XVI, 270 S. (Umweltrechtliche Studien; 37); Teilw. zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2007; ISBN 3-8329-3132-5

Wasserbau und -wirtschaft

Welke, Peter:

Nach 500 Jahren noch voller Energie: das Potential des frühneuzeitlichen Wasserwirtschaftssystems des Oberharzer Bergbaus in der heutigen Zeit. In: Siedlungsforschung. Bd. 25 (2007) S. 397 – 446 : zahlr. Abb.

Hafen

Diercks, Herbert:

Der Hamburger Hafen im Nationalsozialismus: Wirtschaft, Zwangsarbeit und Widerstand; Texte, Fotos und Dokumente zur Hafengeschichte. – Hamburg: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 2008. – 63 S.: zahlr. Ill., Kt. + 2 Hafenpläne (von 1931 und 1938)

Bergbau

Dützer, Stefan:

Auf stählernen Wegen: Eisenbahnen am Rammelsberg. – Goslar: Verl. Goslarsche Zeitung, 2008. – 184 S.: zahlr. Ill. (Rammelsberger Forum; 5); ISBN 978-3-9809704-5-7

Verkehr

Löttgers, Rolf; Horst Dreyer, Pero Schmidt:

Kleinbahn Verden – Walsrode: die Geschichte der Verden-Walsroder Eisenbahn. – Verden: Lührs & Röver, [2008]. – 158 S.: zahlr. Ill., Kt.; ISBN 3-00-025126-x

Effiziente Nutzung regionaler Eisenbahninfrastruktur: Tagungsband zum Workshop am 8. Oktober 2008/Hrsg.: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Institut für Verkehrssystemtechnik. – Braunschweig, 2009. – V, 116 S.: Ill., graph. Darst., Kt.; (Berichte aus dem DLR-Institut für Verkehrssystemtechnik; 3); Darin S. 21–26: M. Stahlhut:

Möglichkeiten und Grenzen eines Eisenbahninfrastrukturunternehmens in Niedersachsen [OHE AG]

Ulrich, Peter:

Aufbruch von der Weser: die Biographie des Segelschiffkapitäns Johann Gerhard Lange (1810–1881). – Bremen: Hauschild, 2007. – 152 S.: zahlr. Ill.; ISBN 3-89757-385-7

Ostersehlte, Christian:

Die URAG im Eis: Schlepper der Bremer Unterweser Reederei im Wintereinsatz. In: Deutsches Schiffsarchiv. Bd. 30 (2007), S. 9 – 67

8. Wirtschaft

Regionalwirtschaft

Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten = Metropolitan region Bremen-Oldenburg in the north west [hrsg. in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Bremen ... Textred.: Christine Backhaus]. – Oldenburg (Oldb): Verl. Kommunikation & Wirtschaft, 2008. – 430 S.: zahlr. Ill. (Monographien deutscher Wirtschaftsgebiete). – (Edition „Städte – Kreise – Regionen“); ISBN 978-3-88363-293-3

Standort Bremen: Qualitäten, Kompetenzen, Attraktionen/hrsg. von Hartmut Roder. – Bremen, 2009. – 120 S.: zahlr. Ill. (TenDenZen: Jahrbuch des Übersee-Museums; 15.2008); ISBN 978-3-89946-140-4

Wirtschaftsförderung

Neubert, Anne:

Business improvement districts -- ein Modell für Deutschland?: ein Vergleich zwischen der Umsetzung des Modells in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen. – Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller,

2008. – 129, 14, 21 S.: Ill., graph. Darst., Kt.; ISBN 978-3-8364-9379-6; Zugl.: Kaiserslautern, Techn. Univ., Dipl.-Arb., 2005

Jan Kranich; Ingrid Ott:

Regionale Spitzentechnologie auf internationalen Märkten: neue Herausforderungen für die Biotechnologie in Niedersachsen. In: Neue Ansätze der Mittelstandsforschung. Hrsg. von Joachim Merz ... Berlin 2008, S. 375–393

Arbeit

Lemke-Hadick, Ina-Maja:

Zurück in den Beruf nach der Familienphase: ein kritischer Rückblick über die gesetzlichen und familienpolitischen Maßnahmen in der (alten) Bundesrepublik und mögliche kommunalpolitische Handlungs- und Gestaltungsspielräume für Berufsrückkehrerinnen; insbesondere in Führungspositionen am Beispiel des Landkreises Oldenburg. – 2009. – 227 S.: graph. Darst.; Oldenburg, Univ., Diss., 2009

Landwirtschaft und Gartenbau

Bahrs, Enno; Jobst-Henrik Held; Jochen Thiering:

Auswirkungen der Bioenergieproduktion auf die Agrarpolitik sowie auf Anreizstrukturen in der Landwirtschaft: eine partielle Analyse bedeutender Fragestellungen anhand der Beispielregion Niedersachsen. – Göttingen, 2007. – III, 36 S.: graph. Darst. (Diskussionspapiere/Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Universität Göttingen; 0705)

Rhein, Paul; Ute Brauckhoff:

Leitlinien zur Entwicklung des Gartenbaus in Niedersachsen [Hrsg.: Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung ...]. – Hannover, 2008. – 95 S.: zahlr. Ill. und graph. Darst., Kt.

Jagd

Puchmüller, Wilhelm:

Leben und Jagen im Saupark Springe: Geschichte und Geschichten aus einem hannoverschen Jagdrevier. – Melsungen: Neumann-Neudamm, 2008. – 541 S.: zahlr. farb. Abb.; ISBN 978-3-7888-1182-2

Industrie und Gewerbe

Thiel, Reinhold:

Die Geschichte des Bremer Vulkan: 1805–1997; in drei Bänden. – Bd. 1: 1805–1918. – Bremen: Hauschild, 2008. – 175 S.: zahlr. Ill.; ISBN 978-3-89757-380-2

Wessel, Horst A.:

Stahl und Technologie: die Geschichte der Salzgitter AG; 1858–2008. – Salzgitter: Salzgitter AG, 2008. – 552 S.: Ill., graph. Darst.; ISBN 978-3-00-025058-3

Hergert, Roland:

Strategische Früherkennung: Wahrnehmung relevanter Umweltreize oder wie ticken Unternehmen? – Marburg: Metropolis-Verl., 2007. – 366 S.: graph. Darst. (Theorie der Unternehmung; 41); Zugl.: Oldenburg, Univ., Diss., 2007; ISBN 3-89518-653-8

[Darin Kap. 6: Empirische Untersuchung organisationaler Wahrnehmungsprozesse im Volkswagen-Konzern]

Mertins, Verena:

Innovationsförderung für das Handwerk am Beispiel von Niedersachsen. – Göttingen: Univ., Volkswirtschaftliches Institut für Mittelstand und Handwerk, 2009. – 52 S.: graph. Darst. (Göttinger handwerkswirtschaftliche Arbeitshefte; 61)

Handel

Kaiser, Wolfgang:

Obstland im Norden: die Geschichte des Obsthandels im Alten Land/Bearb. von Thomas Schürmann. – Husum: Husum-Dr.- und Verl.-Ges., 2009. – 463 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt. (Publikationen der Kulturstiftung Altes Land; 3); ISBN 978-3-89876-421-6

Banken und Versicherungen

Geigant, Friedrich:

Hannoversches Papiergeld im 19. Jahrhundert: Leihkasse-Scheine, städtische Kassenscheine und Noten der Hannoverschen Bank. In: Hannoversche Geschichtsblätter. Bd. 61 (2007) S. 5–69 : Abb.

Schubmann, Daniel:

Das niedersächsische Sparkassengesetz und die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung: eine Untersuchung zur Vereinbarkeit unter besonderer Berücksichtigung des Verkaufsverbotes. – Hamburg: Kovac, 2008. – XV, 334 S. (Schriftenreihe Studien zur Rechtswissenschaft; 227); Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-8300-4043-9

Dienstleistungssektor

Hocker, Gero:

Market – hierarchy – networking: coordination in times of globalization, fragmentation, and uncertainty. – Frankfurt a. M. [u.a.]: Lang, 2008. – 241 S.: graph. Darst. (Strukturwandel und Strukturpolitik ;

18); Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2007

ISBN 978-3-631-57526-0

[Darin S. 187–203 eine Fallstudie über das Open-source-Netzwerk „Linux“ mit Interviews lokaler Repräsentanten in Norddeutschland]

9. Raumordnung, Regional- und Fachplanung

Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik: Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig/Heinrich Mading ... (Hrsg.). – Hannover, 2009. – VII, 264 S.: Ill., Kt. (Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung; 346); ISBN 978-3-88838-346-5

[Darin S. 149–160: R. Kohlstedt: Personelle und institutionelle Netzwerke in Wissenschaft und Wirtschaft der 1920er bis 1950er Jahre in Niedersachsen: das Beispiel der WIG]

Wille, David:

Raumplanung in der Küsten- und Meeresregion: das Konzept des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) als Herausforderung für das deutsche Raumordnungs-, Zulassungs- und Umweltschutzrecht. – Baden-Baden: Nomos, 2009. – XV, 297 S. (Umweltrechtliche Studien; 39); Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-8329-3664-8

Nordholt, Christian:

Das Niedersächsische Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit. – Hamburg: Kovac, 2008. – XLII, 240 S. (Schriftenreihe Studien zur Rechtswissenschaft; 226); Zugl.: Osnabrück, Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-8300-4003-3

Regionalisierung und Regionsbildung im Norden, Erwin Bernat ... – Hannover, 2009. – VI, 82 S.: graph. Darst., Kt. (Arbeitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung; 347); ISBN 978-3-88838-347-2

Nahverkehrsplan 2008 für den Großraum Braunschweig [Hrsg.: Zweckverband Großraum Braunschweig]. – Braunschweig, 2008. – 367 S.: zahlr. Tab., Kt. Nahverkehrsplan 2008/Region Hannover. – Text- und Kartenband. – Hannover, 2008. – XXIV, 290 S.: Ill., graph. Darst., Kt. u. [31] Bl. Kt. (Beiträge zur regionalen Entwicklung; [114])

New urbanity: die europäische Stadt im 21. Jahrhundert: [anlässlich der Ausstellung ... im Deutschen Architekturmuseum, Frankfurt am Main vom 6. Dezember 2008 bis zum 22. Februar 2009]/ Deutsches Architekturmuseum. [Hrsg. von Annette Becker ...]. – Salzburg [u.a.]: Pustet, 2008. – 240 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt.; ISBN 978-3-7025-0599-8 [Darin S. 73–83: K. Christiaanse, M. Neppi: Zwischen waterfront und waiting land: die Entwicklung eines Stadtquartiers, der Masterplan für die Hafencity in Hamburg]

Kanzler, Konrad:

Kommunales Flächen- und Leerstandsmanagement unter Einbeziehung der Einzelhandelsstandortplanung: ein strategischer Managementansatz zur Sicherung attraktiver Einzelhandelsstrukturen auf der Basis empirischer Analysen aktueller Vermarktungs- und Standortplanungsaktivitäten. – 2008. – 328 S.: Ill., graph. Darst., Kt.; Osnabrück, Univ., Diss.; [Darin S. 244–268: Umsetzung des strategischen Managementansatzes am Beispiel der Stadt Bramsche]

Goldschmidt, Nikolai:

Quartiersmanagement am Beispiel Bremen Tenever: das Quartiersmanagement zwischen „Projektionismus“, Quartierskoordination und Empowerment. – Hamburg: Diplomica-Verl., 2009. – 73 S.: graph. Darst.; Zugl.: Bremen, Univ., Bachelorarbeit, 2008; ISBN 978-3-8366-7143-9

10. Politik

Kaspari, Nicole:

Gerhard Schröder: political leadership im Spannungsfeld zwischen Machtstreben und politischer Verantwortung. – Frankfurt a. M. [u.a.]: Lang, 2008. – 409 S. (Politik und Demokratie; 14); Vollst. zugl.: Wien, Univ., Diss., 2007; ISBN 978-3-631-58179-7

Klaus Peter Bruns: ein Leben als Landwirt und Politiker/hrsg. von Thomas Oppermann ... – Göttingen: Steidl, 2008. – 240 S.: Ill. + 1 CD-ROM; ISBN 978-3-86521-782-0

[geb. 1913, langjähriger SPD-Abgeordneter]

Parteien

Zick, Rolf:

Die CDU in Niedersachsen: eine Chronik./Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. – Sankt Augustin, 2008. – 350 S.: Ill.; ISBN 978-3-940955-28-9

Oldenburg, Christel:

Tradition und Modernität: die Hamburger SPD von 1950–1966. – Berlin [u.a.]: Lit, 2009. – X, 813 S.: graph. Darst. (Texte zu Politik und Zeitgeschichte; 10); Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2008 ISBN 978-3-8258-1970-5

Regierung und Verwaltung

Als Sozialist und Kommunist unter vier Regimes: die Memoiren des ersten niedersächsischen Sozialministers Karl Abel (1897–1971), hrsg. von Christian Heppner. – Bielefeld: Verl. für Regionalgeschichte, 2008. – 404 S.: Ill. (Schaumburger Studien; 67); ISBN 3-89534-677-2

Bentz, Holger:

Die Abschaffung der Bezirksregierungen in Niedersachsen – ein Reformprojekt unter Idealbedingungen?: eine politikwissenschaftliche Analyse am Beispiel eines zentralen Reformvorhabens der CDU/FDP-Regierungskoalition in Niedersachsen (2003–2008). – Frankfurt a. M. [u.a.]: Lang, 2009. – 137 S. (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft; 570); Zugl.: Hamburg, Helmut-Schmidt-Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-631-58917-5

Finanzwirtschaft

Wixforth, Jürgen:

Kommunal Finanzen in Suburbia: das Beispiel der Regionen Hamburg und Berlin. – Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., 2009. – 406 S.: graph. Darst., Kt.; Zugl.: Hamburg-Harburg, Techn. Univ., Diss., 2008; ISBN 978-3-531-16822-7

Schiller, Daniel; Ulrike Hardt:

Wirtschaftsentwicklung und kommunale Aufgabenerfüllung in Niedersachsen. In: Öffentliche Finanzströme und räumliche Entwicklung/Heinrich Mäding (Hrsg.). – Hannover 2009, S. 265–291

Recht und Gerichtsbarkeit

Behrens, Christian:

Die Wassergesetzgebung im Herzogtum Braunschweig nach Bauernbefreiung und industrieller

Revolution: zur Genese des Wasserrechts im bürgerlichen Rechtsstaat. – Hamburg: Kovac, 2009. – 528 S. (Schriftenreihe Rechtsgeschichtliche Studien; 30); Zugl.: Lüneburg, Univ., Diss., 2009 ISBN 978-3-8300-4336-2

Sicherheit und Kriminalität in Stade: Ergebnisse einer Schüler- und Erwachsenenbefragung/Dirk Baier ... – Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, 2009. – 185 S.: graph. Darst. (KFN-Forschungsberichte; 104)

Die sichere Stadt als interdisziplinäre Aufgabe: deutsche und europäische Perspektiven; Dokumentation einer Fachtagung am 13. und 14. Dezember 2006 im Ludwig-Windthorst-Haus Lingen [Hrsg.: Landespräventionsrat Niedersachsen ... Erarb. durch Holger Spieckermann ...]. – Hannover, 2008. – 70 S.: Ill., graph. Darst., Kt

Militär

„Wahrer des Friedens sollst Du sein“: die OLDENBURG; fünf Generationen deutscher Marineschiffe; eine Bildmonografie [hrsg. von der Oldenburgischen Landschaft. Red. Gabriele Henneberg]. – Wilhelmshaven: Brune-Mettker, 2008. – 92 S.: zahlr. Ill., Kt.; ISBN 978-3-930510-34-4

[S. 26–42: J. M. Henneberg: Oldenburg und die Marine]

11. Geschichte

Landesgeschichte

Insel-Reflexionen: [Carl-Hans Hauptmeyer zum 60. Geburtstag] hrsg. von Martin Stöber ... – Hannover: Ecrivir-Verl., 2008. – 94 S.: Ill., Kt.; ISBN 978-3-938769-07-2

Von der Burg zur Residenz: Kolloquium des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Burgenvereinigung Trier 2007/ hrsg. von Joachim Zeune. – Braubach: Dt. Burgenvereinigung, 2009. – 148 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Veröffentlichungen der Deutschen Burgenvereinigung e.V.: Reihe B, Schriften; 11); ISBN 978-3-927558-30-4
[Darin S. 33–X40: Cord Meckseper: Spätmittelalterliche Sitze der Welfen und Bischöfe von Hildesheim im ehemaligen Herzogtum Braunschweig-Lüneburg: auf dem baulichen Weg zur Residenz? 11 Abb.]

Ziessow, Karl-Heinz:

Der Erste Weltkrieg: Kriegswahrnehmung und Erinnerung in der Region; [Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Museumsdorf Cloppenburg vom 15. März bis 26. Juli 2009], mit Beitr. von Juliane Schikade ... – Cloppenburg, 2009. – 276 S.: zahlr. Ill., Kt. (Materialien und Studien zur Alltagsgeschichte und Volkskultur Niedersachsens; 39); ISBN 978-3-938061-18-3

Schäfer-Richter, Uta:

Im Niemandsland: Christen jüdischer Herkunft im Nationalsozialismus. Das Beispiel der hannoverschen Landeskirche. – Göttingen: Wallstein, 2009. – 336 S.: Ill.; ISBN 978-3-8353-0469-7

Einzelne Regionen und Orte

Sommer, Michael:

Die Arminiuschlacht: Spurensuche im Teutoburger Wald. – Stuttgart: Kröner, 2009. – 190 S.: Ill., Kt. (Kröner-Taschenbuch; 506); ISBN 978-3-520-50601-6

Römling, Michael:

Bremen: Geschichte einer Stadt. – Soest: Tertulla-Verl., 2008. – 290 S.: zahlr. Ill., Kt.; ISBN 978-3-9810710-5-4

Wurthmann, Nicola:

Senatoren, Freunde und Familie: Herrschaftsstrukturen und Selbstverständnis der Bremer Elite zwischen Tradition und Moderne (1813–1848). – Bremen, 2009. – 624 S.: Ill., Kt. (Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen; 69); Zugl.: Hamburg, Univ., Diss., 2007; ISBN 978-3-925729-55-3

Hamburg – Sansibar, Sansibar – Hamburg: Hamburgs Verbindungen zu Ostafrika seit Mitte des 19. Jahrhunderts/Landeszentrale für Politische Bildung, Hamburg. Rita Bake (Hrsg.). – Hamburg, 2009. – 232 S.: zahlr. Ill., Kt.; ISBN 978-3-929728-19-4

In den Tod geschickt: die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945/ hrsg. von Linde Apel im Auftr. der Behörde für Kultur, Sport und Medien ... – Berlin: Metropol, 2009. – 288 S.: zahlr. Ill., Kt. + 1 DVD (mit Ton und Videosequenzen); ISBN 978-3-940938-30-5

Der Novemberpogrom 1938 in Hannover: Begleitband zur Ausstellung vom 5. November 2008 bis 18. Januar 2009 im Historischen Museum Hannover, [Konzeption, Red.: Wolf-Dieter Mechler ...]. – Hannover, 2008. – 127 S.: zahlr. Ill. (Schriften des Historischen Museums Hannover; 33); ISBN 978-3-910073-34-0

Meiners, Dieter:

Die Grafschaft Oldenburg und die Republik der Vereinigten Niederlande im 17. Jahrhundert: ein Strukturvergleich. – Oldenburg: Isensee, 2009. – 87 S. (Oldenburger Studien; 65); ISBN 978-3-89995-630-6

Oldenburg: Stadtgeschichte in Bildern und Texten; vom Heidenwall zur Wissenschaftsstadt/ Udo El-erd ... (Hrsg.). – Oldenburg: Isensee, 2009. – 165 S.: zahlr. Ill., Kt. (Veröffentlichungen des Stadtmuseums Oldenburg; 60); ISBN 978-3-89995-609-2

Groot, Rolf-Bernd de:

Jüdisches Leben in der Provinz: Schicksale jüdischer Familien in Schaumburg seit 1560, erzählt und dokumentiert; mit einem Dokumentarteil über den Jüdischen Friedhof in Obernkirchen von Günter Schlusche. Familienblätter, Interviews: Siegfried Bönsch. – Hamburg: Ellert & Richter, 2008. – 238 S.: zahlr. Ill., Kt. (Kulturlandschaft Schaumburg; 16); ISBN 978-3-8319-0333-7

Steinhude: Flecken zwischen Meer und Moor/ Schaumburg-Lippischer Heimatverein e.V., Ortsgemeinschaft Seeprovinz (Hrsg.). – Hannover: ecrivir, 2009. – 300 S.: Ill.; ISBN 978-3-938769-10-2

Archäologie

75 Jahre Niedersächsischer Landesverein für Urgeschichte, [Schriftl.: Stephan Veil]. – Hannover, 2009. – 268 S.: Ill. (Die Kunde; N.F., Jg. 58. 2007); ISBN 978-3-89995-596-5

„Moor“ – das Mädchen aus dem Uchter Moor: eine Moorleiche der Eisenzeit aus Niedersachsen I/ Andreas Bauerochse ... (Hrsg.). – Rahden/Westf.: Leidorf, 2008. – 138 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt. (Materialhefte zur Ur- und Frühgeschichte Niedersachsens; 37); ISBN 978-3-89646-970-0

Varusschlacht im Osnabrücker Land: Museum und Park Kalkriese/ Red.: Heidrun Derks ... – Mainz: von Zabern, 2009. – 256 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt.; ISBN 978-3-8053-3949-0

König, Sonja:

Die Stadtwüstung Nienover im Solling: Studien zur Sachkultur einer hochmittelalterlichen Gründungsstadt im südlichen Niedersachsen/ Mit einem Beitr. von Peter Scholz ... – Rahden/Westf.: Leidorf, 2009. – 375, 94 S.: zahlr. Ill., graph. Darst. (Materialhefte zur Ur- und Frühgeschichte Niedersachsens; 39); Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 2006; ISBN 978-3-89646-972-4

12. Architektur und Denkmalpflege

Hamburg, Schleswig-Holstein/ bearb. von Johannes Habich, Christoph Timm (Hamburg) und Lutz Wilde (Lübeck). – 3., durchges. und erg. Aufl. – Berlin [u.a.]: Dt. Kunstverl., 2009. – XIV, 1030, 6 S.: Ill., graph. Darst., Kt. (Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler/ Georg Dehio); ISBN 978-3-422-03120-3

Weltkulturerbe Deutschland: präventive Konservierung und Erhaltungsperspektiven; internationale Fachtagung des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS, der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/ Göttingen und der Diözese Hildesheim in Zusammenarbeit mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, Hildesheim, 23.–25. November 2006/ International Council on Monuments and Sites. Ursula Schädler-Saub (Hrsg.). – Regensburg: Schnell & Steiner, 2008. – 184 S.: zahlr. Ill. (Hefte des Deutschen Nationalkomitees/ ICOMOS; 45). – (Schriften des Hornemann Instituts; 10); ISBN 978-3-7954-2137-3

Arnhold, Elmar:

Die Braunschweiger Kemenate: Steinwerke des 12. bis 14. Jahrhunderts in Braunschweig/Mit einem Beitr. zu archäologischen Befunden von Götz Alper. – Braunschweig: Meyer, 2009. – 104 S.: zahlr. Ill., Kt. (Braunschweiger Werkstücke; 111: Reihe A, Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv; 52); ISBN 978-3-926701-76-3

Rümelin, Hansjörg:

St. Nicolai in Lüneburg: Bauen in einer norddeutschen Hansestadt 1405–1840. – Hannover: Hahn, 2009. – 864 S.: Ill., graph. Darst., Kt. + 3 Kt.-Beil., 1 CD (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen; 248). – (Beiträge zur Architektur- und Kulturgeschichte; 2); Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 2007; ISBN 978-3-7752-6048-0

Meyer, Wolfgang:

Fernando Lorenzen: ein Hamburger Architekt des Deutschen Kaiserreichs 1859 bis 1917. – Neumünster: Wachholtz, 2008. – 175 S.: Ill., Kt.; ISBN 978-3-529-05179-1

Wagner-Kyora, Georg:

Schloss ohne Geschichte: der Braunschweiger Wiederaufbau-Konflikt 1950 – 2007. – Berlin: Vorwärts-Buch, 2009. – 288 S.: Ill. (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte Braunschweig e.V.; 5); ISBN 3-86602-910-1

13. Allgemeines

Es begann in Hannover ...: Menschen, Technik, Welterfolge; über Persönlichkeiten, Traditionsunternehmen und Meilensteine der Technik-Geschichte/hrsg. von Dieter Tasch ... Arbeitskreis Technik- und Industrie-Geschichte in der Region Hannover. – Hannover: Leuenhagen u. Paris, 2009. – 96 S.: zahlr. Ill., graph. Darst.; ISBN 978-3-923976-65-2

Region Hannover – kennen wir uns schon?/Karl Johaentges Fotografie; Bernd Haase Text. – Hannover: KaJo-Verl., 2008. – 204 S.: überw. Ill.; ISBN 978-3-925544-31-6

Hamburgische Biografie: Personenlexikon/hrsg. von Franklin Kopitzsch. – Bd. 4. – Göttingen: Wallstein-Verl., 2008. – 421 S.: Ill.; ISBN 978-3-8353-0229-7

Hamburg in historischen Karten/Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung. – Erfurt: Sutton, 2009. – 120 S.: 150 farb. Abb.; ISBN 978-3-86680-526-2

„Wir fingen ganz von vorne an!“. Siedlungsbau und Flüchtlingsintegration im Großraum Hamburg 1945–1965/Thomas Schürmann (Hrsg.). – Ehestorf: Förderverein des Freilichtmuseums am Kiekeberg, 2009. – 190 S.: zahlr. Ill., graph. Darst., Kt. (Schriften des Freilichtmuseums am Kiekeberg; 69); ISBN 978-3-935096-30-0

Hartlap, Detlef:

Heimatkunde Ostfriesland. – Hamburg: Hoffmann und Campe, 2008. – 190 S. (Cadeau); ISBN 978-3-455-38047-7



WISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT ZUM STUDIUM NIEDERSACHSENS E.V.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V. ist eine gemeinnützige Organisation, die 1925 gegründet wurde und deren Aufgabe es ist, sich mit der Situation und Entwicklung Niedersachsens wissenschaftlich aus historischer, sozialwissenschaftlicher, raumwissenschaftlicher, ökologischer und ökonomischer Perspektive zu befassen. Sie regt Themen an, führt dazu Tagungen durch, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs über Preise und Veröffentlichungen und verfügt über ein weites Netzwerk von interessierten Wissenschaftlern und Praktikern aus Wirtschaft, Verbänden, Politik und Verwaltung auf Landes-, Regional- und Kommunalebene.

Unsere Zeitschrift „NEUES ARCHIV FÜR NIEDERSACHSEN“ erscheint zweimal pro Jahr, jeweils im Juni und Dezember. Die Hefte sind so organisiert, dass sie Schwerpunktthemen behandeln sowie – regelmäßig – Beiträge zu neueren Veröffentlichungen zu Niedersachsen aus den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und (einmal pro Jahr) zur Strukturberichterstattung für Niedersachsens Regionen bringen.

Mit diesem Heft möchten wir Sie anregen, dem Verein als Mitglied beizutreten.

Vorstand des Vereins sind: Prof. Dr. Hansjörg Küster (Vors.), Prof. Dr. Dietrich Fürst (Stv. Vors.), Annedörthe Anker, Dr. Rainer Ertel, Dr. Dirk Heuwinkel, Verbandsrat Ulrich Kegel, Prof. Dr. Axel Prieb. Der Vorstand wird von einem Beirat unterstützt, dem angehören: Dr. jur. Christian Ahrens, Dr. Arno Brandt, Prof. Dr. Sonning Bredemeier, Prof. Dr. Stephan Hartke, Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer, Dr. Rainhold Kolck, Prof. Dr. Heiderose Kilper, Dr. Gemot Schlebusch, Prof. Dr. Dietmar Scholich, Dr. Wolfgang Schrödter sowie Karl-Ludwig Strelen.

Sollten wir Sie für eine Mitgliedschaft oder das Abonnement der Zeitschrift interessieren können, nutzen Sie bitte das umseitige Bestell- resp. Beitrittsformular. Dort finden Sie auch die Kosten für Mitgliedschaft resp. Zeitschriften-Bezug.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Dietrich Fürst
(Stv. Vorsitzender)

Bestellschein

NEUES ARCHIV für NIEDERSACHSEN

Wissenschaftliche Gesellschaft zum
Studium Niedersachsens e. V.
z. Hd. Frau Christa Bartelt
c/o Institut für Entwicklungsplanung und
Strukturforschung GmbH
Bödekerstraße 7
30161 Hannover
Tel.: 0511/3997-215; Fax: 0511/3997-200
e-mail: bartelt@ies.uni-hannover.de

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

PLZ/Ort/Land _____

Tel.-Nr. _____

Fax-Nr. _____

Ich möchte Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V. werden. Der Mitgliedsbeitrag von 25,00 Euro (Institutionen 150,00 Euro) schließt den Bezug des NEUEN ARCHIVS FÜR NIEDERSACHSEN mit ein.

Hiermit abonniere/n ich/wir das NEUE ARCHIV FÜR NIEDERSACHSEN zum Preis von 30,00 Euro für zwei Hefte pro Jahr zzgl. Versandkosten.

Ich/wir bestelle/n _____ Einzelheft/e, Nr. _____ des Heftes _____ zum Preis von 18,00 Euro pro Heft, zzgl. Versandkosten.

Datum _____ Unterschrift _____

